

# Freie und Hansestadt Hamburg



## Haushaltsplan-Entwurf **2004**

## Vorwort zum Einzelplan 8.1

### 1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplanes

Das Schwergewicht der Aufgaben der Behörde für Inneres liegt in folgenden Aufgabenfeldern:

#### Polizei

Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Fachliche Prioritäten sind dabei ausgerichtet auf:

- Maßnahmen zur deutlichen Erhöhung der Polizeipräsenz sowie zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und schnellen Hilfeleistung in Gefahren- und Notfällen,
- Bekämpfung der Delikte der Schwerekriminalität, insbesondere des internationalen Terrorismus und der Organisierten Kriminalität,
- Verhütung und Kontrolle der Kriminalität im sozialen Nahbereich, insbesondere der Gewaltkriminalität durch junge Straftäter,
- Bekämpfung der Drogenkriminalität durch Ausnutzung aller strafprozessualen Maßnahmen gegen Dealer, konsequente Unterbindung offener Drogenszenen und insbesondere des Drogenhandels vor Schulen,
- Verbesserung und Beschleunigung des Verkehrsflusses und Gewährleistung der Verkehrssicherheit.

In der strukturellen Weiterentwicklung der Polizei zur Gewährleistung optimaler Rahmenbedingungen für die effektive Aufgabenwahrnehmung werden folgende Schwerpunkte verfolgt:

- Präsenzverstärkung beim Polizeivollzug durch Übernahmen vom Land Berlin und anderen Bundesländern,
- Weiterführung der Projektplanungen zur Einführung des Digitalfunks,
- Umstrukturierung der Aus- und Fortbildung mit dem Ziel einer Präsenzverstärkung und einer stärker am Bedarf ausgerichteten Bildungseinrichtung,
- Weiterentwicklung und Modernisierung von IuK-Technik und IuK-Anwendungen,
- Optimierung der Arbeitsabläufe durch Neuordnung der Führungsstruktur,
- Umsetzung der Maßnahmen zur Aufgabenkritik und Effizienzsteigerung, z.B. Wegfall der mittleren Führungsebene, zentrale Wahrnehmung von Intendantenaufgaben, Neuordnung Abschleppwesen,
- verstärkte Nutzung der technischen Möglichkeiten in der Ermittlungsarbeit, insbesondere durch DNA-Analyse,
- Verbesserung und Beschleunigung des Datenaustausches zwischen den Behörden,
- Einführung neuer Uniformen,
- Entlastung der Polizeivollzugsbeamten von Verwaltungs- und Objektschutzaufgaben,
- Umsetzung von Personalentwicklungskonzepten zur Förderung leistungsfähiger Polizeivollzugsbeamter,
- Zentralisierung des Vollzugs des Waffenrechts bei der Landespolizeiverwaltung.

Das am 01.04.2003 in Kraft getretene Waffenrecht enthält in qualitativer und quantitativer Hinsicht zahlreiche Anforderungen an die Vollzugsbehörden. Diese Aufgaben können durch eine zentrale Dienststelle effektiver erledigt werden. Veranschlagt sind hierfür erstmals die vollen Jahreskosten.

#### Feuerwehr

- Abwehr von Brand-, Explosions- oder Umweltgefahren,
- technische Hilfe in Not-, Unglücks- und Großschadensfällen,
- Mitwirkung im Katastrophenschutz, Katastrophenabwehr, Kampfmittelräumung,
- Brandschutzerziehung und -aufklärung,
- Sicherstellung der Notfallrettung und des Krankentransports als medizinisch organisatorische Einheit der Gefahrenabwehr und der Gesundheitsvorsorge,
- Unterhaltung der Zentralambulanz für Betrunkene,
- Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz,
- Stärkung der Zukunftsfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren,
- Bildungsangebot der Landesfeuerwehrschule für norddeutsche Länder und andere Organisationen.

Mit Öffnung der vierten Elbtunnelröhre sind zur Minimierung der Sicherheitsrisiken zwei Elbtunnelfeuerwachen von der Feuerwehr besetzt worden. Diese Aufgabe wurde zunächst durch Personalverschiebungen innerhalb der Feuerwehr sichergestellt. Nachdem im Jahre 2003 25 Stellen geschaffen wurden, werden 2004 und 2005 jeweils weitere fünf Stellen neu ausgebracht.

## **Vorwort**

### **Einzelplan 8.1**

Zur dauerhaften Stärkung der Zukunftsfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren in den Bereichen Brandschutz, Technische Hilfeleistung, Rettungsdienst und Katastrophenschutz sowie zur Förderung des Ehrenamtes sollen die künftige Ausrichtung, die Ausstattung und Organisation der Freiwilligen Feuerwehren sowie deren Einbindung in die Feuerwehr Hamburg optimiert werden.

#### **Landesamt für Verfassungsschutz**

- Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder,
- Information des Senats und der allgemeinen Öffentlichkeit über Gefahren für diese Schutzgüter.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben sammelt das Landesamt für Verfassungsschutz Informationen - auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln - und wertet sie entsprechend der jeweiligen Zielsetzung aus. Dabei arbeitet es eng mit den Landesämtern für Verfassungsschutz und dem Bundesamt für Verfassungsschutz zusammen.

Zentrale Beobachtungsfelder sind sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von ausländischen Gruppen und die Beobachtung der Gefährdungslage im Bereich des militanten islamistischen Fundamentalismus. Intensive nachrichtendienstliche Aufklärung der gesamten islamistischen gewaltbereiten Szene ist eine Kernaufgabe. Für die Bekämpfung des Terrorismus wird das Landesamt für Verfassungsschutz um vier Stellen verstärkt und das Sachmittelbudget aufgestockt. Zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen und auch Sicherheits- und Zuverlässigkeitsprüfungen u.a. im Bereich des Flughafens verursachen erheblichen administrativen Aufwand. Einen weiteren Tätigkeitsschwerpunkt bilden die Spionageabwehr sowie der Geheim- und Sabotageschutz.

#### **Einwohner-Zentralamt**

Schwerpunkte liegen in der Umsetzung von gesetzlichen und politischen Vorgaben in den Bereichen:

- Ausländerrecht,
- Einbürgerungsrecht,
- Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und der Verkehrsdisziplin,
- Führung des Pass- und Ausweisregisters und der fachlichen Betreuung für die Ausstellung von Pässen und Ausweisen,
- Feststellung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten, die in der Öffentlichkeit besonders stören.

Das Einwohner - Zentralamt nimmt die Aufgaben der zentralen Ausländerbehörde und die fachliche Steuerung der bezirklichen Ausländerdienststellen wahr. Zu den Aufgabenschwerpunkten der zentralen Ausländerbehörde gehören insbesondere

- die ordnungsrechtliche Steuerung des Ausländerzuzugs im geregelten Visumsverfahren sowie außerhalb des Visumsverfahrens von Asylsuchenden, Bürgerkriegsflüchtlingen und unerlaubt eingereisten Ausländern,
- die konsequente Aufenthaltsbeendigung ausreisepflichtiger Ausländer,
- die Neuordnung der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung für Neuzuwanderer ohne gesicherte Aufenthaltsperspektive (seit dem 01.10.2003).

Von der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung (ZEA) wird erwartet:

- an ordnungspolitischen Zielen orientierte Erstunterbringung,
- verbesserte Ermittlungsmöglichkeiten zu Identität und Einreiseweg,
- schnelle Rückführung in den Herkunftsstaat oder ein Drittland,
- konsequente Durchführung des Sachleistungsprinzips,
- Bündelung von aufenthalts- und leistungsrechtlichen Aufgaben.

Durch die Anbindung des Städtischen Ordnungsdienstes (SOD) an das Einwohner – Zentralamt soll die Ahndung bestimmter in der Öffentlichkeit als besonders störend empfundener Verhaltensweisen konsequent verfolgt werden, um das Gesamterscheinungsbild der Stadt Hamburg im Hinblick auf Sicherheit und Sauberkeit sichtbar zu verbessern. Zur gezielten Umsetzung der hierzu erforderlichen Maßnahmen ist eine weitere Aufstockung um 16 Stellen veranschlagt. Die tatsächliche Inanspruchnahme dieser zusätzlichen Stellen wird an die Erzielung von Einnahmen aus der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten durch den SOD gekoppelt.

### **Statistisches Landesamt**

- Produktion bundesgesetzlicher und europarechtlicher Statistiken im Verbund der deutschen amtlichen Statistik,
- spezifische Informationen für Hamburger Behörden, Kunden in Politik, Wirtschaft, Verbänden und Wissenschaft, Öffentlichkeit, Medien und interessierte Bürgerinnen und Bürger,
- Landeswahlamt in der Organisation der politischen Wahlen und der Volksgesetzgebung in Hamburg.

Das aufbereitete Datenmaterial wird bereitgestellt durch die Veröffentlichung zentraler Querschnittspublikationen, kundenorientierte Servicefunktionen im Infocenter des Amtes und einem ständig aktualisierten Internetauftritt.

Aufgaben- und Arbeitsfelder von besonderer Bedeutung im Jahr 2004 sind:

- Zusammenführung der Statistischen Landesämter Schleswig-Holstein und Hamburg,
- Ausweitung des e-government auf weitere Statistiken, insbesondere die Einrichtung von Interneterhebungen,
- Arbeiten im Bereich der Bevölkerungsstatistik und Bereitstellung der regionalstatistischen Datenbank „kleinräumliches Stadtbeobachtungssystem“,
- Durchführung der Wahlen zum Europäischen Parlament mit gleichzeitig durchzuführenden Volksentscheiden.

Die Zusammenführung der Statistischen Landesämter zu einer neuen Anstalt des öffentlichen Rechts ab dem 01.01.2004 soll durch einen Staatsvertrag geregelt werden, der zur Ratifizierung der Bürgerschaft vorgelegt werden wird. Die haushaltsmäßigen Auswirkungen werden in einer Überleitungsdrucksache dargestellt. Der Einzelplan enthält künftig nur noch die Zuwendungen an das „Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein – Anstalt des öffentlichen Rechts“.

### **Amt für Innere Verwaltung und Planung**

- Unterstützung der Behördenleitung bei der Entwicklung von Zielvorstellungen und Umsetzung von politischen und administrativen Zielsetzungen,
- ministerielle Umsetzung der politischen Vorhaben,
- Gewährleistung eines wirksamen Katastrophenschutzes unter Einbeziehung der Hilfsorganisationen.

Zum 01.01.2004 ist die Übertragung der Technischen Prüfstelle des Landesbetriebs Verkehr auf einen beliebigen Unternehmer vorgesehen. Die finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt sind noch nicht berücksichtigt. Die Bürgerschaft wird mit einer gesonderten Drucksache mit der Übertragung befasst.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA wurden in der Internationalen Seeschiffahrtskommission (IMO) weitreichende Beschlüsse zur Abwehr terroristischer Gefahren von Seeschiffen und Häfen gefasst, die im internationalen Schiffssicherheitsvertrag SOLAS kodifiziert wurden. Diese Bestimmungen werden durch EU-Verordnung umgesetzt sowie durch Bund und Länder in nationales deutsches Recht transformiert.

Zu diesem Zweck wurden folgende Koordinierungsstellen gegründet:

- BLAMS (Bund-Länder-Arbeitsgruppe maritime Sicherheit), Mitarbeit: BfI, Amt für Innere Verwaltung und Planung (Amt -A-),
- Koordinierungsstelle Küstenländer; Vorsitz und Federführung: BfI, Amt -A-,
- Hafensicherheitskommission Hamburg; Beteiligung: Sämtliche Hafenwirtschaftsverbände, hafenbezogene Firmen und Verbände, hafenbezogene Behörden ( z. Zt. 32 Teilnehmende). Vorsitz und Federführung: BfI, Amt -A-.

Um die Vorsorgeplanung im Katastrophenschutz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zu stärken, wurde im Kapitel 8580 eine zusätzliche Stelle ausgebracht.

## **Vorwort Einzelplan 8.1**

### **Den finanziellen Schwerpunkt im Einzelplan 8.1 bilden die Produktbereiche**

- Polizei und Wasserschutzpolizei – Schule,
- Brandschutz, Rettungsdienst, Bevölkerungsschutz.

Das Schwergewicht der Ausgaben im Einzelplan 8.1 liegt bei den Personalausgaben. Ihr Anteil beträgt 81,9 % der Gesamtausgaben.

Veränderungen der Personalausgaben ergeben sich im Wesentlichen durch

- Ausfinanzierung der zusätzlichen Einstellungen für Polizei und Feuerwehr aus den Jahren 2002/03,
- die Finanzierung der von der Polizei geleisteten Überstunden,
- die Reorganisation beim Vollzug des Waffenrechts,
- die Stärkung im Bereich der Beobachtung und Bekämpfung des militanten islamistischen Fundamentalismus,
- Umschichtungen für die Übernahme der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung (ZEA) und der Zentralambulanz für Betrunkene (ZAB),
- Aufteilung des Globalfonds Z61 auf die Fachbehörden, hier in den Produktbereich 02.
- Personalzuwachs der Feuerwehr zum Ausgleich der Belastung durch die Elbtunnelfeuerwehr und
- Übernahme des Städtischen Ordnungsdienstes (SOD) und Aufstockung des SOD um sechzehn Kräfte.

Außerdem werden weitere Polizeivollzugskräfte aus Berlin übernommen, um die angestrebte Übernahme von insgesamt 500 Polizeivollzugskräften zu erreichen. Die Finanzierung erfolgt aus Haushaltsresten bei den Personalausgaben und aus Umschichtungen durch Änderung der Ausbildungsordnung im Laufbahnabschnitt I.

Die für die Polizei und Feuerwehr veranschlagten Sach- und Fachausgaben steigen um 2,832 Mio. EUR (3,0 %). Ursächlich dafür sind:

- Mieten für neue Gebäude der Polizei und Feuerwehr, u.a. Brooktorwache,
- Anpassungsbedarfe bei Fahrzeugtiteln und für die Gebäudeunterhaltung der Feuerwehr,
- Übergang der ZAB auf die Feuerwehr.

Weitere Steigerungen der Sach- und Fachausgaben ergeben sich beim Statistischen Landesamt vorwiegend durch Mehrbedarfe aufgrund der Europawahlen sowie beim Einwohner-Zentralamt wegen der Übernahme der ZEA und der Veränderung des Ansatzes für die Rückführung von Ausländern (haushaltsneutrale Anpassung von zufließenden Einnahmen) und der Aufstockung des Städtischen Ordnungsdienstes. Die Sach- und Fachausgaben der übrigen Fachämter wurden überrollt.

### **Investitionsschwerpunkte 2004:**

- Einführung eines digitalen Funknetzes für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben,
- Finanzierungsraten Polizeipräsidium,
- Beschaffung von Fahrzeugen der Polizei,
- Beschaffung zweier neuer Hubschrauber,
- Beschaffung von Spezialgerät und Ausrüstung für die Polizei,
- Beschaffung von Feuerlösch- und Rettungsfahrzeugen.

## 2. Übersicht Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2004	2003	+/-	
	in Tsd. EUR			in %
<b>Einnahmen</b>	85.919	80.686	+ 5.233	+ 6,5
davon:				
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	76.069	72.955	+ 3.114	+ 4,3
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	9.610	7.374	+ 2.236	+ 30,3
Investitionszuschüsse etc. (Hgr. 3)	240	357	- 117	- 32,8
<b>Ausgaben</b>	882.693	858.330	+ 24.363	+ 2,8
davon:				
Personalausgaben <sup>1</sup>	722.693	708.103	+ 14.590	+ 2,1
Sach- und Fachausgaben	122.365	112.966	+ 9.399	+ 8,3
Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionen	37.635	37.261	+ 374	+ 1,0

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2004 (in %)	Gesamtplan	Einzelplan 8.1
Personalausgaben	36,1	81,9
Sach- und Fachausgaben	42,0	13,9
Investitionen	10,2	4,3

Investitionsrestevolumen der Vorjahre

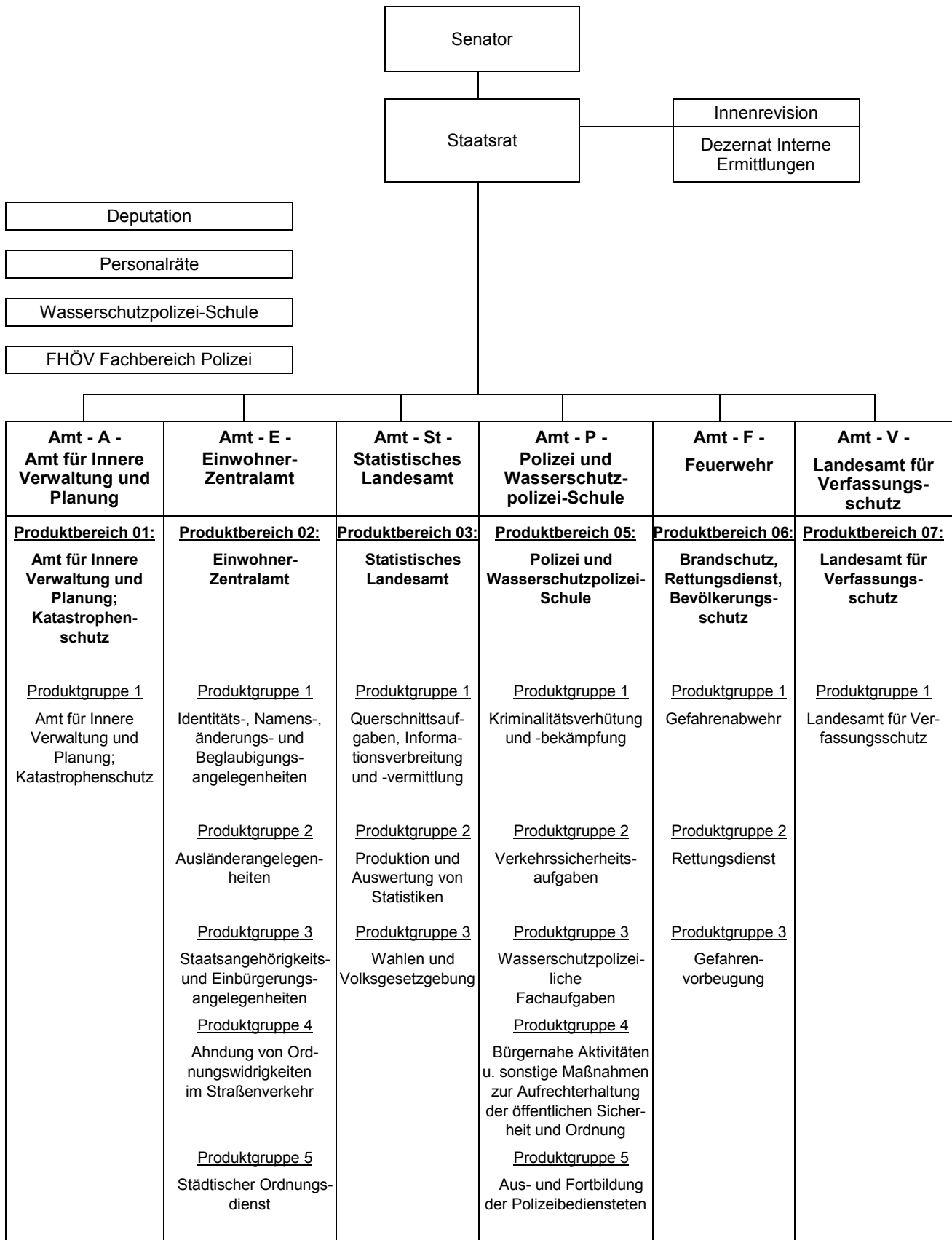
2002				2001			
Gesamtsoll <sup>2</sup>	Ist	Übertragene Reste		Gesamtsoll <sup>2</sup>	Ist	Übertragene Reste	
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll
62.139	33.290	27.732	44,0	71.324	41.307	29.774	41,7

<sup>1</sup> Seit 2004 einschließlich des Kontenrahmens für Versorgung (KRV), zur besseren Vergleichbarkeit enthält die Planzahl 2003 ebenfalls den KRV-Anteil (Siehe Auch Pkt. 4 des Vorwortes).

<sup>2</sup> Ansatz zuzüglich übertragene Reste aus Vorjahren sowie Vorgriffen.

**3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)**

Die Behörde für Inneres ist wie folgt organisiert:



## 4. Kontenrahmen für Dienstbezüge, Personalausgaben in Titelgruppen, Stellenplan

### KRD / Personalausgaben in Titelgruppen

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD und analog in den Titelgruppen des Einzelplans (Titel 4xx.xx) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2003, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Kostenstand für Tarifbereich nach Tarifabschluss 2003/2004, Beamten- und Versorgungsbereich sowie Ruhegeldbereich = Kostenstand 2002,
- altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2003 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2002, Altersmodell); Berücksichtigung der nur hälftigen Erhöhungsbeträge bei Erreichen der nächsten Lebensaltersstufe nach aktuellem Tarifrecht,
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2002), sofern dauerhaft fortwirkend, im Planansatz 2003 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Basisveränderungen und etwaigen Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2003,
- IuK-bedingte Einsparungen,
- Minderbedarfe aufgrund von Entscheidungen 2002 zu aufgabenkritischen Eingriffen in 2003 und 2004 (z.B. hier: Einsparungsrate 2004 für Intendantzbereiche, Arbeitszeitverlängerung).

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile  
an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91),  
an den Versorgungsbezügen der Angestellten (Titel 435.91),  
an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter (Titel 436.91) sowie  
an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.91).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen für Besoldung und Versorgung für 2003 und 2004 werden zentral berücksichtigt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren 2003 und 2004.

### KRV (Kontenrahmen für Versorgung)

Erstmals werden nach „Verursacherprinzip“ alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans veranschlagt, verteilt auf verschiedene Titel. Die Versorgungsausgaben ergeben sich aus der Summe der Kostenanteile für Versorgung – die Budgetbestandteile des KRD bleiben (s.o.) – und der Bedarfsspitze aus Mehr-/Minderbeträgen gegenüber dem Wert nach Versorgungsprognose (vgl. Drucksache 17/1404), die auch Frühpensionierungen berücksichtigt. Diese „Bedarfsspitzen“ und die Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger werden – außerhalb des Budgets – in einem neuen, einzelplanübergreifenden und gegenseitig deckungsfähigen Kontenrahmen für Versorgung („KRV“) zusammengefasst. Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 11 v. H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Durch den KRV können Schwankungen, Zuordnungs- und Prognosegenauigkeiten ausgeglichen werden. Die in dem KRV zusammengefassten Ausgabeermächtigungen haben die einheitliche Titellendnummer .93 erhalten.

Durch diese Art der Veranschlagung wird der bisher im Kapitel 9750 „Versorgung“ für alle Einzelpläne zentrale, über die Zuschlagsanteile des KRD hinausgehende Nachweis bis auf Restgrößen, die einem Aufgabenbereich nicht individuell zuzuordnen sind, aufgehoben. Mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung ist allerdings für die Behörden keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können. Erkennbar werden jetzt jedoch regelhaft die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf und Planansatz durch Lebensjüngere und dadurch „preiswertere“ Nachfolger.

Ein negativer Haushaltsansatz entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Prognosewerte der „echten“ Versorgung übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Für die Prognose ist das (historische und für die heutige Behördenstruktur bestmöglich aktualisierte) Kapitel maßgeblich, aus dem heraus der Übergang von der aktiven Beschäftigungsphase in die Versorgung erfolgte. Ferner kann es in Einzelfällen auf der Kapitelebene zu Verzerrungen zu Lasten des jeweiligen Zentralkapitels im Einzelplan kommen, die zunächst innerhalb des Einzelplans, spätestens jedoch innerhalb des KRV ausgeglichen werden. Das ist insbe-



**Vorwort**  
**Einzelplan 8.1**

sondere dann der Fall, wenn ein Kapitel keine oder nur eine sehr junge Historie hat, folglich aus diesem Kapitel wenig oder gar keine Personen in den Ruhestand getreten sind. Wurde jedoch das Kapitel aufgehoben, wurde das Zentralkapitel des Einzelplans als Nachfolger und Budgetträger ausgewählt.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen für 2003 und 2004 werden zentral berücksichtigt.

**Stellenplan**

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage zum Einzelplan dargestellt (blaue Seiten).

Die ausgewiesenen Stellenbestände entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Veränderungen in den dezentralen Verfahren zum Stichtag der Schnittstellenübergabe.

Die Stellenpläne des Landesbetriebes Verkehr nach § 26 Abs. 1 LHO und der nettoveranschlagten Einrichtung Landesfeuerwehrschule (§ 15 (2) LHO) sind im jeweiligen Wirtschaftsplan (rosa Seiten) abgedruckt.

Stellenplanentwurf 2004:

Kapitel	Stellenzahl 2004	Neue Stellen 2004		Stellenhebungen 2004			Umwandlungen
		Anzahl	in Tsd. EUR	Anzahl	in Tsd. EUR	Progr.	Anzahl
8000 Amt für allgemeine Verwaltung	144,94	0,25	17,8	4	22,8		1
8010 Einwohner-Zentralamt	428,94	5,00 <sup>3</sup>	232,0				
8020 Statistisches Landesamt	199,41	1,00	52,7	1	4,9		
8500 Polizei	9.337,74			137	495,8		13
8510 Landesbetrieb Verkehr	432,58						
8520 Wasserschutzpolizei-Schule	23,58						
8550 Feuerwehr	2.318,90	8,00	352,8	2	11,4		
8552 Landesfeuerwehrschule	78,00						
8580 Katastrophenschutz	14,50	1,00	52,7				
8590 Verfassungsschutz	134,50	4,00	235,5	1	6,4		

**5. Kontenrahmen für Sachausgaben**

Der Kontenrahmen für Sachausgaben (KRS) wurde 1999 aufgelöst, die Titel wurden in die Struktur der jeweiligen Kapitel/Titelgruppen eingefügt.

<sup>3</sup> Davon vier dauerhafte Neuschaffungen bereits temporär bestehender Anhörerstellen.

## **6. Einzelplandeckungskreise**

Die im Einzelplan 8.1 vorhandenen Deckungskreise sind auf dem Deckblatt zum Zahlenwerk genannt. Eine Übersicht über die diesen Deckungskreisen jeweils zugehörigen Titel nebst veranschlagten Haushaltsmitteln findet sich in Anlage 4 (weißes Papier).

## **7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)**

Zur Behörde für Inneres gehören folgende Landesbetriebe nach § 26 LHO bzw. netto-veranschlagte Einrichtungen nach § 15 LHO; deren voraussichtliches Jahresergebnis ist wie folgt veranschlagt:

Einrichtung	Gesamtaufwand	Zuführung (-) aus dem Haushalt Ablieferung (+) an den Haushalt
Landesbetrieb Verkehr (§ 26 Abs. 1 LHO)	28.038 Tsd. EUR	+ 969 Tsd. EUR
Landesfeuerweherschule (§ 15 Abs. 2 LHO)	6.158 Tsd. EUR	- 5.453 Tsd. EUR
		Zuweisung an den Wirtschaftsplan

Wirtschaftspläne, Lageberichte und Erläuterungen finden sich in Anlage 2 (rosa Seiten).

## **8. Bericht über Maßnahmen und Projekte gemäß bürgerschaftlichen Ersuchen**

keine

## **9. Produktinformationen (generelle Hinweise)**

Die Produktinformationen für den Einzelplan 8.1 wurden aufgabenbezogen für die sechs Ämter der Behörde für Inneres erarbeitet. Die Angaben für die Produktbereiche sind weitgehend mit den Kapiteln im Zahlenwerk identisch (Ausnahme: Kapitel 8580, Katastrophenschutz, ist enthalten im Produktbereich 01, Amt für Innere Verwaltung und Planung).

Die Standardkennzahlen wurden im Zuge eines geplanten Benchmarking um die Kennzahl „Kosten der Telefonzentralen: Kosten pro Anruf“ erweitert.

Die übrigen Kennzahlen sind methodisch angepasst worden. Die Personalverwaltungskosten und die Intendanzkennzahlen (innerbehördliche Gemeinkosten) sind nach den neuen Benchmarking – Grundsätzen gebildet worden. Sie sind mit den Vorjahreszahlen nicht mehr vergleichbar. Hauptgrund hierfür ist, dass die Polizei wegen umfangreicher Umstrukturierungen, durch Wegfall der mittleren Führungsebene, nicht an einem Benchmarking teilnimmt und somit der Hauptanteil der Personalausgaben sowie die entsprechenden Intendanzkosten im Einzelplan 8.1 nicht mehr in die Berechnungen einfließen. Der innerbehördliche Gemeinkostenzuschlag wird deswegen auch nur für die am Benchmarking teilnehmenden Ämter ausgewiesen.

Die Angaben zu den Personalausgaben enthalten erstmals die im Kontenrahmen für Versorgung (KRV) auf den Einzelplan verteilten Versorgungsausgaben (siehe auch Pkt. 4 des Vorworts), die KRV-Anteile sind auf der Produktbereichsebene verteilt. Das produktbereichsbezogene Volumen des KRV wird per Fußnote ausgewiesen. Eine Aufteilung des KRV auf die Produktgruppen ist nicht vorgenommen worden.

**Vorwort**  
**Einzelplan 8.1**

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
Tsd. EUR					
Gesamtbetrag Einzelplan davon entfallen auf:	85.919	722.693	122.365	37.635	882.693
Produktbereich 01	2.393	8.317	7.055	6.553	21.925
Produktbereich 02	35.025	16.709	13.066	84	29.859
Produktbereich 03	2.185	10.648	3.066	80	13.794
Produktbereich 04 redaktionell frei	-	-	-	-	-
Produktbereich 05	16.433	550.725	68.308	22.828	641.861
Produktbereich 06	29.883	127.802	28.451	7.980	164.233
Produktbereich 07	-	8.492	2.419	110	11.021

**Standardkennzahlen**

<i>Kennzahl</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000
Anzahl der Beschäftigten <sup>4</sup>	13.459	13.573	13.110	13.070	12.570	12.679
Anteil der Personalausgaben der dezentralen Intendanz an den ge- samten Personalausgaben	7,6 <sup>5</sup> %	5,0 %	5,1 %	5,2 %	5,3 %	6,7 %
Durchschnittliche Personalbetreu- ungsausgaben pro Beschäftigten in EUR	859	899	934	915	921	835
• Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten (inkl. Personalrecht, Frauen- und Suchtbeauftragte)	453	449	461	459	466	456
• Personalentwicklungskosten pro Beschäftigten (inkl. Fortbildung)	406	450	473	456	461	379
Anteil der Bildschirmarbeitsplätze an den bildschirmgeeigneten Büro- arbeitsplätzen	rd. 100%	rd. 100%	86,3	92,1	77,5	67,9
Durchschnittliche Fortbildungskosten pro Beschäftigten in EUR	341	392	413	396	395	350
Telefonzentralen Kosten/Anruf	0,99 EUR	-	-	-	-	-

<sup>4</sup> Ohne Landesbetrieb Verkehr.

<sup>5</sup> Benchmarking; vgl. auch Vorwort, Ziffer 9.

## 10. Aufgabenkritik und Effizienzsteigerung

### Maßnahmen im Haushaltsplan-Entwurf 2004

Kategorie / Maßnahmen	Haushaltsentlastung 2004			
	in Tsd. EUR			
	Personalaus- gaben	Sach- und Fachausga- ben	Sonstige / Einnahmen	Summe
Leistungseinschränkung / -verzicht:	-	-	-	-
Reduzierung der Zuwendungen:	-	-	-	-
Verschlanung der Verwaltung:				
Reduzierung der Intendantkosten <sup>6</sup>	785	-	-	785
Arbeitszeitverlängerung <sup>6</sup>	110	-	-	110
Einführung des papierlosen Verkehrs mit der Bundesdruckerei (vgl. Titel 8010.462.01)	80	-	-	80
Synergieeffekte aus dem gemeinsamen Rechenzentrumsbetrieb mit Schleswig-Holstein (vgl. Titel 8020.462.01)	58	-	-	58
Globale Minderausgabe <sup>7</sup> (vgl. Titel 8000.462.01, 8500.462.01, 8550.462.01)	1.450	-	-	1.450
Einnahmeerhöhung:	-	-	-	-
Epl. 8.1 gesamt	2.483	-	-	2.483

<sup>6</sup> Haushaltsentlastung bei der Bemessung der Personalausgabeansätze des Einzelplans 8.1 berücksichtigt.

<sup>7</sup> Die globalen Minderausgaben werden bis zur 2. Lesung des Haushaltsplan-Entwurfs 2004 im Haushaltsausschuss der Bürgerschaft konkretisiert.

## Produktinformationen

### Produktbereich 01: Amt für Innere Verwaltung und Planung; Katastrophenschutz

Kapitel 8000/8580

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen in Tsd. EUR	2.393	1.425	393	1.171
Personalausgaben in Tsd. EUR <sup>1</sup>	8.317	7.762	8.770	9.245
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	7.055	6.974	6.920	6.791
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	6.553	3.218	7.235	241
Stellen	159,44	157,84	163,99	163,99

<p><i>Ziele des Produktbereiches</i></p> <p>Z 1 Umfassende Unterstützung der Behördenleitung und der Ämter bei der Entwicklung von Zielvorstellungen und der Umsetzung von politischen und administrativen Zielsetzungen. Vertretung der innenpolitischen Interessen Hamburgs gegenüber dem Bund/ den Ländern.</p> <p>Z 2 Gewährleistung eines umfassenden Katastrophenschutzes für die Bevölkerung und Leitung des Stabes im Katastrophenfall unter Einbeziehung von Hilfsorganisationen.</p>
<p><i>Produktgruppen – Überblick</i></p> <p>PG 01 Amt für Innere Verwaltung und Planung; Katastrophenschutz</p>

nachrichtlich:

<i>luK- und Servicekosten<sup>2</sup> des Produktbereiches</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
luK-Kosten im Produktbereich 01 gesamt in Tsd. EUR <sup>3</sup>	1.752	1.145	1.508	1.335
Service-Kosten gesamt in Tsd. EUR	6.556	6.460	6.326	6.522
luK-Kosten an andere Produktbereiche gesamt in Tsd. EUR <sup>3</sup>	17.837	21.349	19.117	19.125

### Produktgruppe 01: Amt für Innere Verwaltung und Planung; Katastrophenschutz Kapitel 8000/8580

<p><i>Ziele der Produktgruppe</i></p> <p>siehe Ziele Produktbereich</p> <p><i>Erläuterungen zur Entwicklung</i></p> <p>Die Leistungen dieser Produktgruppe bestehen im Wesentlichen in den Tätigkeiten einer ministeriellen Generalintendanz für die Behördenleitung und die Ämter der Behörde für Inneres. Die erstellten Leistungen wirken somit Bfl - intern, als Bestandteile der Produkte der Fachämter.</p> <p>Weitere Entwicklung und Steuerung von Kontraktmanagement und Berichtswesen. Gesamtsteuerung der Einführung eines bundeseinheitlichen digitalen Funksystems der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS).</p>
<p><i>Produkte</i></p> <p>P 1 Allgemeine Grundsatzangelegenheiten und Recht.</p> <p>P 2 Grundsatzangelegenheiten der Inneren Sicherheit und des Straßenverkehrs.</p> <p>P 3 Zentrale Einsatzlenkung und Koordination im Katastrophenschutz.</p> <p>P 4 Richtlinien, Übungen, Aus- und Fortbildung im Katastrophenschutz.</p>

<sup>1</sup> In 2004 erstmals enthalten der Kontenrahmen für Versorgung (KRV) mit einem Anteil von 1.314 Tsd. EUR. Der KRV ist nicht auf der Ebene der Produktgruppe enthalten (siehe Pkt. 9 des Vorworts).

<sup>2</sup> Servicekosten sind die Kosten für die Intendanzfunktionen Personal, Haushalt, Organisation, Recht, Infrastruktur und Leitungsunterstützung sowie ministerielle Angelegenheiten (im Unterschied zur bisherigen Darstellung ohne Personalkosten luK, da diese gesondert ausgewiesen sind).

<sup>3</sup> Inkl. Investitionen und Personalkosten.

**Produktbereich 01**  
**Amt für Innere Verwaltung und Planung**

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.393	1.425	393	1.171
- Betriebseinnahmen	2.393	1.425	393	1.171
- Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	14.058	14.736	15.690	16.036
- Personalausgaben <sup>1</sup>	7.003	7.762	8.770	9.245
- Sach- und Fachausgaben gesamt	7.055	6.974	6.920	6.791
- Zuwendungen	453	448	448	448
- gesetzliche Leistungen	125	125	106	189
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	6.553	3.218	7.235	241

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	637	504	579	619
- innerbehördlich (2004: 7,6 %, 2003: 5,0%, 2002: 5,1 %)	532	388	447	481
- überbehördlich (1,5%)	105	116	132	139
luk- und Servicekosten gesamt in Tsd. EUR	8.308	7.605	7.834	7.857
- luK-Kosten	1.752	1.145	1.508	1.335
- Service-Kosten	6.556	6.460	6.326	6.522

**Einnahmen- und Ausgabenschwerpunkte**  
Die **Einnahmen 2004** im Kapitel 8000 entstehen im Wesentlichen durch  
- Ablieferungen des Landesbetriebs Verkehr (969 Tsd. EUR),  
- Kostenerstattung für die Weiterentwicklung der Software POLAS-neu i. V. m. INPOL-neu (1.000 Tsd. EUR),  
- Schadenersatzleistungen aus dem Bereich der öffentlichen Sicherheit (360 Tsd. EUR).  
Die **Sach- und Fachausgaben 2004 im Kapitel 8000** ergeben sich im Wesentlichen durch:  
- Sachaufwand für Informations- und Kommunikationstechnik ( 734 Tsd. EUR),  
- Inanspruchnahme des LIT ( 3.727 Tsd. EUR),  
- Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb ( 1.561 Tsd. EUR).  
Die **Sach- und Fachausgaben 2004 im Kapitel 8580** ergeben sich im Wesentlichen durch:  
- Zuschüsse an Hilfsorganisationen in Höhe von 453 Tsd. EUR,  
- Sachaufwand für Telekommunikations- und Sirenenanlagen in Höhe von 132 Tsd. EUR.  
Die **Investitionen 2004** sind im Wesentlichen bestimmt durch die Beschaffung eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle BOS (6.285 Tsd. EUR).

<i>Kennzahlen<sup>4</sup></i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	159,44	157,84	163,99	163,99
<b>P 4 Richtlinien, Übungen, Aus- und Fortbildungen im Katastrophenschutz</b>				
<u>Übungen der Katastrophendienststäbe und Einheiten</u>	3	4	4	6 <sup>5</sup>
davon Übungen der Stäbe	1	1	1	1
davon Übungen unter Einbeziehung der Einheiten des Kats.	2	2	2	3
davon länderübergreifende Übungen	0	1	1	1
Durchschnittliche Kosten pro Übung in Tsd. EUR <sup>6</sup>	10	10	10	5,6
<u>Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Katastrophenschutzstäbe<sup>7</sup></u>				
Anzahl der ausgebildeten Mitarbeiter/innen	36	68	68	22
Teilnehmer/innen an Seminaren des Bundes	22	48	48	22
Teilnehmer/innen an eigenen Seminaren	14	20	20	0
Durchschnittliche Kosten pro Teilnehmer/innen in EUR (abhängig von der Belegung der Seminare)	53,70	71,88	71,88	95,64

<sup>4</sup> Abweichend von der in anderen Einzelplänen üblichen Darstellung sind im Einzelplan 8.1 die Standardkennzahlen für die Intendanzbereiche im Vorwort untergebracht (Ziffer 9).

<sup>5</sup> Inkl. einer kostenfreien Übung des ZKD (Planbesprechung).

<sup>6</sup> Der Umfang einer Übung und die Teilnahme anderer Institutionen/Unternehmen ist ebenso wie deren jeweilige, freiwillige finanzielle Beteiligung nicht langfristig planbar.

<sup>7</sup> Aufgrund der vermehrten Übungen in 2002 musste aus Kapazitätsgründen auf eigene Seminare verzichtet werden. In 2003 wird seitens des Bundes - abweichend von den urspr. Planzahlen gar kein und 2004 nur ein Seminar für 22 Teilnehmer angeboten. Die erhöhten Teilnehmerkosten 2002 entstanden dadurch, dass ein spezieller Referent zum Thema Strahlenschutz verpflichtet wurde.

**Produktbereich 02: Einwohner Zentralamt**

**Kapitel 8010**

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen in Tsd. EUR	35.025	31.903	30.661	31.793
Personalausgaben in Tsd. EUR	16.709 <sup>8</sup>	10.153	10.214	15.795 <sup>9</sup>
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	13.066	7.865	7.912	9.122
Investitionsausgaben in Tsd. EUR <sup>10</sup>	84	-	213	3.016
Stellen	428,94 <sup>8</sup>	398,25	398,30	396,96

*Ziele des Produktbereiches*

- Z 1 Bedarfsorientierte Bereitstellung der für die Ausgabe von Pass- und Reiseausweisen erforderlichen finanziellen Ressourcen sowie Sicherstellung der Auskünfte aus dem Pass- und Personalausweisregister.
- Z 2 Gewährleistung einer bürgerfreundlichen Aufgabenwahrnehmung in ausländerrechtlichen Angelegenheiten.
- Z 3 Verbesserung der Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern durch eine Erhöhung der Bereitschaft, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen.
- Z 4 Sicherstellung einer konsequenten Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr und im Zusammenhang mit dem Städtischen Ordnungsdienst (ab 2004).
- Z 5 Verbesserung des Sicherheitsgefühls und der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger.

*Produktgruppen – Überblick*

- PG 01 Identitäts-, Namensänderungs-, und Beglaubigungsangelegenheiten.
- PG 02 Zentrale Ausländerangelegenheiten, Angelegenheiten der Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge, Rückführungsangelegenheiten.
- PG 03 Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsangelegenheiten.
- PG 04 Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr und im Zusammenhang mit dem Städtischen Ordnungsdienst (ab 2004).
- PG 05 Städtischer Ordnungsdienst.

nachrichtlich:

<i>IuK- und Servicekosten <sup>11</sup> des Produktbereiches</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
IuK-Kosten im Produktbereich 02 gesamt in Tsd. EUR	-	-	24	19
Service-Kosten gesamt in Tsd. EUR	2.628	1.743	1.758	1.745
Fiktive IuK-Kosten aus Produktbereich 01 gesamt in Tsd. EUR	3.794	2.466	3.485	2.884

<sup>8</sup> Veränderung gegenüber Planzahl 2003: Personalmittel bzw. Stellen aus der Maßnahme "Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt" (Drs. Nr. 17/2231) sowie Personalmittel bzw. Stellen aus dem Globalfonds Z 61. Erstmals enthalten ist der Kontenrahmen für Versorgung (KRV) mit einem Anteil von -97 Tsd. EUR.

<sup>9</sup> Im Ergebnis sind die Kosten für die aus dem Globalfonds Z 61 der Behörde für Soziales und Familie finanzierten Stellen enthalten. Die Veranschlagung dieser Haushaltsmittel erfolgt im Einzelplan 4.

<sup>10</sup> Die Investitionsmaßnahme (Grunderwerb für das Grundstück Amsinckstraße 34) wurde 2002 abgeschlossen. Die für 2004 ausgewiesenen Investitionsmittel stehen im Zusammenhang mit der Einrichtung und Ausstattung des Städtischen Ordnungsdienstes.

<sup>11</sup> Servicekosten sind die im Leitfaden für Produktbeschreibungen (2. Auflage 1997) aufgeführten Intendantenfunktionen (Anhang 3a-3f) sowie ministerielle Angelegenheiten.

**Produktgruppe 01: Identitäts-, Namensänderungs- und Beglaubigungsangelegenheiten Kapitel 8010**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>				
Z 1: Bereitstellung der für die Gewährleistung der Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Personalausweisen und Reisepässen erforderlichen finanziellen Ressourcen für die Bezirksverwaltungen sowie Gewährleistung einer zügigen und kundenorientierten Bereitstellung von Daten aus dem Pass- und Personalausweisregister.				
Z 2: Zügige Bearbeitung von Anträgen auf Änderung von Familien- und Vornamen.				
Neben der Bereitstellung der finanziellen Ressourcen für die mit der Ausgabe von Personalausweisen und Reisepässen betrauten Bezirke und deren fachlichen Steuerung hat sich die Auskunftleistung aus dem Pass- und Personalausweisregister zu einem Schwerpunkt dieses Bereiches entwickelt.				
Mit der Einführung eines digitalen Archivierungssystems (DIAS) soll den spezifischen Anforderungen der „Kunden“ (dies sind im Wesentlichen die Dienststellen der Polizei sowie die hiesige Abteilung für Bußgeld- und Verwarnungsangelegenheiten im Straßenverkehr) Rechnung getragen werden.				
<i>Produkte</i>				
P 1 Pass- und Personalausweisangelegenheiten				
P 2 Namensänderungen und -feststellungen				

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	77	62	63	83
– Betriebseinnahme	77	62	63	83
– Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.834	2.739	2.745	2.427
– Personalausgaben <sup>12</sup>	336	257	261	264
– Sach- und Fachausgaben gesamt	2.498	2.482	2.484	2.163
– Zuwendungen	-	-	-	-
– Gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
– Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	5	5

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	31	17	17	21
– innerbehördlich (2004: 7,6 %, 2003: 5,0%, 2002: 5,1%)	26	13	13	17
– überbehördlich (1,5%)	5	4	4	4
luK- und Servicekosten gesamt in Tsd. EUR	152	108	158	159
– luK-Kosten	-	-	24	19
– Service-Kosten	62	45	45	66
– Fiktive luK-Kosten aus Produktbereich 01	90	63	89	74

<i>Einnahmen- und Ausgabenschwerpunkte</i>				
Der Schwerpunkt der <b>Einnahmen 2004</b> liegt bei den Verwaltungsgebühren nach der VO zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familien- und Vornamen ( 50 Tsd. EUR).				
Der Schwerpunkt der <b>Sach- und Fachausgaben 2004</b> liegt bei der Zweckzuweisung an die Bezirke für die Ausgabe von Lohnsteuerkarten, Personalausweisen und Reisepässen ( 2.421Tsd. EUR).				

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	10,13	10,17	10,2	10,16
- davon Intendanzbereiche	1,3	1,16	1,2	1,16

<sup>12</sup> Der in den Personalausgaben 2004 erstmals enthaltene Anteil des Kontenrahmens für Versorgung (KRV) ist nicht auf die Produktgruppen verteilt worden (siehe Pkt. 9 des Vorworts).



**Produktgruppe 02: Ausländerangelegenheiten**

**Kapitel 8010**

<p><i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i></p> <p>Z 1: Kundenorientierte Bearbeitung der Aufenthaltsangelegenheiten von Asylbewerbern und anderen Ausländern mit ungesichertem Aufenthalt sowie von Einreiseangelegenheiten.</p> <p>Z 2: Konsequente ausländerrechtliche Würdigung von strafrechtlich relevanten Verstößen sowie eine konsequente und zeitnahe Rückführung von ausreisepflichtigen Ausländern unter Berücksichtigung humanitärer Belange im Einzelfall.</p> <p>Z 3: Betrieb der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung (ZEA)<sup>13</sup>.</p> <p>Folgende fachliche Entwicklung soll in 2004 weiterverfolgt werden:</p> <p>Die konsequente Rückführungspraxis soll fortgesetzt, die in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten sollen auf dem erreichten, niedrigem Niveau gehalten werden.</p>
<p><i>Produkte</i></p> <p>P 1 Einreiseangelegenheiten</p> <p>P 2 Aufenthaltsregelungen von Asylbewerbern und anderen Ausländern mit ungesichertem Aufenthalt</p> <p>P 3 Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern</p> <p>P 4 Ausweisungsangelegenheiten</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	794	585	600	905
– Betriebseinnahmen	794	585	600	905
– Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	16.988	8.465	8.473	15.289
– Personalausgaben <sup>12</sup>	10.084	6.102	6.093	11.705 <sup>14</sup>
– Sach- und Fachausgaben gesamt	6.904	2.363	2.380	3.584
– Zuwendungen	-	-	-	-
– gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
– Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	127	1.819

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	917	397	402	784
– innerbehördlich (2004: 7,6%, 2003: 5,0%, 2002: 5,1%)	766	305	311	609
– überbehördlich (1,5%)	151	92	91	175
luK- und Servicekosten gesamt in Tsd. EUR	3.472	2.511	3.128	3.300
– luK-Kosten	-	-	-	-
– Service-Kosten	1.421	1.040	1.049	1.561
– Fiktive luK-Kosten aus Produktbereich 01	2.051	1.471	2.079	1.739

<p><i>Einnahmen- und Ausgabenschwerpunkte</i></p> <p>Der Schwerpunkt der <b>Einnahmen 2004</b> liegt bei der Erstattung von Rückführungskosten (700 Tsd. EUR). Der Schwerpunkt der <b>Sach- und Fachausgaben 2004</b> liegt bei den Kosten für Rückführungen von ausreisepflichtigen Ausländern sowie bei den Fahrtkosten der Asylbewerber (1.161Tsd. EUR + 1.500 Tsd. EUR VE).</p>
---

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen <sup>15</sup>	231,91	237,6	237,6	239,4
- davon Intendantzbereiche	38,56	39,77	39,6	40,6
<b>P 1 Aufenthaltsregelungen von Asylbewerbern und anderen Ausländern mit ungesichertem Aufenthalt</b>				
Asylbewerber	4.500	7.500	7.500	5.276
Duldungsinhaber	14.000	15.500	17.000	16.155

<sup>13</sup> In der Darstellung der Produktgruppe ist die Veränderung durch den Übergang der Zuständigkeit für die ZEA auf die Behörde für Inneres lediglich in den Sach- und Fach- sowie Personalausgaben, allerdings noch nicht bei den Stellenangaben enthalten.

<sup>14</sup> Im Ergebnis sind die Kosten für die aus dem Sonderbudget Z 61 der Behörde für Soziales und Familie finanzierten Stellen enthalten. Die Veranschlagung dieser Haushaltsmittel erfolgte im Einzelplan 4.

<sup>15</sup> In der „Anzahl der Stellen“ sind die durchzuführenden Stellenstreichungen 2003 und 2004 nicht enthalten.

**Produktbereich 02**  
**Einwohner - Zentralamt**

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
<b>P 3 Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern</b>				
Durchschnittliche Kosten einer Rückführung in Tsd. EUR	1,5	1,9	2,1	1,3
Anzahl von Rückführungen	3.000	2.700	2.300	2.966

**Produktgruppe 03: Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsangelegenheiten**

**Kapitel 8010**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>				
Z 1: Kundenorientierte Bearbeitung und Erstellung von urkundlichen Beweisen des Besitzes der deutschen Staatsangehörigkeit (Rentenangelegenheiten, Passangelegenheiten).				
Z 2: Verbesserung der Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern durch eine Erhöhung der Bereitschaft, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen.				
Folgende fachliche Entwicklung soll in 2004 weiterverfolgt werden:				
Es soll versucht werden, die Bearbeitungszeiten möglichst auf dem erreichten, niedrigem Niveau konstant zu halten.				
<i>Produkte</i>				
P 1 Staatsangehörigkeitsangelegenheiten				
P 2 Einbürgerungen				

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.661	1.667	1.665	1.557
– Betriebseinnahmen	1.661	1.667	1.665	1.557
– Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.283	1.214	1.237	1.194
– Personalausgaben <sup>12</sup>	1.008	981	997	951
– Sach- und Fachausgaben gesamt	275	233	240	243
– Zuwendungen	-	-	-	-
– gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
– Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	21	279

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	92	64	66	63
– innerbehördlich (2004: 7,6%, 2003: 5,0%, 2002: 5,1%)	77	49	51	49
– überbehördlich (1,5%)	15	15	15	14
luK- und Servicekosten gesamt in Tsd. EUR	544	411	512	505
– luK-Kosten	-	-	-	-
– Service-Kosten	223	170	172	239
– Fiktive luK-Kosten aus Produktbereich 01	321	241	340	266

<i>Einnahmen- und Ausgabenschwerpunkte</i>				
Der Schwerpunkt der <b>Einnahmen 2004</b> liegt bei den Verwaltungsgebühren nach dem Staatsangehörigkeitsrecht (1.653 Tsd. EUR).				

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	36,33	38,9	38,9	36,7
- davon Intendantzbereiche	3,33	3,86	3,9	3,7
- davon Sachbearbeiterstellen für Einbürgerungen	23	28	28	24,25
<b>P 2 Einbürgerungen</b>				
Eingänge Einbürgerungsanträge	7.900	9.500	9.500	7.320
Vollzogene Einbürgerungen gesamt	8.000	9.500	10.500	7.761
Anteil der Einbürgerungsbewerber an der Gesamtzahl der in Hamburg lebenden Ausländer (ohne Aussiedleranträge) in %	2,7	3,5	3,6	2,74
Dauer eines Einbürgerungsverfahrens bis zur Erstentscheidung				
- nach AusIG	5 Monate	5 Monate	5 Monate	5 Monate
- Ermessenseinbürgerungen	8 Monate	8 Monate	8 Monate	8 Monate

**Produktgruppe 04: Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr** **Kapitel 8010**  
**und im Zusammenhang mit dem Städtischen Ordnungsdienst (ab 2004)**

<p><i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i></p> <p>Z 1: Erhöhung der Verkehrsdisziplin durch zeitnahe und konsequente Ahndung von Ordnungswidrigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts im ruhenden und fließenden Verkehr.</p> <p>Z 2: Verbesserung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger durch zeitnahe und konsequente Ahndung der in der Öffentlichkeit als störend empfundenen Verhaltensweisen.</p> <p>Folgende fachliche Entwicklung soll in 2004 weiterverfolgt werden: Die Verjährungsquote soll weiterhin auf niedrigem Niveau gehalten werden. Im Bereich der Verkehrsordnungswidrigkeiten wurde der Ansatz aufgrund einer Gesetzesänderung im OWiG leicht erhöht.</p> <p>Produkte</p> <p>P 1 Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr.</p> <p>P 2 Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich Grün- und Erholungsanlagen, des Wegerechts, des Lärmschutzrechts, des Jugendschutzes, der Hundeverordnung und der Abfallentsorgung.</p>
---

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	29.686	29.589	28.333	29.248
– Betriebseinnahmen	29.686 <sup>16</sup>	29.589	28.333	29.248
– Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.357	5.600	5.670	6.233
– Personalausgaben <sup>12</sup>	3.361	2.813	2.861	2.876
– Sach- und Fachausgaben gesamt	2.996	2.787	2.809	3.357
– Zuwendungen	-	-	-	-
– gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
– Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	60	843

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	305	183	189	193
– innerbehördlich (2004: 7,6 %, 2003: 5,0%, 2002: 5,1%)	255	141	146	150
– überbehördlich (1,5%)	50	42	43	43
luK- und Servicekosten gesamt in Tsd. EUR	1.734	1.179	1.468	1.528
– luK-Kosten	-	-	-	-
– Service-Kosten	710	488	492	723
– Fiktive luK-Kosten aus Produktbereich 01	1.024	691	976	805

<p><i>Einnahmen- und Ausgabenschwerpunkte</i></p> <p>Der Schwerpunkt der <b>Einnahmen 2004</b> liegt bei den Einnahmen aus Verkehrsordnungswidrigkeiten ( 29.659 Tsd. EUR). Der Schwerpunkt der <b>Sach- und Fachausgaben 2004</b> liegt bei den Postgebühren (2.070 Tsd. EUR).</p>
---

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	115,81	111,58	111,6	110,7
- davon Intendantzbereiche	9,72	10,46	10,6	10,4
Gesamtaufkommen von Ordnungswidrigkeiten (Anzeigen)	1.276.700	1.350.000	1.350.000	1.336.158
Quote der Verfahrenseinstellungen in %	10,00	10,00	10,00	9,98

<sup>16</sup> In den Betriebseinnahmen und im Gesamtaufkommen von Ordnungswidrigkeiten (Anzeigen) sind die dem Städtischen Ordnungsdienst zuzuordnenden Werte aus systematischen Gründen nicht enthalten. Diese finden sich in der Produktgruppe 05 wieder.

Produktgruppe 05: Städtischer Ordnungsdienst

Kapitel 8010

<p><i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i></p> <p>Z 1: Verbesserung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger durch zeitnahe und konsequentes Feststellen und Anzeigen von in der Öffentlichkeit als störend empfundener Verhaltensweisen (in 2004 erfolgt die erstmalige Ausbringung von Planzahlen).</p>
<p>Produkte</p> <p>P 1 Anzeigen von Ordnungswidrigkeiten im Bereich Grün- und Erholungsanlagen, des Wegerechts, des Lärmschutzrechts, des Jugendschutzes, der Hundeverordnung und der Abfallentsorgung.</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.807	-	-	-
- Betriebseinnahmen	2.807	-	-	-
- Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.410	-	-	-
- Personalausgaben <sup>12</sup>	2.017	-	-	-
- Sach- und Fachausgaben gesamt	393	-	-	-
- Zuwendungen	-	-	-	-
- gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
- Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	84	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	173	-	-	-
- innerbehördlich (2004: 7,6 %)	153	-	-	-
- überbehördlich (1,5%)	20	-	-	-
luk- und Servicekosten gesamt in Tsd. EUR	520	-	-	-
- luK-Kosten	-	-	-	-
- Service-Kosten	212	-	-	-
- Fiktive luK-Kosten aus Produktbereich 01	308	-	-	-

<p><i>Einnahmen- und Ausgabenschwerpunkte</i></p> <p>Der Schwerpunkt der <b>Einnahmen 2004</b> liegt bei den Einnahmen aus Ordnungswidrigkeiten / Städtischer Ordnungsdienst (2.800 Tsd. EUR). Die Kosten der Ahndung der Ordnungswidrigkeitenanzeigen finden in der Produktgruppe 04 Berücksichtigung.</p> <p>Die <b>Investitionsmittel 2004</b> werden für die Erstausrüstung des Städtischen Ordnungsdienstes (48 Tsd. EUR) sowie den Erwerb von Fahrzeugen für den Städtischen Ordnungsdienst (36 Tsd. EUR) eingesetzt.</p>
---

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	34,76	-	-	-
- davon Intendantbereiche	3,76	-	-	-
Anzeigen von Ordnungswidrigkeiten	23.500	-	-	-

**Produktbereich 03: Statistisches Landesamt**

**Kapitel 8020**

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen in Tsd. EUR	2.185	83	1.555	1.146
Personalausgaben in Tsd. EUR	10.648 <sup>17</sup>	8.810	9.172	9.710
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	3.066	1.885	3.088	2.557
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	80	124	134	25
Stellen	199,41	208,35	208,12	208,12

<p><i>Ziele des Produktbereiches</i></p> <p>Z 1 Termingerechte Lieferung der Ergebnisse von Statistiken in ausreichender Qualität an das Statistische Bundesamt als Hamburger Beitrag zur Bundesstatistik.</p> <p>Z 2 Bereitstellung von Hamburg-spezifischen Daten, überwiegend auf Basis von Statistiken des bundes- und europastatistischen Programms für Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und die allgemeine Öffentlichkeit sowie ihre aktuelle Vermittlung und Verbreitung.</p> <p>Z 3 Erschließung von Synergieeffekten durch die Zusammenführung der Statistischen Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein.</p> <p>Z 4 Durchführung von Wahlen und Volksabstimmungen.</p>
<p><i>Produktgruppen – Überblick</i></p> <p>PG 01 Querschnittsaufgaben, Informationsverbreitung und -vermittlung</p> <p>PG 02 Produktion und Auswertung von Statistiken</p> <p>PG 03 Wahlen und Volksabstimmungen</p>

nachrichtlich:

<i>IuK- und Servicekosten<sup>18</sup> des Produktbereiches</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
IuK-Kosten im Produktbereich 03 gesamt in Tsd. EUR	1.788	1.788	1.784	1.774
Service-Kosten im Produktbereich 03 gesamt in Tsd. EUR	984	902	867	976
IuK-Kosten aus Produktbereich 01 gesamt in Tsd. EUR	1.120	1.384	1.256	1.668

**Produktgruppe 01: Querschnittsaufgaben, Informationsverbreitung und -vermittlung**

**Kapitel 8020**

<p><i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i></p> <p>Z 1 Bereitstellung von kunden- und problemorientierten Statistikinformationen auf der Grundlage übergreifender Ansätze.</p> <p>Z 2 Aktuelle Vermittlung und Verbreitung der Informationsangebote an die Statistiknutzer einschließlich des Ausbaus des Internet-Angebots.</p> <p>Z 3 Modernisierung der Fortschreibung von Raumbezugsdaten.</p> <p>Z 4 Bereitstellung der Regional-Statistischen Datenbank mit Schwerpunkt „Kleinräumliches Stadtbeobachtungssystem“.</p> <p>Z 5 Mitarbeit in einem Forschungsdatenzentrum des amtlichen Statistikverbunds, das die Datenbestände der amtlichen Statistik vielfältigen weiteren Nutzungen, z. B. durch Hochschulen und wissenschaftliche Institute, zuführen wird.</p>
<p><i>Produkte</i></p> <p>P 1 Informationszentrum, Öffentlichkeitsarbeit, Internet, Veröffentlichungen, Regional-Statistische Datenbank.</p> <p>P 2 Prognosen, Zusammenführung von Einzelstatistiken zu volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Datenzusammenstellungen über Hamburger Stadtgebiete.</p> <p>P 3 Adressen- und Schlüsseldatenbank/Räumliche Bezugssysteme.</p>

<sup>17</sup> Erstmals enthalten der Kontenrahmen für Versorgung (KRV) mit einem Anteil von 1.190 Tsd. EUR.

<sup>18</sup> Servicekosten sind die Kosten für die Intendanzfunktionen Personal, Haushalt, Organisation, Recht, Infrastruktur und Leitungsunterstützung sowie ministerielle Angelegenheiten.

**Produktbereich 03**  
**Statistisches Landesamt**

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	10	10	20	16
– Betriebseinnahmen	10	10	20	16
– Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.694	1.504	1.559	1.627
– Personalausgaben <sup>12</sup>	1.375	1.204	1.213	1.329
– Sach- und Fachausgaben gesamt	319	300	346	298
– Zuwendungen	-	-	-	-
– gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
– Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	11	17	19	4

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	126	78	80	89
– innerbehördlich (2004: 7,6%, 2003: 5,0%, 2002: 5,1%)	105	60	62	69
– überbehördlich (1,5%)	21	18	18	20
IuK- und Servicekosten gesamt in Tsd. EUR	494	514	498	544
– IuK-Kosten in Produktgruppe 01 in Tsd. EUR	250	250	250	248
– Service-Kosten in Produktgruppe 01 in Tsd. EUR	138	126	122	137
– IuK-Kosten aus Produktbereich 01 in Tsd. EUR	106	138	126	159

*Einnahmen- und Ausgabenschwerpunkte*

- **Einnahmen 2004** aus dem Verkauf von Veröffentlichungen (10 Tsd. EUR).
- Ausgaben (gesamt) für das Informationszentrum, Veröffentlichungen/Öffentlichkeitsarbeit, Kunden- und Bürgerbefragungen (676 Tsd. EUR).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	29	30	29,2	29,2
Zahl der Presseinformationen	85	75	75	90
Zahl der größeren Publikationen	8	10	14	12
Zahl der Zugriffe aus dem Internet	110.000	80.000	40.000	140.000

**Produktgruppe 02: Produktion und Auswertung von Statistiken**

**Kapitel 8020**

*Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung*

- Z 1 Termingerechte Lieferung der Ergebnisse von Statistiken in ausreichender Qualität an das Statistische Bundesamt als Hamburger Beitrag zur Bundesstatistik.
- Z 2 Bereitstellung von Hamburg-spezifischen Daten, überwiegend auf Basis von Statistiken des bundes- und europa-statistischen Programms.
- Z 3 Erschließung von Synergieeffekten durch Konzentration der Statistikbearbeitung an den Standorten Hamburg oder Kiel.
- Z 4 Ausweitung des e-Government-Ansatzes auf weitere Statistiken, insbesondere die Einrichtung von Interneterhebungen für Wirtschaftsstatistiken.
- Z 5 Ausbau der Nutzungsmöglichkeiten des Statistischen Informationssystems SIS für interne und externe Kunden über das Internet.
- Z 6 Erarbeitung des endgültigen Konzepts für den unterjährigen Mikrozensus und die Erweiterung der laufenden Wirtschaftsrechnungen um EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) ab 2005.
- Z 7 Weiterer Ausbau des Unternehmensregisters.
- Z 8 Aufnahme der Konjunkturberichterstattung im Dienstleistungsbereich.

<i>Produkte</i>
P 1 Statistiken
P 2 Analysen, Kommentare und Berichte, spezielle Auskünfte und Beratung
P 3 Unternehmensregister

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	73	73	12	128
– Betriebseinnahmen	73	73	12	128
– Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	8.713	8.892	8.632	9.038
– Personalausgaben <sup>12</sup>	7.286	7.344	7.208	7.682
– Sach- und Fachausgaben gesamt	1.427	1.548	1.424	1.356
– Zuwendungen	-	-	-	-
– gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
– Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	66	103	111	20

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	663	477	476	514
– innerbehördlich (2004: 7,6%, 2003: 5,0%, 2002: 5,1%)	554	367	368	399
– überbehördlich (1,5%)	109	110	108	115
luK- und Servicekosten gesamt in Tsd. EUR	3.281	3.446	3.302	3.745
– luK-Kosten in Produktgruppe 02 in Tsd. EUR	1.485	1.485	1.481	1.473
– Service-Kosten in Produktgruppe 02 in Tsd. EUR	807	748	719	800
– luK-Kosten aus Produktbereich 01 in Tsd. EUR	989	1.213	1.102	1.472

*Einnahmen- und Ausgabenschwerpunkte*

- **Einnahmen 2004** aus der Erstattung von Personal- und Sachkosten von anderen Bundesländern zur Durchführung von Statistiken (61 Tsd. EUR).
- Ausgaben (gesamt) für die Produktion von Statistiken sowie die Bereitstellung von Analysen, Kommentaren und Berichten und die Erteilung spezieller Auskünfte und Beratung (7.982 Tsd. EUR).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	164,27	172	172,57	172,57
Zahl der Statistiken	190	194	209	209
Zahl der Termine insgesamt	607	609	625	629
Fristgerechte Lieferquote in %	58	58	58	53
Zahl der herausgebrachten Statistischen Berichte				
- in Druckform	50	100	100	34
- Internet	30	30	30	17

<i>Kostenkennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Kosten der Produktion und Auswertung der Statistiken pro Einwohner/Einwohnerin in EUR	5,11	5,27	5,02	5,27

**Produktgruppe 03: Wahlen und Volksabstimmung**

**Kapitel 8020**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>				
Im Haushaltsjahr 2004 werden die Wahlen zum Europäischen Parlament durchgeführt. Mit der gleichzeitigen Durchführung von Volksabstimmungen ist zu rechnen.				
<i>Produkte</i>				
P 1 Wahlen				
P 2 Volksabstimmung				
<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.102	-	1.523	1.000
- Betriebseinnahmen	2.102	-	1.523	1.000
- Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.119	299	2.069	1.602
- Personalausgaben <sup>12</sup>	799	262	751	699
- Sach- und Fachausgaben gesamt	1.320	37	1.318	903
- Zuwendungen	-	-	-	-
- gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
- Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	3	4	4	1

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	82	17	50	46
- innerbehördlich (2004: 7,6 %, 2003: 5,0%, 2002: 5,1%)	70	13	39	36
- überbehördlich (1,5%)	12	4	11	10
IuK- und Servicekosten gesamt in Tsd. EUR	111	114	107	129
- IuK-Kosten in Produktgruppe 03 in Tsd. EUR	53	53	53	53
- Service-Kosten in Produktgruppe 03 in Tsd. EUR	33	28	26	39
- IuK-Kosten aus Produktbereich 01 in Tsd. EUR	25	33	28	37

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	6,14	6,35	6,35	6,35



**Produktbereich 05: Polizei und Wasserschutzpolizei – Schule** **Kapitel 8500 / 8520**

Produktbereichskennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR <sup>19</sup>	16.433	17.499	13.324	16.161	16.180
Personalausgaben in Tsd. EUR <sup>20</sup>	550.725	455.606	450.898	433.179	422.556
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR <sup>21</sup>	68.308	66.965	67.565	67.770	65.163
Investitionsausgaben in Tsd. EUR <sup>22</sup>	22.828	26.262	21.384	17.977	19.862
Stellen gesamt <sup>23</sup>	9.810	9.727	9.722	9.722	9.137
Durchschnittliches Beschäftigungsvolumen	-	-	-	9.095,7	8.862
– Polizei (Kap. 8500)				9.074,8	8.841,8
– Wasserschutzpolizeischule (Kap. 8520)				20,9	20,2

<sup>19</sup> Das **Einnahmeergebnis 2001** wurde beeinflusst durch Einsatzkostenerstattungen bzgl. Castor (rd. 487 Tsd. EUR).

Das über der Veranschlagung liegende **Einnahmeergebnis 2002** wird u.a. hervorgerufen durch Einsatzkostenerstattungen (rd. + 1.005 Tsd. EUR, davon 500 Tsd. EUR bzgl. Castor), durch höhere Erstattungen i. R. des Elbeabkommens (rd. + 209 Tsd. EUR, davon 143 Tsd. EUR aus 2001), durch Versteigerungsüberschüsse bei den sichergestellten Fahrzeugen (rd. + 110 Tsd. EUR) und durch Mehreinnahmen in den Bereichen „Ersatzvornahmen“ - Abschleppvorgänge - (rd. + 1.096 Tsd. EUR) und „Verwaltungsgebühren“ (rd. + 200 Tsd. EUR), die auf die intensive Aufarbeitung der Rückstände aus den Vorjahren zurückzuführen sind.

Die Höhe der veranschlagten **Einnahmeerwartung 2003** wird gegenüber der Veranschlagung 2002 u.a. beeinflusst durch eine geplante Gebührenerhöhung bei den straßenverkehrsbehördlichen Anordnungen nach §§ 45 und 46 StVO (+ 591 Tsd. EUR), durch eine Neufestsetzung des Ablieferungsbetrages des Landesbetriebes Verkehr (+ 713 Tsd. EUR), durch höhere Einnahmen (+ 1.431 Tsd. EUR) bei den „Ersatzvornahmen“ (Abschleppvorgänge), hervorgerufen durch Fallzahlsteigerungen und höhere Abschleppkosten durch Preissteigerung - nach neuem Ausschreibungsergebnis - und durch eine **global ausgewiesene Mehreinnahme in Höhe von 1.200 Tsd. EUR, die noch nicht auf die einzelnen Produktgruppen verteilt werden kann.**

Die gegenüber 2003 verringerte **Einnahmeerwartung 2004** ist u.a. zurückzuführen auf die neue Anbindung des Landesbetriebes Verkehr (LBV) an den Produktbereich 01, wodurch die Erstattungen des LBV an die Polizei - bisher in Höhe von rd. 2.100 Tsd. EUR - jetzt im Produktbereich 01 veranschlagt werden, auf die nicht im vollen Umfang genehmigte Gebührenerhöhung aus 2003 im Bereich der straßenverkehrsbehördlichen Anordnungen (rd. - 400 Tsd. EUR) und zusätzliche Einnahmen in Höhe von 1.385 Tsd. EUR, durch den Übergang der Zuständigkeit auf dem Gebiet des Waffenrechts (siehe Drucksache 17/2573). Wie schon in 2003, kann auch die in diesem Jahr **global ausgewiesene Mehreinnahme in Höhe von 1.200 Tsd. EUR noch nicht auf die einzelnen Produktgruppen verteilt werden.**

<sup>20</sup> Die Differenz zwischen Plan und Ergebnis 2002 ergibt sich aus rd. 10 Mio. EUR Resten sowie im Plan veranschlagten Beihilfen, von denen aufgrund des geringen Anteils von Verwaltungsbeamten bei der Polizei rd. 8 Mio. EUR weniger ausgegeben wurde (Veranschlagungssystematik : 4 % der Aktivbezüge der Beamten als Beihilfe). In 2004 ist erstmals der Kontenrahmen für Versorgung (KRV) mit einem Anteil von 88.112 Tsd. EUR (davon WSPS 264 Tsd. EUR) enthalten.

<sup>21</sup> Der Anstieg der **Sach- und Fachausgaben 2004** ergibt sich größtenteils durch Mehrbedarfe im Zusammenhang mit dem Übergang der Polizeidienstgebäude in das Gebäudemanagement (rd. 526 Tsd. EUR), durch den Übergang der Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Waffenrechts (rd. 445 Tsd. EUR) und durch interne Umschichtungen zulasten des Personalhaushalts, die auf den Übergang der Beschaffungsaufgaben für Dienstkleidung auf das Logistikzentrum Niedersachsen zurückzuführen sind.

<sup>22</sup> Das **Ausgabergebnis 2002 bei den Investitionen** wird beeinflusst durch noch nicht abgeschlossene bzw. abgerechnete Baumaßnahmen i. Z. m. der Zusammenführung von Polizeirevieren und Kriminalkommissariaten zu Polizeikommissariaten sowie durch noch nicht abschließend realisierte Beschaffungsmaßnahmen wie z. B. die Beschaffung von zwei neuen Polizeihubschraubern (Lieferung erst Ende 2004).

Der Anstieg des **Investitionsvolumens 2003** ist im Wesentlichen auf die vorgezogene Realisierung der Zusammenführung von Polizeirevieren und Kriminalkommissariaten zu Polizeikommissariaten, 8500.710.04 (+ 3.259 Tsd. EUR), sowie auf zusätzliche Mittel für die Modernisierung des Fuhrparks der Polizei (+1.254 Tsd. EUR) zurückzuführen.

<sup>23</sup> Inkl. Ausbildungsstellen (2004 = 449). Der Stellenzuwachs 2003/2004 gegenüber 2002 resultiert aus 112 zusätzlichen Ausbildungsstellen abzüglich vorzunehmender Stellenstreichungen.

*Ziele des Produktbereiches:*

- Z 1 Abwehr von Gefahren und Beseitigung von Störungen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.
- Z 2 Konsequente Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten sowie wirksame Prävention.
- Z 3 Stärkung der Sicherheit der Bürger und schnelle Hilfeleistung in Gefahren- und Notfällen.
- Z 4 Erhöhung der Sicherheit im Straßen- und Schiffsverkehr, Verbesserung des Verkehrsflusses.
- Z 5 Verstärkung der Dienstleistungsorientierung.
- Z 6 Steigerung der Effektivität und Effizienz der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung.

*Produktgruppen – Überblick*

- PG 01 Kriminalitätsverhütung und –bekämpfung.
- PG 02 Verkehrssicherheitsaufgaben.
- PG 03 Wasserschutzpolizeiliche Fachaufgaben.
- PG 04 Bürgernahe Aktivitäten und sonstige Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.
- PG 05 Aus- und Fortbildung der Polizeibediensteten.

*Einnahmen- und Ausgabenschwerpunkte*

**Vorbemerkung**

Personalausgaben sowie Sach- und Fachausgaben sind – sofern sie nicht eindeutig einer bestimmten Produktgruppe oder einer bestimmten Zielrichtung zuzuordnen sind – entsprechend einer geschätzten Stellen- bzw. Kapazitätsverteilung auf die Produktgruppen des Kapitels 8500 verteilt. Dies gilt zum größten Teil auch für die investiven Ausgaben.

Aus diesem Grunde hat die Zuordnung der Ausgaben und Investitionen keinen abschließenden Charakter. Zudem können sich die Schwerpunkte der polizeilichen Arbeit jederzeit und kurzfristig ändern.

Die in der letztjährigen Produktinformation angekündigte Zuordnung von Stellenzuwächsen aus dem ‚Konzept Innere Sicherheit‘ ist für 2002 direkt auf die Produktgruppen PG 01, 04 und 05 vorgenommen worden, um damit die politische Zielrichtung zu verdeutlichen.

Die Verteilung der Ausgaben in 2002 wie für 2003 und 2004 erfolgte jedoch auf der Grundlage der bisherigen Verteilungs- und Schlüsselungsverfahren (s.o.), so dass insbesondere im Ergebnis 2002 rechnerische Stellenanteile und Personalausgaben für die Produktgruppe 04 nicht korrespondieren.

Die **Einnahmen 2004** für das **Kapitel 8500** ergeben sich im Wesentlichen aus

- Verwaltungsgebühren (2.261 Tsd. EUR), Ersatzvornahmen (5.926 Tsd. EUR),
- Erstattungen der Länder Niedersachsen u. Schleswig-Holstein für die Wahrnehmung der wasserschutzrechtlichen Aufgaben (2.100 Tsd. EUR),
- global ausgewiesene Mehreinnahme (1.200 Tsd. EUR),
- Verwaltungsgebühren für waffenrechtliche Erlaubnisse (1.358 Tsd. EUR).

Die **Sach- und Fachausgaben 2004** für das **Kapitel 8500** ergeben sich im Wesentlichen durch

- Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken sowie Mieten und Pachten (31.571 Tsd. EUR),
- Haltung von Fahrzeugen sowie Dienst- und Schutzkleidung (7.885 Tsd. EUR),
- Einsatzmittel (1.505 Tsd. EUR), Blutuntersuchungen, Gerichtskosten (2.956 Tsd. EUR) und Fahndungskosten (2.225 Tsd. EUR), Unterhaltung/Ersatz Fernmelde- und Fernsehanlagen (1.644 Tsd. EUR),
- Betriebsausgaben (2.605 Tsd. EUR) sowie
- Mittel im Rahmen des Konzepts Innere Sicherheit (4.118 Tsd. EUR).

Die **Investitionsausgaben 2004** für das **Kapitel 8500** ergeben sich im Wesentlichen durch

- die Finanzierungsanteile „Neubau Polizeipräsidium“ (6.596 Tsd. EUR),
- Bauvorhaben im Zusammenhang mit der Einrichtung von Polizeikommissariaten (371 Tsd. EUR),
- Verbesserung der baulichen Infrastruktur Alsterdorf (256 Tsd. EUR),
- Ersatz- und Erweiterungsbeschaffungen von Dienstkraftfahrzeugen (3.446 Tsd. EUR, davon 1.373 Tsd. EUR zusätzlich für die Modernisierung des Fuhrparks),
- die dritte Rate für die Beschaffung der Hubschrauber (7.235 Tsd. EUR),
- Beschaffungen von Fernmelde- und Fernsehanlagen (971 Tsd. EUR),
- Beschaffung von Booten (753 Tsd. €),
- Beschaffung von Spezialgerät (1.811 Tsd. EUR) und
- Beschaffung von Verkehrsüberwachungsgerät (238 Tsd. EUR).

nachrichtlich:

<i>Servicekosten des Produktbereiches 05 (Technische Service- und Zentrale Intendanzkosten – einschl. IuK-Kosten<sup>24</sup>) – sowie IuK-Gesamtkosten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Service-Kosten gesamt in Tsd. EUR	56.201	54.773	54.354	52.348	58.515
IuK-Kosten gesamt in Tsd. EUR	15.753	20.427	19.909	18.115	17.156
– aus dem Produktbereich 05 (inkl. Personalkosten)	11.795	11.646	12.164	11.845	11.636
– aus dem Produktbereich 01 (inkl. Personalkosten)	339	373	390	384	372
– LIT Kostenanteile der Polizei aus dem Produktbereich 01	3.587	8.400	7.347	5.878	5.143
– WSPS	32	8	8	8	5

**Produktgruppe 01: Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung**

**Kapitel 8500**

*Ziele der Produktgruppe*

- Z 1 Weitere Reduzierung der Straftaten mit Schwerpunkt Raub und Gewalttaten durch junge Menschen und Steigerung der Aufklärungsquote.
- Z 2 Intensive Bekämpfung der Kriminalität im sozialen Nahbereich, insbesondere Steigerung der Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen.
- Z 3 Verhinderung sichtbarer Drogenszenen vorrangig durch repressive Maßnahmen; Bekämpfung des illegalen Drogenhandels und –schmuggels unter Ausnutzung aller strafprozessualen Maßnahmen.
- Z 4 Abwehr von Gefahren durch extremistische und terroristische Gewalttaten und Bekämpfung des internationalen Terrorismus.
- Z 5 Schutz der Bevölkerung vor Kriminalität durch präventive Aktivitäten mit Schwerpunkt in den Bereichen Jugenddelinquenz, Eigentumssicherung, häusliche Gewalt und Gewalt im öffentlichen Raum.
- Z 6 Fortführung des polizeilichen Opferschutzes.

*Erläuterungen zur Entwicklung*

Die Polizei ist bei der Bekämpfung und Vorbeugung von Straftaten erfolgreich. Hinsichtlich der registrierten Straftaten ist von 2001 zu 2002 ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Durch die Fortführung der konsequenten Maßnahmen der Polizei soll diese positive Entwicklung weiter verstärkt werden.

Die Polizei setzt ihre repressiven und präventiven Maßnahmen insbesondere in den Bereichen Jugenddelinquenz, Eigentumsdelikte und Gewaltdelikte auch im Jahre 2004 fort. Dabei wird auch die intensive Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Institutionen gewährleistet.

Wohnungseinbrüche werden von der Bevölkerung als besonders belastend empfunden. Die Polizei legt daher besonderes Gewicht auf die Bekämpfung der Wohnungseinbrüche und erwartet neben einer deutlichen Erhöhung der Aufklärungsquote auch einen weiteren Rückgang der Straftaten.

Durch die polizeilichen und anschließenden justiziellen Maßnahmen ist die offene Drogenszene aufgelöst. Die konzeptionellen Maßnahmen zur Verhinderung sichtbarer Drogenszenen sowie zur Bekämpfung des Handels mit Betäubungsmitteln auf der Straße und aus Wohnungen heraus werden konsequent fortgesetzt.

Den Gefahren durch terroristische Gewalttaten wird weiterhin konsequent begegnet.

Aufgrund der Bedeutung der Sachbeweise im Strafverfahren werden die Möglichkeiten der Kriminaltechnik, insbesondere der DNA-Analyse konsequent genutzt.

<sup>24</sup> Servicekosten beinhalten die zentralen Intendanzfunktionen Personal, Haushalt, Organisation, Recht, Infrastruktur und Leitungsunterstützung sowie sämtliche technische Serviceleistungen.

**Produktbereich 05**  
**Polizei, Wasserschutzpolizei - Schule**

<i>Produkte</i>	
P 1	<p>Polizeiliche Kriminalprävention</p> <p>Information potentieller und tatsächlicher Opfer sowie der Öffentlichkeit über Möglichkeiten, die individuelle Sicherheit durch präventives Verhalten einschließlich technischer Sicherungen zu erhöhen; Aufklärung der Opfer über deren Rechte, ggf. Angebot direkter Hilfe oder Aufzeigen weiterführender Hilfsangebote.</p> <p>Aufklärung von Tätern und Erziehungsverantwortlichen über normgerechtes und normabweichendes Verhalten und die strafrechtlichen Konsequenzen.</p> <p>Weiterführung der Zusammenarbeit mit anderen Verantwortungsträgern der Kriminalprävention zur Entwicklung abgestimmter und vernetzter Handlungskonzepte.</p>
P 2	<p>Bekämpfung der Kriminalität im sozialen Nahbereich der Bürger durch die örtliche Polizei.</p> <p>Bekämpfung insbesondere der Gewalt- und Eigentumsdelikte, die die Privatsphäre und das Sicherheitsempfinden der Bürger maßgeblich beeinträchtigen.</p>
P 3	<p>Bekämpfung der Kapitaldelikte</p> <p>Kapitaldelikte sind Straftaten mit einer Mindeststrafandrohung von einem Jahr (Verbrechen), z.B. Tötungs- und Sexualdelikte, Geiselnahme, Raub.</p>
P 4	<p>Bekämpfung der Rauschgiftdelikte</p>
P 5	<p>Bekämpfung der Organisierten Kriminalität</p> <p>Organisierte Kriminalität ist die von Gewinn- und Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, wenn mehr als zwei Beteiligte auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen, unter Anwendung von Gewalt oder anderer zur Einschüchterung geeigneter Mittel oder unter Einflussnahme auf Politik, Medien, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft zusammenwirken.</p>
P 6	<p>Bekämpfung der Wirtschaftsdelikte</p>
P 7	<p>Bekämpfung der Staatsschutzdelikte</p>
P 8	<p>Bekämpfung der Umweltdelikte</p>
P 9	<p>Interne Ermittlungen (DIE)</p> <p>Ermittlung von strafrechtlich relevanten Sachverhalten innerhalb der gesamten öffentlichen Verwaltung einschließlich der Polizei.</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR <sup>25</sup>	322	1.066	762	831	1.929
– Betriebseinnahmen	322	1.066	762	831	1.929
– Investitionseinnahmen					
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	210.585	206.941	206.102	199.752	188.898
– Personalausgaben <sup>12</sup>	185.890	183.071	182.066	174.861	165.066
– Sach- und Fachausgaben gesamt	24.695	23.870	24.036	24.891	23.832
– Zuwendungen					
– gesetzliche Leistungen					
– Sonstige Betriebsausgaben					
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	8.590	10.659 <sup>26</sup>	8.078	6.769	7.110

<sup>25</sup> **Einnahmeergebnis 2001** wird u.a. auch durch eine zweckgebundene Einnahme für Belohnungen im Fall Reemtsma (358 Tsd. EUR) und der Ablieferung des LBV (986 Tsd. EUR) beeinflusst.

**Anstieg der Einnahmeerwartung in 2003** ist zum größten Teil auf die Neufestsetzung des Ablieferungsbetrages des Landesbetriebes Verkehr zurückzuführen.

**Verringerte Einnahmeerwartung 2004** ergibt sich durch neue Anbindung des Landesbetriebes Verkehr an den Produktbereich 01 (s. auch Fußnote 19).

<sup>26</sup> Vgl. Fußnote 22.

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Kalkulatorische Kosten gesamt in Tsd. EUR	75	75	105	105	550
– Raumkosten <sup>27</sup>	75	75	105	105	550
– Abschreibungen					
– Kapitalverzinsung					
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	-	11.716	12.016	11.541	11.224
– innerbehördlich <sup>28</sup>	-	8.970	9.285	8.918	8.748
– überbehördlich (1,5%)	2.788	2.746	2.731	2.623	2.476
Servicekosten in Tsd. EUR	22.463	21.907	21.821	21.011	22.794
IuK-Kosten	6.049	7.807	7.562	6.898	6.510
– aus dem Produktbereich 05 (inkl. Personalkosten)	4.580	4.525	4.699	4.580	4.448
– aus dem Produktbereich 01 (inkl. Personalkosten)	127	140	144	142	139
– LIT Kostenanteile der Polizei aus dem Produktbereich 01	1.342	3.142	2.719	2.176	1.923

#### *Ausgabenschwerpunkte*

Die **Sach- und Fachausgaben 2004** ergeben sich im Wesentlichen durch

- Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken sowie Mieten und Pachten (11.544 Tsd. EUR),
- Haltung von Fahrzeugen (2.015 Tsd. EUR) sowie Dienst- und Schutzkleidung (785 Tsd. EUR),
- Einsatzmittel (615 Tsd. EUR), Blutuntersuchungen, Gerichtskosten (1.709 Tsd. EUR) und Fahndungskosten (2.221 Tsd. EUR), Unterhaltung/Ersatz Fernmelde- und Fernsehanlagen (624 Tsd. EUR),
- Betriebsausgaben Titel 539.70 (1.008 Tsd. EUR) sowie
- Mittel im Rahmen des Konzepts Innere Sicherheit (1.377 Tsd. EUR).

Die **Investitionsausgaben 2004** ergeben sich über die allgemein auf die Produktgruppen umgelegten Mittel der Investitionsschwerpunkte hinaus im Wesentlichen durch

- die Beschaffung von kriminaltechnischen Geräten (1.762 Tsd. EUR) sowie Beschaffungen von Dienst-Kfz. (1.289 Tsd. EUR, davon 514 Tsd. EUR für die Modernisierung des Fuhrparks) und durch die dritte Rate für die Beschaffung der Hubschrauber (2.079 Tsd. EUR).

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Rechnerischer Stellenanteil <sup>29</sup>	3.669	3.638	3.599	3.599	3.559
Fallzahlen statistisch erfasster Straftaten gem. Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS)	-	< 269.121	-	269.121	318.528
Fallzahlen Gewaltdelikte <sup>30</sup>	-	< 8.817	-	8.817	9.554
Fallzahlen Raubdelikte (gesamt)	-	< 4.564	-	4.564	5.279
Fallzahlen Haus- und Wohnungseinbrüche	-	< 5.786	-	5.786	6.633
Aufklärungsquote Haus- und Wohnungseinbrüche	-	> 8,4 %	-	8,4 %	6,7 %

<sup>27</sup> Bis 2000 wurden die Raumkosten auf der Basis der Daten für alle genutzten Räume ermittelt, ab 2001 werden Raumkosten nur noch für eigene Gebäude ausgewiesen. Dieser Berechnungsmodus gilt auch für die folgenden Produktgruppen. Verringerter Planwert für 2002 durch den Übergang ins Gebäudemanagement (es befinden sich nur noch zwei Gebäude – Sierichstr. 53 und Großmooring 14 - im Verwaltungsvermögen der Polizei); dies wirkt sich durchgängig auf alle Produktgruppen der Polizei aus.

Nochmals verringerte Planwerte für 2003 und 2004, da sich nur noch ein Gebäude - Großmooring 14 - im Verwaltungsvermögen der Polizei befindet; dies wirkt sich durchgängig auf alle Produktgruppen der Polizei aus.

<sup>28</sup> Bedingt durch den laufenden Umstrukturierungsprozess im Produktbereich 05, kann für 2004 keine Gemeinkostenanteil ausgewiesen werden. Für die Vorjahre gilt: 2003 = 4,9 %, 2002 = 5,1 %, Ergebnis 2002 = 5,2%, 2001 = 5,3 %. Diese Werte gelten auch für die übrigen Produktgruppen.

<sup>29</sup> Der Zuwachs von Stellen in 2003 ergibt sich aus der anteiligen Zuordnung der zusätzlichen 250 Angestellten-Stellen zu der Produktgruppe 01.

<sup>30</sup> **Gewaltdelikte** umfassen gem. PKS folgende Delikte: Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung, Raub, räuberische Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer, Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, gefährliche und schwere Körperverletzung, erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme, Angriff auf den Luft- und Seeverkehr.

**Produktbereich 05**  
**Polizei, Wasserschutzpolizei - Schule**

Kennzahlen	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
Anzahl der Beratungen	2.285	1.761	17.745	-
Aufklärungsquote Gewaltdelikte	56,3 %	54,9 %	52,0 %	53,9 %
Aufklärungsquote bei Raubdelikten (gesamt)	37,5 %	37,6 %	37,1 %	37,8 %
Fallzahlen vorsätzliche Tötungsdelikte	100	113	97	102
Aufklärungsquote bei vorsätzlichen Tötungsdelikten	92,0 %	88,5 %	92,8 %	89,2 %
Fallzahlen politisch motivierter Gewalttaten	135	146	138	112
Aufklärungsquote bei politisch motivierten Gewalttaten	58 %	62 %	52 %	66 %
Fallzahlen Drogenhandel und -schmuggel	4.059	4.893	4.064	4.669
Fallzahlen Organisierte Kriminalität <sup>31</sup>	37	51	48	48
Fallzahlen Wirtschaftskriminalität <sup>32</sup>	2.791	29.320	7.786	24.933
Summe der abgeschöpften Vermögenswerte <sup>33</sup> (Tsd. EUR)	2.628	1.583	514	121

**Produktgruppe 02: Verkehrssicherheitsaufgaben**

**Kapitel 8500**

<p><i>Ziele der Produktgruppe</i></p> <p>Z 1 Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr, hauptsächlich durch Reduzierung der Verkehrsunfälle mit Personenschäden speziell bei Kindern, durch Ausrichtung polizeilicher Aktivitäten auf die Bekämpfung der Hauptunfallursachen.</p> <p>Z 2 Beschleunigung des Verkehrsflusses im Straßenverkehr durch konsequentes Vorgehen gegen Verkehrsverstöße durch Parken in Zweiter Reihe.</p> <p><i>Erläuterungen zur Entwicklung</i></p> <p>Im Vergleich zu 2001 weist die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle in 2002 einen Rückgang auf. Diese Entwicklung ist jedoch nicht bei der Anzahl der verletzten Personen festzustellen, die Zahlen sind nahezu unverändert. Die Anzahl der bei einem Verkehrsunfall getöteten Personen sank deutlich von 56 im Jahr 2001 auf 34 im Jahr 2002. Die Verkehrsgebiete vor Schulen, Kindertagesstätten und Örtlichkeiten, an denen sich Kinder vermehrt während ihrer Freizeit aufhalten, werden zum Schutz der schwächsten Verkehrsteilnehmer verstärkt in polizeiliche Überwachungstätigkeiten einbezogen.</p> <p>Weiterhin wird die wirksame Bekämpfung des Führens von Kraftfahrzeugen unter Drogeneinfluss verbessert.</p> <p>Die Verkehrsunfallbekämpfung wird durch qualifizierte örtliche Untersuchungen von Unfallhäufungsstellen im Zusammenwirken mit der „Unfallkommission“ (UK) intensiviert. Die UK setzt sich aus Mitarbeitern der zentralen Straßenverkehrsbehörden sowie der Baubehörde zusammen. Auf der Grundlage von Unfallanalysen werden konkrete Maßnahmen zur Entschärfung von Unfallhäufungsstellen entschieden.</p> <p>Der Schwerpunkt der polizeilichen Verkehrserziehung liegt im vorschulischen Bereich sowie den Klassen 1 – 4. Ergänzt wird die Verkehrserziehung durch die wieder eingeführte Fahrradausbildung in den Klassen 5 - 6. Der Freizeitbereich der Kinder wird stärker bei den Maßnahmen der polizeilichen Verkehrserziehung berücksichtigt. Die zielgruppenorientierte Prävention auf dem Gebiet der Verkehrssicherheitsberatung durch Verkehrsinformationen und -aufklärung wird intensiv fortgeführt.</p> <p>Der Verkehrsfluss wird durch die Erhöhung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf Hauptverkehrsstraßen und Autobahnen sowie konsequentes Einschreiten gegen Parken in Zweiter Reihe verbessert.</p> <p><i>Produkte</i></p>
---

<sup>31</sup> **Organisierte Kriminalität** ist die von Gewinn- und Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, wenn mehr als zwei Beteiligte auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen, unter Anwendung von Gewalt oder anderer zur Einschüchterung geeigneter Mittel oder unter Einflussnahme auf Politik, Medien, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft zusammenwirken.

<sup>32</sup> **Wirtschaftsdelikte:** Die Fallzahlen bilden alle innerhalb von Großverfahren zu verzeichnenden Einzelverfahren ab. Die Anzahl von Einzelverfahren unterliegt dabei z.B. in den Bereichen der Kreditbetrügerei und des Kapitalanlagebetruges großen Schwankungen.

<sup>33</sup> Im Rahmen der **Vermögensabschöpfung** werden Vermögenswerte, die von Straftätern illegal erlangt und im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung von der Polizei gesichert wurden, mittels eines rechtskräftigen Urteils oder aufgrund Verzichts eingezogen und auf einem speziellen Konto der Justizbehörde verbucht. Hierbei kann auf das Gesamtvermögen der Straftäter zugegriffen werden.

<b>P 1 Verkehrssicherheitsberatung und -erziehung</b> Verkehrserziehung, Verkehrsaufklärung, Verkehrsinformation, Öffentlichkeitsarbeit; Zusammenarbeit mit anderen Trägern der Verkehrssicherheitsarbeit.
<b>P 2 Überwachung des fließenden Verkehrs</b> Verkehrsüberwachung hinsichtlich des Verhaltens und der Eignung der Verkehrsteilnehmer sowie des technischen Zustandes der Fahrzeuge; mobile und stationäre Verkehrsüberwachung, die sich besonders an Verkehrsunfallhäufungsstellen und -linien sowie an Hauptunfallursachen orientiert.
<b>P 3 Überwachung des ruhenden Verkehrs</b> Feststellung und Verfolgung von Verkehrsverstößen mit den Schwerpunkten Beseitigung von Störungen im Fließverkehr und Freihalten von Rettungswegen einschließlich konsequenter, zeitnaher Abschleppmaßnahmen.
<b>P 4 Verkehrsunfallsachbearbeitung, Ermittlung von Verkehrsverstößen</b> Aufnahme und Bearbeitung von Verkehrsunfällen; Ermittlung von strafbaren Handlungen und Ordnungswidrigkeiten bei Verkehrsdelikten.
<b>P 5 Verkehrsbeobachtung, -lenkung, -regelung</b> Beobachtung des Straßenverkehrs, Einleitung verkehrslenkender und -regelnder Maßnahmen mit dem Ziel, die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu verbessern; Verkehrswarndienst.
<b>P 6 Straßenverkehrsbehördliche Maßnahmen</b> Analyse des Verkehrsunfallgeschehens mit dem Ziel, Verkehrsunfallhäufungsstellen und -linien zu erkennen und zu beseitigen durch die Anordnung von Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsablaufes sowie zur sicheren Gestaltung des Verkehrsraumes.

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	6.899 <sup>34</sup>	7.703 <sup>35</sup>	5.593	6.853	6.285
– Betriebseinnahmen	6.899	7.703	5.593	6.853	6.285
– Investitionseinnahmen					
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	98.005	96.385	95.223	92.480	98.454
– Personalausgaben <sup>12</sup>	83.619	82.351	81.862	78.622	83.875
– Sach- und Fachausgaben gesamt	14.386	14.034	13.361	13.858	14.579
– Zuwendungen					
– gesetzliche Leistungen					
– Sonstige Betriebsausgaben					
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	4.790	5.260 <sup>36</sup>	4.143	3.344	3.835

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Kalkulatorische Kosten gesamt in Tsd. EUR	35	35	50	50	296
– Raumkosten	35	35	50	50	296
– Abschreibungen					
– Kapitalverzinsung					
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	-	5.270	5.403	5.189	5.703
– innerbehördlich <sup>24</sup>	-	4.035	4.175	4.010	4.445
– überbehördlich (1,5%)	1.254	1.235	1.228	1.179	1.258
Servicekosten in Tsd. EUR	10.159	9.902	9.849	9.484	11.654
luK-Kosten	2.811	3.644	3.507	3.195	3.434
– aus dem Produktbereich (PB) 05 (inkl. Personalkosten)	2.115	2.088	2.161	2.106	2.326
– aus dem PB 01 (inkl. Personalkosten)	60	66	68	67	75
– LIT Kostenanteile der Polizei PB 01	636	1.490	1.278	1.022	1.033

<sup>34</sup> Verringerter Einnahmeverlauf u.a. durch die nicht in vollem Umfang genehmigte Gebührenerhöhung aus 2003 und die neue Anbindung des Landesbetriebes Verkehr an den Produktbereich 01 (s. auch Fußnote 19).

<sup>35</sup> Die Höhe der veranschlagten Einnahmeerwartung wird u. a. durch eine geplante Gebührenerhöhung bei den straßenverkehrsbehördlichen Anordnungen nach §§ 45 und 46 StVO und durch höhere Einnahmen bei den „Ersatzverfahren“ (Abschleppvorgänge), hervorgerufen durch Fallzahlsteigerungen und höhere Abschleppkosten durch Preissteigerung (nach neuem Ausschreibungsergebnis), beeinflusst.

<sup>36</sup> Vgl. Fußnote 22.

**Produktbereich 05**  
**Polizei, Wasserschutzpolizei - Schule**

*Einnahmen- und Ausgabenschwerpunkte*

Die **Einnahmen 2004** ergeben sich im Wesentlichen aus

- Verwaltungsgebühren – Straßenverkehr (832 Tsd. EUR),
- Ersatzvornahmen (5.856 Tsd. EUR).

Die **Sach- und Fachausgaben 2004** ergeben sich im Wesentlichen durch

- Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken sowie Mieten und Pachten (5.475 Tsd. EUR),
- Haltung von Fahrzeugen (1.025 Tsd. EUR) sowie Dienst- und Schutzkleidung (372 Tsd. EUR),
- Einsatzmittel (292 Tsd. EUR), Blutuntersuchungen, Gerichtskosten (1.043 Tsd. EUR) und Unterhaltung/Ersatz Fernmelde- und Fernsehanlagen (296 Tsd. EUR),
- Betriebsausgaben (473 Tsd. EUR) und
- Mittel im Rahmen des Konzepts Innere Sicherheit (653 Tsd. EUR).

Die **Investitionsausgaben 2004** ergeben sich über die allgemein umgelegten Mittel der Investitionsschwerpunkte hinaus im Wesentlichen durch die Beschaffung von Verkehrsüberwachungsgeräten (238 Tsd. EUR) sowie die Beschaffung von Dienst-Kfz. (611 Tsd. EUR, davon 244 Tsd. EUR für die Modernisierung des Fuhrparks) und die dritte Rate für die Beschaffung der Hubschrauber (2.299 Tsd. EUR).

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Rechnerischer Stellenanteil	1.736	1.722	1.691	1.691	1.701
Anzahl der Verkehrsunfälle gesamt	-	-	-	57.311	58.876
Anzahl der Verkehrsunfälle mit Personenschäden (Verletzten und Toten)	-	-	-	9.491	9.510
Anzahl der Verkehrsunfälle mit Personenschäden bei Kindern (Verletzten und Toten)	-	< als in 2002	-	998	915
Anzahl der bei Verkehrsunfällen verletzten Personen	-	-	-	12.427	12.438
Anzahl der bei Verkehrsunfällen verletzten Kinder	-	< als in 2002	-	1.109	1.020
Anzahl der bei Verkehrsunfällen getöteten Personen	-	-	-	34	56
Anzahl der bei Verkehrsunfällen getöteten Kinder	-	-	-	0	3
Festgestellte Ordnungswidrigkeiten pro Überwachungsstunde Angestellter im Außen- bzw. Polizeidienst im ruhenden Verkehr	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0
Festgestellte Ordnungswidrigkeiten durch Parken in Zweiter Reihe	-	> als in 2002	-	61.397	(nicht erhoben)



**Produktgruppe 03: Wasserschutzpolizeiliche Fachaufgaben**

**Kapitel 8500**

<p><i>Ziele der Produktgruppe</i></p> <p>Z 1 Verbesserung der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs auf der Elbe (Vertragsgebiet) sowie im Hamburger Hafen.</p> <p>Z 2 Gewährleistung der Sicherheit des Hamburger Hafens insbesondere in Bezug auf terroristische Gewalttaten.</p> <p>Z 3 Verbesserung der Sicherheit bei der Beförderung und dem Umschlag gefährlicher Güter (ausgenommen im Luftverkehr).</p> <p>Z 4 Gewährleistung der Sicherheit der Schengen-Außengrenze Hamburg-Hafen.</p> <p><i>Erläuterungen zur Entwicklung</i></p> <p>Zur Gewährleistung der Sicherheit des Schiffsverkehrs gilt es weiterhin, die Schiffskontrolldichte durch gezielte Überwachungsmaßnahmen zu erhöhen. Die Gefahrenabwehr umfasst dabei insbesondere auch den zunehmenden Umschlag und Transport von gefährlichen Gütern.</p> <p>Die Sicherheitsmaßnahmen im Bereich des Hamburger Hafens beziehen verstärkt auch die möglichen Bedrohungen durch terroristische Gewalttaten mit ein.</p>
<p><i>Produkte</i></p> <p>P 1 Wasserschutzpolizeiliche Prävention Verhütung bzw. Minimierung normabweichenden Verhaltens sowie von Schadensfällen durch gezielte Prävention im Bereich der Wasserschutzpolizeilichen Fachaufgaben (P 2 bis P 4).</p> <p>P 2 Schifffahrtspolizeiliche Vollzugsaufgaben Überwachung der Einhaltung von Verkehrs- und Sicherheitsvorschriften im Schiffsverkehr: Kontrolle und Überprüfung schiffs- und besatzungsbezogener Dokumente sowie Verkehrsüberwachung und Ermittlung bei Schiffsunfällen.</p> <p>P 3 Grenzpolizeiliche Aufgaben Polizeiliche Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs im Hamburger Hafen und Überwachung der Grenzübergangsstelle Hamburger Hafen.</p> <p>P 4 Gefahrgut- und hafensicherheitsrechtliche Aufgaben Überwachung der Gefahrgutbeförderung und der Hafensicherheit einschließlich Beratung; Bereitstellung aktueller Daten von gefährlichen Gütern sowie von Produktinformationen und Maßnahmenkatalogen für den Schadensfall.</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.165	2.191	2.055	2.317	2.094
– Betriebseinnahmen	2.165	2.191	2.055	2.317	2.094
– Investitionseinnahmen					
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	19.683	19.050	19.302	18.385	18.489
– Personalausgaben <sup>12</sup>	16.631	16.378	16.271	15.628	15.708
– Sach- und Fachausgaben gesamt	3.052	2.669	3.028	2.755	2.781
– Zuwendungen (nur nachrichtlich)	3	3	3	3	3
– gesetzliche Leistungen					
– Sonstige Betriebsausgaben					
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	2.978	987	648	1.008	1.099

**Produktbereich 05**  
**Polizei, Wasserschutzpolizei - Schule**

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Kalkulatorische Kosten gesamt in Tsd. EUR	7	7	10	10	52
– Raumkosten	7	7	10	10	52
– Abschreibungen					
– Kapitalverzinsung					
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	-	1.049	1.074	1.031	1.069
– innerbehördlich <sup>24</sup>	-	803	830	797	833
– überbehördlich (1,5%)	249	246	244	234	236
Servicekosten in Tsd. EUR	2.007	1.957	1.954	1.881	2.169
IuK-Kosten	536	691	687	626	620
– aus dem Produktbereich 05 (inkl. Personalkosten)	407	402	425	414	424
– aus dem Produktbereich 01 (inkl. Personalkosten)	11	12	13	13	13
– LIT Kostenanteile der Polizei aus dem Produktbereich 01	118	277	249	199	183

*Einnahmen- und Ausgabenschwerpunkte*

Die **Einnahmen 2004** ergeben sich im Wesentlichen aus

- Erstattungen von Kosten durch die Länder Niedersachsen u. Schleswig-Holstein für die Wahrnehmung von wasserschutzpolizeilichen Aufgaben (2.100 Tsd. EUR).

Die **Sach- und Fachausgaben 2004** ergeben sich im Wesentlichen durch

- Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken sowie Mieten und Pachten (1.017 Tsd. EUR),
- Haltung von Fahrzeugen (1.191 Tsd. EUR), davon 927 Tsd. EUR für die Unterhaltung der Boote der Wasserschutzpolizei sowie Dienst- und Schutzkleidung (69 Tsd. EUR),
- Einsatzmittel (54 Tsd. EUR), Blutuntersuchungen, Gerichtskosten (15 Tsd. EUR),
- Betriebsausgaben (88 Tsd. EUR) und
- Mittel im Rahmen des Konzepts Innere Sicherheit (121 Tsd. EUR).

Die **Investitionsausgaben 2004** ergeben sich über die allgemein umgelegten Mittel der Investitionsschwerpunkte hinaus im Wesentlichen durch die dritte Rate für die Hubschrauber (1.833 Tsd. EUR) sowie die Beschaffung eines Alsterbootes (753 Tsd. EUR).

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002 <sup>37</sup>	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Rechnerischer Stellenanteil	324	321	328	328	330
Schiffskontrolldichte <sup>38</sup>	-	-	40 %	54,7	37,8 %
Beanstandungsquote anlässlich der Schiffssicherheitskontrollen	-	-	20 %	18,3 %	20,1 %
Anzahl der überprüften Gefahrgutcontainer (Hafenumschlag)	-	-	1.400	1.985	1.502
Beanstandungsquote <sup>39</sup> bei überprüften Gefahrgutcontainern	-	-	80 %	87,3 %	80,7 %
Anzahl der überprüften Straßenfahrzeuge mit Gefahrgut	-	-	40	3.224	3.527
Beanstandungsquote bei überprüften Gefahrguttransporten auf der Straße	-	-		52,9 %	37,7 %
Anzahl der überprüften Schienenfahrzeuge mit Gefahrgut	-	-	23	444	726
Beanstandungsquote bei überprüften Schienenfahrzeugen mit Gefahrgut	-	-		9,2 %	10,5 %
Anzahl der an der Grenzübergangsstelle HH-Hafen ausgestellten Ausnahmesichtvermerke und Passersatzpapiere <sup>41</sup>	-	-	80.000	72.335	83.003

**Produktgruppe 04: Bürgernahe Aktivitäten und sonstige Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung**

**Kapitel 8500**

*Ziele der Produktgruppe*

- Z 1 Gewährleistung bürgernahe polizeilicher Dienstleistungen, zeitnah insbesondere in allen Situationen einer Gefahr oder Störung sowie bei Hilfeersuchen.
- Z 2 Deutliche Verstärkung der sichtbaren Präsenz.
- Z 3 Gewährleistung polizeilicher Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die Öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur störungsfreien Durchführung von Versammlungen sowie zum Schutz gefährdeter Objekte.

*Erläuterungen zur Entwicklung*

Durch die vermehrte Einstellung von jungen Polizeibeamten, von Angestellten sowie durch die Übernahme von fertig ausgebildeten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten aus Berlin erhöhen sich spürbar die Möglichkeiten zur Optimierung der Ziele.

Die Polizei wird die Bürgernähe und Dienstleistungsorientierung auch durch die weitere Verbesserung der internen Strukturen und die Fortsetzung der Investitionen zur räumlichen Zusammenführung der örtlichen Dienststellen weiter stärken.

Durch die Integration des Programms „Cop4U“ in den Aufgabenbereich des Besonderen Fußstreifendienstes wird ein flächendeckender Standard der Kooperation zwischen Schulen und Polizei geschaffen.

<sup>37</sup> Kennzahlen aus Produktinformation 2003.

<sup>38</sup> Kennzahlen beziehen sich nur auf die den Hamburger Hafen anlaufenden und dort kontrollierten Seeschiffe.

<sup>39</sup> Die relativ hohe Beanstandungsquote ist verfahrensbedingt. Im Rahmen einer zielgerichteten Vorselektion wird anhand von Verdachtsindikatoren ein Bruchteil (ca. 1 bis 2 %) aus der Gesamtmenge der im Hafen umgeschlagenen Gefahrgutcontainer ausgewählt und vor Ort überprüft.

<sup>40</sup> In der Produktinformation 2003 wurden die Gefahrguttransporte nicht in Straße und Schiene differenziert erhoben, so dass hier keine Planzahl vorhanden ist.

<sup>41</sup> Summe der Landgangsausweise, Ausnahmevisa und Reiseausweise als Passersatz.

**Produktbereich 05**  
**Polizei, Wasserschutzpolizei - Schule**

<i>Produkte</i>	
P 1 Präsenz	Erfüllung der Bürgererwartungen durch erkennbare Streifentätigkeit - vermehrt auch als Fuß-, Fahrrad- und Motorradstreifen - verbunden mit unmittelbarer Ansprechbarkeit vor Ort und aktiver Kontaktaufnahme mit dem Bürger.
P 2 Hilfeleistungen für den Bürger	Umfassende und kompetente Hilfestellung für den Bürger in allen Situationen einer Gefahr oder Störung; Unterstützung anderer Behörden durch Wahrnehmung von Aufgaben aus deren originären Zuständigkeitsbereichen im Wege der Amts-, Vollzugs- und Vollstreckungshilfe.
P 3 Gefahrenabwehrende Maßnahmen, Schutzmaßnahmen	Abwehr und Beseitigung von Gefahren und Störungen der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung; lageorientierter Schutz von Personen, Objekten, Verkehrswegen, Anlagen und Betrieben.
P 4 Maßnahmen aufgrund größerer Schadensereignisse	Durchführung von Maßnahmen bei größeren Schadensereignissen zur Reduzierung des Schadensumfangs und Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Behörden.
P 5 Maßnahmen aus besonderem Anlass	Über den täglichen Dienst hinaus gehende erforderliche Maßnahmen zum Schutz und zur Gewährleistung einer störungsfreien Durchführung von Veranstaltungen sowie Aufzügen und Versammlungen.
P 6 Öffentlichkeitsarbeit, Sicherheitspartnerschaften, Gesprächskreise	Positive Einflussnahme auf die Sicherheit im Stadtteil und das Sicherheitsgefühl der Bürger durch präventive Beratung und Information zur Vermeidung von Gefahren und Straftaten; aktive Zusammenarbeit mit Bürgern und Institutionen bei Problemen im lokalen Bereich, orientiert an der jeweils konkreten Problemstellung; Verbesserung der Zusammenarbeit mit Schulen durch das Konzept „Cop4U“.
P 7 Musikalische Darbietungen (Polizei-orchester)	Das Polizeiorchester - daneben auch die Polizei-Show und weitere Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit - sollen in ihrer Funktion als besondere Werbeträger für die Polizei, aber auch für Hamburg, und als wichtiges Bindeglied zum Bürger dienen.

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	3.476	2.612	2.449	3.570	3.553
– Betriebseinnahmen	3.476 <sup>42</sup>	2.612 <sup>43</sup>	2.449	3.570	3.553
– Investitionseinnahmen					
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	149.796	147.500	147.280	142.401	142.854
– Personalausgaben <sup>12</sup>	133.149	131.130	130.372	125.212	125.428
– Sach- und Fachausgaben gesamt	16.647	16.370	16.908	17.189	17.426
– Zuwendungen					
– gesetzliche Leistungen					
– Sonstige Betriebsausgaben					
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	4.095	7.247 <sup>44</sup>	5.931	5.145	5.120

<sup>42</sup> Anstieg der Einnahmen wird hervorgerufen durch den Übergang der Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Waffenrechts (siehe Drucksache 17/2573).

<sup>43</sup> Vgl. Fußnote 19.

<sup>44</sup> Vgl. Fußnote 22.

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Kalkulatorische Kosten gesamt in Tsd. EUR	55	55	84	84	432
– Raumkosten	55	55	84	84	432
– Abschreibungen					
– Kapitalverzinsung					
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	-	8.392	8.605	8.264	8.529
– innerbehördlich <sup>24</sup>	-	6.425	6.649	6.386	6.648
– überbehördlich ( 1,5%)	1.997	1.967	1.956	1.878	1.881
Servicekosten in Tsd. EUR	16.142	15.738	15.774	15.193	17.382
IuK-Kosten	4.421	5.720	5.837	5.308	5.057
– aus dem Produktbereich 05 (inkl. Personalkosten)	3.334	3.292	3.557	3.463	3.438
– aus dem Produktbereich 01 (inkl. Personalkosten)	94	103	115	113	109
– LIT Kostenanteile der Polizei aus dem Produktbereich 01	993	2.325	2.165	1.732	1.510

*Einnahmen- und Ausgabenschwerpunkte*

Die Einnahmen 2004 ergeben sich im Wesentlichen aus

- Verwaltungsgebühren (1.310 Tsd. EUR),
- Erstattungen von Kosten durch andere Länder für den Einsatz von Hamburger Polizeibeamten (204 Tsd. EUR) und Einnahmen aus der Begleitung von Werttransporten (225 Tsd. EUR),
- Verwaltungsgebühren für waffenrechtliche Erlaubnisse (1.358 Tsd. EUR).

Die Sach- und Fachausgaben 2004 ergeben sich im Wesentlichen durch

- Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken sowie Mieten und Pachten (8.816 Tsd. EUR),
- Haltung von Fahrzeugen (1.445 Tsd. EUR) sowie Dienst- und Schutzkleidung (581 Tsd. EUR),
- Einsatzmittel (455 Tsd. EUR), Blutuntersuchungen, Gerichtskosten (127 Tsd. EUR) und Unterhaltung/Ersatz Fernmelde- und Fernsehanlagen (462 Tsd. EUR),
- Betriebsausgaben Titel 539.70 (769 Tsd. EUR) und
- Mittel im Rahmen des Konzepts Innere Sicherheit (1.019 Tsd. EUR).

Die Investitionsausgaben 2004 ergeben sich über die allgemein umgelegten Investitionsschwerpunkte hinaus im Wesentlichen durch

- die Beschaffung von Dienst-Kfz. (954 Tsd. EUR, davon 380 Tsd. EUR für die Modernisierung des Fuhrparks),
- die dritte Rate für die Hubschrauber (562 Tsd. EUR) sowie durch Beschaffungen für Fernmelde- und Fernsehanlagen (271 Tsd. EUR).

**Produktbereich 05**  
**Polizei, Wasserschutzpolizei - Schule**

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002 <sup>45</sup>	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Rechnerischer Stellenanteil	2.717	2.694	2.866	2.866 <sup>46</sup>	2.663
Anzahl der gefahrenen Funkstreifeneinsätze (Einsatzanlässe)	-	-	450.000	432.159	442.290
Anteil der Einsätze (ES) in den Prioritätsbereichen 3 und 4 mit einer Vergabezeit <sup>47</sup> von mehr als 15 Minuten <sup>48</sup>	-	-	20 %	25,4 %	24,2 %
Personalstunden Präsenz (Fuß- und Fahrradstreifen)	-	-	280.000	228.327	256.000
Anzahl der Versammlungen unter Aufruf der Alarmabteilung Hamburg und/oder Einsatz auswärtiger Kräfte	-	-	-	9	4
Anzahl nicht störungsfrei verlaufener Versammlungen	-	-	-	30	19
Kosten für den Einsatz auswärtiger Kräfte in Hamburg (in Tsd. EUR)	306	306	306	1.206 <sup>49</sup>	964
Einnahmen für den Einsatz Hamburger Kräfte in anderen Bundesländern (in Tsd. EUR)	204	204	204	1.209 <sup>45</sup>	692

**Produktgruppe 05: Aus- und Fortbildung der Polizeibediensteten**  
**– Landespolizeischule und FHÖV –**

**Kapitel 8500**

<p><i>Ziele der Produktgruppe</i></p> <p>Z 1 Bedarfsgerechte und wirtschaftliche Aus- und Fortbildung der Polizeibediensteten.</p> <p>Z 2 Bedarfsgerechte und wirtschaftliche Aus- und Fortbildung der Wasserschutzpolizeibediensteten.</p> <p><i>Erläuterungen zur Entwicklung</i></p> <p><u>Einstellungssituation:</u></p> <p>Nach den hohen Einstellungszahlen von Nachwuchskräften im Jahr 2002 in einer Größenordnung von 588 (308 Polizeianwärterinnen und –anwärter sowie 280 Kommissaranwärterinnen und –anwärter) und Übernahme von fertig ausgebildeten Polizeivollbeamten und –beamtinnen aus dem Bundesland Berlin im Umfang von 500 bis 2004, plant die Hamburger Polizei für 2003 entsprechend geringere Einstellungszahlen von auszubildenden Nachwuchskräften.</p>
--

<sup>45</sup> Kennzahlen aus der Produktinformation 2003.

<sup>46</sup> Der Zuwachs von Stellen in 2002 folgt aus der überwiegenden Zuordnung der zusätzlichen 250 Angestellten-Stellen zu der Produktgruppe 04. Sie wurden in erster Linie für Objektschutz und andere Funktionen genutzt, in denen eine Freisetzung von Vollzugskräften zur Präsenzverstärkung möglich war. Künftig können sich Umverteilungen auf andere Produktgruppen, z. B. PG 02 Verkehrssicherheitsaufgaben, ergeben.

<sup>47</sup> Zeitraum von der Eingabe der Ereignismeldung in das HELP-System bis zur ersten einsatzbezogenen Statusmeldung eines Einsatzfahrzeugs.

<sup>48</sup> Ziele der Polizei sind ein anlassbezogenes zeitnahes Eintreffen am Einsatzort und die Vermeidung unnötiger bzw. unzumutbarer Wartezeiten für den Bürger. Als einen Indikator für das Ausmaß an Kundenorientierung im beschriebenen Sinne erhebt die Polizei die Vergabezeiten (Zeitraum von der Eingabe der Ereignismeldung in das HELP-System bis zur ersten einsatzbezogenen Statusmeldung eines Einsatzfahrzeuges). Dabei priorisiert die Polizei die Einsatzanlässe entsprechend ihrer Dringlichkeit (Priorität 1 = höchste fachliche und zeitliche Dringlichkeitsstufe / Priorität 4 = niedrigste Dringlichkeitsstufe). In den Prioritätsbereichen 1 und 2 sind zeitliche Verzögerungen in der Vergabezeit und damit in der Einsatzwahrnehmung nur in seltenen und besonders begründeten Ausnahmefällen zu verzeichnen. Die Abbildung begrenzt sich von daher auf die Prioritätsbereiche 3 und 4 (z. B. Einsatzanlässe wie „hilflose Person“, „Streitigkeiten“, „Ladendieb“, „Leichensache“, „Verkehrsunfall mit Flucht/Trunkenheit“, „Ruhestörung“, „Fundsache“, Feuer – gelöscht).

<sup>49</sup> Die hohen Ergebnisdaten 2002 resultieren aus zahlreichen, nicht planbaren Einsatzanlässen in und außerhalb Hamburgs.

*Produkte der Landespolizeischule (LPS) und Fachhochschule – Fachbereich Polizei –*

- P 1 Ausbildung für den Laufbahnabschnitt I (mittlerer Dienst).
- P 2 Ausbildung für den Laufbahnabschnitt II (gehobener Dienst).
- P 3 Ausbildung für den Laufbahnabschnitt III (höherer Dienst).
- P 4 Fortbildung (Allgemeinfachliche, Technische und Spezielle Fortbildung).
- P 5 Pädagogikdienste.
- P 6 Dienstsport und einsatzbezogenes Training.

nachrichtlich:

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	200	477	355	384	442
– Betriebseinnahmen	200 <sup>50</sup>	477	355	384	442
– Investitionseinnahmen					
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	50.850	50.746	48.606	45.809	37.037
– Personalausgaben <sup>12</sup>	42.328	41.686	39.364	37.807	31.465
– Sach- und Fachausgaben gesamt	8.522	9.060	9.242 <sup>51</sup>	8.002	5.572
– Zuwendungen					
– gesetzliche Leistungen					
– Sonstige Betriebsausgaben					
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	2.092	1.686	2.236	1.400	2.369 <sup>52</sup>

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Kalkulatorische Kosten gesamt in Tsd. EUR	186,3	186,3	176,2	195,4	142,0
– Raumkosten	28	28	36	36	0
– Abschreibungen	134,6	134,6	119,1	134,6	119,1
– Kapitalverzinsung	23,7	23,7	21,1	24,8	22,9
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	-	2.668	2.598	2.495	2.140
– innerbehördlich <sup>24</sup>	-	2.043	2.008	1.928	1.668
– überbehördlich ( 1,5%)	635	625	590	567	472
Servicekosten in Tsd. EUR	5.430	5.268	4.956	4.779	4.515
luK-Kosten	1.905	2.557	2.308	2.080	1.530
– aus dem Produktbereich 05 (inkl. Personalkosten)	1.360	1.339	1.322	1.282	1.000
– aus dem Produktbereich 01 (inkl. Personalkosten)	47	52	50	49	36
– LIT Kostenanteile der Polizei aus dem Produktbereich 01	498	1.166	936	749	494

*Einnahmen- und Ausgabenschwerpunkte*

Die **Einnahmen 2004** ergeben sich im Wesentlichen aus

- Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie aus Personalunterkünften (79 Tsd. EUR) sowie aus Kostenbeiträgen für externe Lehrgangsteilnehmer an der LPS (35 Tsd. EUR).

Die **Sach- und Fachausgaben 2004** ergeben sich im Wesentlichen durch

- Bewirtschaftung und Unterhaltung von Grundstücken sowie Mieten und Pachten (4.718 Tsd. EUR),
- Haltung von Fahrzeugen (174 Tsd. EUR) sowie Dienst- und Schutzkleidung (228 Tsd. EUR),
- Einsatzmittel (88 Tsd. EUR),

<sup>50</sup> Verringerte Einnahmeerwartung durch neue Anbindung des Landesbetriebes Verkehr an den Produktbereich 01 (s. auch Fußnote 19).

<sup>51</sup> Ansatzerhöhungen u. a. durch zusätzliche Mittel im Rahmen des Konzepts Innere Sicherheit (2.113 Tsd. EUR).

<sup>52</sup> Ausgabeergebnis wird durch Maßnahme „Sanierung des Block IV der LPS“ beeinflusst.

**Produktbereich 05**  
**Polizei, Wasserschutzpolizei - Schule**

- Betriebsausgaben Titel 539.70 (267 Tsd. EUR) und
- zusätzliche Mittel im Rahmen des Konzepts Innere Sicherheit (947 Tsd. EUR) sowie
- Aus- und Fortbildungskosten (856 Tsd. EUR).

Die **Investitionsausgaben 2004** ergeben sich über die allgemein umgelegten Mittel der Investitionsschwerpunkte hinaus im Wesentlichen durch die Beschaffung von Dienst-Kfz. (478 Tsd. EUR, davon 191 Tsd. EUR für die Modernisierung des Fuhrparks) und die dritte Rate für die Beschaffung der Hubschrauber (462 Tsd. EUR).

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Rechnerischer Stellenanteil <sup>53</sup>	1.340	1.328	1.215	1.215	860
Kosten je Auszubildender LA I (in Tsd. EUR)	9,70	9,70	12,89	14,97	16,2
Kosten je Auszubildender LA II <sup>54</sup> (in Tsd. EUR)	8,21	8,21	9,23	7,66	9,76
Teilnehmertage Fortbildung	44.000	44.000	37.500	41.327	40.262
Kosten der Fortbildung je Mitarbeiter in EUR	340	342	350	343	369

**Wasserschutzpolizei-Schule**

**Kapitel 8520**

*Ziele der Wasserschutzpolizei-Schule*

- Z 1 Bedarfsgerechte und wirtschaftliche Aus- und Fortbildung der Wasserschutzpolizeibediensteten aller Bundesländer.
- Z 2 Unterbringung und Vollverpflegung aller Teilnehmer.
- Z 3 Verstetigung der Einnahmen durch Angebote an Externe nach Maßgabe freier Kapazitäten.

*Erläuterungen zur Entwicklung*

Im Anschluss an die Verkabelung (Abschluss in 2003) wird die Ausstattung mit luk-Technik (Hard- und Software) in 2004 erfolgen.

Begleichung der 4. Rate des Mobiliarprogramms in 2004.

*Produkte*

- P 1 Aus- und Fortbildung der Wasserschutzpolizeibediensteten aller Länder an der WSPS.
- P 2 Internatsbetrieb WSPS.

<i>Haushaltsdaten Wasserschutzpolizei - Schule</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.171	2.250	2.110	2.206	1.877
- zurechenbare Einnahmen	771	804	806	794	785
- Betriebseinnahmen	1.160	1.089	1.010	1.083	873
- Investitionseinnahmen	240	357	294	330	219
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.010	1.948	1.949	2.123	1.985
- Personalausgaben <sup>12</sup>	1.004	990	962	1.050	1.013
- Sach- und Fachausgaben gesamt	1.006	958	987	1.073	972
- Zuwendungen					
- gesetzliche Leistungen					
- Sonstige Betriebsausgaben					
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	284	423	349	311	328

<sup>53</sup> Vgl. Fußnote 23.

<sup>54</sup> In den Kosten für die Ausbildung LA II sind nicht alle Kosten im Sinne einer Kostenrechnung enthalten, da es für die FHÖV noch keine Kostenrechnung gibt. Für die Planwerte 2003 und 2004 mussten die bisher nicht bekannte Studentenzahl und die Personalkosten aufgrund der geplanten Zusammenlegung mit der Landespolizeischule geschätzt werden.



nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	<i>Plan 2004</i>	<i>Plan 2003</i>	<i>Plan 2002</i>	<i>Ergebnis 2002</i>	<i>Ergebnis 2001</i>
Kalkulatorische Kosten gesamt in Tsd. EUR	797	843	804	799	801
– Raumkosten	756	756	756	756	756
– Abschreibungen	28	42	35	31	33
– Kapitalverzinsung	11	16	13	12	12
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	-	64	63	-	69
– innerbehördlich <sup>24</sup>	-	49	49	-	54
– überbehördlich (1,5%)	15	15	14	16	15

<i>Kennzahlen</i>					
Stellen	23,5	23,5	23,5	23,5	23,0
Kosten der Aus- und Fortbildung an der WSPS (in Tsd. EUR)	1.832	1.927	1.831	1.919	1.769
Kosten Internatsbetrieb (in Tsd. EUR)	595	591	520	595	639
Anteil der Einnahmen aus Entgelten an den Gesamtausgaben	31,5%	31,9%	32,1%	30,7	32,1%
Anteil Hamburgs an den Gesamtausgaben	15,4%	15,6%	15,6%	15,5	15,8%
Kosten der Ausbildung eines Hamburger WS-Beamten (in Tsd. EUR) gesamt, davon	22,7	24,7	22,89	23,97	28,2
– für LA I an der LPS	9,7	9,7	12,89	14,97	16,2
– für spezifischen Ausbildungsteil an der WSPS	13,0	15,0	10,0	9,0	12,0
Teilnehmertage	19.221	21.750	21.755	20.502	21.302

**Produktbereich 06: Brandschutz, Rettungsdienst,  
 Bevölkerungsschutz<sup>55, 56</sup>**

**Kapitel 8550**

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002 <sup>57</sup>
Einnahmen in Tsd. EUR	29.883	29.776	29.547	29.998
Personalausgaben in Tsd. EUR <sup>59</sup>	127.802 <sup>58</sup>	107.051	110.518	108.654
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	28.451	26.962	22.664	25.322
davon Zuweisung an den Wirtschaftsplan der LFS	5.453	5.081	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	7.980	7.562	8.097	4.664
Stellen <sup>59</sup> (ohne Wirtschaftsplan LFS)	2.318,9	2.298,9	2.393,9	2.369,4

*Ziele des Produktbereiches*

Erfüllung der Aufgaben:

Z 1 Leben erhalten.  
 Z 2 Rettung von Menschen, Tieren und Sachwerten aus Gefahren.  
 Z 3 Schäden vorbeugen, begrenzen und Folgeschäden vermeiden.  
 Z 4 Lebensqualität erhalten.  
 Z 5 Schutz der Umwelt.  
 Z 6 Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Folgende Entwicklungen sollen 2004 weiterverfolgt werden:

Im Rahmen der Maßnahmen zur Neuausrichtung des Katastrophenschutzes werden

- die Ausbildung der Selbsthilfekräfte,
- die Führungskräfteausbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Stäben des Katastrophenschutzes,
- eine verbesserte materielle Ausstattung von Sondereinsatzkräften optimiert.

Es wird angestrebt, in den Bereichen Kampfmittelräumdienst, Landesfeuerwehrschule und Katastrophenschutz verstärkt mit den norddeutschen Ländern zusammenzuarbeiten und so eine Basis für zentrale Einrichtungen zu schaffen. Für die Metropolregion Hamburg wird eine engere Zusammenarbeit mit der Feuerwehr der Hansestadt Lübeck vereinbart. Mit Wirkung vom 01.04.2003 wurde der Produktbereich um die Zentralambulanz für Betrunkene erweitert

*Produktgruppen – Überblick*

PG 01 Gefahrenabwehr  
 PG 02 Rettungsdienst  
 PG 03 Gefahrenvorbeugung

nachrichtlich:

<i>IuK- und Servicekosten<sup>60</sup> des Produktbereiches</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
IuK-Kosten im Produktbereich 06 in Tsd. EUR	831	848	917	964
Service-Kosten im Produktbereich 06 in Tsd. EUR	26.823	25.717	25.906	27.418
- davon für technischen Service	12.747	12.335	12.233	12.819
IuK-Kosten aus Produktbereich 01 in Tsd. EUR	2.566	2.257	1.568	1.288

<sup>55</sup> Der Begriff „Bevölkerungsschutz“ umfasst in Hamburg – anders als der von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) und der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) aufgestellte „Produktkatalog Feuerwehr“ vorsieht – lediglich die Mitwirkung der Feuerwehr im Zivil- und Katastrophenschutz.

<sup>56</sup> Aussagen zur mittelfristigen Aufgabenentwicklung des Produktbereiches sind im Finanzbericht (Abschnitt „Entwicklung in ausgewählten Aufgabenfeldern der Mittelfristigen Aufgabenplanung“) enthalten.

<sup>57</sup> Zu den im Haushaltsjahr 2002 auf die Produktgruppe 4 entfallenden Anteilen am Gesamthaushalt des Produktbereiches 06 wird auf den Wirtschaftsplan der Landesfeuerwehrschule (LFS) verwiesen. Die LFS wird seit dem 01.01.2003 als Landesbetrieb gem. § 15 Abs. 2 LHO geführt (Senatsdrucksache 2002/0671) und reicht die Produktinformationen als Anlage zum Wirtschaftsplan ein.

<sup>58</sup> Erstmals enthalten der Kontenrahmen für Versorgung (KRV) mit einem Anteil von 18.763 Tsd. EUR.

<sup>59</sup> Die Stellenangabe 2004 beinhaltet die mit Haushaltsplan 2003 beschlossenen 25 Stellen ab 01.10.2003 für die Elbtunnelfeuerwehr und drei Stellen für die Feuerwehreinsatzzentrale. Die geringere Stellenzahl ab 2003 gegenüber 2002 beruht auf der Umwandlung der LFS in einen Landesbetrieb (s.o.), diese Stellen wurden im Wirtschaftsplan der LFS ausgewiesen. Von den für 2004 angegebenen Stellen können 138,9 Stellen (6,53 Mio. EUR) für Ausbildung und sonstige Stellenbedarfe den Produktgruppen nicht zugeordnet werden. In 2003 waren es 140,9 Stellen (6,56 Mio. EUR) und in 2002 138,9 Stellen bzw. 6,37 Mio. EUR.

<sup>60</sup> Servicekosten sind die Intendanzfunktionen Personal, Haushalt, Organisation, Recht, Infrastruktur und Leitungsunterstützung sowie ministerielle Angelegenheiten.

**Produktgruppe 01 Gefahrenabwehr**

**Kapitel 8550**

*Ziele der Produktgruppe*

- Z 1 Rettung von Menschen, Tieren und Sachwerten bei Einhaltung der Hilfsfristen.
- Z 2 Organisation der Einsatzkräfte und Einsatzmittel entsprechend den jeweiligen Risiken in den Stadtgebieten.
- Z 3 Räumung aller explosiven Kampfmittel aus den beiden Weltkriegen.
- Z 4 Schutz der Umwelt.
- Z 5 Beseitigen von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

*Erläuterungen zur Entwicklung*

Mit den vorhandenen Einsatzkräften soll der hohe Qualitätsstandard gesichert werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen im Notfall möglichst rasch Hilfe erhalten.

Zwecks Optimierung der Gefahrenabwehr wird das interne Berichtswesen weiter ausgebaut. Nach Einsatzauswertung und Beurteilung von möglichen künftigen Gefahrenlagen wird eine der hamburgspezifischen Struktur angepasste Gefahrenabwehrplanung durchgeführt. Auch die Aus- und Fortbildung wird darauf abgestellt. Damit soll das bestehende Sicherheitsniveau der nicht polizeilichen Gefahrenabwehr unter Berücksichtigung der demographischen Veränderungen stets gewährleistet werden.

Mit geeigneten Maßnahmen der Gefahrenabwehr sollen entsprechend den Vorgaben des Strukturkonzeptes die Eintreffzeiten auf der Basis der unterschiedlichen Risikoklassen<sup>61</sup> zu mindestens 90 % (bei voller Sollstärke der Löschzüge) eingehalten werden. Die Freiwilligen Feuerwehren sind einbezogen.

Im Rahmen eines Flächensanierungsprogramms werden gemäß Senatsauftrag (vgl. Bürgerschaftsdrucksache 9/2477) vom Kampfmittelräumdienst (KRD) die kontaminierten Flächen der Reihe nach untersucht und im Bedarfsfalle geräumt. Von der Prioritätenliste wird abgewichen, wenn der Senat die Prioritäten ändert. Hierfür stehen dem KRD Haushaltsmittel aus dem Kapitel der Umweltbehörde zur Verfügung.

*Produkte*

- P 1 Brandbekämpfung
- P 2 Technische Hilfeleistung
- P 3 Katastrophenabwehr
- P 4 Bevölkerungsschutz
- P 5 Brandsicherheitswachdienst
- P 6 Kampfmittelräumung
- P 7 abwehrender Umweltschutz<sup>62</sup>

<sup>61</sup> Die Klassifizierung brandschutztechnischer Risiken ergibt sich aus der überwiegenden Bebauung und Nutzung der zu schützenden Gebietsflächen. Gebiete mit höchsten Risiken (z.B. Verkehrsflughafen, gefährliche Betriebe) bilden die Risikoklasse I und die mit den niedrigsten Risiken (land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen mit vereinzelt Bauten) die Risikoklasse V. Diesen Klassen sind zeitlich gestaffelte Einsatzfristen zugeordnet.

<sup>62</sup> Umweltschutz ist keine originäre Aufgabe der Feuerwehr. Maßnahmen des abwehrenden Umweltschutzes werden von der Feuerwehr erbracht, soweit die Einsatzlage es erfordert.

**Produktbereich 06**  
**Brandschutz, Rettungsdienst, Bevölkerungsschutz**

<i>Haushaltsdaten</i> <sup>63</sup>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.992	2.980	2.886	2.639
– Betriebseinnahmen	2.992	2.980	2.886	2.639
– Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR <sup>64</sup>	86.474	84.337	84.476	84.831
– Personalausgaben <sup>12</sup>	72.638	71.208	70.762	69.509
– Sach- und Fachausgaben gesamt	13.836	13.129	13.714	15.322
– gesetzliche Leistungen	207	207	219	308
– Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	5.721	5.152	5.943	2.708

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	6.610	4.628	4.670	4.657
– innerbehördlich (2004: 7,6 %, 2003: 5,0%, 2002: 5,1%)	5.520	3.560	3.609	3.614
– überbehördlich (1,5%)	1.090	1.068	1.061	1.043
luK- und Servicekosten in Tsd. EUR (einschließlich Produktbereich 01)	19.673	18.797	18.834	19.874
– luK-Kosten	187	191	206	176
– Service-Kosten	19.036	18.191	18.353	19.441
davon für technischen Service	8.294	7.962	7.917	8.333
– fiktive luK-Kosten aus Produktbereich 01	450	415	275	257

*Einnahmen- und Ausgabenschwerpunkte*

Die **Einnahmen 2004** entstehen zum größten Teil aus den Verwaltungsgebühren Feuerlöschwesen (2.197 Tsd. EUR).

Die **Sach- und Fachausgaben 2004** ergeben sich im Wesentlichen durch:

Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden, Mieten und Pachten sowie Bewirtschaftung (7.348 Tsd. EUR),  
 Haltung des Fuhrparks und Ausstattung der Einsatzkräfte mit Dienst- und Schutzkleidung (2.603 Tsd. EUR),  
 Betriebsausgaben für den Kampfmittelräumdienst (1.236 Tsd. EUR),

Die **Investitionen 2004** sind im Wesentlichen bestimmt durch Beschaffung von Feuerlösch- und Spezialfahrzeugen (5.469 Tsd. EUR).

Notrufe und Einsätze bei der Feuerwehr sind nicht planbar. Um die Entwicklung darstellen zu können, werden die Fallzahlen der vergangenen vier Jahre miteinander verglichen.

<sup>63</sup> In den Haushalts- und Kostendaten für jede Produktgruppe sind die Kosten der ehemaligen Produktgruppe Zentrale Dienste und Dienstleistungen (Verwaltung, Einsatzzentrale, Technische Abteilung) enthalten. Die Kosten für die Leistungen dieser Abteilungen wurden im Sinne einer internen Leistungsverrechnung weitgehend verursachungsgerecht aufgeschlüsselt und zugeordnet.

<sup>64</sup> Während in den bisher vorgelegten Produktinformationen die Kosten der Einsatzabteilung weitgehend anhand der Einsatzfallzahlen auf die Produktgruppen 1 und 2 umgelegt wurden, sind sie mit Vorlage dieser Produktinformationen erstmalig entsprechend der Aufgaben in den einzelnen Funktionen auf die Produktgruppen verteilt worden. Die Kosten für die Technische Abteilung wurden, abgeleitet aus dem Fahrzeugbestand und nach Aufwand des Umgangs mit dem technischen Gerät und der Dienst- und Schutzkleidung, ebenfalls neu verteilt. Diese veränderte Systematik hatte eine Verschiebung der Betriebsausgaben in den Produktgruppen zur Folge. Die Kosten für die Verwaltung (ehemalige Produktgruppe 4 – zentrale Dienste und Dienstleistungen) sind weiterhin - basierend auf den unmittelbar und mittelbar zugeordneten Stellen - auf alle Produktgruppen umgelegt.

Fallzahlen zur Darstellung der Entwicklung	Veränderung zum Vorjahr in %			Fallzahlen			
	2002	2001	2000	2002	2001	2000	1999
Notrufe (einschließlich Rettungsdienst) <sup>65</sup>	-3,3	-2,4	16,8	801.572	828.922	848.592	408.265
Anzahl Brände in der Brandbekämpfung (BB) <sup>66</sup>	-8,1	-6,5	-2,5	5.082	5.532	5.915	6.064
Blinde Alarmer / Unfugmeldungen bei Brandbekämpfung <sup>67</sup>	-2,6	0,4	9,2	3.571	3.668	3.654	3.345
Gesamteinsätze in der Brandbekämpfung <sup>68</sup>	-5,9	-3,9	1,7	8.653	9.200	9.569	9.409
Tatsächliche Einsätze in der Technischen Hilfeleistung (TH) <sup>69</sup>	10,3	9,3	11,3	23.491	21.097	19.310	17.514
Blinde Alarmer / Unfugmeldungen bei Technische Hilfeleistung	0,6	7,8	-4,4	540	565	524	521
Gesamteinsätze in der Technischen Hilfeleistung	10,9	9,2	10,0	24.031	21.662	19.840	18.034
Alarmierungen der Freiwilligen Feuerwehren (BB und TH einschließlich Erstversorgung)	38 <sup>70</sup>	0,8	4,5	11.735	8.445	8.381	8.014

Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen gemäß Stellenplan <sup>71</sup>	1.535,3	1.511,7	1.531,7	1.515,8
Anzahl der im Einsatzdienst tätigen Frauen (gilt auch für PG 2: Rettungsdienst)	15	13	9	9
Anzahl der Bewerbungen von Frauen für den Einsatzdienst (gilt auch f. PG 2)	75	75	50	73
Anzahl der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren,	2.600	2.600	2.650	2.544
davon Frauen	115	115	103	109
Anzahl der Angehörigen der Jugendfeuerwehren,	750	750	750	709
davon Mädchen	150	150	150	131
Erfüllungsquote Löschzugstärke Berufsfeuerwehr (im Durchschnitt)	95 %	95 %	95 %	91 %
- 10-Mann-Löschzug	100 %	100 %	100 %	96,7 %
- 16-Mann-Löschzug	90 %	90 %	90 %	85,4 % <sup>72</sup>

<sup>65</sup> Der sprunghafte Anstieg der bei der Feuerwehr eingehenden Notrufe in 2000 steht in engem Zusammenhang mit der rasant steigenden Verbreitung von Mobiltelefonen (Stichprobenauswertung April 2001). Die Fallzahlen 2001 und 2002 basieren auf Stichproben aus dem jeweiligen Jahr.

<sup>66</sup> In dieser Fallzahl sind auch die „vor Anknunft der Feuerwehr gelöschten Brände“ enthalten. Da die Feuerwehr in diesen Fällen tätig wird (kontrolliert, ggf. nachlöscht, einen Bericht fertigt), handelt es sich um Einsätze, nicht um Fehlalarme.

<sup>67</sup> Angaben beinhalten 1. Feuermeldungen aufgrund einer Wahrnehmung, 2. Brandmeldungen durch automatische Rauch- und Brandmelder, 3. Unfug- bzw. irreführende Feuermeldungen.

<sup>68</sup> Gesamteinsätze bei BB und bei TH beinhalten auch die Einsätze aus Alarmierungen der Freiwilligen Feuerwehren.

<sup>69</sup> In dieser Fallzahl sind - abweichend von der Systematik in den Produktinformationen der vorangegangenen Jahre – nun die Fälle „bei Anknunft der Feuerwehr nicht mehr benötigte Hilfe“ enthalten. Da die Feuerwehr in diesen Fällen tätig wird (vor Ort kontrolliert, einen Bericht fertigt), handelt es sich um tatsächliche Einsätze, die nicht mehr - wie bisher - bei „blinde Alarmer/Unfugmeldungen“ einfließen.

<sup>70</sup> Die Freiwilligen Feuerwehren, die den Großteil der Ausnahmeeinsätze fahren, hatten in 2002 aufgrund extremer Wetterlagen einen hohen Anstieg ihrer Einsatzzahlen zu verzeichnen.

<sup>71</sup> Da die Vollzugskräfte der Feuerwehr Hamburg Leistungen für die Produktgruppen Gefahrenabwehr und Rettungsdienst erstellen, handelt es sich bei der Stellenangabe um eine Rechengröße. Von der Gesamtstellenzahl für beide Produktgruppen wurden für die im Rettungsdienst Tätigen entsprechend den Funktionen auf den Rettungsfahrzeugen 540 Stellen abgezogen und der Produktgruppe 02 zugeordnet. Zusätzlich wurde jeder Produktgruppe ein Anteil von Stellen aus der früheren Produktgruppe Zentrale Dienste und Dienstleistungen zugeordnet (siehe auch Fußnote 64).

<sup>72</sup> Darunter Feuer- u. Rettungswache 35 (Finkenwerder): 53,3 % und FuRW 36 (Süderelbe): 70,7 %. Bei Herausnahme dieser beiden Wachen betrüge die Löschzugstärke der 16-Mann-Löschzüge 91,3 %. Die große Abweichung ist im Wesentlichen in den Maßnahmen zur versuchsweisen Verstärkung des Rettungsdienstes, der Besetzung der Elbtunnelfeuerwachen und der festen Besetzung von Sonderfahrzeugen begründet. Die FuRW 35 und F36 werden wie 10-Mann-Löschzüge geführt.

<p><i>Ziele der Produktgruppe</i></p> <p>Z 1 Rettung von Menschen bei akuten medizinischen Notfällen.</p> <p>Z 2 Sicherstellung einer flächendeckenden bedarfs- und fachgerechten Versorgung der Bevölkerung.</p> <p>Z 3 Lebensqualität durch eine qualifizierte präklinische Versorgung von Notfallpatienten erhalten.</p> <p>Z 4 fachgerechte Beförderung hilfsbedürftiger Personen.</p> <p>Z 5 Zuweisung zu einer geeigneten medizinischen Einrichtung.</p>
<p><i>Erläuterungen zur Entwicklung</i></p> <p>Der Feuerwehr obliegt im Rahmen der staatlichen Daseinsvorsorge die Aufgabe des öffentlichen Rettungsdienstes und damit der Sicherstellung einer flächendeckenden, bedarfs- und fachgerechten Versorgung der Bevölkerung insbesondere mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes als medizinisch-organisatorische Einheit der Gefahrenabwehr und Gesundheitsvorsorge.</p> <p>Die Einhaltung der Hilfsfristen in der Notfallrettung soll weiterhin verbessert werden. Nachdem eine Maßnahmenanalyse zur Optimierung des Rettungsdienstes ergeben hatte, dass sich u.a. aufgrund der Entwicklungen im Straßenverkehr die Einhaltung der Hilfsfristen verschlechterte, wurden und werden durch Verschiebung von Fahrzeugen der Feuerwehr und Rettungswachen mit mehr als zwei festbesetzten Rettungswagen weitere RTW-Außenstellen geschaffen. Ziel dieser Maßnahme ist, der Anhäufung mehrerer zeitgleicher Einsätze in einem Revier schneller gerecht werden zu können sowie die Anzahl der Fremdbesetzungen zu reduzieren. Mittlerweile wurde ein zukunftsorientiertes Gesamtkonzept der erforderlichen Rettungswagenstandorte unter Berücksichtigung der o.g. Kriterien erstellt und mit der Umsetzung begonnen. Die Zielerreichung wird vorangetrieben und ausgewertet.</p> <p>Nachdem die Integration der Krankenförderungsdisposition der Hilfsorganisationen in die Leitstelle der Feuerwehr abgeschlossen wurde, konnte als Folge der effektiveren Arbeit durch gemeinsame Disposition der Anteil der von der Feuerwehr durchgeführten Krankenförderungen um 31% reduziert werden.</p>
<p><i>Produkte</i></p> <p>P 1 Notfallrettung</p> <p>P 2 Krankentransport          Es wird der qualifizierte Transport von gehbehinderten und kranken Personen unter fachgerechter Beobachtung gewährleistet<sup>73</sup>.</p> <p>P 3 Medizinische Transporte</p> <p>P 4 Rettungssicherheitswachdienst          Bei Großveranstaltungen ist das örtliche Rettungspotenzial häufig nicht ausreichend. Durch die vor Ort befindlichen Rettungsdienstsicherheitswachen wird eine schnelle Hilfe gewährleistet. Hierfür sind organisatorische Führungsmaßnahmen erforderlich.</p> <p>P 5 Zentralambulanz für Betrunkene          Die stationäre Versorgung und Betreuung wird gewährleistet.</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	26.591	26.496	26.311	26.105
– Betriebseinnahmen	26.591	26.496	26.311	26.105
– Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	37.683	36.714	36.584	37.294
– Personalausgaben <sup>74,12</sup>	28.655	28.091	28.198	27.925
– Sach- und Fachausgaben gesamt	9.028	8.623	8.386	9.369
– gesetzliche Leistungen	23	23	12	34
– Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	2.259	2.410	2.154	1.796

<sup>73</sup> Medizinische sowie Krankentransporte werden von der Feuerwehr vorwiegend an die Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. (JUH) und Malteser-Hilfsdienst e.V. (MHD) vergeben.

<sup>74</sup> Durch die veränderte Systematik bei der Umlage der Kosten (siehe Fußnote 64) haben sich die Betriebsausgaben dieser Produktgruppe gegenüber den Angaben in vorangegangenen Produktinformationen verringert.

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	2.608	1.826	1.861	1.871
– innerbehördlich (2004: 7,6%, 2003: 5,0%, 2002: 5,1%)	2.178	1.405	1.438	1.452
– überbehördlich (1,5%)	430	421	423	419
luK- und Servicekosten in Tsd. EUR (einschl. Produktbereich 01)	10.332	9.821	9.250	9.590
– luK-Kosten	635	648	682	779
– Service-Kosten	7.607	7.354	7.381	7.794
davon für technischen Service	4.371	4.293	4.238	4.406
– fiktive luK-Kosten aus Produktbereich 01	2.090	1.819	1.187	1.018

*Einnahmen- und Ausgabenschwerpunkte*

Die **Einnahmen 2004** resultieren fast ausschließlich aus den Rettungsdienstgebühren (26.155 Tsd. EUR).

Die **Sach- und Fachausgaben 2004** ergeben sich im Wesentlichen durch:

Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden, Mieten und Pachten sowie Bewirtschaftung (2.445 Tsd. EUR), Erstattungen an den LBK, das UKE und das Berufsgenossenschaftliche Unfallkrankenhaus Boberg (3.777 Tsd. EUR), Unterhaltung des Fuhrparks und Ausstattung des Personals mit Dienst- und Schutzkleidung (796 Tsd. EUR).

Mit **Investitionsausgaben 2004** von 1.534 Tsd. EUR wird der Ersatz von Rettungsdienstfahrzeugen sichergestellt.

Die Anzahl der Rettungsdiensteinsätze ist nicht planbar und nicht steuerbar. Um die Entwicklung darzustellen, werden die Fallzahlen der vergangenen vier Jahre miteinander verglichen.

<i>Fallzahlen zur Darstellung der Entwicklung</i>	Veränderung zum Vorjahr in %			Fallzahlen			
	2002	2001	2000	2002	2001	2000	1999
Rettungsdiensteinsätze <sup>75</sup>	-0,4	0,7	3,5	198.892	199.638	198.242	191.523
– davon Feuerwehr <sup>76</sup>	-0,7	-4,4	3,2	185.225	186.557	184.795	179.034
– davon Hilfsorganisationen	8,1	-2,2	11,7	8.596	7.955	8.137	7.281
– davon Bundeswehr	-2,2	-4,9	-4,7	3.813	3.900	4.103	4.309
– davon ADAC Luftrettung GmbH	2,6	1,6	34,4	1.258	1.226	1.207	899
Erstversorgung durch die Freiwilligen Feuerwehren	2,9	2,8	46,1	1.478	1.436	1.397	956
Notfallbeförderungen <sup>77</sup>	-2,6	-0,6	2,0	117.411	120.493	121.195	118.786
– davon Feuerwehr	-0,4	-3,8	3,4	111.304	111.747	116.189	112.300
Krankenförderungen	7,9	7,8	9,1	95.866	87.950	81.609	74.739
– davon Feuerwehr	-31,6	-42,9	95,1	785	1.147	2.010	1.030
Bereitstellungen und Fehlfahrten (nur Feuerwehr) <sup>78</sup>	-16,5	-50,3	-8,3	14.129	16.931	34.051	37.135

<sup>75</sup> Einschließlich Bundeswehr und der vier am Rettungsdienst beteiligten Hilfsorganisationen. Außerdem sind 16 Erstversorgungswehren der Freiwilligen Feuerwehren in die Notfallrettung einbezogen.

<sup>76</sup> Einschließlich DRK-Rettungswagen Harburg.

<sup>77</sup> Neben den Notfallbeförderungen werden jährlich rd. 10.000 Hilfeleistungen ohne Beförderung durchgeführt, weil nach der Hilfeleistung die Beförderung nicht mehr notwendig ist. Obwohl Hilfeleistungen ohne Patientenbeförderung das Rettungsdienstpersonals zeitlich binden und in der Regel Ressourcen verbraucht werden, sind sie nicht als Gebührentatbestand anerkannt.

<sup>78</sup> Ab 2001 stark gesunken aufgrund veränderter Systematik: Bis 2000 waren auch von Patienten abgelehnte Beförderungen und über Funk gestoppte Fälle enthalten. Diese wurden in 2001 erstmals herausgerechnet.

**Produktbereich 06**  
**Brandschutz, Rettungsdienst, Bevölkerungsschutz**

<i>Kennzahlen</i> <sup>79</sup>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen gemäß Stellenplan <sup>80</sup>	618,6	620,0	615,4	608,9
P 1 Notfallrettung				
Innerhalb der Hilfsfrist (<=5 Min.) erreichte Eintreffzeit RTW	95 %	95 %	95 %	78 % <sup>81</sup>
Innerhalb der Hilfsfrist (<=12 Min.) erreichte Eintreffzeit NAW / NEF	95 %	95 %	95 %	96 %

**Produktgruppe 03: Gefahrenvorbeugung**

**Kapitel 8550**

<p><i>Ziele der Produktgruppe</i></p> <p>Z 1 vorbeugend Menschen, Tiere, Sachwerte und die Umwelt vor Schadensereignissen schützen</p>
<p><i>Erläuterungen zur Entwicklung</i></p> <p>Die Produkte der Gefahrenvorbeugung setzen umfassend bei Planung, Errichtung, Betrieb, Unterhaltung und Abbruch eines Gebäudes oder einer Betriebsanlage an und bewirken, dass durch geeignete Maßnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• eine Brandentstehung möglichst verhindert wird,</li> <li>• eine Brand- und Rauchausbreitung behindert wird,</li> <li>• die Rettungswege bautechnisch gesichert und</li> <li>• wirksame Rettungs- und Brandbekämpfungsmaßnahmen möglich sind.</li> </ul> <p>Der Aufgabenschwerpunkt liegt in der Überprüfung auf Feuersicherheit bei Gebäuden, Anlagen und Lagern mit erhöhter Brand- und Explosionsgefahr oder Gefährdung von Menschen. Die Abteilung Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz ist Prüfstelle für technische Bühnen- und Studiofachkräfte.</p> <p>Im Bereich der Brandverhütungsschauen (BVS) wird eine Reduzierung der brandverhütungsschulpflichtigen Objekte betrieben. Durch eine strenge Auslegung der Verordnung zur Durchführung der Brandverhütungsschau (BVSVO) hinsichtlich der Betriebsgröße, Produktion, Be- oder Verarbeitung und Lagerung werden überwiegend Betriebe im gewerblichen/industriellen Bereich nach einer Überprüfung aus der Brandverhütungsschulpflicht entlassen.</p> <p>Des Weiteren sollen nach Überprüfung bestimmte Objektarten wie z.B. Kirchen aus der BVS-Pflicht herausgenommen werden. Die dahingehende Änderung der BVSVO wird betrieben.</p>

<p><i>Produkte</i></p> <p>P 1 Stellungnahmen in bzw. Mitwirkung an Genehmigungsverfahren und Beratungen</p> <p>Im Rahmen der Regelbeteiligung durch die Bauprüfabteilungen, die Wirtschafts- und Ordnungsämter und die Behörde für Umwelt und Gesundheit sind gutachterliche Stellungnahmen aufgrund der jeweiligen gesetzlichen Regelungen durchzuführen.</p> <p>P 2 Beratung im Bereich der Brand- und Gefahrenvorbeugung</p> <p>In den auf Antrag erfolgenden Beratungen werden Fragen des Brandschutzes geklärt bzw. Brandschutzkonzepte für einzelne Objekte entwickelt.</p> <p>P 3 Brandverhütungsschauen</p>
---

<sup>79</sup> Kennzahlen für die Produkte 2 bis 4 sind derzeit nicht ermittelbar. Es findet eine laufende Qualitätssicherung der Leistungen der Hilfsorganisationen durch die Einsatzabteilung und der privaten Anbieter durch die Verwaltungsabteilung der Feuerwehr statt.

<sup>80</sup> Bei der Stellenangabe im Rettungsdienst handelt es sich um eine Rechengröße (s. dazu Fußnote bei Stellen für Produktgruppe 1).

<sup>81</sup> Durch die Standortverlagerungen der RTW an Außenstellen wird angestrebt, die Eintreffzeiten kontinuierlich zu verbessern.



**Produktbereich 06**  
**Brandschutz, Rettungsdienst, Bevölkerungsschutz**

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	300	300	300	447
– Betriebseinnahmen	300	300	300	447
– Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.348	1.319	1.421	1.332
– Personalausgaben <sup>12</sup>	1.214	1.190	1.295	1.183
– Sach- und Fachausgaben gesamt	134	129	126	149
– Zuwendungen	-	-	-	-
– gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
– Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	21

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	110	78	80	85
– innerbehördlich (2004: 7,6%, 2003: 5,0%, 2002: 5,1%)	92	60	62	66
– überbehördlich (1,5%)	18	18	18	19
luK- und Servicekosten (einschl. Produktbereich 01) in Tsd. EUR	215	204	253	206
– luK-Kosten	9	9	29	10
– Service-Kosten	180	172	173	183
davon für technischen Service	82	80	78	79
– fiktive luK-Kosten aus Produktbereich 01	26	23	51	13

*Einnahmeschwerpunkte*

**Einnahmen 2004** von 300 Tsd. EUR entstehen vorrangig aus Verwaltungsgebühren für Beratungen (P2) und Brandverhütungsschauen (P3).

<i>Kennzahlen</i> <sup>82</sup>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen gemäß Stellenplan <sup>83</sup>	26,1	26,3	26,1	27,5
P 3 Brandverhütungsschauen				
Anzahl durchzuführender Brandverhütungsschauen <sup>84</sup> (BVS)	1.475	1.450	1.650	1.088
Durchführungsquote Brandverhütungsschauen	91,5 %	96,5 %	81,5 %	66 %

<sup>82</sup> Für die Produkte 1 und 2 sind derzeit keine Kennzahlen ermittelbar.

<sup>83</sup> Bei der Stellenangabe handelt es sich um eine Rechengröße. Neben der direkt zuzuordnenden Stellenzahl beinhaltet sie einen umzulegenden Anteil von Stellen aus der früheren Produktgruppe Zentrale Dienste und Dienstleistungen.

<sup>84</sup> Brandschulpflichtige Objekte werden gemäß Verordnung zur Durchführung der Brandverhütungsschau in einem objektabhängigen Turnus (zwischen 3 und 6 Jahre) überprüft. Bei den Jahresangaben handelt es sich um die Anzahl, die in dem jeweiligen Jahr zur Prüfung ansteht.

**Produktbereich 07: Landesamt für Verfassungsschutz**

**Kapitel 8590**

<b>Produktbereichskennzahlen</b>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen in Tsd. EUR	-	-	-	62
Personalausgaben in Tsd. EUR	8.492 <sup>85</sup>	7.381	7.424	7.025
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	2.419	2.315	2.301	2.533
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	110	95	102	196
Stellen <sup>86</sup>	134,5	135	122	122

**Ziele des Produktbereiches**

Sammlung und Auswertung von Informationen über verfassungsfeindliche Bestrebungen und sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für fremde Mächte.

**Produktgruppe Landesamt für Verfassungsschutz**

**Kapitel 8590**

*Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung*  
siehe Ziele des Produktbereichs

*Produkte*

- P 1 Informationssammlung- und -auswertung von verfassungsfeindlichen Bestrebungen
- P 2 Spionageabwehr
- P 3 Geheimschutz

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	-	-	-	62
– Betriebseinnahmen	-	-	-	62
– Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	10.074	9.696	9.725	9.559
– Personalausgaben <sup>12</sup>	7.655	7.381	7.424	7.026
– Sach- und Fachausgaben gesamt	2.419	2.315	2.301	2.533
– Zuwendungen	-	-	-	-
– gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
– Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	110	95	102	196

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	697	480	490	470
– innerbehördlich (2004: 7,6%, 2003: 5,0%, 2002: 5,1%)	582	369	379	365
– überbehördlich (1,5%)	115	111	111	105

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen <sup>86</sup>	134,5	135	122	122

<sup>85</sup> Erstmals enthalten der Kontenrahmen für Versorgung (KRV) mit einem Anteil von 837 Tsd. EUR.

<sup>86</sup> Für das Jahr 2004 ist die Neuschaffung von vier Stellen vorgesehen.

H A U S H A L T S P L A N  
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG  
FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2004

Einzelplan 08.1

Behörde für Inneres

Anordnungsbefugt ist, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist:  
Behörde für Inneres

Deckungskreise

Deckungskreis im Kapitel 8000

01 Investitionen  
(Hauptgruppen 7 und 8 - ohne Grunderwerb)

Deckungskreis im Kapitel 8010

02 Investitionen  
(Hauptgruppen 7 und 8 - ohne Grunderwerb)

Deckungskreis im Kapitel 8500

05 Investitionen  
(Hauptgruppen 7 und 8 - ohne Grunderwerb)

Deckungskreis im Kapitel 8520

06 Investitionen  
(Hauptgruppen 7 und 8 - ohne Grunderwerb)

Deckungskreis im Kapitel 8550

07 Investitionen  
(Hauptgruppen 7 und 8 - ohne Grunderwerb)

Deckungskreis im Kapitel 8580

08 Investitionen  
(Hauptgruppen 7 und 8 - ohne Grunderwerb)

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09  Steuerähnliche Abgaben (A) 09		Gebühren (G) 111  übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111	
Nr.	Bezeichnung	2004	2003	2004	2003
		1	2	3	4
8000	Allgemeine Verwaltung	-	-	9 G	9 G
		- A	- A	1.439	363
8010	Einwohner-Zentralamt	-	-	1.819 G	1.861 G
		- A	- A	30.506	29.592
8020	Statistisches Landesamt	-	-	- G	- G
		- A	- A	-	22
8500	Polizei	-	-	3.954 G	2.718 G
		- A	- A	8.835	10.027
8520	Wasserschutzpolizei-Schule	-	-	- G	- G
		- A	- A	53	56
8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst	-	-	28.352 G	28.250 G
		- A	- A	77	57
8580	Katastrophenschutz	-	-	- G	- G
		- A	- A	-	-
8590	Landesamt für Verfassungsschutz	-	-	- G	- G
		- A	- A	-	-
	Gesamteinnahmen 2004 / 2003	-	-	34.134 G	32.838 G
		- A	- A	40.910	40.117
	Gegenüber 2003 mehr (+) / weniger (-)	-		1.296+G	
		- A		793+	

Laufende Übertragungen 2		Schuldenaufnahmen 31, 32  Zuschüsse für Investitionen (Z)		Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38		Gesamteinnahmen		
2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	Kap. Nr.
5	6	7	8	9	10	11	12	
19.588	1.053	-	-	-	-	21.036	1.425	8000
		- Z	- Z					
700	450	-	-	-	-	33.025	31.903	8010
		- Z	- Z					
-	61	-	-	-	-	-	83	8020
		- Z	- Z					
2.362	2.504	-	-	-	-	15.151	15.249	8500
		- Z	- Z					
1.878	1.837	-	-	-	-	2.171	2.250	8520
1.454	1.469	240 Z	357 Z	-	-	29.883	29.776	8550
		- Z	- Z					
-	-	-	-	-	-	-	-	8580
		- Z	- Z					
-	-	-	-	-	-	-	-	8590
		- Z	- Z					
25.982	7.374	-	-	-	-	101.266	80.686	Ges. einn.
		240 Z	357 Z					
18.608 +		-		-		20.580+		+/-
		117-Z						

**Einzelplanübersicht - Ausgaben - (in Tsd. EUR)**  
( 2. Zeile Verpflichtungsermächtigungen )

KAPITEL		Personalausgaben 4		Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66	
Nr.	Bezeichnung	2004	2003	2004	2003	2004	2003
		1	2	3	4	5	6
8000	Allgemeine Verwaltung	10.538	9.241	8.283	2.258	31.033	3.983
		-	-	1.100	-	140	-
8010	Einwohner-Zentralamt	16.526	10.845	9.606	7.767	4.086	98
		-	-	-	1.500	-	-
8020	Statistisches Landesamt	-	8.810	-	1.638	-	247
		-	-	-	1.100	-	30
8500	Polizei	548.966	542.388	66.013	64.511	1.446	1.496
		-	-	2.118	-	2.600	1.500
8520	Wasserschutzpolizei-Schule	1.268	1.259	542	543	464	415
		-	-	-	-	-	-
8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst	127.827	126.020	18.143	17.232	10.048	9.730
		-	-	880	400	26	26
8580	Katastrophenschutz	1.462	1.317	223	233	505	500
		-	-	-	-	-	-
8590	Landesamt für Verfassungsschutz	8.492	8.223	2.419	2.315	-	-
		-	-	-	-	-	-
	<b>Gesamtausgaben 2004 / 2003</b>	<b>715.079</b>	<b>708.103</b>	<b>105.229</b>	<b>96.497</b>	<b>47.582</b>	<b>16.469</b>
	<b>Gegenüber 2003 mehr (+) / weniger (-)</b>	<b>6.976 +</b>		<b>8.732 +</b>		<b>31.113 +</b>	
	<b>Gesamtverpflichtungsermächtigungen</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>4.098</b>	<b>3.000</b>	<b>2.766</b>	<b>1.556</b>
	<b>Gegenüber 2003 mehr (+) / weniger (-)</b>	<b>-</b>		<b>1.098+</b>		<b>1.210 +</b>	

Schuldendienst 56 - 58 und -hilfen (H) 62 , 66		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9		Gesamtausgaben ohne Investitionen		Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8		Gesamtausgaben		
2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
-	-	-	-	49.854	15.482	6.315	3.000	56.169	18.482	8000
-	-	-	-	1.240	-	22.015	28.300	23.255	28.300	
-	-	-	-	30.218	18.710	168	-	30.386	18.710	8010
-	-	-	-	-	1.500	-	-	-	1.500	
-	-	-	-	-	10.695	-	124	-	10.819	8020
-	-	-	-	-	1.130	-	10	-	1.140	
-	-	-	-	616.425	608.395	22.544	25.839	638.969	634.234	8500
-	-	-	-	4.718	1.500	35.786	41.478	40.504	42.978	
-	-	-	-	2.274	2.217	284	423	2.558	2.640	8520
-	-	-	-	-	-	100	123	100	123	
-	-	-	-	156.018	152.982	7.980	7.562	163.998	160.544	8550
-	-	-	-	906	426	10.799	10.288	11.705	10.714	
-	-	-	-	2.190	2.050	253	218	2.443	2.268	8580
-	-	-	-	-	-	133	150	133	150	
-	-	-	-	10.911	10.538	110	95	11.021	10.633	8590
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	867.890	821.069	7.698 B	19.618 B	905.544	858.330	Ges. Aus.
- H	- H					29.956	17.643			
-		-		46.821 +		11.920-B		47.214 +		+/-
- H						12.313 +				
-	-	-	-	6.864	4.556	28.184 B	28.879 B	75.697	84.905	Ges. VE
- H	- H					40.649	51.470			
-		-		2.308 +		695-B		9.208-		+/-
- H						10.821--				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
-----				
8000	Allgemeine Verwaltung			
(012)	-----			
	<b>EINNAHMEN</b>			
111.01	Verwaltungsgebühren	9	9	16
119.92	Schadenersatzleistungen	360	360	399
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8000.681.92.			
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	-	0	0
119.98	Vermischte Einnahmen	2	3	0
121.01	Gewinnabführung der IMPF Hamburgische Immobilien Management Gesellschaft für Polizei und Feuerwehr mbH	-	0	0
121.02	Ablieferung des Landesbetriebes Verkehr	227	0	0
125.01	Erlöse aus Diensten und Tätigkeiten für Dritte	-	0	6
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8000.511.66 08.1.8000.525.66.			
129.01	Einnahmen aus Werbemaßnahmen	-	0	0
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8000.511.66. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %			
133.02	Einnahmen aus Ausgleichszahlungen aus Anlass der Veräußerung der Technischen Prüfstelle Hmb.	850	0	0
231.01	Erstattung aus Schleswig-Holstein für die anteilige Finanzierung des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein -AöR-	16.344	0	0
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8000.685.01.			
231.02	Sonstige Erstattungen für das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein -AöR-	-	0	0
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8000.685.01.			
231.03	Erstattungen für Serviceleistungen der Freien und Hansestadt Hamburg und sonstiger Dienstleister	89	0	0



Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8000</b> -----				
231.04	Erstattungen vom Bund für die Europawahl	2.102	0	0
231.05	Erstattungen vom Bund für die Bundestagswahl	-	0	0
232.03	Erstattung von Kosten für die Weiterentwicklung der Software POLAS-neu in Verbindung mit INPOL-neu	1.000	1.000	750
261.01	Erstattung von Programmieraufwendungen für andere Behörden und Dritte	-	0	0
261.03	Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten aus dem Wirtschaftsplan der Landesfeuerweherschule	53	53	0
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>21.036</b>	<b>1.425</b>	<b>1.171</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	6.192	6.823	8.306
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	12
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	3
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	3.417	2.411	0
412.01	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw.	6	6	4
412.07	Aufwendungen für ehrenamtliche Wahlhelfer	923	0	0
	Übertragbar			
	Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.412.07 08.1.8000.511.07 .			0 GB
412.86	Aufwandsentschädigungen für den Prüfausschuss Waffenrecht Zweckzuweisung an den Bezirk		1	(1)
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	-	0	0
	Übertragbar			0 GB
461.01 (981)	Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 8.1	-	0	0
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 08.1.8010.112.01. Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungsbundenen Personalausgaben im KR/NSM-Bereich des Einzelplans			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8000</b> -----				
511.07	Sachausgaben für die Durchführung von Wahlen Übertragbar Bezirke  Übertragbar  Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.412.07 08.1.8000.511.07 .	2.572	0	0
	0 GB			
511.08	Ausgaben für die Durchführung von Volksinitiativen, Volksbegehren, Volksentscheiden und Volkspetitionen Übertragbar  Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	3.385 1.100 VE	0	0
	0 GB			
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikationstechnik  Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8000.671.56 08.1.8000.685.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.535.56 08.1.8010.535.56 08.1.8500.535.56 08.1.8520.535.56 08.1.8550.535.56 .	742	690	498 262 R
632.01	Erstattungen an andere Bundesländer für gemeinsame Einrichtungen und Projekte	77	0	0
671.03	Erstattung von Versorgungsaufwendungen an die TPH-GmbH	-	0	0
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs  Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.671.55 08.1.8010.671.55 08.1.8500.671.55 08.1.8550.671.55 .	103	103	100 2 R
671.56 (312)	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport  Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8000.535.56. Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8000.685.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.671.56 08.1.8500.671.56 08.1.8520.671.56 08.1.8550.671.56 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 08.1.8010.112.01.	2.054	3.751	3.758
681.92	Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden)  Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8000.119.92.	125	125	189 99 R
683.01	Zuschuss an die TÜV Hanse GmbH  Zuwendungsanteil 100%	- 140 VE	0	0
684.01	Zuwendung an die Verkehrswacht Hamburg e. V. für den Verkehrsübungsplatz Großmannstraße  Zuwendungsanteil 100%	464	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8000</b> -----				
685.01	Zuschuss an das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein -AÖR-  Übertragbar  Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.685.01 08.1.8000.685.02 08.1.8000.685.56 08.1.8000.891.56 08.1.8000.893.01 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8000.231.01 08.1.8000.231.02.	28.206	0	0
	11.862 GB			
685.02	Zuschüsse für Versorgungsausgaben und Beihilfen an das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig- Holstein -AÖR- Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.685.01 08.1.8000.685.02 08.1.8000.685.56 08.1.8000.891.56 08.1.8000.893.01 .	-	0	0
685.56	Zuschuss an das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein -AÖR- für IuK-Maßnahmen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8000.535.56 08.1.8000.671.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.685.01 08.1.8000.685.02 08.1.8000.685.56 08.1.8000.891.56 08.1.8000.893.01 .	-	0	0
	Titelgruppe(n) -----			
Z66	Allgemeine Verwaltung -----			
511.66	Geschäftsbedarf  Übertragbar  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 08.1.8000.125.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8000.129.01.	183	166	174 52 R
	0 GB			
514.66	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen, Verbrauchs- material, Dienst- und Schutzkleidung u. dgl.  Übertragbar	2	4	1 2 R
	0 GB			
517.66	Bewirtschaftung der Grundstücke  Übertragbar	181	182	160 30 R
518.66	Mieten und Pachten  Übertragbar	916	918	880 48 R
519.66	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen  Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8000.710.01.	103	101	108 515 R
525.66	Aus- und Fortbildung  Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 08.1.8000.125.01.	91	89	121 53 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8000</b> -----				
526.66	Sachverst.-, Gerichts- und ähnl. Kosten  Übertragbar	26	26	118 47 R
527.66	Dienstreisen  Übertragbar	40	40	40 15 R
	0 GB			
531.66	Öffentlichkeitsarbeit  Übertragbar	10	10	24 8 R
534.66	Innenministerkonferenz  Übertragbar	4	4	3
539.66	Vermischte Verwaltungsausgaben  Übertragbar	28	28	26 6 R
685.66	Mitgliedsbeiträge  Übertragbar	4	4	6 1 R
	Summen für Z66	1.588	1.572	1.660 778 R
710.01	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Modernisierungen und dgl.  Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8000.519.66.	-	0	21 14 R
710.56	Baumaßnahmen für Iuk-Vorhaben  Übertragbar	30	0	0
812.16	Beschaffung eines bundesweit einheitlichen digita- len Sprech- und Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)  Übertragbar  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8000-01 .	6.285 22.015 VE	3.000 28.300 VE	0 7.000 R
	0 GB			
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung  Übertragbar	-	0	99 241 R
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Behörde für Inneres Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8000.232.04.	-	0	7.072 2.451-R
831.01	Gründung der "Technische Prüfstelle Hamburg GmbH"  Übertragbar	-	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8000</b> -----				
891.56	Zuschüsse an das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein -AÖR- für IuK-Technik  Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.685.01 08.1.8000.685.02 08.1.8000.685.56 08.1.8000.891.56 08.1.8000.893.01 .	-	0	0
893.01	Zuschüsse an das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein -AÖR- für bauliche Investitionen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.685.01 08.1.8000.685.02 08.1.8000.685.56 08.1.8000.891.56 08.1.8000.893.01 .	-	0	0
	<b>Gesamtausgaben</b> Summe Verpflichtungsermächtigungen	<b>56.169</b> 23.255 VE	<b>18.482</b> 28.300 VE	<b>21.722</b> 5.946 R
8010	Einwohner-Zentralamt			
(043)	----- <b>EINNAHMEN</b>			
111.01	Verwaltungsgebühren nach der Gebührenordnung für Melde- und Ausweisangelegenheiten	20	13	20
111.03	Verwaltungsgebühren nach der Gebührenordnung zum Passgesetz	4	4	5
111.04	Verwaltungsgebühren nach der Anlage zum Gebührengesetz	41	100	157
111.05	Verwaltungsgebühren nach der Gebührenverordnung zum Ausländergesetz	50	50	48
	0 GB			
111.06	Verwaltungsgebühren nach der VO zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familien- und Vornamen	50	40	53
111.07	Verwaltungsgebühren nach dem Staatsangehörigkeits- recht sowie nach dem Ausländergesetz	1.653	1.653	1.538
111.08	Verwaltungsgebühren nach dem Gesetz über Personalausweise	1	1	0
112.01	Einnahmen aus Verkehrsordnungswidrigkeiten  Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8000.461.01 08.1.8000.671.56 08.1.8010.511.01 08.1.8010.511.62 08.1.8500.425.70. Mehreinnahmen dürfen bis zur Höhe von maximal 895 Tsd. EUR den Titeln 8000.461.01, 8010.511.62 und 8500.425.70 zufließen	29.859	29.550	29.191
112.02	Einnahmen aus Ordnungswidrigkeiten / Städtischer Ordnungsdienst	600	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8010</b> -----				
112.41	Zwangsgelder, Geldbußen u.a.	14	13	14
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	-	0	0
119.98	Vermischte Einnahmen  Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8010.511.01.	8	8	3
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken  Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8010.518.62. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	5	1	9
129.01	Einnahmen aus Werbemaßnahmen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8010.511.62. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	-	0	0
129.02	Einnahmen aus Umsatzbeteiligung für Fotoautomaten  Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8010.511.62. Dies gilt für Mehreinnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	20	20	20
281.01	Erstattung von Rückführungskosten  Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8010.534.01.	700	450	736
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>33.025</b>	<b>31.903</b>	<b>31.794</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	16.664	10.153	15.795
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	45
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	10
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	138-	692	0
511.01	Post- und Fernmeldegebühren	2.120	2.120	2.620 270 R
	Übertragbar			
	0 GB Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 08.1.8010.112.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8010.119.98.			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8010</b> -----				
511.86	Betriebskosten im Zusammenhang mit der Ausgabe von Lohnsteuerkarten, Personalausweisen, Reisepässen und dgl. - Zweckzuweisung an die Bezirke -  Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 70.00 % der Mehreinnahmen bei 01.2.1210.111.09 01.2.1210.111.10 01.3.1310.111.09 01.3.1310.111.10 01.4.1410.111.09 01.4.1410.111.10 01.5.1510.111.09 01.5.1510.111.10 01.6.1610.111.09 01.6.1610.111.10 01.7.1710.111.09 01.7.1710.111.10 01.8.1810.111.09 01.8.1810.111.10.	2.421	2.421	(2.095) 47R
534.01	Rückführung von Ausländern sowie Fahrtkosten für Asylbewerber  Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8010.281.01. Aus diesem Titel sind auch die Reisekosten für das Begleitpersonal zu finanzieren	1.800	911 1.500 VE	1.993 526 R
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikationstechnik  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)  Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.535.56 08.1.8010.535.56 08.1.8500.535.56 08.1.8520.535.56 08.1.8550.535.56 .		0	19
547.01	Global veranschlagte Mittel zur Umsetzung der (Teil-) Dezentralisierung ausländerbehördlicher Aufgaben  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0 4 R
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs  Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.671.55 08.1.8010.671.55 08.1.8500.671.55 08.1.8550.671.55 .	98	98	128 2 R
	Titelgruppe(n) -----			
Z62	Betriebskonto Sachausgaben -----			
511.62	Geschäftsbedarf  Übertragbar  0 GB Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 08.1.8010.112.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8010.129.02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8010.129.01.	491	306	277 89 R
514.62	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen  Übertragbar  0 GB	140	4	2 2 R
517.62	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	786	454	534 1 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8010</b> -----				
	Übertragbar 0 GB			
518.62	Mieten und Pachten	1.565	1.403	1.471
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8010.124.91.			
519.62	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	97	56	119 11 R
	Übertragbar 0 GB			
525.62	Aus- und Fortbildung	43	8	5 21 R
	Übertragbar			
526.62	Sachverständigen, Gerichts- u.ä. Kosten	73	54	59
	Übertragbar			
527.62	Dienstreisen	8	3	1 8 R
	Übertragbar			
531.62	Öffentlichkeitsarbeit	12	2	0 14 R
	Übertragbar			
539.62	Vermischte Verwaltungsausgaben	50	25	23
	Übertragbar			
671.62	Erstattung an p & w -Anstalt öffentlichen Rechts- für den Betrieb der Zentralen Erstaufnahme	3.988	0	0
	Summen für Z62	7.253	2.315	2.490 146 R
710.02	Umbau- und Herrichtungsmaßnahmen für die zentrale Erstaufnahmeeinrichtung	-	0	0
	Übertragbar			
711.56	Kleine Baumaßnahmen im Zusammenhang mit IuK-Technik		0	0 12 R
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)			
811.01	Erwerb von Fahrzeugen für den Städtischen Ordnungsdienst	72	0	0
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8010-02 .			
812.03	Erstausrüstung des Städtischen Ordnungsdienstes	96	0	0
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8010-02 .			



Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8010</b> -----				
821.02	Grunderwerb für das Grundstück Amsinckstraße 34  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	3.016
	<b>Gesamtausgaben</b> Summe Verpflichtungsermächtigungen	<b>30.386</b>	<b>18.710</b> 1.500 VE	<b>26.117</b> 1.008 R
8020	Statistisches Landesamt			
(014)	----- <b>EINNAHMEN</b>			
112.01	Einnahmen aus Zwangs- und Bußgeldverfahren  (Weggefallener Ansatz)		0	5
112.02	Einnahmen aus Zwangsgeldern im Zusammenhang mit dem Unternehmensregister  (Weggefallener Ansatz)  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8020.511.61.		0	2
112.03	Einnahmen aus Zwangsgeldern im Zusammenhang mit den Testuntersuchungen registerunterstützter Zensus  (Weggefallener Ansatz)		0	0
112.04	Einnahmen aus Zwangsgeldern im Zusammenhang mit der Dienstleistungsstatistik  (Weggefallener Ansatz)  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8020.511.61.		0	2
119.01	Einnahmen aus Veröffentlichungen  (Weggefallener Ansatz)  Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8020.511.61.		10	16
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen  (Weggefallener Ansatz)		0	0
119.98	Vermischte Einnahmen  (Weggefallener Ansatz)		12	28
129.01	Einnahmen aus Werbemaßnahmen  (Weggefallener Ansatz)		0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8020</b> -----				
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8020.511.61. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %			
132.01	Verkaufserlöse  (Weggefallener Ansatz)		0	0
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8020.535.56.			
212.01	Erstattung von Personal- und Sachkosten von anderen Bundesländern zur Durchführung von Statistiken  (Weggefallener Ansatz)		61	72
231.01	Erstattungen vom Bund für verschiedene Erhebungen  (Weggefallener Ansatz)		0	8
231.06	Erstattungen vom Bund für die Bundestagswahl 2002  (Weggefallener Ansatz)		0	1.000
231.07 (011)	Erstattung vom Bund für die Europawahl  (Weggefallener Ansatz)		0	0
261.01	Erstattung von Programmieraufwendungen für andere Behörden und Dritte  (Weggefallener Ansatz)		0	0
261.02	Erstattungen des Amtes für Jugend für die Erwei- terung von Jugendhilfestatistiken  (Weggefallener Ansatz)		0	13
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8020.535.56 08.1.8020.541.61.			
282.61	Zuschüsse von Sponsoren  (Weggefallener Ansatz)		0	0
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.1.8020.542.61.			
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>0</b>	<b>83</b>	<b>1.144</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	-	8.590	9.134
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	11
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	6

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8020</b> -----				
412.07 (011)	Aufwendungen für ehrenamtliche Wahlhelfer  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 GB	0	72
511.07 (011)	Sachausgaben für die Durchführung von Wahlen  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 GB	0	405 123 R
511.08 (011)	Ausgaben für die Durchführung von Volksbegehren, Volksentscheiden und Volkspetitionen  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 GB	0 1.100 VE	0
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikationstechnik  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)  Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8020.671.56. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.1.8020.261.02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8020.132.01.		184	208 10 R
547.01	Ausgaben für Testuntersuchungen registerunter- stützter Zensus  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	45 2 R
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		49	53
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)  Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8020.535.56.		0	0
	Titelgruppe(n) -----			
Z61 -----	Betriebskonto Statistik einschl. Verwaltung			
412.61	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 GB	220	152 2 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8020</b> -----				
511.61	Sachausgaben für die Durchführung von Statistiken  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)  Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8020.119.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8020.112.02 08.1.8020.112.04 08.1.8020.129.01.		339	318 75 R
	0 GB			
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		143	62 166 R
	0 GB			
518.61	Mieten und Pachten  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		907	894 44 R
	0 GB			
519.61	Unterhaltung der Grundstücke  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		36	25 107 R
	0 GB			
525.61	Aus- und Fortbildung  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		14	19 2 R
539.61	Vermischte Ausgaben  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0
541.61	Aufwendungen für die Durchführung von Sonderaufgaben  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)  Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.1.8020.261.02.		15	12 17 R
542.61	Ausgaben privater Zuschüsse für Zwecke des Statistischen Landesamtes  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8020.282.61.		0	0
547.61	Zusätzliche Ausgaben im Zusammenhang mit Auftragsarbeiten  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0 16 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8020</b> -----				
612.61	Erstattung an andere Bundesländer zur Durchführung von Statistiken  (Weggefallener Ansatz)		0	0
631.61	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0
632.61	Erstattung an andere Bundesländer zur Durchführung von Statistiken  (Weggefallener Ansatz)		107	61
636.61	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an die Bundesanstalt für Arbeit  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		1	0 1 R
681.61 (011)	Prämienzahlungen  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		90 30 VE	0
	Summen für Z61	0	1.872 30 VE	1.542 428 R
710.01	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Modernisierungen und dgl. (Hochbau)  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		67 10 VE	25 59 R
710.56	Baumaßnahmen für IuK-Vorhaben  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		57	0 57 R
	<b>Gesamtausgaben</b> Summe Verpflichtungsermächtigungen	<b>0</b>	<b>10.819</b> 1.140 VE	<b>11.501</b> 679 R
8500	Polizei			
(042)	-----  <b>EINNAHMEN</b>			
111.01	Verwaltungsgebühren	1.729	1.387	1.416
111.02 (043)	Verwaltungsgebühren -Straßenverkehr-	832	1.296	896
	0 GB			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8500</b> -----				
111.04	Entgelte für das Entleihen von Uniformen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.514.70.	-	0	0
111.06 (512)	Verwaltungsgebühren für Jagdscheine  87.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 07.0.7400.686.11.	71	0	0
111.12	Verwaltungsgebühren nach der vierten Verordnung zum Waffengesetz	1.287	0	0
111.16	Einnahmen für die sicherheitstechnischen Überprüfungen und Abnahme privater Schiessstände  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8500.526.70.	-	0	0
111.22	Kostenbeiträge für externe Lehrgangsteilnehmer an der Landespolizeischule  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.525.70.	35	35	60
111.23	Kostenbeiträge für die Verwahrung und Pflege von ausgebildeten Schutzhunden  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8500.511.70.	-	0	9
111.41	Entgelte aus Lizenzrechten an Polizeifilmen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.531.70.	-	0	0
112.02	Geldbußen, Zwangs- und Verwarnungsgelder aufgrund landes- und bundesrechtlicher Vorschriften	130	130	142
112.44	Zwangs- und Bußgelder aus Verstößen gegen das Waffengesetz und das Sprengstoffgesetz	-	0	0
119.01	Vertragsstrafen	-	0	0
119.02	Benutzung von Hubschraubern nach dem Kooperationsvertrag mit Schleswig-Holstein  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.514.70.	20	18	23
119.03	Sonstige Benutzung von Hubschraubern		7	0
119.04	Einnahmen aus Leistungen für Sachbeschädigungen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.539.70.	-	0	3

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8500</b> -----				
119.05	Einnahmen des Polizeiorchesters  50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.539.70.	45	36	50
119.06	Sonstige Einnahmen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.539.70.	-	0	113
119.08	Einnahmen aus der Begleitung von Werttransporten  40.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.514.70.	225	205	226
119.15	Globale Mehreinnahme		1.200	0
119.93 (043)	Ersatzvornahmen  65.95 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.1.8500.546.93.	7.715	5.899	5.564 1.115 R
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	-	0	0
119.98	Vermischte Einnahmen	5	5	24
121.01 (043)	Ablieferung des Landesbetriebes Verkehr		1.982	1.269
124.01	Einnahmen aus Verpachtung der Kantine im Polizeipräsidium  (Weggefallener Ansatz)  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8500.517.70.		0	0
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	31	31	37
124.92	Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie aus Personalunterkünften  Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8500.517.70.	264	264	233
129.01	Einnahmen aus Werbemaßnahmen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.539.70. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	-	0	0
131.04	Erlös aus der Veräußerung des Grundstücks Georg-Wilhelm-Str. 112	-	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8500</b> -----				
131.05	Einnahme aus dem Verkauf des Grundstücks Am Husarendenkmal  1100000.00 EUR der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8500.811.01.	-	0	0
	0 GB			
132.01	Erlöse aus dem Verkauf von Werbematerial  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.531.70.	30	20	50
132.02	Erlöse aus dem Verkauf von Dienstfahrzeugen der Polizei  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.514.70 08.1.8500.518.70 08.1.8500.811.01.	350	230	219
132.03	Verkaufserlöse  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.511.70.	20	0	12
231.01	Erstattung von Personal- und Reisekosten durch den Bund	35	35	32
231.02	Erstattung von Kosten durch den Bund für den Einsatz von Hamburger Polizeibeamten  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.632.70.	-	0	0
232.01	Erstattung von Kosten durch die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein für die Wahrnehmung von wasserschutzrechtlichen Aufgaben	2.100	2.060	2.203
232.02	Erstattung von Kosten durch andere Länder für den Einsatz von Hamburger Polizeibeamten  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8500.632.70.	204	204	1.209
261.01	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Dritte	7	145	79
281.01	Erstattung von Postgebühren für den Verkehrswarndienst der Polizei durch die angeschlossenen Sender		30	17
282.01	Zuschuss der BSF für behindertengerechte Arbeitsplatzausstattungen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.1.8500.511.13.	-	0	2
282.03	Einnahmen für Witwen- und Waisenfonds  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.1.8500.546.01.	16	30	16



Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8500</b> -----				
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.1.8500.546.91.	-	0	16
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>15.151</b>	<b>15.249</b>	<b>13.920</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	10.506	11.709	2.437
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	965
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	87.900	87.772	0
511.13	Erwerb behindertengerechter Arbeitsplatz- ausstattung  Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.282.01.	-	0	2
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikationstechnik  Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8500.548.70. Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8500.671.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.535.56 08.1.8010.535.56 08.1.8500.535.56 08.1.8520.535.56 08.1.8550.535.56 .	5.553	5.416	5.895 198 R
546.01	Witwen- und Waisenfonds  Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.282.03.	16	30	34 44 R
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen  Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.282.91.	-	0	16 10 R
546.93	Ersatzvornahmen  Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 65.95 % der Einnahmen bei 08.1.8500.119.93.	3.908 618 VE	4.106	3.464
632.02	Erstattung an andere Bundesländer für gemeinsame Einrichtungen und Projekte  Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8500.632.02 08.1.8500.632.70 .	231	300	316
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs  Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.671.55 08.1.8010.671.55 08.1.8500.671.55 08.1.8550.671.55 .	879	879	947 203 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8500</b> -----				
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport  Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8500.535.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.671.56 08.1.8500.671.56 08.1.8520.671.56 08.1.8550.671.56 .  Titelgruppe(n) -----	19	0	0
Z70	Einsatz der Polizei, Verbrechensbekämpfung und Sonderdienste -----			
412.70	Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Sachkundeprüfer	1	0	0
422.70	Bezüge der Beamtinnen und Beamten  Übertragbar 0 GB	297.209	292.758	284.179 5.300 R
425.70	Vergütungen der Angestellten  Übertragbar 0 GB	43.594	42.214	40.424
426.70	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter  Übertragbar 0 GB	4.051	3.911	3.265
427.70	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige  Übertragbar 0 GB	339	339	380
432.70 (048)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten  Übertragbar 0 GB	89.191	87.830	85.192
435.70 (048)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten  Übertragbar 0 GB	3.919	3.794	3.930
436.70 (048)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter  Übertragbar 0 GB	365	352	0
441.70 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen  Übertragbar 0 GB	11.891	11.709	11.357
511.70	Einsatzmittel  Übertragbar 1.440 GB	1.505	1.474	1.791 200 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8500</b> -----				
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.111.23. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.132.03.			
514.70	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung  Übertragbar 8.378 GB	7.885	7.324	8.733 1.386 R
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden i.H.v. 40.00 % der Einnahmen bei 08.1.8500.119.08. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.111.04 08.1.8500.119.02 08.1.8500.132.02.			
517.70	Bewirtschaftung der Grundstücke  Übertragbar 8.378 GB	7.511	7.403	7.618 814 R
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8500.124.92. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.124.01.			
518.70	Mieten und Pachten  Übertragbar 30.024 GB	21.799	20.742	20.794 298 R
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.132.02.			
519.70	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen  Übertragbar	2.521	2.662	2.208 1.216 R
525.70	Aus- und Fortbildung  Übertragbar 1.067 GB	1.102	1.097	1.228 292 R
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.111.22.			
526.70	Blutuntersuchungen, Sachverständigen-, Zeugen-, Gerichts- und ähnliche Kosten  Übertragbar	2.956	2.951	3.319 131 R
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.111.16.			
527.70	Dienstreisen  Übertragbar	107	107	171 8 R
531.70	Öffentlichkeitsarbeit, Verkehrserziehung und Personalwerbung  Übertragbar 107 GB	137	127	427 12 R
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.111.41 08.1.8500.132.01 08.1.8500.282.02.			
535.70	Fahndungskosten  Übertragbar	2.225 1.500 VE	2.225	2.204 8 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8500</b> -----				
537.70	Leichentransporte, öffentliches Rettungswesen und ärztlicher Notdienst  Übertragbar	217	217	322 21 R
538.70	Vermischte Ausgaben  Übertragbar	-	0	0
539.70	Betriebsausgaben  Übertragbar	2.502	2.561	3.833 307 R
	32.504 GB Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 08.1.8500.119.05. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.119.04 08.1.8500.119.06 08.1.8500.129.01.			
542.70	Überführung sichergestellter Fahrzeuge  Übertragbar	307	307	339 2 R
543.70	Fernmelde- und Fernsehanlagen  Übertragbar	1.644	1.644	1.812 245 R
548.70	Konzept Innere Sicherheit  Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8500.535.56 08.1.8500.812.30.	4.118	4.118	0 3 R
631.70	Erstattungen an den Bund für Einsätze des Bundesgrenzschutzes und sonstige Amtshilfe  Übertragbar	51 1.000 VE	51	923 12 R
632.70	Erstattungen an andere Bundesländer für die Inanspruchnahme von Polizeikräften  Übertragbar	255 1.500 VE	255 1.500 VE	283 1.657 R
	51 GB Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8500.632.02 08.1.8500.632.70 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.231.02 08.1.8500.232.02.			
681.70	Belohnungen  Übertragbar	8 100 VE	8	16
684.70	Zuschuss an die Deutsche Lebensrettungsgesell- schaft (DLRG), Landesverband Hamburg e.V.  Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	3	3	3
	Summen für Z70	507.413 4.100 VE	498.183 1.500 VE	484.750 11.911 R
710.01	Sanierung, Modernisierung u. Erweiterung der Bau- lichen Infrastruktur der Polizei (Hochbau)		0	136 2 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8500</b> -----				
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .			
710.02	Neubau des Polizeipräsidiums einschließlich Folge- maßnahmen  Übertragbar 32.504 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.131.03.	6.596 26.384 VE	6.596 26.384 VE	7.217 3.413 R
710.03	Verbesserung der baulichen Infrastruktur von Polizeiunterkünften in Alsterdorf  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .	256	1.935 256 VE	957 703 R
710.04	Gemeinsame räumliche Unterbringung von Polizeirevierern und Kriminalkommissariaten  Übertragbar 32.504 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .	371 1.800 VE	10.058 2.171 VE	4.899 4.228 R
710.56	Baumaßnahmen für IuK-Vorhaben  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .	345	345 58 VE	257 428 R
811.01	Beschaffung von Dienstfahrzeugen  Übertragbar 3.419 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.131.05. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8500.132.02.	3.446 4.521 VE	3.327 3.300 VE	1.677 1.050 R
811.02	Ersatz von Hubschraubern  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .	7.235	1.738 6.135 VE	82 629 R
811.04	Ersatz von Wasserfahrzeugen  Übertragbar 32.504 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .	753 1.442 VE	0 753 VE	483 572 R
812.02	Beschaffung von Fernmelde- und Fernsehanlagen  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .	971 965 VE	885 320 VE	414 724 R
812.05	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen- ständen  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .	60 10 VE	60 50 VE	9 191 R
812.06	Beschaffung eines automatischen Fingerabdruck- identifizierungssystems (AFIS)  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	162 68 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8500</b> -----				
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .			
812.13	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen u.dgl.  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .	462 154 VE	195 462 VE	3 182 R
812.23	Technische Ausstattung für den Neubau der Polizeieinsatzzentrale  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .		0	33 209 R
812.30	Beschaffungen i.R. des Konzepts Innere Sicherheit und Strukturanpassungen  Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8500.548.70.	-	0	26 11 R
812.31	Beschaffungen/Aufwendungen i.R. der Umorganisation  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .	-	0	0
812.61	Erwerb von Spezialgeräten  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8500-05 .	2.049 510 VE	700 1.589 VE	409 865 R
	32.504 GB			
821.02	Grunderwerb für das Grundstück Wentzelplatz (PR/KK 35)  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	490
821.04	Grunderwerb für das Grundstück Georg-Wilhelm-Straße 77 (PRW 44)  Übertragbar		0	412 1 R
	<b>Gesamtausgaben</b> Summe Verpflichtungsermächtigungen	<b>638.969</b> 40.504 VE	<b>634.234</b> 42.978 VE	<b>516.491</b> 25.644 R
8520	Wasserschutzpolizei-Schule  -----			
(042)	<b>EINNAHMEN</b>			
119.01	Einnahmen aus Versicherungsleistungen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.1.8520.546.63.	-	0	0
119.98	Vermischte Einnahmen  Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8520.511.63 08.1.8520.525.63.	31	31	28
125.01	Einnahmen aus Verpflegung	22	25	18

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8520</b> -----				
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.1.8520.514.63.			
129.01	Einnahmen aus Werbemaßnahmen	-	0	0
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8520.511.63. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %			
232.02	Lehrgangsentgelte	718	748	747
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8520.511.63.			
232.03	Betriebskostenanteile der Länder	1.160	1.089	1.083
332.04	Investitionskostenanteile der Länder	240	357	330
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>2.171</b>	<b>2.250</b>	<b>2.206</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	1-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	264	269	0
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikationstechnik	8	8	8
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8520.671.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.535.56 08.1.8010.535.56 08.1.8500.535.56 08.1.8520.535.56 08.1.8550.535.56 .			
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport	24	0	0
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8520.535.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.671.56 08.1.8500.671.56 08.1.8520.671.56 08.1.8550.671.56 .			
	Titelgruppe(n) -----			
Z63	Wasserschutzpolizei-Schule			
422.63	Bezüge der Beamtinnen und Beamten	328	328	386
	Übertragbar 32.504 GB			
425.63	Vergütungen der Angestellten	323	313	281
	Übertragbar 32.504 GB			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8520</b> -----				
426.63	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter  Übertragbar 32.504 GB	138	134	150
427.63	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige  Übertragbar 32.504 GB	51	51	56
432.63 (048)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten  Übertragbar 32.504 GB	99	99	116
435.63 (048)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten  Übertragbar 32.504 GB	29	28	39
436.63 (048)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter  Übertragbar 32.504 GB	12	12	0
441.63 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen  Übertragbar 32.504 GB	14	14	15
443.63 (940)	Fürsorgeleistungen  Übertragbar	10	10	8
451.63 (940)	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung  Übertragbar 32.504 GB (Weggefallener Ansatz)		1	1
511.63	Geschäftsbedarf und Geräte  Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8520.119.98 08.1.8520.232.02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8520.129.01.	85	99	84 86 R
514.63	Haltung von Dienstfahrzeugen, Dienst- und Schutz- kleidung, Ausgaben für Verpflegung  Übertragbar 32.572 GB Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8520.125.01.	90	98	93 51 R
517.63	Bewirtschaftung der Grundstücke  Übertragbar	163	158	162 10 R
518.63	Mieten und Pachten	16	16	14 9 R



Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8520</b> -----				
	Übertragbar			
519.63	Instandsetzung und Renovierung von Dienstgebäuden	108	102	159 18 R
	Übertragbar			
525.63	Aus- und Fortbildung	70	60	118 43 R
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8520.119.98.			
527.63	Dienstreisen	1	1	2 2 R
	Übertragbar			
539.63	Vermischte Verwaltungsausgaben	1	1	3
	Übertragbar			
546.63	Ausgaben für Sachbeschädigungen durch Dritte	-	0	0
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8520.119.01.			
632.63	Erstattung von Personal- und Reisekosten an andere Länder für abgeordnetes Lehrpersonal	440	415	430 95 R
	Übertragbar			
	Summen für Z63	1.978	1.940	2.116 314 R
710.01	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Modernisierungen und dgl. (Hochbau)	100	359	201 76 R
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8520-06 .			
812.01	Erwerb von Geräten und Ausstattungsgegenständen	184 100 VE	64 123 VE	110 122 R
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8520-06 .			
	<b>Gesamtausgaben</b>	<b>2.558</b>	<b>2.640</b>	<b>2.433</b>
	Summe Verpflichtungsermächtigungen	100 VE	123 VE	512 R
8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst			
(044)	----- <b>EINNAHMEN</b>			
111.01	Verwaltungsgebühren (Feuerlöschwesen)	2.197	2.197	2.024
111.02 (049)	Verwaltungsgebühren (Rettungsdienst)	26.155	26.053	25.602
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8550.511.75 08.1.8550.671.01 08.1.8550.671.03.			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8550</b> -----				
111.21	Erstattung von Kosten für verbrauchte Lösch- und sonstige Betriebsmittel  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8550.514.75.	-	0	0
111.22	Kostenbeiträge für externe Lehrgangsteilnehmer an der Landesfeuerweherschule  (Weggefallener Ansatz) 32.572 GB		0	806
111.41	Entgelte für das Entleihen/Bereitstellen von Fahrzeugen, Geräten, Uniformen etc  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8550.514.75.	-	0	0
119.02	Kostenerstattung für die Hinzuziehung Dritter bei Feuerwehreinsätzen  Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8550.518.75.	10	10	3
119.93	Ersatzvornahmen  50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8550.514.75.	-	0	33
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	-	0	0
119.98	Vermischte Einnahmen	11	11	16
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	23	16	48
124.92	Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie aus Personalunterkünften	33	20	32
125.01	Erlöse aus Diensten und wirtschaftlicher Tätigkeit für Dritte  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8550.511.75 08.1.8550.514.75 08.1.8550.525.75 08.1.8550.535.56.	-	0	240
129.01	Einnahmen aus Werbemaßnahmen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8550.511.75. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	-	0	0
129.02	Einnahmen aus dem Feuerwehr-Informations-Zentrum	-	0	0
132.01	Verkaufserlöse  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8550.511.75 08.1.8550.514.75 08.1.8550.525.75 08.1.8550.538.75.	-	0	323

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8550</b> -----				
231.02	Erstattung anteiliger Aufwandsentschädigungen für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr	-	0	0
231.03	Erstattung der Kosten für die zusätzliche Ausbildung im Katastrophenschutz	50	50	0
231.04	Kostenerstattungen für Kampfmittelräumung und Luftbildreproduktionen  Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8550.535.75.	1.000	1.000	489
231.05	Erstattung für die Unterbringung von Fahrzeugen des Katastrophenschutzes  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8550.518.75.	-	0	0
231.06	Erstattungen für Zivildienstleistende	64	49	30
231.07	Erstattung der Kosten für Personalgestellungen	170	170	237
231.08	Erstattung der Kosten für Wartungsleistungen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8550.535.56.	-	0	11
231.09	Kostenerstattung für vertraglich vereinbarte Notfallrettungen außerhalb Hamburgs  Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8550.671.01.	170	200	103
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.1.8550.546.91.	-	0	0
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>29.883</b>	<b>29.776</b>	<b>29.998</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	3.119	3.119	524
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	100
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	18.763	18.969	0
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	-	0	0
	32.572 GB			
535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikationstechnik  Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8550.671.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.535.56 08.1.8010.535.56 08.1.8500.535.56 08.1.8520.535.56 08.1.8550.535.56 .	691	709	883 14 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8550</b> -----				
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.1.8550.125.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8550.231.08.			
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen	-	0	35
	Übertragbar			
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8550.282.91.			
632.01	Anteilige Zuweisung für Versorgungszuschläge an den Wirtschaftsplan der Landesfeuerweherschule	870	869	0
	Übertragbar			
671.01 (049)	Erstattungen an LBK, UKE und Erstattung der Kosten des Notarztpersonals an das Unfallkrankenhaus Boberg	3.777	3.831	3.679 784 R
	Übertragbar			
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.1.8550.671.04. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 08.1.8550.111.02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8550.231.09.			
671.03 (049)	Erstattung an das DRK-Harburg für Notfallbeförderungen	422	422	550
	Übertragbar			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 08.1.8550.111.02.			
671.04	Erstattungen an die Feuerwehr-Unfallkasse	230	230	342
	Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8550.671.01.			
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	134	134	144
	Übertragbar			
	Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.671.55 08.1.8010.671.55 08.1.8500.671.55 08.1.8550.671.55 .			
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport	-	0	0
	Übertragbar			
	Einseitig deckungsfähig zulasten 08.1.8550.535.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.1.8000.671.56 08.1.8500.671.56 08.1.8520.671.56 08.1.8550.671.56 .			
685.01	Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Landesfeuerweherschule	4.583	4.212	0 496 R
	Titelgruppe(n) -----			
Z75	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst			
	-----			
412.75	Aufwandsentschädigung und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzer usw.	1	1	0 3 R
	Übertragbar			
422.75	Bezüge der Beamtinnen und Beamten	75.001	73.547	76.099 200 R
	Übertragbar			
	32.572 GB			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8550</b> -----				
425.75	Vergütungen der Angestellten  Übertragbar 32.572 GB	3.663	3.501	3.776
426.75	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter  Übertragbar 32.572 GB	1.363	1.424	1.544
427.75	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige  Übertragbar 32.572 GB	70	70	224
432.75 (048)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten  Übertragbar 32.572 GB	22.460	22.065	22.855
435.75 (048)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten  Übertragbar 32.572 GB	289	274	485
436.75 (048)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter  Übertragbar 32.572 GB	103	108	0
441.75 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen  Übertragbar 32.572 GB	2.995	2.942	3.047
511.75	Einsatzmittel  Übertragbar 32.572 GB	1.633	1.633	1.373 236 R
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 08.1.8550.111.02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.1.8550.125.01 08.1.8550.132.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8550.129.01.			
514.75	Haltung von Einsatzfahrzeugen, Dienst- und Schutz- kleidung, Verbrauchsmittel  Übertragbar 32.572 GB	3.400 400 VE	3.161 400 VE	4.216 286 R
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 08.1.8550.119.93. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.1.8550.125.01 08.1.8550.132.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8550.111.21 08.1.8550.111.41.			
517.75	Bewirtschaftung der Grundstücke  Übertragbar 32.572 GB	2.000	1.521	3.305 14 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8550</b> -----				
518.75	Mieten und Pachten  Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8550.119.02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8550.231.05.	6.980 480 VE	7.016	6.912 3 R
519.75	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen  Übertragbar	627	623	779 125 R
525.75	Aus- und Fortbildung  Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.1.8550.125.01 08.1.8550.132.01.	90	90	234 17 R
526.75	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten  Übertragbar	10	10	15 4 R
527.75	Dienstreisen  Übertragbar	26	26	36 18 R
531.75	Öffentlichkeitsarbeit  Übertragbar	54	54	63 7 R
534.75	Fernmeldeanlagen  Übertragbar	138	138	152 26 R
535.75 (049)	Betriebsausgaben Kampfmittelräumdienst  Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.1.8550.231.04.	1.236	1.236	1.331 4 R
536.75	Betriebsausgaben für die Zentralambulanz für Betrunkene  Übertragbar	243	0	0
538.75	Einstellungstests und Personalwerbung  Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.1.8550.132.01.	13	13	6 8 R
539.75	Vermischte Verwaltungsausgaben  Übertragbar	15	15	19 4 R
541.75	Sächliche Verwaltungsausgaben der Landesfeuerwehrschule  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	-	0	220

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8550</b> -----				
547.75	Verdienstausfall, Aufwandsentschädigungen u.ä.  Übertragbar	987	987	973 78 R
633.75 (049)	Anteil Hamburgs an den Kosten des Rettungsdienstes im Neuwerker Watt  Übertragbar	- 26 VE	0 26 VE	0
671.75	Erstattung von Ausbildungskosten an den LBK, das UKE und das Unfallkrankenhaus Boberg  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	33
685.75	Mitgliedsbeiträge  Übertragbar  Summen für Z75	32   123.429 906 VE	32   120.487 426 VE	21 10 R  127.719 1.042 R
710.01	Hochbaumaßnahmen für die Berufsfeuerwehr und die Freiwilligen Feuerwehren  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .		201	37 91 R
710.03	Hochbaumaßnahmen für die Berufsfeuerwehr und die Freiwilligen Feuerwehren Landesfeuerweherschule und zentraler Betriebsdienst  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .		0	91 387 R
710.56	Baumaßnahmen für IuK-Vorhaben  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)  Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .		0	0 3 R
811.01	Beschaffung von Feuerlöschfahrzeugen (einschl. Wasserfahrzeugen)  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .	5.469 8.344 VE	4.686 7.936 VE	2.086 6.690 R
811.02	Beschaffung von Rettungsdienstfahrzeugen  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .	1.534 1.534 VE	1.534 1.534 VE	1.192 438 R
812.10	Beschaffung von Geräten für den Kampfmittelräumdienst  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .	51 51 VE	51 51 VE	10 99 R
812.14	Fernmelde-, Alarmierungstechnik und Lichtsignal- anlagen  Übertragbar	450 450 VE	400 300 VE	458 145 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8550</b> -----				
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .			
812.17	Beschaffung von Feuerwehrhelmen  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		223	21 202 R
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .			
812.22	Alarmierungstechnik an Feuer- und Rettungswachen  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	165 2 R
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .			
812.23	Ersatzbeschaffung und Umrüstung von Atemschutzgeräten  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	434 953 R
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .			
812.27	Einrichtungen für Feuerwachen  Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0 2 R
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .			
812.29	Ersatzbeschaffungen unterschiedlicher Einsatzgerät e  Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8550-07 .	476 420 VE	467 467 VE	170 135 R
	<b>Gesamtausgaben</b> Summe Verpflichtungsermächtigungen	<b>163.998</b> 11.705 VE	<b>160.544</b> 10.714 VE	<b>138.641</b> 11.484 R
8580	Katastrophenschutz  -----			
(045)	<b>EINNAHMEN</b>			
119.98	Vermischte Einnahmen	-	0	0
129.01	Einnahmen aus Werbemaßnahmen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8580.511.77. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	-	0	0
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	983	907	892



Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8580</b> -----				
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	27
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	454	385	0
412.86	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige Zweckzuweisung an die Bezirke	18	18	(8) 3R
	Übertragbar 32.572 GB			
511.86	Aufwendungen für den Katastrophenschutz -Zweckzuweisungen an die Bezirke-	22	22	(16) 5R
	Übertragbar			
632.01	Erstattung der Kosten für Einrichtung und Betrieb eines Havariekommandos in Cuxhaven	52	52	0
671.56	Erstattungen der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport	-	0	0
	Übertragbar			
684.01	Zuschuss an den Hamburger Feuerwehrverein aus der Troncabgabe 2002		0	27
	Zuwendungsanteil 100%			
	Titelgruppe(n) -----			
Z77	Betriebsausgaben Katastrophenschutz -----			
412.77	Aufwendungen für nebenamtlich Tätige	7	7	1 9 R
	Übertragbar 32.572 GB			
511.77	Sachaufwand für Telekommunikation- und Sirenen- anlagen	132	138	117 60 R
	Übertragbar 32.572 GB Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8580.129.01.			
525.77	Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Katastrophendienststäbe	6	6	3 6 R
	Übertragbar			
531.77	Veröffentlichungen	23	23	22 8 R
	Übertragbar			
534.77	Aufwendungen für Übungen und Einsätze	40	44	57 29 R
	Übertragbar			
539.77	Vermischte Ausgaben	-	0	0
	Übertragbar			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8580</b> -----				
684.77	Zuschüsse an Hilfsorganisationen	453	448	448
	Übertragbar Zuwendungsanteil 100%			
	Summen für Z77	661	666	649 112 R
812.02	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen- ständen für den Katastrophenschutz	120	85 17 VE	220 42 R
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8580-08 .			
812.03	Beschaffung von Sirenenanlagen für die Warnung der Bevölkerung im Tidegebiet der Elbe	133 133 VE	133 133 VE	0 133 R
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-081-8580-08 .			
	<b>Gesamtausgaben</b> Summe Verpflichtungsermächtigungen	<b>2.443</b> 133 VE	<b>2.268</b> 150 VE	<b>1.816</b> 295 R
8590	Landesamt für Verfassungsschutz			
(012)	----- <b>EINNAHMEN</b>			
119.01	Einnahmen aus Versicherungsleistungen für Sach- beschädigungen durch Dritte	-	0	0
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8590.547.01.			
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	-	0	0
119.98	Vermischte Einnahmen	-	0	3
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8590.547.01.			
231.02 (049)	Erstattungen von Sach- und Personalkosten durch den Bund und die Bundesländer	-	0	59
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.1.8590.547.01.			
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>62</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	7.655	7.381	6.995
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	29
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	1

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
<b>8590</b> -----				
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	837	842	0
547.01 (049)	Sächliche Ausgaben  Übertragbar	2.419	2.315	2.533 256 R
	32.572 GB			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.1.8590.119.01 08.1.8590.119.98 08.1.8590.231.02.			
812.01 (049)	Erwerb v. Geräten u. sonst. bewegl. Sachen  Übertragbar	110	95	196 1 R
	<b>Gesamtausgaben</b> Summe Verpflichtungsermächtigungen	<b>11.021</b>	<b>10.633</b>	<b>9.755</b> 257 R

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
8000	Allgemeine Verwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	6.192	---	2.840
8010	Einwohner-Zentralamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	16.664	---	4.396
8580	Katastrophenschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	983	---	699
8590	Landesamt für Verfassungsschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	7.655	---	4.291
	<b>Summe Gesamtansatz 2004</b>	<b>31.494</b>	<b>---</b>	<b>12.226</b>
	<b>Summe Vergleichszahl 2003</b>	<b>33.854</b>	<b>---</b>	<b>12.170</b>
	<b>Summe (Vergleichs-)Ist 2002</b>	<b>41.122</b>	<b>---</b>	<b>15.173</b>
	<b>Summe Rest 2002</b>	<b>---</b>	<b>---</b>	<b>---</b>



## Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

## 08.1 Behörde für Inneres

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	<b>Titel</b>	<b>431.93</b>	<b>432.93</b>
		Gesamt- betrag	Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
8000	Allgemeine Verwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	3.417	---	1.816
8010	Einwohner-Zentralamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	138-	---	76-
8500	Polizei -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	87.900	---	70.014
8520	Wasserschutzpolizei-Schule -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	264	---	240
8550	Feuerlöschwesen und Rettungsdienst -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	18.763	---	14.565
8580	Katastrophenschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	454	---	369
8590	Landesamt für Verfassungsschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	837	---	556
	<b>Summe Gesamtansatz 2004</b>	111.497	---	<b>87.484</b>
	<b>Summe Vergleichszahl 2003</b>	111.340	---	<b>87.499</b>
	<b>Summe (Vergleichs-)Ist 2002</b>	---	---	---
	<b>Summe Rest 2002</b>	---	---	---

08.1 Behörde für Inneres

<b>Titel</b>	<b>435.93</b>	<b>436.93</b>	<b>446.93</b>
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Angestellten	Versorgungs- bezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8	9
8000	1.304	4	293
8010	198-	---	136
8500	365	8	17.513
8520	9-	4-	37
8550	7	19	4.172
8580	21	---	64
8590	79	---	202
	<b>1.569</b>	<b>27</b>	<b>22.417</b>
	<b>1.584</b>	<b>38</b>	<b>22.219</b>
	---	---	---
	---	---	---

## Erläuterungen zu den Kapiteln

8000

### Amt für Innere Verwaltung und Planung (inkl. Kapitel 8580 Katastrophenschutz)

#### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Übergeordnete Aufgabenstellung des Amtes für Innere Verwaltung und Planung ist das Entwickeln von Zielvorgaben für den gesamten Aufgabenbereich der Innenpolitik aufgrund politischer Vorgaben und einer Reflektion gesellschaftlicher, politischer und zwischenstaatlicher Ereignisse und Entwicklungen. Darüber hinaus obliegt dem Amt die Steuerung und Koordinierung der Aufgaben in der Behörde als Leitungsassistenz.

Der Kernbestand der Planungsbedarfe und der Handlungserfordernisse des Amtes werden wesentlich geprägt durch die politischen Anforderungen der Behördenleitung.

Zu den Kernaufgaben des Amtes gehören folgende Aufgaben

- Allgemeine Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten,
- Grundsatzangelegenheiten des Straßenverkehrs,
- Grundsatzangelegenheiten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und des Polizeivollzuges,
- Katastrophenschutz und Grundsatzangelegenheiten der Feuerwehr und des Rettungsdienstes,
- Leitungsassistenz.

#### 2. Zuwendungen

Die Hilfsorganisationen (Arbeiter Samariter Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter Unfallhilfe, Malteser Hilfsdienst) stellen ausgebildetes Personal und einsatzbereite technische Ausstattung für den Sanitäts- und Betreuungsdienst für Übungen und Ausbildungsveranstaltungen zur Verfügung und unterrichten die Bevölkerung in Maßnahmen zur Selbsthilfe im Katastrophenfall. Sie haben sich gemäß § 5 des Hamburgischen Katastrophenschutzgesetzes (HmbKatSG) verpflichtet, im Einsatzfall ihr gesamtes Potential unter die Leitung der Katastrophenschutzbehörden zu stellen. Damit entlasten sie die FHH, die für den Sanitäts- und Betreuungsdienst im Katastrophenfall keine bzw. nur in geringem Umfang Ressourcen vorhält.

Den Hilfsorganisationen werden gemäß § 27 des HmbKatSG jährlich Zuwendungen aus dem Kapitel 8580 auf der Grundlage von zwei Leistungsbeschreibungen gewährt, in denen die Grundsätze der Mitwirkung im Katastrophenschutz und der Förderung geregelt sind. Eine Vereinbarung regelt die Mitwirkung des Deutschen Roten Kreuzes; die andere, die der übrigen Hilfsorganisationen gemeinsam. Die Zuwendungen richten sich grundsätzlich nach der Zahl bereitgestellter Einheiten und Notunterkunft-Ausstattungen, für die festgesetzte Fördersätze gelten.

Die Verwendungs- und Erfolgskontrolle erfolgt insbesondere anhand von Jahresaufstellungen über die den Hilfsorganisationen für den Katastrophenschutz entstandenen Kosten und Einnahmen. Sie wird ergänzt durch Aufstellungen im Rahmen eines Sachberichtes über die Einheiten, durchgeführte Übungen, Aus- und Fortbildungen und Einsätze bei Veranstaltungen sowie Inventarverzeichnisse. Hierbei erfolgt ein Abgleich zu den ursprünglich von den Hilfsorganisationen im Rahmen des Antragsverfahrens gemachten Angaben. Darüber hinaus ermöglicht die Teilnahme der Hilfsorganisationen an den Katastrophenschutzübungen und -einsätzen eine fortlaufende Überprüfung des Leistungs- und Ausbildungsstandes.



**3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben****Einnahmen**

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:

- 119.92 Schadenersatzleistungen  
Hier werden Schadenersatzleistungen in Höhe von 360 Tsd. EUR aus dem Bereich der öffentlichen Sicherheit veranschlagt.
- 121.01 Der Titel wird wegen der fachpolitischen Zuständigkeit der Behörde für Inneres für die IMPF Hamburgische Immobilien Management Gesellschaft für Polizei und Feuerwehr mbH wie folgt erläutert:

## **IMPF Hamburgische Immobilien Management Gesellschaft für Polizei und Feuerwehr mbH**

**IMPF**

(mit der HGV-HC-Holding GbR – HHCH – besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Vorschau GJ 2004 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2003 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2002 Tsd. EUR
1	2	3	4
<b>1. Erträge</b>			
1.1 Mieterträge	29.467	29.367	18.723
1.2 Umlagen	5.900	5.870	5.850
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	7.992	8.028	8.712
<b>Summe der Erträge</b>	<b>43.359</b>	<b>43.265</b>	<b>33.285</b>
<b>2. Aufwendungen</b>			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Betriebskosten	5.900	5.870	5.850
2.1.2 Instandhaltungskosten	7.656	7.589	7.614
2.2 Personalaufwand	3.468	3.385	2.659
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand			
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen			
2.3 Abschreibungen	165	160	129
2.4 Mieten und Pachten	24.374	24.294	15.134
2.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.298	1.462	1.480
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>42.861</b>	<b>42.760</b>	<b>32.866</b>
<b>3. Finanzergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1</b>
<b>4. Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>5. Unternehmensergebnis</b>	<b>498</b>	<b>505</b>	<b>420</b>
<b>6. HGV-Anteil an der Gewinnabführung <sup>1)</sup></b>	<b>156</b>	<b>158</b>	<b>178</b>

<sup>1)</sup> Unter Berücksichtigung des Steueraufwandes der HHCH.

**IMPF**

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003  
(haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002  
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

Tsd. EUR

<b>1.1</b>	<b>Mieterträge</b>	
	Der Zuwachs ist auf den Zugang der Museen sowie auf Mieterhöhungen durch Um- und Neubau von Objekten zurückzuführen.	<b>+ 10.644</b>
<b>1.2</b>	<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	
	Weniger infolge verminderter Nachfrage an Dienstleistungen durch Polizei und Feuerwehr sowie eine langsamere Umsetzung des Instandsetzungsprogramms.	<b>- 684</b>
<b>2.2</b>	<b>Personalaufwand</b>	
	Erhöhung des Personalaufwands durch Ausweitung des Stellenplans aufgrund der Übernahme der Gebäudebewirtschaftung für die Museen.	<b>- 726</b>
<b>2.4</b>	<b>Mieten und Pachten</b>	
	Mehr aufgrund der Anpachtung der Museumsgebäude.	<b>+ 9.160</b>

**IMPF**

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2004  
(haushaltswirksam 2005) gegenüber 2003  
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

Tsd. EUR

<b>1.1</b>	<b>Mieterträge</b>	
	Der Zuwachs ist im Wesentlichen auf Mieterhöhungen durch Um- und Neubau von Objekten zurück zu führen.	<b>+ 100</b>
<b>2.5</b>	<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	
	Geringere Kosten durch den Abschluss des Organisationsaufbaus für den Geschäftsbereich Museen.	<b>+ 164</b>

121.02 Ablieferung des Landesbetriebs Verkehr in Höhe von 969 Tsd. EUR.

232.03 Erstattung von Kosten für die Weiterentwicklung der Software POLAS-NEU in Verbindung mit INPOL-NEU. Hier werden Einnahmen für die Nutzung, Verwertung und Weiterentwicklung im Rahmen eines Kooperationsvertrages zwischen Hamburg, Hessen und dem Bund in Höhe von 1.000 Tsd. EUR veranschlagt.

**Ausgaben***Personalausgaben*

Siehe Vorwort zum Einzelplan 8.1

*Sach- und Fachausgaben Kapitel 8000*

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:

- 535.56 Sachaufwand für Information und Kommunikationstechnik  
Fortführung der Projekte aus 2003, insbesondere im Zusammenhang mit dem Städtischen Ordnungsdienst und der Zentralen Erstaufnahme beim Einwohner – Zentralamt.

*Investitionen Kapitel 8000*

- 812.16 Beschaffung eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS).

Der Bund und die Länder beabsichtigen die Errichtung und Inbetriebnahme eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Deutschland, da die analogen Geräte (rd. 20 Jahre alt) abgängig sind. Außerdem hat sich die Bundesrepublik Deutschland mit dem Schengener Übereinkommen vom 19. Juni 1990 verpflichtet, die Möglichkeiten zu prüfen, mit der Errichtung eines europaweit einheitlichen Sprech- und Datenfunksystems für Sicherheitsbehörden einen Ausgleich für den Wegfall der Grenzkontrollen zu schaffen (Gesetz zu dem Schengener Übereinkommen vom 19. Juni 1990 betreffend den schrittweisen Ausbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen vom 15. Juli 1993).

Für die Erstausrüstung von Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Verfassungsschutz in Hamburg mit insgesamt 10.570 Endgeräten und für die Investitionen in die neue Netztechnik für zunächst vier Jahre werden nach einer ersten Schätzung voraussichtlich Gesamtkosten von rd. 38,3 Mio. € entstehen. Im Zuge des Projektverlaufs ist es nunmehr nötig geworden, eine hauptamtliche, zentrale Projektgruppe BOS in Hamburg einzurichten. Diese Planungskosten werden nach der Haushaltssystematik aus dem Investitionstitel finanziert.

Mit dem Aufbau der digitalen Sprech- und Datenfunktechnik für die BOS in Hamburg sollen die analoge Funktechnik der BOS innerhalb der vorgegebenen Zeit- und Kostenziele umgestellt, die Leitstellen einschließlich der notwendigen LuK-Technik zum Betrieb und zur Einsatzbewältigung ersetzt, die Möglichkeiten der neuen Technik zur Effizienzsteigerung und Qualitätssicherung und –steigerung genutzt, Synergien erkannt und notwendige Organisationsveränderungen eingeführt werden.

Die Gesamtkosten betragen	38.300 Tsd. EUR
Im Kapitel 8000 sind zentral für die Behörde veranschlagt:	
in 2004 (Teilbetrag)	6.285 Tsd. EUR
vorbehalten bleiben	22.015 Tsd. EUR
davon Verpflichtungsermächtigung in 2005	22.015 Tsd. EUR
zu Lasten Haushaltsjahre 2005 bis 2007.	

*Sach- und Fachausgaben Kapitel 8580*

- 632.01 Erstattung der Kosten für Einrichtung und Betrieb des Havariekommandos in Cuxhaven, gemäß der Vereinbarung zur Einrichtung des Havariekommandos für die Nord- und Ostsee.

*Investitionen Kapitel 8580*

- 812.03 Modernisierung und Umbau des Sirenen-Warnnetzes für die Warnung und Information der Bevölkerung bei sehr schweren Sturmfluten.

Gesamtkosten	1.329 Tsd. EUR
2004 Teilbetrag	133 Tsd. EUR
2005 - 2011 Restbetrag	930 Tsd. EUR
davon Verpflichtungsermächtigung in 2004	133 Tsd. EUR

## 8010 Einwohner-Zentralamt

### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Das Schwergewicht der Aufgaben des Einwohner-Zentralamtes umfasst die Umsetzung von politischen und rechtlichen Vorgaben auf den Gebieten:

- Aufenthaltsangelegenheiten von Ausländern im nicht gesicherten Aufenthalt,
- Einbürgerungs- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten,
- Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr
- Feststellung und Ahndung von in der Öffentlichkeit als störend empfundenen Verhaltensweisen.

Darüber hinaus ist das Einwohner-Zentralamt zuständig für amtliche Beglaubigungen, Namensänderungen, Führung des Pass- und Ausweisregisters sowie Fachbehörde für die Ausstellung von Pässen und Ausweisen.

Ausgelöst durch hohe Zuwachsraten bei Asylsuchenden und Bürgerkriegsflüchtlingen in den Jahren 1991 - 1993 sind zahlreiche Stellen aus dem Globalfonds Z-61 der Behörde für Soziales und Familie finanziert worden, von denen derzeit noch 41 Stellen im Stellenbestand enthalten sind. Die in 2003 weiteren 120 zur Verfügung stehenden Stellen aus dem Globalfonds Z-61 gehen in 2004 in das Kapitel 8010 über.

Im Jahr 2002 konnte das hohe Ergebnis des Jahres 2001 (2.179) im Zusammenhang mit vollzogenen Rückführungen nochmals deutlich auf 2.966 Fälle gesteigert werden. Die Planzahl von 2.300 Rückführungen wurde deutlich übertroffen. Für 2004 wird die Planzahl 3.000 als realistisch eingeschätzt.

Die Veränderungen durch den Übergang der Zuständigkeit für die Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung (ZEA) auf die Behörde für Inneres sind enthalten.

Im Jahre 2004 ist im Einbürgerungsbereich mit einem Fallzahlaufkommen gegenüber den Jahren 2001 (9.791 Einbürgerungsanträge) und 2002 (7.320 Einbürgerungsanträge) von ca. 7.900 zu rechnen. Die Erhöhung der Fallzahlen in 2001 führte zu einer Verlängerung der Bearbeitungszeiten. Durch die zwischenzeitlich durchgeführte Ressourcenverstärkung und die stagnierende Zahl von Neuanträgen kann an der Zielsetzung, die Bearbeitungszeiten nachhaltig auf niedrigem Niveau zu halten, festgehalten werden.

Im Bereich der Verkehrsordnungswidrigkeiten wurde der Einnahmeansatz aufgrund einer Gesetzesänderung im OWiG leicht erhöht.

### 2. Zuwendungen

Keine

### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

#### Einnahmen

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:

- 112.01 Einnahmen aus Verkehrsordnungswidrigkeiten  
Der Ansatz wurde aufgrund einer Gesetzesänderung im OWiG leicht erhöht.

#### Ausgaben

##### Personalausgaben

siehe Vorwort zum Einzelplan 8.1

Die Personalkosten in diesem Bereich umfassen die Personalausgaben aus dem Kontenrahmen für Dienstbezüge für die Mitarbeiter des Einwohner-Zentralamtes, ausgenommen sind die Mitarbeiter, die auf Stellen aus dem Globalfonds Z-61 der Behörde für Soziales und Familie geführt werden.

##### Sach- und Fachausgaben

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:

- 511.86 Betriebskosten im Zusammenhang mit der Ausgabe von Lohnsteuerkarten, Personalausweisen, Reisepässen und dgl. – Zweckzuweisung an die Bezirke

Veranschlagt sind Kosten für Pass- und Ausweisvordrucke der Bezirke, die sich wie folgt aufteilen:

DIENST- STELLE	AOB	DEUTSCHER BE- VÖLKERUNGSAN- TEIL IN %	SUMME	ABZÜGLICH BETRAG NSM (MITTE UND HARBURG 53 %, NORD 51 %)	BETRAG ZU VERTEILEN
Mitte	81	12,54	335.000	177.550	157.450
Altona	82	13,97	373.000		373.000
Eimbüttel	83	14,89	397.000		397.000
Nord	84	16,56	442.000	225.420	216.580
Wandsbek	86	24,52	655.000		655.000
Bergedorf	87	7,37	195.000		195.000
Harburg	88	10,16	270.000	143.100	126.900
<b>Summe</b>		<b>100</b>	<b>2.667.000</b>	<b>546.070</b>	<b>2.120.930</b>

Die obige Verteilung ist, bedingt durch die Dienststellen, die bereits nach dem NSM als budgetierte Bereiche arbeiten, notwendig. Hierbei sind die einmaligen Kosten für die Lohnsteuerkarten (zentral für das Bezirksamt Harburg veranschlagt) außer Betracht geblieben. Der Gesamtansatz sowie die Mittel des ehemaligen Z-67 beträgt gerundet 2.421.000 EUR.

- 534.01 Rückführung von Ausländern sowie Fahrtkosten für Asylbewerber  
Veranschlagt sind die Kosten für Asylbewerber, die sich in andere Bundesländer zu begeben haben sowie für die Abschiebung von Ausländer gem. § 49 des Ausländergesetzes in Höhe von 1.161 Tsd. EUR.

## 8020 Statistisches Landesamt

### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Das Statistische Landesamt ist für die Durchführung der – in der Regel durch Bundesrecht oder Rechtsakte der Europäischen Union angeordneten – Statistiken verantwortlich; es erfüllt darüber hinaus statistikbezogene Aufträge Hamburger Dienststellen. Die Ergebnisse der amtlichen Statistik stehen jedem Bedarfsträger zur Verfügung. Dem Amt obliegt überdies in seiner Funktion als Hamburger Landeswahlamt die Organisation der Wahlen zum Europäischen Parlament, zum Deutschen Bundestag, zur Bürgerschaft, zu den Bezirksversammlungen und die Organisation von Maßnahmen im Rahmen der Volksgesetzgebung.

Um verstärkt haushaltswirksame Synergieeffekte zu realisieren, wird angestrebt, die Statistischen Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein zusammenzuführen und dabei die Statistikbearbeitung an jeweils einem der beiden Standorte Hamburg oder Kiel zu konzentrieren.

Einzelne Arbeitsfelder des Amtes von besonderer Bedeutung sind des Weiteren bevölkerungsstatistische Analysen, die Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, Pflege des Unternehmensregisters, der Adressen-Datenbank (dient beispielsweise als Grundlage für alle Meldevorgänge im Bereich des Einwohnerwesens, der Kraftfahrzeug-Zulassung und des Gewerberegisters) und der regionalstatistischen Datenbank „Kleinräumliche Stadtbeobachtungssysteme“.

### 2. Zuwendungen

Keine

### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

#### Einnahmen

Einnahmen entstehen insbesondere aus der Erstattung von Personal- und Sachkosten von anderen Bundesländern zur Durchführung von Statistiken und für die Europawahl.

#### Ausgaben

##### *Personalausgaben*

Siehe Vorwort zum Einzelplan 8.1

##### *Sach- und Fachausgaben*

Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen

- Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb des Statistischen Landesamtes (Z-61 ohne 412.61) in Höhe von 1.557 Tsd. EUR
- Ausgaben im Zusammenhang mit dem Einsatz von IuK-Technik in Höhe von 184 Tsd. EUR.

##### *Investitionen*

710.01 Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Modernisierungen und dgl. (Hochbau)  
Mittel in Höhe von 80 Tsd. EUR. sind insbesondere für Modernisierungsmaßnahmen im Gebäude Steckelhorn 12 veranschlagt.

## 8500 Polizei (inkl. Kapitel 8520 Wasserschutzpolizei-Schule)

### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Polizei Hamburg gewährleistet in Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Freien und Hansestadt Hamburg und richtet dabei ihre Aufgabenwahrnehmung konsequent an den Erwartungen der Bürger aus. Sie setzt ihre personellen und materiellen Ressourcen zielgerichtet ein und kooperiert eng mit anderen Verwaltungsbehörden und Institutionen. In ihrer Struktur und Gesamtorientierung richtet sie sich kontinuierlich und flexibel an gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen und damit am Gemeinwesen aus.

Um die Effektivität und Effizienz der Polizei zu gewährleisten und zu steigern, bedarf es der kontinuierlichen qualitativen Weiterentwicklung und strategischen Anpassung der verschiedenen Organisationsbereiche an sich verändernde Rahmenbedingungen. Hierbei hat die Polizei durchgängig kurzfristig entsprechende Prioritäten zu setzen. Ihre strategische Ziel- und Aufgabenplanung orientiert sie mittel- und langfristig konsequent an erkennbaren künftigen Anforderungen.

Entsprechend liegt das Schwergewicht der fachlichen Aufgabenwahrnehmung bei mittelfristiger Betrachtung in den folgenden Bereichen, die in strategische Gesamtüberlegungen eingebunden sind:

- Intensivere Ausrichtung der Polizeiarbeit auf Bürgernähe und Dienstleistungsorientierung,
- Maßnahmen zur deutlichen Erhöhung der polizeilichen Präsenz; Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und Gewährleistung der schnellen Hilfeleistung in Gefahren- und Notfällen,
- Abwehr von Gefahren durch extremistische und terroristische Gewalttaten sowie intensive Bekämpfung des internationalen Terrorismus,
- konsequentes Vorgehen gegen Drogenhandel und Verhinderung sichtbarer Drogenszenen unter Ausnutzung aller strafprozessualen Maßnahmen,
- Bekämpfung aller Erscheinungsformen der Gewaltkriminalität, die durch junge Straftäter begangen werden,
- Weiterentwicklung von zielgruppenorientierten Präventionsprogrammen,
- Verbesserung und Beschleunigung des Verkehrsflusses und Erhöhung der Verkehrssicherheit für besonders gefährdete Verkehrsteilnehmer, insbesondere Kinder.

Die laufenden organisatorischen und strukturellen Veränderungsprozesse gilt es konsequent weiter zu führen bzw. abzuschließen. Dies sind insbesondere die Neuordnung der Führungsstruktur der Polizei, die Zusammenführung der LPS und des Fachbereiches Polizei der FHÖV zu einer Bildungseinrichtung, die Zentralisierung der Intendantenaufgaben sowie eine systematisierte und kontinuierliche Personalentwicklung.

Neben der konsequenten Fortführung bisheriger Aufgaben, insbesondere auch zur Erfüllung der politischen Ziele / Vorgaben, werden die folgenden für 2003 durch den Polizeipräsidenten gesetzten konkreten Ziele weiter verfolgt:

- Weitere Reduzierung der Anzahl der Straßenraube einschließlich Handtaschenraube sowie Steigerung der Aufklärungsquote bei diesen Delikten,
- deutliche Erhöhung der Aufklärungsquote bei den Delikten Haus- und Wohnungseinbruch,
- Reduzierung der Anzahl der von jungen Tatverdächtigen begangenen Gewaltdelikte,
- Fortführung der konzeptionellen Maßnahmen zur Verhinderung sichtbarer Drogenszenen sowie zur Bekämpfung des Handels mit illegalen Betäubungsmitteln auf der Straße und aus Wohnungen heraus,
- Beschleunigung des Verkehrsflusses im Straßenverkehr durch konsequentes Vorgehen gegen Verkehrsverstöße durch Parken in Zweiter Reihe,
- Reduzierung der Anzahl der Verkehrsunfälle im Straßenverkehr mit Kindern als Beteiligte,
- Erhöhung der sichtbaren polizeilichen Präsenz durch Fuß-, Fahrrad- und Motorradstreifen.

Diese Ziele unterliegen dem Controlling auf der Ebene des Polizeipräsidenten. Das Zielsetzungs- und Controllingverfahren in der Polizei wird derzeit neu strukturiert. Perspektivisch ist beabsichtigt, zu den Zielen des operativen Polizeivollzugs Planzahlen zu entwickeln.

### 2. Zuwendungen

Jährliche Zuwendung an die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) von 3 Tsd. EUR als Projektförderung. Die DLRG unterhält auf der Elbe einen umfangreichen Rettungswachdienst. Sie erfüllt Aufgaben, die sonst von der Polizei wahrzunehmen wären.

### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

#### Einnahmen

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:

#### Kapitel 8500

- 111.06 Verwaltungsgebühren für Jagdscheine
- 111.12 Verwaltungsgebühren nach der vierten Verordnung zum Waffengesetz
- 111.16 Einnahmen für die sicherheitstechnischen Überprüfungen und Abnahmen privater Schiessstände
- 112.44 Zwangs- und Bußgelder aus Verstößen gegen das Waffengesetz und das Sprengstoffgesetz  
Aufgabenübergang auf die Behörde für Inneres – Polizei (siehe Bürgerschaftsdrucksache 17/2573).
- 119.93 Ersatzvornahmen  
Veranschlagt sind Einnahmen aus der Beseitigung behindernd geparkter Fahrzeuge und sonstige Ersatzvornahmen (z.B. kostenpflichtige Sicherungsmaßnahmen an Wohnungen und Gebäuden im Rahmen der Gefahrenabwehr). Durch Haushaltsvermerk ist sichergestellt, dass die im Zusammenhang mit Ersatzvornahmen anfallenden Sachausgaben (insbesondere Entgelte für Abschleppunternehmen) entsprechend der Fallzahlenentwicklung - unabhängig von der Höhe des Ausgabenansatzes (vgl. 546.93) - geleistet werden können. 65,95 % der Einnahmen sind zweckgebunden. Dies entspricht dem Anteil der Sachausgaben an den Kosten einer Ersatzvornahme.
- 232.01 Erstattung von Kosten durch die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein für die Wahrnehmung von wasserschutzrechtlichen Aufgaben.  
Nach dem Gesetz zum Abkommen über die wasserschutzpolizeilichen Zuständigkeiten auf der Elbe vom 16.09.1974 (GVBl. 295) in Verbindung mit Artikel 4 des Staatsvertrages vom 30.01. / 07.02. / 14.02.1997 (GVBl. S. 296) und dem mit Wirkung vom 01.01.1986 geänderten Schriftsatz zum Abkommen werden die Kosten für die Wahrnehmung der wasserschutzpolizeilichen Aufgaben durch die Wasserschutzpolizei Hamburg im Vertragsgebiet (Teile der Elbe von Schnackenburg bis zur Mündung, einschließlich Teile der Binnengewässer und des Küstenmeeres) von der Freien und Hansestadt Hamburg und den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein im Verhältnis 2 : 2 : 1 getragen.

#### Kapitel 8520

- 232.02 Lehrgangsentgelte  
Weniger infolge veränderter Bedarfe der Länder. Die Aus- und Fortbildungsbedarfe der Länder sind durch die Wasserschutzpolizeischule (WSPS) nicht beeinflussbar.
- 232.03 Betriebskostenanteile der Länder
- 332.04 Investitionskostenanteile der Länder  
Die Betriebs- und Investitionskostenanteile sind berechnet auf Basis der Grundkosten der WSPS:
- |   |                |
|---|----------------|
| Gesamtausgabevolumen von                          | 2.458 Tsd. EUR |
| abzüglich Einnahmen ohne Kostenanteile der Länder | - 771 Tsd. EUR |
| Die Grundkosten betragen                          | 1.687 Tsd. EUR |

Bei Erhöhung oder Verminderung der Grundkosten ändert sich der Ansatz dieses Einnahmetitels.

Für das Jahr 2004 führt die Absenkung der Investitionen zu einer geringeren Umlage von Investitionskosten. Der Anteil Hamburgs liegt für das Jahr 2004 bei 15,4 %.



## Ausgaben

### *Personalausgaben*

Siehe Vorwort zum Einzelplan 8.1

### *Sach- und Fachausgaben*

#### Kapitel 8500

535.56	Sachaufwand für Informations- und Kommunikationstechnik Bei diesem Titel sind die Mittel für den Sachaufwand im Zusammenhang mit der Informations- und Kommunikationstechnik bei der Polizei veranschlagt. Sie sind u.a. für folgende Vorhaben vorgesehen:	
	- POLAS-Betrieb und Anbindung INPOL-neu Polizeiliches Auskunftsverfahren	239.000 EUR
	- COMVOR-Betrieb Computergestützte Vorgangsbearbeitung	243.000 EUR
	- Infrastruktur Arbeitsplatz-PC und Netz	3.565.000 EUR
	- Gefahrgutinformationssystem / Betrieb	380.000 EUR
	- Polizeieinsatzzentrale	1.001.000 EUR
	- Sonstige Projekte	<u>125.000 EUR</u>
	Gesamt	5.553.000 EUR
Z 70	Einsatz der Polizei, Verbrechensbekämpfung und Sonderdienste	
511.70	Einsatzmittel Veranschlagt sind Mittel für:	
	- Waffen und Gerät einschl. Verbrauchsmittel	1.083.000 EUR
	- Munition	287.000 EUR
	- Haltung von Diensthunden	89.000 EUR
	- Ausgaben für besondere Einsatzlagen	26.000 EUR
	- Grundbewilligung	1.485.000 EUR
	- zuwachsende Einnahme (vgl. 132.03 aus Verkaufserlösen)	<u>20.000 EUR</u>
	Gesamt	1.505.000 EUR
514.70	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Aus dem Titel dürfen auch Ausgaben zur Gewährleistung der Betriebs- und Einsatzbereitschaft der Technik geleistet werden. Veranschlagt sind Mittel für:	
	- Haltung von Fahrzeugen	5.570.000 EUR
	- Dienst-, Schutz- und Sonderkleidung	<u>2.035.000 EUR</u>
	- Grundbewilligung	7.605.000 EUR
	- zuw. Einnahmen Benutzung von Hubschraubern (vgl. 119.02)	20.000 EUR
	- zuw. Einnahmen ( 40%) a. d. Begleitung von Werttransporten (vgl. 119.08)	90.000 EUR
	- zuw. Einnahmen (anteilig) aus Kfz-Verkäufen (vgl. 132.02)	<u>170.000 EUR</u>
	Gesamt	7.885.000 EUR

525.70	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel Veranschlagt sind Mittel für:	
	- Lehr- und Lernmittel	114.000 EUR
	- Aus- und Fortbildung	953.000 EUR
	- Grundbewilligung	1.067.000 EUR
	- zuwachsende Einnahmen (vgl. 111.22) (Kostenbeiträge für externe Lehrgangsteilnehmer)	<u>35.000 EUR</u>
	Gesamt	1.102.000 EUR
543.70	Fernmelde- und Fernsehanlagen Aus dem Titel dürfen auch Ausgaben zur Gewährleistung der Betriebs- und Einsatzbereitschaft der Technik geleistet werden.  Veranschlagt sind:	
	- Wartung und Unterhaltung der TK-Anlage; Polizeieinsatzzentrale	522.000 EUR
	- Ersatz und Unterhaltung von Funk- und Sondertechnikanlagen	<u>1.122.000 EUR</u>
	Gesamt	1.644.000 EUR
548.70	Konzept Innere Sicherheit Veranschlagt sind Sachkosten im Zusammenhang mit der Umsetzung der neuen politischen Schwerpunktsetzung im Bereich der Inneren Sicherheit.  Veranschlagt sind:	
	- Sachkosten i. Z. m. der Personalverstärkung	4.118.000 EUR

## Kapitel 8520

511.63	Geräte und Ausstattung Veranschlagt sind Ausgaben für die Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen einschließlich deren Unterhaltung, Wartung sowie Reparaturen. Mehr infolge steigender Wartungskosten für den Radarsimulator.
517.63	Bewirtschaftung der Grundstücke Veranschlagt sind Ausgaben für Gas, Strom, Wasser, Sielbenutzungsgebühr, Reinigung, Abfallgebühren und Sonstiges. Mehr infolge gestiegener Energie- und Reinigungskosten.
519.63	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Mehr infolge Neuaufnahme von installierten technischen Einrichtungen und Erhöhung der Richtsätze.

## *Investitionen*

## Kapitel 8500

Der Investitionshaushalt der Polizei ist im Bereich der Bauinvestitionen durch große Bauprogramme geprägt. Die Beschaffungsinvestitionen begründen sich durch einen großen Technikbedarf.

710.02	Neubau Polizeipräsidium Nach der Bürgerschaftsdrucksache 15/6811 wird der eigentliche Neubau Polizeipräsidium über ein Mietkaufmodell (Eigentümer ist die Grundstücksgesellschaft PP) finanziert, während die übrigen neubaubedingten Maßnahmen aus Finanzplanraten (1997-1999) finanziert wurden. Zudem dienen Grundstückserlöse zur Minderung der Finanzierungslasten. Die von der Grundstücksgesellschaft aufgenommenen Kredite werden von der
--------	--

## 8500

FHH ab 2000 über Finanzplanraten (Sondertilgungen) und über eine laufende Mietzahlung im Betriebshaushalt (8500.518.70) bedient.

Die jährlichen Finanzplanraten belaufen sich auf 6,6 Mio. EUR. Die VE umfasst den Bedarf für jeweils vier Jahre. Die Abdeckung des in dem Finanzierungs-konzept festgelegten Finanzierungszeitraums bis 2013 erfolgt durch die Drucksache 15/6920.

- 710.03 Verbesserung der baulichen Infrastruktur von Polizeiunterkünften in Alsterdorf  
Die Sanierung der Gebäude auf dem Gelände wird auch 2004 fortgesetzt und beendet.

Veranschlagt ist der letzte Teilbetrag für die Sanierung des Blocks II der Landesbereitschaftspolizei in Höhe von 256 Tsd. EUR (Gesamtvolumen 3.400 Tsd. EUR) zum Abschluss der Maßnahme in 2004.

Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Veränderungen ergeben, wenn es notwendig werden sollte, nicht vorhergesehene dringende Maßnahmen durchzuführen.

- 710.04 Gemeinsame räumliche Unterbringung von Polizeirevieren (PR) und Kriminalkommissariaten (KK)  
Veranschlagt sind:

	KM	VE
Um- und Erweiterungsbau PK 23 - Tropowitzstr.	198.000	900.000
Neubau WSR 3 - Harburger Hauptdeich -	<u>173.000</u>	<u>900.000</u>
Gesamt	371.000	1.800.000

Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Veränderungen ergeben, wenn es notwendig werden sollte, nicht vorhergesehene dringende Maßnahmen durchzuführen.

Einzelmaßnahmen (Hochbau) über 2,5 Mio. EUR in Globaltiteln:

- Neubau WSR 3, Gesamtkosten von 6.646 Tsd. EUR, davon in 2004 173 Tsd. EUR.
- Um- und Erweiterungsbau PK 23, Gesamtkosten von 4.206 Tsd. EUR, davon in 2004 198 Tsd. EUR.

- 811.01 Beschaffung von Dienstfahrzeugen  
Veranschlagt sind Ersatzbeschaffungen von Dienstfahrzeugen für den Polizeivollzugsdienst

Im Haushaltsjahr 2004 sind folgende Beschaffungen vorgesehen:

	KM	VE
Zusätzliche Mittel für 75 zivile PKW	1.373.000	-
30 mittlere Funkstreifenwagen	845.000	-
25 Funkstreifenwagen	561.000	-
10 PKW	228.000	-
7 leLkw/Sokfz	246.000	-
1 mLKW	46.000	-
1 sPkw geschützt	120.000	-
zuwachsene Einnahme aus 8500.132.02	27.000	-
Ersatz- und Erweiterungsbeschaffungen in 2005	_____ -	<u>4.521.000</u>
Gesamt	3.446.000	4.521.000

- 811.02 Ersatzbeschaffung von Hubschraubern  
Geplant ist die Ersatzbeschaffung von zwei Hubschraubern für die Hubschrauberstaffel der Polizei. Um diese Maßnahme mit einem Gesamtvolumen von 10.600 Tsd. EUR in 2004 realisieren zu können, wurden in 2002 Kassenmittel in Höhe von 511 Tsd. EUR, in 2003 Kassenmittel in Höhe von 1.738 Tsd. EUR sowie eine VE in Höhe von 6.135 Tsd. EUR und in 2004 Kassenmittel in Höhe von 7.235 Tsd. EUR veranschlagt.

## 811.04 Beschaffung von Wasserfahrzeugen

Vor dem Hintergrund veränderter polizeilicher Bedarfe wird das bestehende Bootsbauprogramm der Polizei ständig modifiziert.

Für das Jahr 2004 ist die Beschaffung eines Alsterstreifenbootes vorgesehen. Um diese Maßnahme in 2004 realisieren zu können, wurde in 2003 eine VE in Höhe von 753 Tsd. EUR veranschlagt. Eine VE in Höhe von 1.442 Tsd. EUR wird für die in 2005 geplante Beschaffung eines schweren Hafestreifenbootes veranschlagt.

Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Veränderungen ergeben, wenn es notwendig werden sollte, nicht vorhergesehene Maßnahmen durchzuführen.

## 812.02 Beschaffung von Fernmelde- und Fernsehanlagen

Veranschlagt sind Ersatz- und Erweiterungsbeschaffungen von Fernmelde- und Fernsehanlagen:

	KM	VE
- Techniktische	43.000	-
- drahtgebundene Fernmeldeinvestitionen	297.000	540.000
- drahtlose Fernmeldeinvestitionen und Fernsehanlagen	<u>631.000</u>	<u>425.000</u>
Gesamt	971.000	965.000

## 812.05 Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen

Veranschlagt sind:

	KM	VE
- Ersatzbeschaffung von Thermen f. Einsätze	10.000	10.000
- Ersatz Mobiliar Wohnheim Carl-Cohn-Strasse	<u>50.000</u>	-
Gesamt	60.000	10.000

## 812.13 Beschaffung von Einrichtungsgegenständen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen

Veranschlagt sind:

	KM	VE
Neumöblierungen i.Z.m. dem PK-Programm (vgl. 710.04)		
- Neumöblierung für PK 32	77.000	-
- Neumöblierung für PK 24	77.000	-
- Neumöblierung für PK 23	77.000	-
- Neumöblierung für PK 27	77.000	-
- Neumöblierung für PK 37	77.000	-
- Neumöblierung für PK 15	77.000	-
- Neumöblierung für PK 31, 14 oder 25 und 33	_____	<u>154.000</u>
Gesamt	462.000	154.000

## 812.61 Erwerb von Spezialgerät

Veranschlagt sind:

	KM	VE
- Kriminaltechnik	1.762.000	306.000
- Spezialgeräte/Dienstbetrieb	238.000	130.000
- Gerät Aus- und Fortbildung	5.000	74.000
- Geräte LBP	18.000	-
- Geräte Ärztlicher Dienst	<u>26.000</u>	-
Gesamt	2.049.000	510.000

## **8500**

### **Kapitel 8520**

- 710.01 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten  
Veranschlagt sind Ausgaben für die Jahresrate aus dem Sanierungsprogramm für die Unterkunftsräume.  
Weniger infolge des Abschlusses der baulichen Errichtung der luK - Netzstruktur, der Minderbedarf beträgt 259 Tsd. EUR.
- 812.01 Beschaffung von Geräten und Ausstattung  
Veranschlagt sind Ausgaben für die vierte Rate des Mobiliarbeschaffungsprogramms sowie eine technische Ausstattung für den Radarsimulationsbereich, u. a. aufgrund einer VE aus 2003 über 123 Tsd. EUR für luK-Software und –Geräte für den Unterricht.

## 8550 Feuerlöschwesen und Rettungsdienst

### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Erstmalig werden in den Produktinformationen nachrichtlich die für die Freiwilligen Feuerwehren (FF) vorgesehenen Haushaltsmittel - Sach- und Fachausgaben sowie Investitionen - ausgewiesen. Mit Hilfe dieser Darstellung wird sowohl eine erhöhte Transparenz für Senat und Bürgerschaft als auch für die FF, als wichtiger Teil der Feuerwehr Hamburg, geschaffen. Darüber hinaus soll ein externer Gutachter auf der Basis einer detaillierten Untersuchung der Strukturen, die innerhalb der Freiwilligen Feuerwehren durchgeführt wurde, sowie der dazu vorliegenden Vorschläge eine zukunftsorientierte Konzeption für die Neuorganisation der FF erarbeiten.

Zur Minimierung der Sicherheitsrisiken im Elbtunnel sind zwei Elbtunnelfeuerwachen von der Feuerwehr Hamburg besetzt worden. Während diese Aufgabe zunächst durch Personalverschiebungen innerhalb der Feuerwehr aufgefangen wurde, wurde diese Personallücke mit 25 Stellen aus einer zusätzlichen Ausbildungsklasse des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes, die mit ihrer Ausbildung am 1. Oktober 2003 begonnen hat, geschlossen. Im Jahre 2004 werden weitere fünf zusätzliche Stellen veranschlagt, um die vorübergehende Reduzierung in den FuRW Finkenwerder und Süderelbe auszugleichen.

Die Landesfeuerwehrschule (LFS) wird seit dem 01.01.2003 als nettoveranschlagte Einrichtung nach § 15 (2) LHO geführt. Im Hinblick auf die Zielsetzung „Kooperation mit den norddeutschen Ländern“ wurden die Kontakte zu den Landesfeuerwehrschulen Norddeutschlands intensiviert. Geprüft werden Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen der verschiedenen Ausbildungs- und Lehrgangsangeboten der LFS. Seit 2003 werden in dieser Hinsicht bereits Kooperationen mit der Versicherungswirtschaft, mit dem Verband der Schadensversicherer (vds) und der Feuerwehr-Unfallkasse praktiziert.

Zum 01.04.2003 wurde die Zuständigkeit für den Betrieb der Zentralambulanz für Betrunkene (ZAB) von der Behörde für Umwelt und Gesundheit an die Behörde für Inneres - Feuerwehr - abgegeben.

### 2. Zuwendungen

Keine

### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

#### Einnahmen

Die Einnahmen bestehen im Wesentlichen aus:

– Verwaltungsgebühren aus den Bereichen

a) Rettungsdienst

26.155 Tsd. EUR

b) Feuerlöschwesen

2.197 Tsd. EUR

– Erstattungen des Bundes für die Bereiche

a) Kampfmittelräumdienst

1.000 Tsd. EUR

b) Katastrophenschutz

50 Tsd. EUR

111.01 Verwaltungsgebühren (Feuerlöschwesen)

Veranschlagt sind insbesondere Gebühren und Kostenerstattungen, das Löschen von Kfz.-Bränden, Brandsicherheitswachen, Brandverhütungsschauen und deren Nachschauen sowie Hilfeleistungen nach der Gebührenordnung für die Feuerwehr vom 02. Dezember 1997 (GVBl. S. 530) in der Fassung vom 04.12.2001.

111.02 Verwaltungsgebühren (Rettungsdienst)

Veranschlagt sind die Gebühren für Notfalltransporte nach der Gebührenordnung für die Feuerwehr vom 02. Dezember 1997 (GVBl. S. 530) in der Fassung vom 04.12.2001.

231.04 Kostenerstattungen für Kampfmittelräumung und Luftbildreproduktionen

Veranschlagt sind Einnahmen aus Kostenerstattungen des Bundes für die Kampfmittelräumung ehemals reichseigener Munition sowie in geringem Umfang Einnahmen aus dem Verkauf von Luftbilddaufnahmen an Dritte.

## Ausgaben

### Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 8.1

### Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben entfallen im Wesentlichen auf

- Einsatzbetrieb der Feuerwehr sowie allgemeiner Dienstbetrieb mit rd. 16,6 Mio. EUR
- Kostenerstattung für Notärzte u. a. rd. 4,4 Mio. EUR,
- Betriebsausgaben des Kampfmittelräumdienstes rd. 1,2 Mio. EUR.

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:

671.01 Erstattungen an den Landesbetrieb Krankenhäuser, das Universitätskrankenhaus Eppendorf und das Berufsgenossenschaftliche Unfallkrankenhaus Hamburg. Bei dieser Finanzposition werden im Wesentlichen die Personal- und Sachkosten für die auf den Notarztwagen der Feuerwehr eingesetzten Notärzte des LBK, UKE, BUK–Boberg sowie die Kosten der Leitenden Notarztgruppe veranschlagt. Mehrausgaben können bei dieser Finanzposition durch Mehreinnahmen bei den korrespondierenden Einnahmepositionen 8550.111.02 (Rettungsdienstgebühren) und/oder 8550.231.09 (Kostenerstattung für vertraglich vereinbarte Notfallrettungen außerhalb Hamburgs) gedeckt werden.

Z 75 Feuerlöschwesen und Rettungsdienst  
Die Ausgabengruppe trägt der Erweiterung des Neuen Steuerungsmodells auf die Feuerwehr ohne Landesfeuerwehrschule Rechnung und umfasst die Personal- sowie Sach- und Fachausgaben.

### Übersicht der anteiligen Sach- und Fachausgaben von Berufsfeuerwehr (BF) und Freiwilligen Feuerwehren (FF).

Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	Ansatz 2004 in Tsd. EUR	Teilansatz BF 2004 in Tsd. EUR	Teilansatz FF 2004 in Tsd. EUR
511.75	Einsatzmittel u.a. (Geschäftsbedarf, Fernsprech- und Funkgebühren, Beschaffungen im Betriebshaushalt)	1.633	1.563	<b>70</b>
514.75	Haltung von Einsatzfahrzeugen u.a. Fahrzeugunterhaltung (170 Tsd. EUR) Kraftstoffe (120 Tsd. EUR) Dienst- und Schutzkleidung (492 Tsd. EUR)	3.400 VE 400	2.618	<b>782</b>
517.75	Bewirtschaftung Grundstücke	2.000	1.728	<b>272</b>
518.75	Mieten und Pachten	7.240	5.864	<b>1.376</b>
519.75	Unterhaltung Grundstücke u. baul. Anl.	627	500	<b>127</b>
525.75	Aus- und Fortbildung	90	82	<b>8</b>
527.75	Dienstreisen	26	25	<b>1</b>
531.75	Öffentlichkeitsarbeit	54	51	<b>3</b>
547.75	Verdienstausschlag, Aufwandsentschädigungen u.ä..	987	0	<b>987</b>
671.04	Erstattungen an die Feuerwehrunfallkasse	230	0	<b>230</b>
<b>Gesamtsumme</b>		<b>16.287</b>	<b>12.431</b>	<b>3.856</b>

### Investitionen

Das Investitionsvolumen für diesen Bereich wird geprägt durch Ausgaben für

- Beschaffung von Feuerlösch- und Rettungsdienstfahrzeugen (Titel 811.01 und 811.02),
- kleine technische Investitionen (Titel 812.10, 812.14, 812.17, 812.29).

Im Einzelnen werden die Investitionsausgaben wie folgt erläutert:

811.01	Beschaffung von Feuerlöschfahrzeugen (einschl. Wasserfahrzeugen)	
	Veranschlagt sind Mittel für:	
	18 Löschfahrzeuge (LF 16); für FF	4.526 Tsd. EUR
	1 Hubretter (2. Rate)	431 Tsd. EUR
	1 Abrollbehälter Wasser	256 Tsd. EUR
	4 Einsatzleitwagen (davon 2 FF)	104 Tsd. EUR
	3 Kleinfahrzeuge	75 Tsd. EUR
	2 Kleinlöschfahrzeuge	68 Tsd. EUR
	3 Schlauchboote (für FF)	9 Tsd. EUR
	insgesamt	<u>5.469 Tsd. EUR</u>
	Teilbetrag FF:	4.579 Tsd. EUR

Mit der Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2005 sollen folgende Beschaffungen eingeleitet werden:

	15 Löschfahrzeuge (LF 16 TS; für FF)	3.775 Tsd. EUR
	1 Löschboot	2.557 Tsd. EUR
	3 Rüstwagen	770 Tsd. EUR
	1 Drehleiter	532 Tsd. EUR
	10 Versorgungsfahrzeuge	251 Tsd. EUR
	2 Abrollbehälter	137 Tsd. EUR
	7 Einsatzleitwagen (davon 1 ELW für FF)	183 Tsd. EUR
	10 Kleinfahrzeuge	130 Tsd. EUR
	3 Schlauchboote (für FF)	9 Tsd. EUR
	insgesamt	<u>8.344 Tsd. EUR</u>
	Teilbetrag FF:	3.800 Tsd. EUR

Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Änderungen ergeben, wenn es notwendig werden sollte, nicht vorhersehbare, dringendere Beschaffungen durchzuführen.

811.02	Beschaffung von Rettungsdienstfahrzeugen	
	Veranschlagt sind	
	9 Rettungswagen	1.254 Tsd. EUR
	4 Grundinstandsetzungen RTW	280 Tsd. EUR
	insgesamt	<u>1.534 Tsd. EUR</u>

Mit der Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2005 sollen die Beschaffungen eingeleitet werden für

	8 Rettungswagen	1.111 Tsd. EUR
	3 Grundinstandsetzungen RTW	180 Tsd. EUR
	4 Gerätewagen Rettungsdienst	243 Tsd. EUR
	insgesamt	<u>1.534 Tsd. EUR</u>

Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Änderungen ergeben, wenn es notwendig werden sollte, nicht vorhersehbare, dringendere Beschaffungen durchzuführen.

812.14 Fernmelde-, Alarmierungstechnik und Lichtsignalanlagen  
 In den kommenden Jahren sind diverse mobile/stationäre Funkgeräte/-Anlagen und verschiedene alarmierungstechnische Geräte ersatzweise neu zu beschaffen und Fernmeldeanlagen an Feuer- und Rettungswachen und Dienststellen zu erneuern. Die Beschaffungen werden auf Einführung des neuen digitalen Sprech- und Datenfunksystems auszurichten sein.

812.29 Ersatzbeschaffung unterschiedlicher Einsatzgeräte  
 In den kommenden Jahren sind (Ersatz-)Beschaffungen verschiedener medizinischer Ausrüstungsgegenstände und brandschutztechnischer Geräte vorgesehen. Für die Beschaffung von Geräten wird keine vorherige Aufteilung BF/FF vorgenommen. Die Ausstattung der FF bedarfsgerecht sichergestellt wird.

Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Änderungen ergeben, wenn es notwendig werden sollte, nicht vorhersehbare, dringendere Beschaffungen durchzuführen.



**8590 Landesamt für Verfassungsschutz****1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten**

In diesem Kapitel sind die Einnahmen und Ausgaben für die Durchführung der Aufgaben des Landesamt für Verfassungsschutz in Hamburg veranschlagt.

**2. Zuwendungen**

entfällt

**3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben****Einnahmen**

Die Einnahmen umfassen insbesondere die Kostenerstattung des Bundes für Personal- und Sachkosten. Ob und in welcher Höhe Kosten zu erstatten sind, ist nicht vorhersehbar (Titel 119.01 und 231.02).

**Ausgaben**

Die veranschlagten Ausgaben beinhalten die Kosten für Personal, Sach- und Fachleistungen sowie für Investitionen.

*Personalausgaben*

siehe Vorwort zum Einzelplan 8.1

*Sach- und Fachausgaben*

Die veranschlagten Sach- und Fachausgaben dienen zur Deckung des Grundbedarfs und der zur Informationsverarbeitung erforderlichen laufenden Ausgaben (Titel 547.01).

*Investitionen*

Das Investitionsvolumen wird für die Beschaffung neuer Technologien im Telekommunikationswesen zur Durchführung der angeordneten Überwachungsmaßnahmen eingesetzt (Titel 812.01). Die Höhe des Ansatzes in 2004 orientiert sich an den beschlossenen Finanzplanraten

**Haushaltsplan  
Freie und Hansestadt Hamburg**

**Haushaltsjahr 2004**

# **Stellenplan und Stellenübersichten**

**Einzelplan 8.1**

**Behörde für Inneres**

<b>Einzelplan 8.1</b>	<b>Behörde für Inneres</b>
-----------------------	----------------------------

**I. Stellenbestand**

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
9,00	6,00				163,00	Anzahl der kw-Stellen
1,00	1,00				135,10	Bereich der Beamtinnen/ Beamten Bereich der Angestellten
10,00	7,00	0,00	0,00	0,00	298,10	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte
					1,00	Summe der kw-Leerstellen

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte	Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer				Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Nach- wuchs *	Angestellte	Nachwuchs Ang. *	Arbeiterin- nen/Arbeiter	Nachwuchs Arb. *	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
8000	Allgemeine Verwaltung	2004	86,60			51,35		6,99		144,94
		2003	84,60			53,35		5,39		143,34
8010	Einwohner-Zentralamt	2004	162,00			266,94				428,94
		2003	161,00			237,25				398,25
8020	Statistisches Landesamt	2004	40,00			159,41				199,41
		2003	41,00			167,35				208,35
8500	Polizei	2004	8.012,00	1,00	449,00	1.222,97		101,77		9.337,74
		2003	7.873,50	1,00	477,00	1.239,97		111,50		9.225,97
8520	Wasserschutzpolizei-Schule	2004	8,00			10,58		5,00		23,58
		2003	8,00			10,58		5,00		23,58
8550	Feuerwehr	2004	2.204,00	10,00		71,90		33,00		2.318,90
		2003	2.182,00	10,00		72,90		34,00		2.298,90
8580	Katastrophenschutz	2004	13,00			1,50				14,50
		2003	13,00			1,50				14,50
8590	Verfassungsschutz	2004	97,50			37,00				134,50
		2003	100,00			35,00				135,00
	<b>gesamt:</b>	<b>2004</b>	<b>10.623,10</b>	<b>11,00</b>	<b>449,00</b>	<b>1.821,65</b>	<b>0,00</b>	<b>146,76</b>	<b>0,00</b>	<b>12.602,51</b>
		<b>2003</b>	<b>10.463,10</b>	<b>11,00</b>	<b>477,00</b>	<b>1.817,90</b>	<b>0,00</b>	<b>155,89</b>	<b>0,00</b>	<b>12.447,89</b>

<b>Einzelplan 8.1</b>	<b>Behörde für Inneres</b>
-----------------------	----------------------------

**II. Erläuterungen**

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2003	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2003				Stellenplan 2004	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2004	2004/ 2003
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
8.1	8000 Allgemeine Verwaltung	143,34		2,60	-1,00	6,00	-6,00	144,94	1,60
	8010 Einwohner-Zentralamt	398,25	-7,00	10,00	-1,00	33,00	-4,31	428,94	30,69
	8020 Statistisches Landesamt	208,35				2,00	-10,94	199,41	-8,94
	8500 Polizei	9225,97		1,00	-1,00	9,00	-37,23	9337,74	111,77
	8520 Wasserschutzpolizei-Schule	23,58		1,00	-1,00			23,58	0,00
	8550 Feuerwehr	2298,90	-3,00			31,50	-8,50	2318,90	20,00
	8580 Katastrophenschutz	14,50						14,50	0,00
	8590 Verfassungsschutz	135,00					-0,50	134,50	-0,50
	Summe:	12447,89	-10,00	+14,60	-4,00	+81,50	-67,48	12602,51	154,62

<b>Einzelplan 8.1</b>	<b>Behörde für Inneres</b>
<b>Kapitel 8000</b>	<b>Allgemeine Verwaltung</b>

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
1,00					1,50	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003 Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
<b>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</b>						
B 6	1,00				1,00	
B 3	2,00				2,00	
A 16	2,00				2,00	
A 15	8,00				8,00	
A 14	11,00				12,00	
A 13	4,00				2,00	
A 13	11,00				11,00	
A 12	18,60				18,60	
A 11	20,50	1,00	1)		18,00	Freigestelltes Personalratsmitglied <i>kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 05.08.2004 Artikel 8 Nr. 7 Haushaltsbeschluss</i>
		1,00	2)			<i>kw: 0,50 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann</i>
		0,50	3)			
A 10	6,00				6,00	
A 9	1,50	1,00	4)		3,00	<b>Vermerk weggefallen</b>
A 7	1,00	1,00	5)		1,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 7 Obersekretärin/ Obersekretär im Strafvollzugsdienst nach Freiwerden der Stelle</i>
Summe:	86,60				84,60	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- B 3 Leitende Polizeidirektorin/ Leitender Polizeidirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
- A 15 Polizeidirektorin/ Polizeidirektor (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (7,00)
- A 14 Kriminaloberärztin/ Kriminaloberarzt (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (8,00), Polizeioberärztin/ Polizeioberarzt (2,00), Wissenschaftliche Oberärztin/ Wissenschaftlicher Oberarzt im Verwaltungsdienst (1,00)
- A 13 Polizeiärztin/ Polizeiarzt (1,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (3,00)
- A 13 Erste Polizeihauptkommissarin/ Erster Polizeihauptkommissar (4,00), Oberamtsärztin/ Oberamtsarzt (7,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (16,60), Kriminalhauptkommissarin/ Kriminalhauptkommissar (1,00), Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (1,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (20,50)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (6,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,50)
- A 7 Obersekretärin/ Obersekretär im Strafvollzugsdienst (1,00)

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003 Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
<b>Leerstellen (kw) *</b>						
A 11	4,50				5,00	
Summe:	4,50				5,00	

A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (4,50)

Einzelplan 8.1  
Kapitel 8000

Behörde für Inneres  
Allgemeine Verwaltung

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14			-1,00						-1,00	Verlagerung vom Kapitel 8000 zum Kapitel 8500
A 13		1,00							1,00	Verlagerung vom Kapitel 8500 zum Kapitel 8000
A 13							1,00		1,00	genehmigt mit Stellenplan 2002
A 13							1,00		1,00	Anpassung an die bestehende Funktionsbewertung
A 13							-1,00		-1,00	genehmigt mit Stellenplan 2002
A 12		1,00							1,00	Einrichtung eines Prüfteams in der Innenrevision zur Qualitätssicherung
A 12		1,00				1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12		1,00				-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12			-1,00						1,00	aus techn. Gründen ist die Verlagerung von 8510 nach 8000 nicht möglich
A 12									-1,00	Aufgabenstraffung in der Abteilung öffentliche Sicherheit
A 12							-1,00		-1,00	Anpassung an die bestehende Funktionsbewertung
A 11		1,00							1,00	gem. Art. 8 Nr. 7 Haushaltsbeschluss
A 11		1,00							1,00	Einrichtung eines Prüfteams in der Innenrevision zur Qualitätssicherung für Vergabeverfahren
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8010; Stellenverlagerung an Kapitel 8000 aufgrund LuK-Vereinbarung
A 10		1,00							1,00	Stellentausch im geh. Verwaltungsdienst zw. P- und A - Nachbesetzung der Stelle bei B 3
A 10						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 8510; Stellenverlagerung vom Kapitel 8000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9			-1,00						-1,00	Stellentausch im gehh. Verwaltungsdienst - Nachbesetzung der Stelle bei B 3
<b>Summe Beamtinnen/ Beamte</b>										
	0,00	6,00	-3,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	3,00	
<b>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</b>										
	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
<b>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</b>										
	0,00	6,00	-4,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	2,00	

### Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 11	1,00				2,00	Nr. 6	H.Beschl.
A 11	1,00				1,00		
A 11	2,00				2,00	Nr. 5	
A 11	0,50				0,00	Nr. 7	
gesamt	4,50				5,00		

### Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 11	2) kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 05.08.2004 Artikel 8 Nr. 7 Haushaltsbeschluss	
A 11	3) kw: 0,50 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann	

Einzelplan 8.1  
Kapitel 8000

Behörde für Inneres  
Allgemeine Verwaltung

### I. Stellenbestand

2004		2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl
<b>Angestellte</b>				
I a	2,00			2,00
I b	3,00			3,00
II a hD	1,75			1,75
III	1,00			2,00
IV a	13,88			12,88
IV b	2,00			2,00
V b gD	3,00			3,00
V c	5,75			5,75
VI b	8,10	1,00	6)	6,10
VII	1,50			1,50
IX b/VII	4,62			7,62
VIII	3,75			4,75
X	1,00			1,00
Summe:	51,35			53,35
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>				
4	3,60			2,00
1 (R)	3,39			3,39
Summe:	6,99			5,39
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>144,94</b>			<b>143,34</b>

*ku: 1,00 VergGr. VI b nach VergGr. VIII nach Freiwerden der Stelle*

**Einzelplan 8.1**  
**Kapitel 8000**

**Behörde für Inneres**  
**Allgemeine Verwaltung**

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
III						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
IV a						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
V c			-1,00						-1,00	Aufgabeneinschränkung im Bereich des Zentralen Schreibdienstes
IX b/VII			-1,00						-1,00	Aufgabeneinschränkung im Bereich des Zentralen Schreibdienstes
<b>Summe Angestellte</b>										
	0,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	
<b>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</b>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<b>Summe Angestellte insgesamt</b>										
	0,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	
4				1,60					1,60	Verlagerung von Kapitel 9000; Integration des Senatsfahrdienstes in die Fachbehörden
<b>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>										
	0,00	0,00	0,00	1,60	0,00	0,00	0,00	0,00	1,60	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>										
	0,00	6,00	-6,00	2,60	-1,00	0,00	0,00	0,00	1,60	



<b>Einzelplan 8.1</b>	<b>Behörde für Inneres</b>
<b>Kapitel 8010</b>	<b>Einwohner-Zentralamt</b>

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
8,00	6,00				58,50	Anzahl der kw-Stellen
1,00	1,00				113,10	Bereich der Beamtinnen/ Beamten Bereich der Angestellten
9,00	7,00	0,00	0,00	0,00	171,60	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003	Vermerke
	Anzahl	davon				
<b>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</b>						
B 3	1,00				1,00	
A 16	1,00				1,00	
A 15	1,00				1,00	
A 14	1,00				1,00	
A 13	1,00	1,00		1)	1,00	kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
A 13	3,00				3,00	
A 12	7,00	1,00		2)	5,00	ku: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach Beendigung der Stelle
		1,00		3)		kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
A 11	26,00	5,00		4)	22,00	kw: 5,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
		3,00		5)		<b>kw: 3,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-</b>
		1,00		6)		<b>kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 31.08.2005 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</b>
		1,00		7)		<b>kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 14.05.2004 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen (kw-Vermerk Nr. 142), spätestens am 31.12.04</b>
		1,00		8)		<b>kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 31.08.2004 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen (kw-Vermerk Nr. 142), spätestens am 31.12.04</b>
A 11		1,00		9)		<b>Freigestelltes Personalratsmitglied</b>

B 3	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 16	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15	Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
A 14	Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
A 13	Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
A 13	Oberamtsärztin/ Oberamtsarzt (3,00)
A 12	Amtsärztin/ Amtsarzt (7,00)
A 11	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (26,00)

Einzelplan 8.1  
Kapitel 8010

Behörde für Inneres  
Einwohner-Zentralamt

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 12							1,00		1,00	Neubewertung nach Veränderung des Aufgabenzuschnitts
A 12		1,00							1,00	Bürgerschaftsbeschluss; für die Leitung des Städtischen Ordnungsdienstes
A 11		1,00							1,00	Art. 13 Haushaltsbeschluss für Zentralstelle Altersfeststellung
A 11		1,00							1,00	Art. 13 Haushaltsbeschluss für Zentrale Altersfeststellung
A 11						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 8000; Stellenverlagerung an Kapitel 8000 aufgrund IuK-Vereinbarung
A 11							-1,00		-1,00	Neubewertung nach Veränderung des Aufgabenzuschnitts
A 11							2,00		2,00	Neubewertung nach Veränderung des Aufgabenzuschnitts
A 11		1,00							1,00	Stellenzugang gemäß Haushaltsbeschluss Art. 10, Freistellung eines Personalratmitgliedes

### Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 11	5) kw: 3,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-	kw: 2,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
A 11	6) kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 31.08.2005 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen	kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 31.12.2004 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
A 11	7) kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 14.05.2004 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen (kw-Vermerk Nr. 142), spätestens am 31.12.04	
A 11	8) kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 31.08.2004 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen (kw-Vermerk Nr. 142), spätestens am 31.12.04	

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2004		Vermerk Nr.	2003	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>					
<u>Planstellen</u>					
A 10	30,00	4,00	10)	30,00	<i>kw: 4,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i> <i>kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -nicht Z61 finanziert-</i> <i>kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor zum 28.02.2005 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i> <i>kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor zum 30.09.2004 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i> <i>kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor zum 01.05.2004 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i> Vermerk weggefallen <i>kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor zum 31.08.2004 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen (kw-Vermerk Nr. 142), spätestens am 31.12.04</i> <i>kw: 2,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor zum 31.05.2003 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>
		1,00	11)		
		1,00	12)		
		1,00	13)		
		1,00	14)		
		1,00	15)		
		1,00	16)		
		2,00	17)		
A 9	20,00	4,00	18)	20,00	
		1,00	19)		
		1,00	20)		
		2,00	21)		
		1,00	22)		

A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (30,00)  
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (20,00)

**Einzelplan 8.1**  
**Kapitel 8010**

**Behörde für Inneres**  
**Einwohner-Zentralamt**

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		4,00			-1,00	1,00	2,00		6,00	
A 11		1,00							1,00	Art. 13 Haushaltsbeschluss für Zentralstelle Altersfeststellung
A 11		1,00							1,00	Art. 13 Haushaltsbeschluss für Zentrale Altersfeststellung
A 11						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8000; luK-Vereinbarung
A 11							-1,00		-1,00	Neubewertung nach Veränderung des Aufgabenzchnitts
A 11							2,00		2,00	Neubewertung nach Veränderung des Aufgabenzchnitts
A 11		1,00							1,00	Stellenzugang gemäß Haushaltsbeschluss Art. 10, Freistellung eines Personalratsmitgliedes
A 10		1,00							1,00	Art. 13 Haushaltsbeschluss für Zentrale Altersfeststellung
A 9		1,00							1,00	Art. 13 Haushaltsbeschluss für Zentrale Altersfeststellung

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 11	9) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	

Einzelplan 8.1  
Kapitel 8010

Behörde für Inneres  
Einwohner-Zentralamt

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004		Vermerk Nr.	2003		Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl		
<b>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</b>						
A 9	20,00	9,00	23)	20,00		<i>kw: 9,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>
		1,00	24)			<i>kw: 1,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-</i>
		2,00	25)			<i>kw: 2,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -nicht Z61 finanziert-</i>
A 8	42,50	19,00	26)	49,00		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	27)			<i>kw: 19,00 BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>
		1,00	28)			<i>kw: 1,00 BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -nicht Z61 finanziert-</i>
		3,00	29)			<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	30)			<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	31)			<i>kw: 1,00 BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär zum 30.06.2005 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>
		1,00	32)			<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	33)			<i>kw: 1,00 BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär zum 09.03.2005 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>
		2,00	34)			<i>kw: 2,00 BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär zum 30.09.2005 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>
A 7	8,50	5,50	35)	5,00		<i>kw: 5,50 BesGr. A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>
		2,00	36)			<i>kw: 2,00 BesGr. A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -nicht Z61 finanziert-</i>
A 6	0,00			2,00		
Summe:	162,00			161,00		

A 9            Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (20,00)  
A 8            Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (42,50)  
A 7            Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (8,50)  
A 6            Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		9,00			-2,00	2,00	3,00		12,00	
A 9			-1,00						-1,00	Beendigung der Freistellung eines Personalratsmitgliedes
A 8	-3,00								-3,00	Stellenstreichung infolge des durch die Lenkungsgruppe Z 61 beschlossenen Stellenabbaus 2002
A 7	-1,00								-1,00	Streichverpflichtung für Teildezentralisierung ausländerbehördlicher Aufgaben in 2002
A 7	-1,00								-1,00	Stellenhebungen in der Abteilung für Ausländerangelegenheiten
A 7	-2,00								-2,00	Stellenstreichung infolge des durch die Lenkungsgruppe Z 61 beschlossenen Stellenabbaus 2002
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	-7,00	9,00	-1,00	0,00	-2,00	2,00	3,00	0,00	4,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,50	-1,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,50	-2,00	0,00	2,50	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>	-7,00	9,50	-2,00	0,00	-2,00	5,50	1,00	0,00	5,00	

<b>Einzelplan 8.1</b>	<b>Behörde für Inneres</b>
<b>Kapitel 8010</b>	<b>Einwohner-Zentralamt</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Leerstellen (kw) *</b>					
A 13	0,00			1,00	
A 12	0,00			1,00	
A 11	1,00			6,00	
A 9	1,00			2,00	
A 9	0,00			2,00	
A 8	3,00			10,00	
A 7	0,00			1,00	
A 6	1,00			2,00	
Summe:	6,00			25,00	

A 13	Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
A 12	Amtsärztin/ Amtsarzt (0,00)
A 11	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
A 9	Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
A 8	Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (3,00)
A 7	Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)
A 6	Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
I a	1,00	1,00	37)	0,00	<i>kw: 1,00 VergGr. I a nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-</i>
II a/ a	0,50			0,00	
II a hD	6,50	1,00	38)	7,00	<i>kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-</i>
IV a	6,50	2,50	39)	4,50	<i>kw: 2,50 VergGr. IV a nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>
		1,00	40)		<i>Vermerk weggefallen</i>

**II. Erläuterungen**

**Übersicht über die Leerstellen**

2004				2003	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a ( 1 )	
A 13	0,00			1,00	Nr. 6	
A 12	0,00			1,00	Nr. 7	
A 11	0,00			1,00	Nr. 7	
A 11	1,00			5,00	Nr. 6	
A 9	1,00			2,00	Nr. 6	
A 9	0,00			2,00	Nr. 6	
A 8	1,00			1,00	Nr. 7	
A 8	2,00			9,00	Nr. 6	
A 7	0,00			1,00	Nr. 6	
A 6	1,00			2,00	Nr. 6	
gesamt:	6,00			25,00		

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I a							1,00		1,00	Neubewertung der Aufgabe nach Neuorganisation der Abteilung für Rechtsangelegenheiten und bürgerschaftliche Eingaben
II a hD							-1,00		-1,00	Neubewertung der Aufgabe nach Neuorganisation der Abteilung für Rechtsangelegenheiten und bürgerschaftliche Eingaben
IV a									1,00	Neubewertung der Leitung des Sachgebietes für Einreiseangelegenheiten
IV a		1,00				-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
IV a									1,00	Bürgerschaftsbeschluss; für die Koordination/Vertretung der Leitung des Städtischen Ordnungsdienstes
IV a		1,00							1,00	Bürgerschaftsbeschluss; für Abschnittsleitung/Einsprüche Städtischer Ordnungsdienst

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
I a	37) kw: 1,00 VergGr. I a nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-	
II a hD	38) kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-	kw: 2,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-
IV a	40) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. IV a nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-



Einzelplan 8.1  
Kapitel 8010

Behörde für Inneres  
Einwohner-Zentralamt

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003 Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
<b>Angestellte</b>						
IV b	10,00	1,50	41)	11,50	<i>kw: 1,50 VergGr. IV b nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>	
		1,00	42)		<i>kw: 1,00 VergGr. IV b nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-</i>	
		1,00	43)		<i>kw: 1,00 VergGr. IV b zum 30.04.2004 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>	
V b gD	17,00	1,00	44)	13,00	<i>kw: 1,00 VergGr. V b gD nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen - Altbestand-</i>	
		3,00	45)		<i>kw: 3,00 VergGr. V b gD nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/Aussiedlern, Asylbewerberinnen/Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>	
		2,00	46)		<i>kw: 2,00 VergGr. V b gD nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/Aussiedlern, Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen - nicht Z61 finanziert -</i>	
		1,00	47)		<i>kw: 1,00 VergGr. V b gD nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>	
		1,00	48)		<i>kw: 1,00 VergGr. V b gD zum 30.06.2005 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>	
V c	121,84	43,50	49)	108,50	<i>kw: 43,50 VergGr. V c nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>	
		2,00	50)		<i>kw: 2,00 VergGr. V c nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-</i>	
		2,00	51)		<i>kw: 2,00 VergGr. V c nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -nicht Z61 finanziert-</i>	
		1,00	52)		<i>Vermerk weggefallen</i>	
VI b	73,25	27,75	53)	61,25	<i>kw: 27,75 VergGr. VI b nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>	
		9,00	54)		<i>kw: 9,00 VergGr. VI b nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -nicht Z61 finanziert-</i>	
		2,00	55)		<i>kw: 2,00 VergGr. VI b zum 31.05.2003 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>	
		1,00	56)		<i>kw: 1,00 VergGr. VI b zum 31.07.2003 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>	
		1,00	57)		<i>kw: 1,00 VergGr. VI b zum 30.11.2003 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>	
		1,00	58)		<i>kw: 1,00 VergGr. VI b zum 30.11.2003 nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>	

Einzelplan 8.1  
Kapitel 8010

Behörde für Inneres  
Einwohner-Zentralamt

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		2,00				-1,00	1,00		2,00	
IV a							1,00		1,00	Neubewertung der Leitung des Sachgebietes für Einreiseangelegenheiten
IV a						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
IV a		1,00							1,00	Bürgerschaftsbeschluss; für die Koordination/Vertretung der Leitung des Städtischen Ordnungsdienstes
IV a		1,00							1,00	Bürgerschaftsbeschluss; für Abschnittsleitung/Einsprüche Städtischer Ordnungsdienst
V b g D					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 1200; Einrichtung eines Städtischen Ordnungsdienstes bei der Behörde für Inneres ab 1.1.2003 ( Senatsdrucksache Nr. 2003/0139 )
V c					8,00				8,00	Verlagerung von Kapitel 1200; Einrichtung eines Städtischen Ordnungsdienstes bei der Behörde für Inneres ab 1.1.2003 ( Senatsdrucksache Nr. 2003/0139 )
V c		4,00							4,00	gemäß Bürgerschaftsbeschluss; Drs. 17/2231
VI b		10,00							10,00	gemäß Bürgerschaftsbeschluss; Drs.17/2231

Einzelplan 8.1  
Kapitel 8010

Behörde für Inneres  
Einwohner-Zentralamt

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Angestellte</b>						
VII	25,35	9,75	59)	23,00	<i>kw: 9,75 VergGr. VII nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</i>	
		1,35	60)			<i>kw: 1,35 VergGr. VII nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -nicht Z61 finanziert-</i>
		1,00	61)			<i>kw: 1,00 VergGr. VII nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -Altbestand-</i>
IX b/VII	2,00	0,75	62)	2,50	<i>kw: 0,75 VergGr. IX b/VII nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen - Altbestand-</i>	
VIII	3,00	2,00	63)	6,00	<i>kw: 2,00 VergGr. VIII nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen -nicht Z61 finanziert-</i>	
Summe:	266,94			237,25		
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>428,94</b>			<b>398,25</b>		

Einzelplan 8.1  
Kapitel 8010

Behörde für Inneres  
Einwohner-Zentralamt

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		18,00		9,00		-2,00	2,00		27,00	
VII		10,00							10,00	Stellenverlagerung von Kapitel 8500; Einrichtung eines Städtischen Ordnungsdienstes gem. Drs. 2002/1452
<i>Summe Angestellte</i>	0,00	28,00	0,00	9,00	0,00	-2,00	2,00	0,00	37,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,50	-2,31	1,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,19	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-4,50	-1,00	0,00	-5,50	
Summe Angestellte insgesamt	0,00	28,50	-2,31	10,00	0,00	-5,50	1,00	0,00	31,69	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	-7,00	38,00	-4,31	10,00	-2,00	0,00	2,00	0,00	36,69	

<b>Einzelplan</b>	<b>8.1</b>	<b>Behörde für Inneres</b>
<b>Kapitel</b>	<b>8020</b>	<b>Statistisches Landesamt</b>

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
					1,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003		Vermerke
	Anzahl	davon			Anzahl		
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>							
<u>Planstellen</u>							
B 4	1,00				1,00		
A 16	1,00				1,00		
A 15	1,00				1,00		
A 14	1,00				1,00		
A 13	1,00				1,00		
A 12	6,00				6,00		
A 11	11,00				11,00		
A 10	5,00				5,00		
A 9	3,00				3,00		
A 9	2,00				2,00		
A 8	3,00				3,00		
A 7	3,00				3,00		
A 6	2,00				3,00		
Summe:	40,00				41,00		

- B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (6,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (11,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (5,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (3,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (3,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (3,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (2,00)

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003		Vermerke
	Anzahl	davon			Anzahl		
<u>Leerstellen (kw) *</u>							
A 11	2,00				2,00		
Summe:	2,00				2,00		

- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,00)

**Einzelplan 8.1**  
**Kapitel 8020**

**Behörde für Inneres**  
**Statistisches Landesamt**

**II. Erläuterungen**

**Übersicht über die Leerstellen**

2004				2003	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a ( 1 )	
A 11	2,00			2,00	Nr. 7	
gesamt	2,00			2,00		

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	

Einzelplan 8.1  
Kapitel 8020

Behörde für Inneres  
Statistisches Landesamt

2004		2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Anzahl	
<b>Angestellte</b>				
I	1,00		1,00	
I a	1,00		1,00	
I b	8,50		9,50	
II a hD	2,00		2,00	
III	4,30		4,30	
IV a	31,00	0,50	29,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
IV b	2,00		3,00	
V b gD	15,45		16,95	
V c	30,50		29,50	
VI b	19,00		19,00	
VII	40,00	1,00	47,00	kw: 1,00 VergGr. VII nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
VIII	4,66		5,10	
Summe:	159,41		167,35	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>199,41</b>		<b>208,35</b>	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I b			-1,00						-1,00	Ende der Finanzierung aus dem Mobilitätsfonds
IV a							1,00		1,00	Schaffung einer Sachgebietsleitung
IV a							1,00		1,00	Qualitativer und quantitativer Aufgabenzuwachs
V b gD			-1,00						-1,00	Beendigung der Aufgabe Testerhebung registergestützter Zensus
VI b		1,00							1,00	Neuschaffung aus dem Mobilitätsfonds
VI b			-1,00						-1,00	Beendigung einer Mobilitätsmaßnahme
VII			-4,00						-4,00	Beendigung der Aufgabe Testerhebung registergestützter Zensus
VII			-1,00						-1,00	Vollzug kw-Verm.
VII			-1,00						-1,00	Beendigung der Aufgabe Zensusstest
<b>Summe Angestellte</b>	0,00	1,00	-9,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	-6,00	
<b>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</b>	0,00	1,00	-1,94	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,94	
<b>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</b>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	-2,00	0,00	-1,00	
<b>Summe Angestellte insgesamt</b>	0,00	2,00	-10,94	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	-7,94	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	0,00	2,00	-10,94	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-8,94	



<b>Einzelplan 8.1</b>	<b>Behörde für Inneres</b>
<b>Kapitel 8500</b>	<b>Polizei</b>

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
						Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	71,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Hauptamtlich als Verkehrslehrerin/Verkehrslehrer an allgemeinbildenden Schulen tätige Polizeivollzugsbeamtinnen/Polizeivollzugsbeamte, die monatlich wenigstens 52 Std. theoretischen Unterricht erteilen, erhalten eine Aufwandsentschädigung von 38,35 EUR monatlich.  
 Polizeivollzugsbeamtinnen/Polizeivollzugsbeamte der Kriminalpolizei, die mit der Untersuchung, Öffnung, Bergung oder dem Transport von Leichen betraut sind, erhalten nach näherer Bestimmung eine Aufwandsentschädigung, die 33,23 EUR im Monat nicht überschreiten darf.  
 Die Ausnutzung der Stellen der Besoldungsgruppen A7/A8/A9 der uniformierten Polizei ist im Haushaltsbeschluss geregelt.  
 Die Ausnutzung der Stellen der Besoldungsgruppen A8/A9 der Kriminalpolizei ist im Haushaltsbeschluss geregelt.  
 Die Ausnutzung der Stellen der Besoldungsgruppen A7/A8/A9 des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes ist im Haushaltsbeschluss geregelt.  
 Der Rektorin/dem Rektor der FHÖV können für die Dauer der Amtsausübung aus ihrer/seiner jeweiligen Stelle Bezüge nach BesGr. B 3 gezahlt werden.

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003	Vermerke
	Anzahl	davon				
<b>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</b>						
B 6	1,00				1,00	
B 4	1,00	1,00		1)	1,00	als Landespolizeidirektorin/ Landespolizeidirektor
B 3	1,00				1,00	
A 16	15,00				14,00	
A 15	38,00				33,00	
A 14	61,00	2,00		2)	65,00	kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberstudienrätin/ Oberstudienrat kw nach Abbau der zusätzlichen Ausbildungskapazitäten für den mittleren Dienst
A 13	42,00	4,00		3)	44,00	kw: 4,00 BesGr. A 13 Studienrätin/ Studienrat kw nach Abbau der zusätzlichen Ausbildungskapazitäten für den mittleren Dienst
C 3	7,00				7,00	
C 2	6,00				6,00	
A 13	200,00	1,00		4)	198,00	<b>Freigestelltes Personalratsmitglied</b>
		1,00		5)		ku: 1,00 BesGr. A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat nach BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach Freiwerden der Stelle
A 12	498,00	1,00		6)	499,00	<b>Freigestelltes Personalratsmitglied</b>
		1,00		7)		<b>Freigestelltes Personalratsmitglied</b>

- B 6 Polizeipräsidentin/ Polizeipräsident (1,00)
- B 4 Leitende Polizeidirektorin/ Leitender Polizeidirektor (1,00)
- B 3 Leitende Polizeidirektorin/ Leitender Polizeidirektor (1,00)
- A 16 Leitende Kriminaldirektorin/ Leitender Kriminaldirektor (4,00), Leitende Polizeidirektorin/ Leitender Polizeidirektor (6,00), Leitende Polizeidirektorin/ Leitender Polizeidirektor (WS) (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (3,00), Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (1,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (0,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Kriminaldirektorin/ Kriminaldirektor (9,00), Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor (1,00), Polizeidirektorin/ Polizeidirektor (18,00), Polizeidirektorin/ Polizeidirektor (WS) (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (3,00), Studiendirektorin/ Studiendirektor (3,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor (1,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (2,00)
- A 14 Dozentin/ Dozent an der Fachhochschule (1,00), Kriminaloberärztin/ Kriminaloberarzt (17,00), Obermedizinalrätin/ Obermedizinalrat (1,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (5,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (3,00), Polizeioberärztin/ Polizeioberarzt (25,00), Polizeioberärztin/ Polizeioberarzt (WS) (2,00), Polizeiobersportärztin/ Polizeiobersportarzt (1,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (6,00)
- A 13 Kriminalrätin/ Kriminalrat (13,00), Polizeirätin/ Polizeirat (12,00), Polizeirätin/ Polizeirat (WS) (3,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (5,00), Studienrätin/ Studienrat (6,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (3,00)
- C 3 Professorin/ Professor (7,00)
- C 2 Professorin/ Professor (6,00)
- A 13 Erste Kriminalhauptkommissarin/ Erster Kriminalhauptkommissar (86,00), Erste Polizeihauptkommissarin/ Erster Polizeihauptkommissar (94,00), Erste Polizeihauptkommissarin/ Erster Polizeihauptkommissar (WS) (14,00), Lehrerin/ Lehrer an Polizeischulen (1,00), Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (5,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (17,00), Kriminalhauptkommissarin/ Kriminalhauptkommissar (207,00), Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (242,00), Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (WS) (32,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)

**Einzelplan 8.1**                      **Behörde für Inneres**  
**Kapitel 8500**                      **Polizei**

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16		1,00							1,00	Verlagerung vom Kapitel 8510
A 15			-1,00						-1,00	Verlagerung zum Kapitel 8510
A 15							1,00		1,00	Hebung zum jährlichen Stellenplan
A 15							3,00		3,00	Hebung zum jährlichen Stellenplan
A 15							2,00		2,00	Hebung zum jährlichen Stellenplan
A 14							-1,00		-1,00	Hebung zum jährlichen Stellenplan
A 14		1,00							1,00	Verlagerung vom Kapitel 8000
A 14							-3,00		-3,00	Hebung zum jährlichen Stellenplan
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8520
A 14							-2,00		-2,00	Hebung zum jährlichen Stellenplan
A 13			-1,00						-1,00	Verlagerung zum Kapitel 8000
A 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 8520
A 13							1,00		1,00	Stellenhebung für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12							-1,00		-1,00	Stellenhebung für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 12							1,00		1,00	Stellenhebung für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 12			-1,00						-1,00	Verlagerung zum Kapitel 8000
A 11							47,00		47,00	Hebung zum jährlichen Stellenplan
A 11			-1,00						-1,00	Beendigung der Freistellung eines Personalratsmitgliedes

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 13	4) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	
A 12	6) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	2,00 Freigestelltes Personalratsmitglied
A 12	7) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	
A 11	10) weggefallen	kw: 0,50 BesGr. A 11 Kriminalhauptkommissarin/ Kriminalhauptkommissar nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
A 11	12) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	3,00 Freigestelltes Personalratsmitglied

**Änderung der Amtsbezeichnung**

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 16	1,00	Leitende Kriminaldirektorin/ Leitender Kriminaldirektor	Oberstudiendirektorin/ Oberstudiendirektor	für eine spartengerechte Stellenausweisung

<b>Einzelplan 8.1</b>	<b>Behörde für Inneres</b>
<b>Kapitel 8500</b>	<b>Polizei</b>

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2004		Vermerk Nr.	2003		Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl		
<b>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</b>						
A 11	896,00	3,00	8)	844,50		kw: 3,00 BesGr. A 11 Kriminalhauptkommissarin/ Kriminalhauptkommissar nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
		1,00	9)			kw: 1,00 BesGr. A 11 Kriminalhauptkommissarin/ Kriminalhauptkommissar nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/Aussiedlern, Asylbewerberinnen/Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
		0,50	10)			<b>Vermerk weggefallen</b>
		1,00	11)			Freigestelltes Personalratsmitglied
		1,00	12)			<b>Freigestelltes Personalratsmitglied</b>
		14,00	13)			kw: 14,00 BesGr. A 11 Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar Umsetzung von der Landespolizeischule in den allgemeinen Polizeivollzugsdienst mit dem Schwerpunkt Kriminalitätsbekämpfung nach Abbau der zusätzlichen Ausbildungskapazitäten für den mittleren Dienst
A 10	1658,00	2,00	14)	1604,00		<b>kw: 2,00 BesGr. A 10 Kriminaloberkommissarin/ Kriminaloberkommissar nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen</b>
		1,00	15)			kw: 1,00 BesGr. A 10 Polizeioberkommissarin/ Polizeioberkommissar nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
		2,00	16)			<b>Freigestelltes Personalratsmitglied</b>
		13,00	17)			kw: 13,00 BesGr. A 10 Polizeioberkommissarin/ Polizeioberkommissar Umsetzung von der Landespolizeischule in den allgemeinen Polizeivollzugsdienst mit dem Schwerpunkt Kriminalitätsbekämpfung nach Abbau der zusätzlichen Ausbildungskapazitäten für den mittleren Dienst
		1,00	18)			ku: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor .
A 9	1516,00	1,00	19)	1523,00		kw: 1,00 BesGr. A 9 Kriminalkommissarin/ Kriminalkommissar nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
		2,00	20)			Freigestelltes Personalratsmitglied
		1,00	21)			<b>Vermerk weggefallen</b>
		1,00	22)			<b>Freigestelltes Personalratsmitglied</b>
A 9	22,00	1,00	23)	22,00		Freigestelltes Personalratsmitglied
A 7/A 8/A 9	2594,00	1,00	24)	2695,00		ku: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach VergGr. VI b
		9,00	25)			kw: 9,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Polizeimeisterin/ Polizeimeister/ Polizeihauptmeisterin/ Polizeihauptmeister nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
A 8	32,00			32,00		
A 7	14,00	1,00	26)	14,00		kw: 1,00 BesGr. A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär nach Einführung von IuK-Technik
A 6	3,00			3,00		
A 5	407,00			267,00		
Summe:	8012,00			7873,50		

A 11	Kriminalhauptkommissarin/ Kriminalhauptkommissar (354,00), Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (450,00), Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (WS) (62,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (30,00)
A 10	Bibliotheksoberspektorin/ Bibliotheksoberspektor (1,00), Kriminaloberkommissarin/ Kriminaloberkommissar (401,00), Polizeioberkommissarin/ Polizeioberkommissar (1126,00), Polizeioberkommissarin/ Polizeioberkommissar (WS) (115,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (15,00)
A 9	Kriminalkommissarin/ Kriminalkommissar (217,00), Polizeikommissarin/ Polizeikommissar (1169,00), Polizeikommissarin/ Polizeikommissar (WS) (118,00), Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (12,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (22,00)
A 7/A 8/A 9	Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister (2,00), Polizeimeisterin/ Polizeimeister/ Polizeihauptmeisterin/ Polizeihauptmeister (2436,00), Polizeimeisterin/ Polizeimeister/ Polizeihauptmeisterin/ Polizeihauptmeister (WS) (156,00)
A 8	Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (32,00)
A 7	Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (14,00)
A 6	Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (3,00)
A 5	Polizeioberwachmeisterin/ Polizeioberwachmeister (392,00), Polizeioberwachmeisterin/ Polizeioberwachmeister (WS) (15,00)

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		2,00	-4,00	1,00	-1,00	1,00	48,00		47,00	
A 11							-1,00		-1,00	Stellenhebung für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 11		1,00							1,00	Neuschaffung der Stelle für freigestellten Vertrauensmann der Schwerbehinderten
A 11							6,00		6,00	Hebung zum jährlichen Stellenplan
A 10			-2,00						-2,00	Einsparung Z 61 2003
A 10			-1,00						-1,00	Beendigung der Freistellung eines Personalratsmitgliedes
A 10		1,00							1,00	Verlagerung vom Kapitel 8510
A 10			-1,00						-1,00	Verlagerung zum Kapitel 8000
A 9		2,00							2,00	Stellenneuschaffung für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 9		1,00							1,00	Stellenneuschaffung für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 9		1,00							1,00	Verlagerung vom Kapitel 8000
A 9			-1,00						-1,00	Verlagerung zum Kapitel 8510
A 7/A 8/A 9			-1,00						-1,00	Einsparung Z 61 2002
<b>Summe Beamtinnen/ Beamte</b>										
	0,00	8,00	-10,00	1,00	-1,00	1,00	53,00	0,00	52,00	
<b>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</b>										
	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	
<b>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</b>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	140,00	-53,00	0,00	87,00	
<b>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</b>										
	0,00	8,00	-10,50	1,00	-1,00	141,00	0,00	0,00	138,50	

**Änderung der Amtsbezeichnung**

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 11	5,00	Kriminalhauptkommissarin/ Kriminalhauptkommissar	Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar	für eine spartengerechte Stellenausweisung

<b>Einzelplan 8.1</b>	<b>Behörde für Inneres</b>
<b>Kapitel 8500</b>	<b>Polizei</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
B 6	1,00			1,00	
A 14	1,00			1,00	
A 13	2,00			1,00	
A 13	1,00			0,00	
A 12	3,00			3,00	
A 11	6,00			7,00	
A 10	17,00			13,00	
A 9	14,00			17,00	
A 9	2,00			3,00	
A 8/A 9	2,00			3,00	
A 7/A 8/A 9	59,00			61,00	
A 8	3,00			2,00	
A 7	1,00			1,00	
A 6	1,00			1,00	
Summe:	113,00			114,00	

- B 6            Polizeipräsidentin/ Polizeipräsident (1,00)
- A 14            Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00), Polizeioberrätin/ Polizeioberrat (1,00)
- A 13            Kriminalrätin/ Kriminalrat (1,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- A 13            Erste Polizeihauptkommissarin/ Erster Polizeihauptkommissar (WS) (1,00)
- A 12            Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Kriminalhauptkommissarin/ Kriminalhauptkommissar (2,00)
- A 11            Kriminalhauptkommissarin/ Kriminalhauptkommissar (4,00), Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (1,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
- A 10            Kriminaloberkommissarin/ Kriminaloberkommissar (6,00), Polizeioberkommissarin/ Polizeioberkommissar (7,00), Polizeioberkommissarin/ Polizeioberkommissar (WS) (1,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00)
- A 9            Kriminalkommissarin/ Kriminalkommissar (7,00), Polizeikommissarin/ Polizeikommissar (5,00), Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,00)
- A 9            Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,00)
- A 8/A 9            Kriminalobermeisterin/ Kriminalobermeister/ Kriminalhauptmeisterin/ Kriminalhauptmeister (2,00)
- A 7/A 8/A 9            Polizeimeisterin/ Polizeimeister/ Polizeihauptmeisterin/ Polizeihauptmeister (59,00), Polizeimeisterin/ Polizeimeister/ Polizeihauptmeisterin/ Polizeihauptmeister (WS) (0,00)
- A 8            Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (3,00)
- A 7            Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)
- A 6            Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

Einzelplan 8.1  
Kapitel 8500

Behörde für Inneres  
Polizei

## II. Erläuterungen

### Übersicht über die Leerstellen

2004				2003	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a ( 1 )	
B 6	1,00			1,00	Nr. 5	
A 14	0,00			1,00	Nr. 6	
A 14	1,00			0,00	Nr. 1	
A 13	1,00			0,00	Nr. 6	
A 13	1,00			1,00	Nr. 7	
A 13	1,00			0,00	Nr. 1	
A 12	1,00			0,00	Nr. 6	
A 12	1,00			2,00	Nr. 7	
A 12	1,00			1,00	Nr. 5	
A 11	2,00			1,00	Nr. 7	
A 11	1,00			1,00	Nr. 5	
A 11	1,00			1,00	Nr. 6	
A 11	1,00			1,00	Nr. 6	
A 11	0,00			1,00	Nr. 7	
A 11	1,00			2,00	Nr. 7	
A 10	3,00			1,00	Nr. 7	
A 10	3,00			3,00	Nr. 7	
A 10	4,00			5,00	Nr. 7	
A 10	1,00			1,00	Nr. 7	
A 10	1,00			0,00	Nr. 6	
A 10	1,00			0,00	Nr. 5	
A 10	1,00			0,00	Nr. 1	
A 10	3,00			3,00	Nr. 7	
A 9	5,00			7,00	Nr. 7	
A 9	1,00			1,00	Nr. 7	
A 9	0,00			1,00	Nr. 5	
A 9	1,00			0,00	Nr. 6	
A 9	5,00			7,00	Nr. 7	
A 9	2,00			1,00	Nr. 6	
A 9	0,00			1,00	Nr. 6	
A 9	1,00			1,00	Nr. 6	
A 9	1,00			1,00	Nr. 7	
A 8/A 9	1,00			2,00	Nr. 6	
A 8/A 9	1,00			1,00	Nr. 7	
A 7/A 8/A 9	8,00			8,00	Nr. 6	
A 7/A 8/A 9	41,00			42,00	Nr. 7	
A 7/A 8/A 9	1,00			1,00		H.Beschl.
A 7/A 8/A 9	9,00			9,00	Nr. 6	
A 7/A 8/A 9	0,00			1,00	Nr. 7	
A 8	2,00			2,00	Nr. 6	
A 8	1,00			0,00	Nr. 7	
A 7	1,00			1,00	Nr. 6	
A 6	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt	113,00			114,00		

<b>Einzelplan 8.1</b>	<b>Behörde für Inneres</b>
<b>Kapitel 8500</b>	<b>Polizei</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Andere Amtsstellen</b>					
A 9	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	

A 9                    Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*</b>					
Nachwuchs gD	262,00			206,00	
Nachwuchs mD	187,00			271,00	
Summe:	449,00			477,00	

Nachwuchs gD    Kommissaranwärterin/Kommissaranwärter (262,00)  
 Nachwuchs mD    Polizeianwärterin/ Polizeianwärter (172,00), Polizeianwärterin/ Polizeianwärter (WS) (15,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
I	1,00			1,00	
I a	2,00			2,00	
II a/ I a	1,00			1,00	
I b	7,00			6,00	
II a hD	27,37	10,00	27)	24,37	kw: 10,00 VergGr. II a hD kw nach Abbau der zusätzlichen Ausbildungskapazitäten für den gehobenen Dienst
III	17,00			13,00	
IV a	35,00			37,00	
IV b	19,00	1,00	28)	17,00	<b>Vermerk weggefallen</b>
V b gD	60,00			35,00	
Richtl. Ang.gD	4,85			4,85	
V b mD	24,00			35,00	
V c	209,00	1,00	29)	284,00	kw: 1,00 VergGr. V c nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
		1,00	30)		kw: 1,00 VergGr. V c n.Einbez. d. Aufg. in Projekt PAKZU/OPAL
		1,00	31)		<b>kw: 1,00 VergGr. V c zum 31.12.2003 Stellenstreichung 2003</b>
		1,00	32)		<b>Freigestelltes Personalratsmitglied</b>
VI b	68,00	1,00	33)	79,00	kw: 1,00 VergGr. VI b nach Freiwerden der Stelle einer/ eines blinden Mitarbeiterin/ Mitarbeiters
		3,00	34)		<b>kw: 3,00 VergGr. VI b zum 31.12.2003 Stellenstreichung 2003</b>
VII	615,25	1,00	35)	554,25	kw: 1,00 VergGr. VII nach Ausscheiden einer/ eines blinden Mitarbeiterin/ Mitarbeiters
		5,00	36)		kw: 5,00 VergGr. VII nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/ Aussiedlern, Asylbewerberinnen/ Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
		1,00	37)		kw: 1,00 VergGr. VII nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
		1,00	38)		Freigestelltes Personalratsmitglied
		9,00	39)		<b>kw: 9,00 VergGr. VII zum 31.12.2003 Stellenstreichung 2003</b>
IX b/VII	56,50	8,25	40)	62,00	<b>kw: 8,25 VergGr. IX b/VII zum 31.12.2003 Stellenstreichung 2003</b>
VIII	72,00	4,00	41)	80,50	<b>kw: 4,00 VergGr. VIII zum 31.12.2003 Stellenstreichung 2003</b>
IX b	1,00			1,00	

Einzelplan 8.1  
Kapitel 8500

Behörde für Inneres  
Polizei

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Nachwuchs gD		56,00							56,00	für die verstärkte Ausbildung im Rahmen des Konzepts Innere Sicherheit
Nachwuchs mD		56,00							56,00	für die verstärkte Ausbildung im Rahmen des Konzepts Innere Sicherheit
<i>Summe Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*</i>										
	0,00	112,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	112,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-140,00	0,00	0,00	-140,00	
<i>Summe Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)* insgesamt</i>										
	0,00	112,00	0,00	0,00	0,00	-140,00	0,00	0,00	-28,00	
I b							1,00		1,00	Bewertung Prüfer / Wirtschaftskriminalität
II a hD						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
II a hD							4,00		4,00	Neubewertung von Angestellten im LKA
II a hD							-1,00		-1,00	Bewertung Prüfer / Wirtschaftskriminalität
II a hD							1,00		1,00	Bewertung von Wissenschaftlichen Angestellten in der Rechtsabteilung
III							1,00		1,00	Neubewertung Technischer Angestellter LKA 36
III							2,00		2,00	Bewertung Prüfer / Wirtschaftskriminalität
III							1,00		1,00	Neubewertung von Angestellten im LKA
IV a							-1,00		-1,00	Neubewertung Technischer Angestellter LKA 36
IV a							-2,00		-2,00	Bewertung Prüfer / Wirtschaftskriminalität
IV a							1,00		1,00	Bewertung von Angestellten im LuK-Bereich
IV b			-1,00						-1,00	Beendigung der Freistellung eines Personalratsmitgliedes
V c			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung in der Technischen Abteilung der Polizei (Arbeitszeitverlängerung)
V c			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung in der Technischen Abteilung der Polizei (Finanzierung SAP-Chief)
V c		1,00							1,00	Stelleneuschaffung für ein freigestelltes Personalratsmitglied
VII			-10,00						-10,00	Verlagerung von Stellen zu -E- Einrichtung eines Ordnungsdienstes - gemäß Drucksache 2002/1452 -
VII			-1,00						-1,00	Stellenstreichung wegen Aufgabenstraffung in den Werkstätten der Polizei
IX b/VII			-2,50						-2,50	Aufgabenrückgang im Zentralen Schreibdienst
VIII			-1,21						-1,21	Stellenstreichung wegen Aufgabenstraffung in den Werkstätten der Polizei



Einzelplan 8.1  
Kapitel 8500

Behörde für Inneres  
Polizei

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
Kr. IV/a	3,00			3,00	
Summe:	1222,97			1239,97	
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>					
6	11,00			13,00	
4	69,00	1,00	42)	72,50	Freigestelltes Personalratsmitglied
3	11,00			14,00	
2	8,00			9,00	
1 (R)	2,77			3,00	
Summe:	101,77			111,50	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>9337,74</b>			<b>9225,97</b>	

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Angestellte</i>										
	0,00	1,00	-17,71	0,00	0,00	-1,00	7,00	0,00	-10,71	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-0,29	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,29	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	-7,00	0,00	-6,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	1,00	-18,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-17,00	
6			-1,00						-1,00	Stellenstreichung wegen Aufgabenstraffung in den Werkstätten der Polizei
4			-1,50						-1,50	Aufgabenstraffung im Bereich Kraftfahrwesen
4			-3,00						-3,00	Stellenstreichung wegen Aufgabenstraffung in den Werkstätten der Polizei
3			-1,00						-1,00	Stellenstreichung wegen Aufgabenstraffung in den Werkstätten der Polizei
3			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung in der Technischen Abteilung der Polizei (Finanzierung SAP-Chief)
2			-1,00						-1,00	Stellenstreichung wegen Aufgabenstraffung in den Werkstätten der Polizei
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter</i>										
	0,00	0,00	-8,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-8,50	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-0,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,23	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>										
	0,00	0,00	-8,73	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-9,73	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>										
	0,00	9,00	-37,23	1,00	-1,00	140,00	0,00	0,00	111,77	

**Einzelplan 8.1**  
**Kapitel 8520**

**Behörde für Inneres**  
**Wasserschutzpolizei-Schule**

Die Ausnutzung der Stellen der Besoldungsgruppen A7/A8/A9 der uniformierten Polizei ist im Haushaltsbeschluss geregelt.

### I. Stellenbestand

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>						
<u>Planstellen</u>						
A 16	1,00			1,00		
A 14	0,00			1,00		
A 13	1,00			0,00		
A 12	2,00			2,00		
A 11	1,00			1,00		
A 9	1,00			1,00		
A 7/A 8/A 9	2,00			2,00		
Summe:	8,00			8,00		

A 16 Leitende Polizeidirektorin/ Leitender Polizeidirektor (WS) (1,00)  
 A 14 Polizeioberrätin/ Polizeioberrat (WS) (0,00)  
 A 13 Polizeirätin/ Polizeirat (WS) (1,00)  
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (WS) (1,00)  
 A 11 Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (WS) (1,00)  
 A 9 Polizeikommissarin/ Polizeikommissar (WS) (1,00)  
 A 7/A 8/A 9 Polizeimeisterin/ Polizeimeister/ Polizeihauptmeisterin/ Polizeihauptmeister (WS) (2,00)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Angestellte</b>						
IV b	2,00			2,00		
Richtl. Ang.gD	2,08			2,08		
V c	1,00			1,00		
VI b	3,00			3,00		
IX b/VII	1,50			1,50		
VIII	1,00			1,00		
Summe:	10,58			10,58		
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>						
4	1,00			1,00		
3	1,00			1,00		
2	3,00			3,00		
Summe:	5,00			5,00		
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>23,58</b>			<b>23,58</b>		

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8500
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8500
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	0,00	0,00	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	0,00	0,00	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

<b>Einzelplan 8.1</b>	<b>Behörde für Inneres</b>
<b>Kapitel 8550</b>	<b>Feuerlöschwesen und Rettungsdienst</b>

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					51,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					1,00	Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	52,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte
					1,00	Summe der kw-Leerstellen

Die Ausnutzung der Stellen der Besoldungsgruppen A7/A8/A9 des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes ist im Haushaltsbeschluss geregelt

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Anzahl			
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>						
<u>Planstellen</u>						
B 4	1,00				1,00	
A 16	2,00				2,00	
A 15	6,00				6,00	
A 14	5,00				5,00	
A 13	3,00				3,00	
A 13	37,00				37,00	
A 12	47,00	1,00		1)	47,00	ku: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Freiwerden der Stelle
A 11	92,00	1,00		2)	92,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
A 10	93,00	1,00		3)	98,00	<b>Vermerk weggefallen</b>
A 9	67,00				69,00	
A 9	4,00				4,00	
A 7/A 8/A 9	1824,00	105,00		4)	1797,00	für Ausbildungszwecke genutzte Planstellen
		1,00		5)		ku: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Lohngr. 5
		1,00		6)		ku: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Lohngr. 5 nach Freiwerden der Stelle
		1,00		7)		ku: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach VergGr. VI b
		1,00		8)		ku: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach VergGr. VIII nach Freiwerden der Stelle
		1,00		9)		kw: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Freiwerden der Stelle gemäß Art. 12.2 HB
		2,00		10)		kw: 2,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Freiwerden der Stelle gemäß Art. 12.1 HB
		1,00		11)		ku: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Lohngr. 6 nach Freiwerden der Stelle gemäß Art. 12.1HB
		1,00		12)		Freigestelltes Personalratsmitglied
		8,00		13)		kw: 8,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Freiwerden der Stelle gemäß Art. 12.1 HB
		1,00		14)		kw: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Freiwerden der Stelle gemäß Art. 12.1HB
		1,00		15)		kw: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Freiwerden der Stelle gemäß Art. 12.1 HB
		1,00		16)		kw: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Freiwerden der Stelle gemäß Art. 12.1 HB
		1,00		17)		kw: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Freiwerden der Stelle gemäß Art. 12.1 HB
		2,00		18)		kw: 2,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Freiwerden der Stelle gemäß Art. 12.1 HB
		29,00		19)		kw: 29,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Freiwerden der Stelle gemäß Art. 12.1 HB
		1,00		20)		kw: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Freiwerden der Stelle gemäß Art. 12.1HB
		2,00		21)		kw: 2,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister kw nach Beendigung der Refinanzierung
		2,00		22)		<b>kw: 2,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Freiwerden der Stelle gem. Art.12.1 HB</b>

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 10	-1,00								-1,00	Vollzug kw-Vermerk nach Ausscheiden des Mitarbeiters
A 10			-4,00						-4,00	Reduzierung der Löschzugstärke von 16 auf 10 Funktionen für Konsolidierung 2001
A 9			-2,00						-2,00	Reduzierung der Löschzugstärke von 16 auf 10 Funktionen für Konsolidierung 2001
A 7/A 8/A 9		2,00							2,00	gem. Art. 12 Nr. 1 Haushaltsbeschluss
A 7/A 8/A 9		28,00							28,00	Bürgerschaftsbeschluss

<b>Einzelplan 8.1</b>	<b>Behörde für Inneres</b>
<b>Kapitel 8550</b>	<b>Feuerlöschwesen und Rettungsdienst</b>

**I. Stellenbestand**

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</b>					
A 8	20,00			16,00	<i>ku: 2,00 BesGr. A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär nach VergGr. VII nach Freiwerden der Stelle</i>
A 7	0,00			4,00	
A 6	3,00	2,00	23)	1,00	
Summe:	2204,00			2182,00	

- B 4 Oberbranddirektorin/ Oberbranddirektor (1,00)
- A 16 Leitende Branddirektorin/ Leitender Branddirektor (2,00)
- A 15 Branddirektorin/ Branddirektor (5,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberbrandrätin/ Oberbrandrat (5,00)
- A 13 Brandrätin/ Brandrat (2,00), Studienrätin/ Studienrat (1,00)
- A 13 Brandoberamtsrätin/ Brandoberamtsrat (31,00), Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (4,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (2,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (4,00), Brandamtsärztin/ Brandamtsarzt (43,00)
- A 11 Brandamtfrau/ Brandamtman (85,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (7,00)
- A 10 Brandoberinspektorin/ Brandoberinspektor (87,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (6,00)
- A 9 Brandinspektorin/ Brandinspektor (65,00), Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (4,00)
- A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister (1824,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (20,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (3,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Leerstellen (kw) *</b>					
A 14	1,00			0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor Beurlaubt nach § 1 der Verordnung über den Erziehungsurlaub für hamburgische Beamte.</i>
A 10	2,00	1,00	24)	1,00	
A 7/A 8/A 9	10,00			10,00	
A 8	1,50			1,50	
A 6	1,00			1,00	
Summe:	15,50			13,50	

- A 14 Oberbrandrätin/ Oberbrandrat (1,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00)
- A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister (10,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,50)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Andere Amtsstellen</b>					
A 7	10,00			10,00	
Summe:	10,00			10,00	

- A 7 Brandmeisterin/ Brandmeister (10,00)

<b>Einzelplan 8.1</b>	<b>Behörde für Inneres</b>
<b>Kapitel 8550</b>	<b>Feuerlöschwesen und Rettungsdienst</b>

**II. Erläuterungen**

**Übersicht über die Leerstellen**

2004				2003	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a ( 1 )	
A 14	1,00			0,00	Nr. 2	B.Beschl.
A 10	1,00			1,00	Nr. 7	
A 10	1,00	1,00	24)	0,00	Nr. 6	
A 7/A 8/A 9	10,00			10,00		
A 8	0,50			0,50	Nr. 7	
A 8	1,00			1,00	Nr. 6	
A 6	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	15,50			13,50		

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-1,00	30,00	-6,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	23,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	-1,00	30,00	-6,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	22,00	



<b>Einzelplan 8.1</b>	<b>Behörde für Inneres</b>
<b>Kapitel 8550</b>	<b>Feuerlöschwesen und Rettungsdienst</b>

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2004			2003		Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Angestellte</b>						
II a/ I a	0,50			0,50		
I b	1,00			1,00		
III	2,00			2,00		
IV a	11,00			11,00		
V b gD	13,00			12,00		
Richtl. Ang.gD	2,90			2,90		
V b mD	5,00	1,00	25)	5,00		kw: 1,00 VergGr. V b mD nach Beendigung der Blindgängerräumung im Hafengebiet
V c	26,00	1,00	26)	24,00		Freigestelltes Personalratsmitglied
VI b	6,00	1,00	27)	7,00		<b>Vermerk weggefallen</b>
VII	4,50			7,50		
Summe:	71,90			72,90		
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>						
7	7,00	1,00	28)	7,00		Freigestelltes Personalratsmitglied
6	22,00	1,00	29)	22,00		<b>Vermerk weggefallen</b>
5	3,00			3,00		
4	1,00	1,00	30)	2,00		<b>Vermerk weggefallen</b>
Summe:	33,00			34,00		
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>2318,90</b>			<b>2298,90</b>		

<b>Einzelplan 8.1</b>	<b>Behörde für Inneres</b>
<b>Kapitel 8550</b>	<b>Feuerlöschwesen und Rettungsdienst</b>

**II. Erläuterungen****Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
V b g D		1,00							1,00	Unabweisbare Stellenschaffung für neue Aufgabe Betreuung Simain
VI b			-1,00						-1,00	Beendigung der Freistellung
VII			-1,00						-1,00	Einsparung im Intendantzbereich zur Deckung der Absenkung des Personalkostenhaushalts 2003
<i>Summe Angestellte</i>		0,00	1,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>		0,00	0,50	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>		0,00	1,50	-2,50	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
6	-1,00								-1,00	Vollzug kw-Vermerk nach Ausscheiden des Mitarbeiters
4	-1,00								-1,00	Vollzug kw-Vermerk nach Ausscheiden des Mitarbeiters
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter</i>		-2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	1,00	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>		-2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	-1,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>		-3,00	31,50	-8,50	0,00	0,00	0,00	0,00	20,00	

<b>Einzelplan 8.1</b>	<b>Behörde für Inneres</b>
<b>Kapitel 8580</b>	<b>Katastrophenschutz</b>

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
					1,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

**I. Stellenbestand**

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>						
<u>Planstellen</u>						
B 3	1,00			1,00		
A 15	2,00			2,00		
A 13	1,00			1,00		
A 13	4,00			4,00		
A 12	3,00			3,00		
A 11	1,00			1,00		
A 10	1,00	1,00	1)	1,00	kw: 1,00 BesGr. A 10 Brandoberinspektorin/ Brandoberinspektor	
Summe:	13,00			13,00		

- B 3 Leitende Polizeidirektorin/ Leitender Polizeidirektor (1,00)  
A 15 Branddirektorin/ Branddirektor (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)  
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)  
A 13 Erste Polizeihauptkommissarin/ Erster Polizeihauptkommissar (1,00), Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (2,00), Technische Oberamtsrätin/  
Technischer Oberamtsrat (1,00)  
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00), Polizeihauptkommissarin/ Polizeihauptkommissar (1,00)  
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)  
A 10 Brandoberinspektorin/ Brandoberinspektor (1,00)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<u>Leerstellen (kw) *</u>						
A 14	1,00			1,00		
Summe:	1,00			1,00		

- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Angestellte</b>						
III	1,00			1,00		
IX b/VII	0,50			0,50		
Summe:	1,50			1,50		
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>14,50</b>			<b>14,50</b>		

**Einzelplan 8.1**  
**Kapitel 8580**

**Behörde für Inneres**  
**Katastrophenschutz**

## **II. Erläuterungen**

Frei aus redaktionellen Gründen

<b>Einzelplan</b>	<b>8.1</b>	<b>Behörde für Inneres</b>
<b>Kapitel</b>	<b>8590</b>	<b>Landesamt für Verfassungsschutz</b>

	mittlerer Dienst	gehobener Dienst	höherer Dienst	Stellenzahl gesamt
Beamte	35	55,5	7(1)	97,5
Angestellte	29	7	1	37
Summe gesamt	64	62,5	8	134,5
Nachwachskräfte	0	0	0	0
Leerstellen	0	0	0	0

(1) ku nach Freiwerden der Stelle in ORR A 14

Verkürzte Darstellung aus Gründen der Vertraulichkeit der Stellenplandaten

**Einzelplan 8.1**  
**Kapitel 8590**

**Behörde für Inneres**  
**Landesamt für Verfassungsschutz**

## **II. Erläuterungen**

Frei aus redaktionellen Gründen

## Stellenveränderungen zum Stellenplan 2004

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung <sup>*)</sup>
<b>Stellenneuschaffungen</b>				
1	8000	0,25	Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14	für die Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben im Grundsatzreferat durch die Übernahme der Zentralen Erstaufnahme
2	8010	1,00	Regierungsrätin/Regierungsrat A 13	für die fachliche Leitung der Zentralen Erstaufnahme
3	8010	2,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10	für Anhörerinnen/Anhörer in der Zentralen Erstaufnahme
		2,00	Regierungsinspektorin/Regierungsinspektor A 9	
4	8020	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	für die Sachgebietsleitung Unternehmensregister, Gewerbeanzeigenstatistik Handwerksbericht im Statistischen Landesamt
5	8550	5,00	Brandmeisterin/Brandmeister/Hauptbrandmeisterin/Hauptbrandmeister A 7/A 8/A 9	zur Deckung des Stellenbedarfs im Rahmen der Übernahme von Tunnelbetriebswarten
6	8550	3,00	Brandmeisterin/Brandmeister/Hauptbrandmeisterin/Hauptbrandmeister A 7/A 8/A 9	für Rettungsassistentinnen/Rettungsassistenten in der Zentralambulanz für betrunken-hilflose Personen
7	8580	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	für eine Sachbearbeitung in der Abteilung für Katastrophenschutz und Zivile Verteidigung
8	8590	1,00	Beamtin/Beamter (höherer Dienst) <sup>*)</sup>	zur Verstärkung des Landesamtes für Verfassungsschutz zur Beobachtung des militanten Islamismus
		3,00	Beamtin/Beamter (gehobener Dienst) <sup>*)</sup>	
			<sup>*)</sup> verkürzte Darstellung aus Gründen der Vertraulichkeit der Stellenplandaten	
<b>Stellenhebungen</b>				
9	8000	1,00	Oberamtsrätin/Oberamtsrat A 13 nach Regierungsrätin/Regierungsrat A 13	für Grundsatzsachbearbeitung in der Abteilung für öffentliche Sicherheit
10	8000	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	für die Leitung des Prüf-

<sup>\*)</sup> bei Stellenhebungen und sonstigen Stellenveränderungen soweit Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und höher sowie der Besoldungsordnungen B, C und R oder Stellen der Vergütungsgruppe IV a und höher betroffen sind

			nach Amtsrätin/Amtsrat A 12	teams „Korruptionsbekämpfung“ in der Innenrevision
11	8000	2,00	Regierungsrätin/Regierungsrat A 13 nach Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14	Anpassung an die Stellenrelation des Besoldungsrechts
12	8020	1,00	Regierungsobersekretärin/Regierungsobersekretär A 7 nach Regierungshauptsekretärin/Regierungshauptsekretär A 8	
13	8500	100,00	Polizeimeisterin/Polizeimeister/Polizeihauptmeisterin/ Polizeihauptmeister A 7/A 8/A 9 nach Polizeikommissarin/Polizeikommissar A 9	
14	8500	28,00	Polizeianwärterin/Polizeianwärter Nachwuchs mD nach Polizeioberwachtmeisterin/Polizeioberwachtmeister A 5	
15	8500	1,00	Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar A 11 nach Polizeiberrätin/Polizeiberrat A 14	für die Leitung bzw. stellvertretende Leitung von Polizeikommissariaten
16	8500	1,00	Kriminalhauptkommissarin/Kriminalhauptkommissar A 11 nach Kriminaloberrätin/Kriminaloberrat A 14	für die Leitung bzw. stellvertretende Leitung von Polizeikommissariaten
17	8500	2,00	Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar A 11 nach Polizeirätin/Polizeirat A 13	für die Leitung bzw. stellvertretende Leitung von Polizeikommissariaten
18	8500	2,00	Kriminalhauptkommissarin/Kriminalhauptkommissar A 11 nach Kriminalrätin/Kriminalrat A 13	für die Leitung bzw. stellvertretende Leitung von Polizeikommissariaten
19	8500	2,00	Regierungsrätin/Regierungsrat A 13 nach Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14	Anpassung an die Stellenrelation des Besoldungsrechts
20	8500	1,00	Polizeiberrätin/Polizeiberrat A 14 (Leerstelle)	gemäß VV zu §§ 50 a und 115 LHO



			nach Polizeidirektorin/Polizeidirektor A 15 (Leerstelle)	
21	8550	2,00	Brandmeisterin/Brandmeister/Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister A 7/A 8/A 9  nach Brandoberinspektorin/Brandoberinspektor A 10	
22	8550	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11  nach Amtsrätin/Amtsrat A 12	für eine Abschnittsleitung im Landesamt für Verfas- sungsschutz

### Sonstige Stellenveränderungen

23	8000	1,00	Angestellte/Angestellter I b  in Regierungsrätin/Regierungsrat A 13	aus personalwirtschaftli- chen Gründen
24	8500	2,00	Wissenschaftliche Angestellte/Wissenschaftlicher Angestellter I b  in Wissenschaftliche Rätin/Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst A 13	aus personalwirtschaftli- chen Gründen
25	8500	1,00	Wissenschaftliche Angestellte/Wissenschaftlicher Angestellter II a  in Wissenschaftliche Rätin/Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst A 13	aus personalwirtschaftli- chen Gründen
26	8500	1,00	Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar (WS) A 12  in Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar A 12	für eine spartengerechte Stellenausweisung
27	8500	4,00	Polizeihauptkommissarin/Polizeihauptkommissar A 11  in Kriminalhauptkommissarin/Kriminalhauptkommissar A 11	für eine spartengerechte Stellenausweisung
28	8500	2,00	Polizeikommissarin/Polizeikommissar A 9  in Kriminalkommissarin/Kriminalkommissar A 9	
29	8500	2,00	Polizeikommissarin/Polizeikommissar (WS) A 9  in Polizeikommissarin/Polizeikommissar A 9	
30	8500	1,00	Polizeimeisterin/Polizeimeister/Polizeihauptmeisterin/	

Polizeihauptmeister (WS) A 7/A 8/A 9

in

Polizeimeisterin/Polizeimeister/Polizeihauptmeisterin/  
Polizeihauptmeister A 7/A 8/A 9

- 31 div. Im Zusammenhang mit der Auflösung des Ermächtigungsrahmens Z 61 „Zuwanderung“ werden folgende Haushaltsvermerke an Stellen in den Kapiteln der Einzelpläne und der Wirtschaftspläne aufgehoben:
- kw nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/Aussiedlern, Asylbewerberinnen/Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen
  - kw nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/Aussiedlern, Asylbewerberinnen/Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen – Altbestand –
  - kw nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/Aussiedlern, Asylbewerberinnen/Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen – nicht Z61 finanziert –
  - kw nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/Aussiedlern, Asylbewerberinnen/Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen (Zuschuss Kapitel 4700 / Z61)
  - kw nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/-lern, Asylbewerberinnen/-bern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßn. (Zuschussfinanzg. Kap. 4700/ Betriebskto. Z 61)
- Hiervon ausgenommen sind nachstehend aufgeführte Stellen:
- 32 8010 1,00 Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11  
1,00 Amtsinspektorin/Amtsinspektor A 9  
3,00 Regierungshauptsekretärin/Regierungshauptsekretär A 8  
11,00 Angestellte/Angestellter V c
- Der Haushaltsvermerk „kw nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/Aussiedlern, Asylbewerberinnen/Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen“ wird geändert in „kw nach Beendigung des Kontraktes „Beschleunigte Rückführung von Asylbewerberinnen/Asylbewerbern““.
- 33 8010 1,00 Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11  
3,00 Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10  
2,00 Regierungsinspektorin/Regierungsinspektor A 9  
4,00 Regierungshauptsekretärin/Regierungshauptsekretär A 8  
1,00 Angestellte/Angestellter IV b  
1,00 Angestellte/Angestellter V b  
5,00 Angestellte/Angestellter VI b
- Der Haushaltsvermerk „kw nach Beendigung der mit der beschleunigten Unterbringung von Aussiedlerinnen/Aussiedlern, Asylbewerberinnen/Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Maßnahmen“ wird geändert in „kw nach Beendigung der Maßnahme „Beschleunigte Rückführung in die Bundesrepublik Jugoslawien“, spätestens zum 30.06.2005“.

# Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für das Haushaltsjahr 2004

## Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Verkehr (§ 26 Abs. 1 LHO)

zugleich auch als Erläuterung zu dem Titel  
8000.121.02 Ablieferung des Landesbetriebes Verkehr

### Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Die Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan durch Minderausgaben bei Investitionen bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft, wenn im laufenden Wirtschaftsjahr auf die Durchführung einer Investitionsmaßnahme mit Gesamtkosten von über 500 Tsd. EUR verzichtet werden soll.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250 Tsd. EUR steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250 Tsd. EUR übersteigen.
4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
5. Die Verwendung nicht veranschlagter Einnahmen aus der Abgabe von Grundstücken bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft.

Anlage 2.1

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	in Tsd EUR		
1	2	3	4
<b>A. Erfolgsplan</b>			
<b><u>Erträge</u></b>			
<b>1. Umsatzerlöse</b>			
520 Fahrerlaubnisgebühren	3.073	2.631	2.468
524 Gebühren für Genehmigungen und Ausnahmen	1.868	1.853	1.706
527 Bußgelder Fahrschulbereich	4	4	1
528 Einnahmen für Führungszeugnisse	19	21	19
530 Kfz-Zulassungsgebühren	13.000	13.317	12.851
539 Erstattungen für Dienstleistungen der Kfz-Zulassungsstellen	535	535	535
540 TP-Technik (umsatzsteuerpflichtig)	4.844	5.283	4.673
541 TP-Verwaltungsgebühren (nicht steuerbar)	185	220	185
542 TP-Gutachten Ausland (nicht steuerbar)	81	69	81
545 Fahrerlaubnisprüfungsgebühren, theoret. Prüfungen	340	426	394
546 Fahrerlaubnisprüfungsgebühren, prakt. Prüfungen	2.216	2.217	2.216
550 Erstattungen für TKZ-Leistungen	2.208	1.948	1.868
551 Erstattungen für TKZ-Kfz-Beschaffungen	41	40	39
<b>Summe 1.</b>	<b>28.414</b>	<b>28.564</b>	<b>27.036</b>
<b>2. Bestandsveränderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen</b>			
...	-	-	-
<b>Summe 2.</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>3. Andere aktivierte Eigenleistungen</b>			
...	-	-	-
<b>Summe 3.</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>4. Sonstige betriebliche Erträge</b>			
560 Mieterträge	262	259	255
561 Empfangene Schadenersatzleistungen	5	5	12
562 Einnahmen aus Mahnkosten	14	15	14
563 Erträge aus dem Abgang des Anlagevermögens	1	1	0
565 Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen und Rückstellungen	5	5	367
566 Kassenüberschüsse	0	0	2
568 Übrige sonstige Erträge	14	14	257
569 Periodenfremde Erträge (soweit nicht außerordentlich)	6	6	74
<b>Summe 4.</b>	<b>307</b>	<b>305</b>	<b>981</b>
<b>5. Zinserträge und ähnliche Erträge</b>			
570 Zinserträge	297	313	221
579 Erträge aus Kursdifferenzen	0	0	0
<b>Summe 5.</b>	<b>297</b>	<b>313</b>	<b>221</b>

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	in Tsd EUR		
1	2	3	4
<b>6. Außerordentliche Erträge</b>			
... Gewährleistung der Versorgungszusagen durch die FHH	-	-	-
567 Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Zusatzversorgung nach Ruhegeldrecht	0	0	0
580 Außerordentliche Erträge i. S. d. BiRiLiG	-	-	-
<b>Summe 6.</b>	0	0	0
<b><u>Gesamterträge</u></b>	29.018	29.182	28.238

Anlage 2.1

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	in Tsd EUR		
1	2	3	4
<b>A. Erfolgsplan</b>			
<b><u>Aufwendungen</u></b>			
<b>1. Materialaufwendungen</b>			
<b>1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und für bezogene Waren</b>			
601 Prüf- und Zulassungsplaketten	498	281	277
602 Führerscheine	355	0	266
603 sonstige Vordrucke	138	452	139
604 Kfz-Ersatzteile TKZ	821	777	780
606 Kleinwerkzeuge	4	11	2
608 Motoröl für AU	1	1	1
609 Propangas (LBV 42)	1	1	0
<b>Summe 1.1</b>	<b>1.818</b>	<b>1.523</b>	<b>1.465</b>
<b>1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen</b>			
621 Bezogene Leistungen für Kfz-Zulassungen/Großkunden	1.725	1.363	1.285
<b>Summe 1.2</b>	<b>1.725</b>	<b>1.363</b>	<b>1.285</b>
<b>Summe 1.</b>	<b>3.543</b>	<b>2.886</b>	<b>2.750</b>
<b>2. Personalaufwand</b>			
<b>2.1 Gehälter und Löhne</b>			
630 Beamtenbezüge	2.373	2.501	2.241
631 Angestelltenvergütungen	10.408	10.531	10.555
632 Arbeiterlöhne	886	891	851
635 Altersteilzeitrückstellungen (Zuführung)	268	336	0
639 Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	125	6	138
<b>Summe 2.1</b>	<b>14.060</b>	<b>14.265</b>	<b>13.785</b>
<b>2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung</b>			
641 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	2.155	2.180	2.146
642 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeiter	191	192	173
643 Beiträge zur Landesunfallkasse	33	33	33
644 Versorgungsaufwendungen - Beamte	657	656	654
645 Versorgungsaufwendungen - Angestellte	629	611	624
646 Versorgungsaufwendungen - Arbeiter	18	18	18
647 Pensionsrückstellung (Zuführung)	200	174	539
648 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	149	110	167
<b>Summe 2.2</b>	<b>4.032</b>	<b>3.974</b>	<b>4.354</b>
<b>Summe 2.</b>	<b>18.092</b>	<b>18.239</b>	<b>18.139</b>

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	in Tsd EUR		
1	2	3	4
<b>3. Abschreibungen auf Anlagevermögen</b>			
650 Abschreibungen auf immaterielle Wirtschaftsgüter (o. GWG)	170	240	170
651 Abschreibungen auf Gebäude und Außenanlagen (o. GWG)	476	547	476
652 Abschreibungen auf Maschinen u. Anlagen (ohne GWG)	149	187	149
653 Abschreibungen auf andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung (ohne GWG)	611	509	611
658 geringwertige Wirtschaftsgüter / IuK Hard- u. Software	8	8	0
659 übrige geringwertige Wirtschaftsgüter	45	60	30
<b>Summe 3.</b>	<b>1.459</b>	<b>1.551</b>	<b>1.436</b>
<b>4. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			
<b>4.1 Personalbedingte Aufwendungen</b>			
661 Dienstkleidung (Beschaffung und Reinigung)	16	16	17
662 Fahrt- u. Flugkosten, Kilometerentschädigungen	63	71	63
664 Reiseverpflegungs- und Übernachtungskosten	8	20	8
665 Aus- und Fortbildung	122	163	68
667 Trinkwasser für Wasserspender	10	10	10
669 übrige sonstige Personalaufwendungen	5	15	1
<b>Summe 4.1</b>	<b>224</b>	<b>295</b>	<b>167</b>
<b>4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung</b>			
670 Miete für Räume und Grundstücke	684	536	446
671 Miete für Fahrzeuge	1	7	0
672 Miete für Maschinen und Geräte	51	46	42
673 Strom, Wasser, Fernwärme, Heizöl, Notstromkraftstoff	248	226	226
674 Bewirtschaftung, Grundstück und Gebäude	320	238	325
675 Kosten für Entsorgung und Müllabfuhr	32	32	32
679 Instandhaltung Grundstück und Gebäude	232	203	172
680 Instandhaltung Maschinen u. Anlagen (außer BGA u. IuK)	63	60	63
681 Instandhaltung Betriebs- u. Geschäftsausstattung	56	50	45
682 Instandhaltung u. Wartung IuK-Geräte u. Software	182	308	191
689 Unterhaltung der eigenen Dienstkraftfahrzeuge	16	16	17
<b>Summe 4.2</b>	<b>1.885</b>	<b>1.722</b>	<b>1.559</b>

**Anlage 2.1**

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	in Tsd EUR		
1	2	3	4
<b>4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb</b>			
700 Büromaterial	63	57	62
701 optische Belegarchivierung	290	290	284
703 Verbrauchsmaterial IuK-Technik	80	60	69
705 Leitungs- und Rechenzentrumskosten	695	722	658
710 Bücher, Zeitschriften und andere Medien	83	77	85
711 Porto- u. Postzustellkosten	300	290	289
712 Telefon- u. ähnliche Fernmeldekosten	230	200	233
713 Gerichts- und ähnliche Kosten	1	1	2
720 Kosten des Geldverkehrs	52	38	45
725 Abschlusskosten	36	49	36
727 Beratungskosten	29	9	145
730 Versicherungsbeiträge, Umlage Kfz.-Schäden	19	19	4
735 Mitgliedsbeiträge	64	64	64
740 Kundeninfo., Öffentlichkeitsarbeit (o. Werbeartikel)	70	92	54
741 Werbeartikel	15	58	15
746 Gästebewirtung und Repräsentation	13	3	3
780 Verwaltungskostenerstattung	116	265	208
789 Verschiedene Ausgaben / sonstige Verwaltungskosten	31	21	41
<b>Summe 4.3</b>	2.187	2.315	2.297
<b>4.4 Übrige sonstige Aufwendungen</b>			
790 Schadenersatzleistungen	14	14	13
791 Verluste a. d. Abgang v. Gegenständen d. Anlagevermögens	4	5	4
796 Kassenfehlbeträge	5	1	5
797 Abschreibungen auf Forderungen	511	511	617
799 Periodenfremde Aufwendungen (soweit nicht außerordentlich)	104	96	104
<b>Summe 4.4</b>	638	627	743
<b>Summe 4.</b>	4.934	4.959	4.766
<b>5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen</b>			
850 Zinsaufwendungen	0	0	0
859 Aufwendungen aus Kursdifferenzen	0	0	0
<b>Summe 5.</b>	0	0	0
<b>6. Außerordentliche Aufwendungen</b>			
860 Außerordentliche Aufwendungen i.S.d. BiRiLiG	0	0	0
<b>Summe 6.</b>	0	0	0
<b>7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>			
870 Gewerbesteuer	0	0	0
871 Körperschaftssteuer	0	0	0
872 Kapitalertragsteuer	0	0	0
<b>Summe 7.</b>	0	0	0



Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	in Tsd EUR		
1	2	3	4
<b>8. Sonstige Steuern</b>			
802 Grundsteuer	7	7	7
803 Kraftfahrzeugsteuer	3	3	2
<b>Summe 8.</b>	10	10	9
<b><u>Gesamtaufwendungen</u></b>	28.038	27.645	27.100
<b><u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u></b>	980	1.537	1.138

Anlage 2.1

Kontenbezeichnung	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis
	2004	2004	2003	2003	2002
in Tsd EUR					
1	2	3	4	5	6
<b>B. Finanzierungsplan</b>					
<b>I. <u>Finanzbedarf</u></b>					
<b>1. Investitionen</b>					
027 EDV Software	375		248		93
051 Bebaute Grundstücke	0		0		0
053 Gebäude	5		0		0
055 Einbauten in Gebäuden	0		15		38
058 Außenanlagen	149		0		1
070 Maschinen und Anlagen	83		71		1
080 Betriebs- u. Geschäftsausstattung (ohne IuK-Hardware)	120		66		25
081 IuK-Hardware	303		628		73
084 Fahrzeuge	15		10		0
658 IuK-Hard- u. Software GWG	8		8		0
659 übrige Geringwertige Wirtschaftsgüter	45		60		30
<b>Summe 1.</b>	1.103		1.106		261
<b>2. Sonstiger Finanzbedarf</b>					
... Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs	367		0		1.411
336 Ablieferung an den Haushalt	969		1.982		1.269
902 Gewinn- u. Verlustkonto	0		0		0
<b>Summe 2.</b>	1.336		1.982		2.680
<b><u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u></b>	2.439		3.088		2.941
<b>II. <u>Deckungsmittel</u></b>					
902 Gewinn- u. Verlustkonto	980		1.537		1.138
... Abschreibungen (inkl. GWG)	1.459		1.551		1.436
... Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	0		0		0
... Investitionszuschuss aus dem Haushalt (Titel ....)	-		-		-
... Betriebszuschuss aus dem Haus- halt (Titel ....)	-		-		-
<b><u>Summe Deckungsmittel</u></b>	2.439		3.088		2.574
<b>III. <u>Noch verfügbare Deckungsmittel (+)</u></b>	0		0		0
<b><u>Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)</u></b>	0		0		367

## Wirtschaftsplan 2004 des Landesbetriebes Verkehr

### ERLÄUTERUNGEN

**Vorbemerkung** : Entsprechend Nr. 3 der Verwaltungsvorschriften für die Landesbetriebe zu §§ 26 (1 u. 4), 74, 85 Nr. 3 und 87 LHO bucht der Landesbetrieb Verkehr (LBV) nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung und richtet sich hierbei nach der Struktur des Industriekontenplans, der die Wirtschaftsführung wegen einer größeren Feingliederung erleichtert.

#### A. Erfolgsplan

##### Erträge

##### 1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse sind für das Jahr 2004 mit **28.414 Tsd. EUR um 150 Tsd. EUR** niedriger als im Wirtschaftsplan 2003 veranschlagt. Die Veranschlagung berücksichtigt die Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres 2002.

Die erwarteten Veränderungen gegenüber dem Vorjahresansatz ergeben sich insbesondere aus folgenden Ertragskonten:

		in Tsd. EUR
• Konto 520	<b>Fahrerlaubnisgebühren</b> Anpassung an das Ergebnis 2002. Mehr in 2004 durch Erstaussgabe der Fahrerkarte (personenbezogene Fahrerkarte für LKW-Fahrer, anstatt Tachoscheibe) und Verlängerung der Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung sowie Gebührenerhöhungen	442
• Konto 530	<b>Kfz-Zulassungsgebühren</b> Weniger durch Anpassung an das Ergebnis 2002 (- 767 Tsd. EUR). Mehr in 2004 durch Verkauf von Klebesiegeln (+ 450 Tsd. EUR)	- 317
• Konten 540, 541, 542	<b>TP-Technik (umsatzsteuerpflichtig), TP-Verwaltungsgebühren (nicht steuerbar), TP-Gutachten Ausland (nicht steuerbar)</b> Weniger durch Anpassung an das Ergebnis 2002 wegen des Fallzahlenrückgangs (u.a. Verlust von Großkunden) unter Berücksichtigung von Mehrerträgen aus Gebührenerhöhungen ab 01.09.2002	- 462
• Konten 545, 546	<b>Fahrerlaubnisprüfungen, theoretische und praktische</b> Weniger infolge des Wegfalls von Mini-Disk-Prüfungen und Dolmetscherprüfungen durch die Einführung theoretischer FE-Prüfungen am PC	- 87
• Konto 550	<b>Erstattungen für FS-LBV-Leistungen</b> Anpassung an das Ergebnis 2002. Mehr in 2004 durch Vertriebsaktivitäten. (Die im Ergebnis enthaltenen Erträge für den Materialaufwand sind als Aufwand im Konto 604 veranschlagt.)	260

Die übrigen Ansätze der Umsatzerlös-Konten im Wirtschaftsplan 2004 unterscheiden sich von den Ansätzen im Wirtschaftsplan 2003 nur unwesentlich.

## 2. Sonstige betriebliche Erträge, Zins- und außerordentliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge entsprechen etwa den Ansätzen für das Jahr 2003.

Die Zinserträge sind aufgrund der Anpassung an das Ergebnis 2002 etwas geringer als im Wirtschaftsplan 2003 veranschlagt.

Es wurden wie im Wirtschaftsplan 2003 keine außerordentlichen Erträge veranschlagt.

## 3. Entwicklung der Gesamterträge

Die veranschlagten Gesamterträge in Höhe von 29.018 Tsd. EUR sind um 164 Tsd. EUR (= 0,56%) niedriger als die Vorjahresansätze in Höhe von 29.182 Tsd. EUR.

## Aufwendungen

### 1. Materialaufwand

- Konten 601 - 621:

Der Materialaufwand ist für das Jahr 2004 um 657 Tsd. EUR höher veranschlagt als im Wirtschaftsplan 2003. Der Mehraufwand ergibt sich hauptsächlich durch:

- Konten 601 (Prüf- und Zulassungsplaketten): für die Einführung von Klebesiegeln, die daraus entstehenden Erträge sind in den Umsatzerlöskonten 524, 530 und 540 veranschlagt.
- Konten 602 (Führerscheine) u. 603 (sonstige Vordrucke): Der Aufwand für die Führerscheinvordrucke werden ab 2002 in dem neuen Konto 602 verbucht. Enthalten sind in der Veranschlagung für 2004 Vordrucke für die Fahrerkarte (75 TEUR). Auf dem Konto 603 wird der Aufwand für die übrigen Vordrucke verbucht.
- Konto 604 (Kfz-Ersatzteile FS-LBV): im Zusammenhang mit der Ertragssteigerung (s. Konto 550).
- Konto 621: Bezogene Leistungen für Kfz-Zulassungen/Großkunden  
Der veranschlagte Mehraufwand für die Fremdleistungen zur Abwicklung des Großkundengeschäftes entsteht hauptsächlich durch die Änderung der vertraglichen Vereinbarung mit einem Großkunden.

### 2. Personalaufwendungen

Der Minderaufwand gegenüber 2003 beträgt 147 Tsd. EUR. Dieser ergibt sich insbesondere aus folgenden Sachverhalten:

#### 2.1 Gehälter und Löhne

- Konten 630 - 639:

Der Minderaufwand gegenüber dem Ansatz 2003 beträgt 205 Tsd. EUR.

Berücksichtigt wurden:

- Besoldungs-/Tarifanpassungen für die Jahre 2003 und 2004 sowie Rückstellungen für Altersteilzeit.
- Für 2004 sind Personaleinsparungen aus Vakanzen in Höhe von 455 Tsd. EUR (Konto 631) zuzüglich des entsprechenden Minderaufwandes bei den Arbeitgeberanteilen (Konto 641) und Verwaltungskostenersatzungen (Konto 780) sowie die restriktive teilweise Nachbesetzung der durch Freistellungen im Rahmen der Altersteilzeit betroffenen Stellen veranschlagt.
- Ein Mehrbedarf von 1,5 Stellen durch die Übernahme der Rechtsberatung und Widerspruchssachbearbeitung von der Polizei ab 01.01.2004.
- Ein Mehrbedarf von 2 Stellen durch den Übergang der Personalaktenführung von der Polizei auf den LBV ab 01.01.2003
- Ein Mehrbedarf entsteht im Konto 639 (Sonstiger Aufwand mit Lohn- und Gehaltscharakter) im Zusammenhang mit der Erstaussgabe der Fahrerkarte durch die Führerscheinstellen (siehe auch Erlös-konto 520).

## 2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung

- Konten 641 – 648:

Es besteht ein Mehraufwand gegenüber 2003 von 58 Tsd. EUR.  
Die Arbeitgeberanteile für die Sozialversicherung (Konten 641 und 642) sind entsprechend den Gehältern und Löhnen und der übrige Aufwand für Versorgung, Rückstellungen und Beiträge entsprechend den Verwaltungsvorschriften für Landesbetriebe nach den Vorgaben der Finanzbehörde veranschlagt.  
Die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen (Konto 647) wird aufgrund eines externen versicherungsmathematischen Gutachtens berechnet. Der Zuführungsbetrag 2002 resultiert aus der Berechnung mit, vom Personalamt, korrigierten ruhegeldfähigen Bezügen (einmaliger Effekt). Der Zuführungsbetrag für 2004 wird auf 200 Tsd. EUR geschätzt.

## 3. Abschreibungen auf Anlagevermögen

- Konten 650 – 659:

Die Abschreibungen sind gegenüber dem Ansatz 2003 um 92 Tsd. EUR reduziert. Das Konto immateriellen Wirtschaftsgütern (Konto 650) wurde an das Ergebnis 2002 angepasst, zzgl. einem Mehrbedarf durch neu investierte EDV-Programme. Ein Mehrbedarf entsteht im Konto 659 (Übrige geringwertige Wirtschaftsgüter) für die Erstausrüstung der geplanten Standortverlagerung Bergedorf zu Beginn 2005. Die Abschreibungswerte bei den übrigen Abschreibungskonten reduzieren sich durch abgelaufene Abschreibungen insbesondere bei den Sachanlagen.

## 4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

- Konten 661 - 799:

Es besteht ein Minderaufwand gegenüber 2003 von 25 Tsd. EUR. Der Mehr- bzw. Minderaufwand setzt sich wie folgt zusammen :

Konten 661 - 669 Personalbedingte Aufwendungen	Tsd. EUR	-	71
Konten 670 - 689 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung	Tsd. EUR		163
Konten 700 - 789 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb	Tsd. EUR	-	128
Konten 790 - 799 Übrige sonstige Aufwendungen	Tsd. EUR		11

Die Abweichungen zum Vorjahresansatz ergeben sich hauptsächlich für:

- Miete für Räume und Grundstücke (Konto 670): Mehrbedarf hauptsächlich durch eine um ca. 114 Tsd. EUR erhöhte Kostenmiete für die ab 2003 beginnende Verzinsung des vom Vermieter eingesetzten Kapitals zur Sanierung des Hauses A im LBV HH-Mitte in 1996/97.
- Instandhaltung und Wartung IuK-Geräte und Software (Kto. 682): Minderaufwand in Höhe von 126 Tsd. EUR durch die Anpassung des Ansatzes an das Ergebnis 2002, verursacht durch den restriktiven Abschluss von Wartungsverträgen und dem Einsatz von betriebssicheren IuK-Geräten.
- Verwaltungskostenerstattung (Kto. 780): Minderaufwand in Höhe von insgesamt 149 Tsd. EUR, hauptsächlich für die Übernahme der Dienstleistungen der Personalverwaltung der LPV 4 und der Rechtsberatung und Widerspruchsbearbeitung von der Polizei durch den LBV.

## 5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen

- Konten 850 und 859:

Zinsaufwand entsteht nicht.

## 6. Außerordentliche Aufwendungen

- Konto 860:

Aufwendungen für außergewöhnliche Geschäftstätigkeiten i. S. des BiRiLiG werden nicht erwartet.

## 7. Steuern von Einkommen und Ertrag

- Konten 870, 871 und 872:

## **Anlage 2.1**

Seit dem 01.07.1999 besteht für den Produktbereich Technische Prüfstelle für die Begutachtung und Prüfung von Fahrzeugen (s. Konto 540) Umsatzsteuerpflicht. Die hierdurch in den Jahren 1999 – 2002 entstandenen Verlustvorträge können auf die Folgejahre vorgetragen werden, so dass eine Veranschlagung für Steuern von Einkommen und Ertrag (Gewerbesteuern, Körperschafts- und Kapitalertragssteuern ) im Jahre 2004 nicht anfällt.

### **8. Sonstige Steuern**

- Konten 802 und 803:

Die Ansätze entsprechen denen des Vorjahres.

### **9. Entwicklung der Gesamtaufwendungen**

Die veranschlagten Gesamtaufwendungen in Höhe von 28.038 Tsd. EUR übersteigen die Vorjahresansätze von insgesamt 27.645 Tsd. EUR um 393 Tsd. EUR (1,42 %).

### **Jahresüberschuss**

Der Jahresüberschuss wird 2004 insgesamt 980 Tsd. EUR (nach Steuern) betragen. Damit wird er um 557 Tsd. EUR niedriger sein, als im Wirtschaftsplan 2003 veranschlagt.

## B. Finanzierungsplan

### I. Finanzbedarf

#### 1. Investitionen

- Konten 027 - 659

Die Investitionen sind gegenüber dem Ansatz 2003 um 3 Tsd. EUR niedriger veranschlagt. Die Investitionsschwerpunkte liegen bei:

- Konten 027 und 081: Veranschlagt sind u.a. Beschaffungen für Hard- und Software im Zusammenhang mit der geplanten digitalen Übermittlung der Führerscheinanträge an die Bundesdruckerei (Projekt DIGANT FS, insgesamt 130 Tsd. EUR) sowie erforderliche Beschaffungen für sämtliche EDV-Anwendungen im LBV. Diese IuK-Investitionen haben sich gegenüber dem Vorjahresansatz um 198 Tsd. EUR reduziert.
- Konto 058 (Außenanlagen): Veranschlagt ist ein Betrag zur Sanierung der verkehrgefährdenden Versetzungen der Hoffläche am Standort HH-Mitte in Höhe von 149 Tsd. EUR (Geschätzte Gesamtkosten: 600 Tsd EUR).

<b>Investitionsbedarf insgesamt</b>	Tsd. EUR	1.103
-------------------------------------	----------	-------

#### 2. Sonstiger Finanzbedarf

- |  |          |     |
|--|----------|-----|
| • Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs | Tsd. EUR | 367 |
| • Ablieferung an den Haushalt                            | Tsd. EUR | 969 |

<b>Gesamter Finanzbedarf</b>	<b>Tsd. EUR</b>	<b>2.439</b>
------------------------------	-----------------	--------------

### II. Deckungsmittel

Als Deckungsmittel stehen zur Verfügung:

- |                    |          |       |
|--------------------|----------|-------|
| • Jahresüberschuss | Tsd. EUR | 980   |
| • Abschreibungen   | Tsd. EUR | 1.459 |

Verbleibt ein nicht gedeckter Finanzbedarf in Höhe	Tsd. EUR	0
--	----------	---

<b>Summe insgesamt</b>	<b>Tsd. EUR</b>	<b>2.439</b>
------------------------	-----------------	--------------

## LAGEBERICHT

### 1. Sitz und Aufgaben des Landesbetriebes

Der Landesbetrieb Verkehr (LBV) wurde durch Senatsbeschluss vom 6.8.1996 (Drucksache 15/5848) mit Zustimmung der Bürgerschaft zum 1. Januar 1997 als ein Dienstleistungsunternehmen für die Wahrnehmung der Aufgaben zur Prüfung und Zulassung von Menschen und Fahrzeugen für den Straßenverkehr gegründet. Der LBV wird als Betrieb nach § 26 Landeshaushaltsordnung geführt.

Der LBV hat seinen Hauptsitz in Hamburg-Mitte am Ausschläger Weg 100 sowie weitere Standorte in HH-Bergedorf (Brookdeich 26), in HH-Harburg (Großmoordamm 61), in HH-Langenhorn (Langenhorner Chaussee 491) und in HH-Alsterdorf (Bruno-Georges-Platz 1, nur Fahrzeugservice).

Organisatorisch ist der LBV nach Produktbereichen gegliedert :

- 1 Betriebswirtschaftliche Steuerung
- 2 Führerschein; straßenverkehrsbehördliche Erlaubnisse und Ausnahmegenehmigungen
- 3 Kfz-Zulassung
- 4 Technische Prüfstelle
- 5 Fahrzeug-Service LBV

An den Standorten werden folgende Dienstleistungen angeboten:

- Erteilung, Entziehung, Versagung und Beschränkung von Fahrerlaubnissen und Fahrerlaubnissen zur Fahrgastbeförderung
- Ausstellung von Internationalen Führerscheinen und Umtausch von EU-Führerscheinen
- Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach StVO (Sonntagsfahrverbot, Halten und Parken), StVZO, FeV und Genehmigung von Großraum- und Schwertransporten (alles nur in Mitte)
- An-, Um- und Abmeldung sowie Wiederezulassung von Kraftfahrzeugen
- Erteilung von Fahrzeugbriefen und -scheinen inkl. Ersatzdokumenten
- Begutachtung und Prüfung von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen (HU, AU, SP),
- Durchführung von Führerscheinprüfungen (Theorie und Praxis)
- Wartung, Service, Inspektion und Reparatur von Behörden- und Sonderfahrzeugen

Die wichtigsten Kennzahlen der Produktbereiche 2 - 5 (PB 2 - 5) entwickelten sich wie folgt:

Dienstleistungen / Jahr	2002	2001	2000
<b>PB 2: Führerschein</b>			
Erstanträge	16.775	16.819	16.543
Ersatzausstellungen	10.567	9.875	8.759
Fahrerlaubnisse zur Fahrgastbeförderung.	908	2.957	3.567
Internationale Fahrerlaubnisse	7.512	7.959	8.715
EU-Führerscheinumtausch (ab 1999)	20.196	26.439	42.785
<b>PB 24: Verkehrsrechtliche Erlaubnisse</b>	43.728	43.680	40.600
<b>PB 3: Kfz-Zulassung</b>			
Fahrzeugbestand	1.008.332	1.006.123	999.783
Zulassungen**	298.970	314.919	328.971
Stilllegungen**	323.722	324.047	359.007
Umkennzeichnungen**	42.000	20.202	17.219
Kurzkennzeichen**	35.573	36.355	36.395
Ausfuhrkennzeichen**	15.126	19.175	16.294
<b>PB 4: Technische Prüfstelle</b>			
Hauptuntersuchungen*	88.486	101.090	112.692
Abgasuntersuchungen*	29.775	33.240	36.838
Fahrzeugbegutachtungen	18.001	23.856	29.637
Fahrprüfungen (Theorie)	26.160	25.963	25.001
Fahrprüfungen (Praxis)	31.230	30.532	29.800
<b>PB 5: Fahrzeugservice</b>			
Zu betreuende Behörden-Fahrzeuge	3.728	3.686	3.512
davon Polizeifahrzeuge	1.516	1.471	1.293

\*nur Erstuntersuchungen

\*\* die Fallzahlen 2000 wurden aufgrund einer Statistikumstellung aus einer Selbstaufschreibung entnommen



## 2. Geschäftsanweisung

Die Geschäftsanweisung des Landesbetriebes wurde mit Datum vom 21.11.2002 neu erlassen. Sie enthält u.a. Regelungen über den Geschäftsbetrieb, die Unternehmensziele und die Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsgremium einschließlich seiner Zusammensetzung.

Zusätzlich hat sich das Aufsichtsgremium in seiner Sitzung am 22.11.2002 eine Geschäftsordnung gegeben.

## 3. Unternehmensziele

Die Unternehmensziele wurden in § 3 der Geschäftsanweisung wie folgt festgelegt :

- Optimale Versorgung der Bevölkerung /gewerblichen Kunden mit Dienstleistungen
- Ausrichtung der Dienstleistungen am Markt
- Befriedigung der Kundenbedürfnisse in Orientierung am wirtschaftlichen Nutzen
- Förderung der Beschäftigten zur Dienstleistungsorientierung und -erfüllung
- Erreichung einer angemessenen Wirtschaftlichkeit bezüglich des eingesetzten Kapitals auch durch Bildung von Kooperationen

## 4. Erläuterungen zum Verlauf des Geschäftsjahres 2002

### 4.1 Änderungen im Bestand der zum Betrieb gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte

Im Jahre 2002 haben sich keine weiteren Veränderungen ergeben.

### 4.2 Stand der Anlagen im Bau

Größere Bauvorhaben wurden im Jahre 2002 ebenfalls nicht begonnen.

### 4.3 Zustandekommen des Jahresüberschusses

Das Geschäftsjahr 2002 weist einen Jahresüberschuss von 1.138 Tsd. EUR aus, der sich aus den Gesamterträgen von 28.238 Tsd. EUR und den Gesamtaufwendungen von 27.100 Tsd. EUR ergibt. Der Jahresüberschuss liegt um 131 Tsd. EUR niedriger als der festgelegte Ablieferungsbetrag. Dies resultiert vorrangig aus deutlichen Erlösrückgängen, die nur teilweise durch Aufwandsreduzierungen kompensiert werden konnten.

### 4.4 Bilanz

#### Passiva

Die Bilanz 2002 weist ein Eigenkapital in Höhe von insgesamt 10.210.569,08 EUR aus. Es ist um 131.280 EUR niedriger als im Vorjahr.

Da der Jahresüberschuss 2002 (= 1.138 Tsd. EUR) um 131 Tsd. EUR niedriger war als der vorher festgelegte Ablieferungsbetrag an den Haushalt (= 1.269 Tsd. EUR), reduzierte sich die Gewinnrücklage um diesen Betrag.

Per 31.12.2002 setzt sich das Eigenkapital wie folgt zusammen :

das Grundkapital	7.163.834,64 EUR
die Kapitalrücklage	2.553.336,67 EUR
die Gewinnrücklagen	<u>493.397,77 EUR</u>
insgesamt	10.210.569,08 EUR

Die Rückstellungen betragen insgesamt 3.774.105,36 EUR, davon für Pensionen u. ä. Verpflichtungen 2.948.067,50 EUR.

An Verbindlichkeiten bestehen insgesamt 5.198.929,75 EUR, davon 4.392.182,24 EUR insbesondere für vereinnahmte Kfz-Steuer des Finanzamtes für Verkehrssteuern und für Versorgungsaufwendungen.

Die Rechnungsabgrenzungsposten betragen insgesamt 639,12 EUR.

Die Bilanzsumme beträgt insgesamt 19.184.243,31 EUR.

#### Aktiva :

Das Vermögen setzt sich wie folgt zusammen :

A Anlagevermögen	10.303.396,81 EUR
B Umlaufvermögen	8.873.743,87 EUR
C Rechnungsabgrenzungsposten	<u>7.102,63 EUR</u>
Bilanzsumme	19.184.243,31 EUR

## Anlage 2.1

### 4.5 Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gesamterträge des LBV betragen in 2002 insgesamt 28.238 Tsd. EUR (Vorjahr 29.285 Tsd. EUR) und waren damit um 1.047 Tsd. EUR niedriger als in 2001. Die Gesamtaufwendungen des LBV in Höhe von 27.100 Tsd. EUR lagen im Vergleich zum Vorjahr (26.821 Tsd. EUR) um 279 Tsd. EUR höher. Daraus ergibt sich ein Überschuss in Höhe von 1.138 Tsd. EUR (Vorjahr 2.464 Tsd. EUR). Die Verringerung des Überschussbetrages gegenüber dem Vorjahr resultiert maßgeblich aus dem Rückgang der Umsatzerlöse. Diese fielen bei allen Produktbereichen niedriger aus als im Vorjahr. Ursache für den Rückgang ist in erster Linie die schlechte konjunkturellen Situation im Jahr 2002.

<b>Erträge aus Gebühren</b>	<b>Ansatz 2004 in Tsd. EUR</b>	<b>Ergebnis 2002 in Tsd. EUR</b>	<b>Ergebnis 2001 in Tsd. EUR</b>
LBV 2: Führerschein, Ausnahmegenehmigungen. & Erlaubnisse	4.964	4.194	4.378
LBV 3: Kfz-Zulassung	13.535	13.386	13.884
LBV 4: Technische Prüfstelle	7.666	7.549	7.976
LBV 5: Fahrzeugservice	2.249	1.907	2.002
Insgesamt	28.414	27.036	28.240

Die operativen Ergebnisse der Produktbereiche (vor Umlage der Kosten für die Geschäftsführung und die Verwaltung des Produktbereiches 1 mit der Zahlstelle, dem Kundenzentrum und der luk-Abteilung) entwickelten sich wie folgt :

<b>Produktbereich</b>	<b>2002 Ist in Tsd. EUR</b>	<b>2001 Ist in Tsd. EUR</b>	<b>Abweichung in Tsd. EUR</b>	<b>Abw. in Prozent</b>
LBV 1	-4.490	-4.225	-265	-6
LBV 2	+1.177	+1.262	-85	-7
LBV 3	+3.520	+3.946	-426	-11
LBV 4	- 85	+781	-866	-111
LBV 5	- 64	-86	22	26

### 4.6 Bestand an Altersteilzeitrückstellungen

Nach dem externen versicherungsmathematischen Gutachten ergab sich zum Bilanzstichtag 31.12.2002 für die Altersteilzeitrückstellung kein Zuführungsbetrag. Wegen der Umstellung der Altersteilzeitverpflichtungen von den handelsrechtlichen Vorschriften auf den steuerrechtlich zulässigen Umfang ergab sich außerdem eine Auflösung in Höhe von 318.885,89 EUR. Der Bestand der Rückstellungen für die Altersteilzeit beträgt zum 31.12.2002 insgesamt 485.818,00 EUR (Vorjahr 804.703,89 EUR).

### 4.7 Bestand an Pensionsrückstellungen

Für nach dem 31.12.1986 begründete unmittelbare Pensionsverpflichtungen, d. h. für sog. Neuzusagen, werden aufgrund eines jährlichen versicherungsmathematischen Gutachtens gem. § 249 Abs. 1 HGB Pensionsrückstellungen gebildet. Gemäß Gutachten für 2002 beträgt der Zuführungsbetrag zu den Pensionsverpflichtungen, soweit sie passiviert werden müssen, zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2002 insgesamt 576.585,35 und der Gesamtbetrag der Pensionsverpflichtungen 2.722.166 EUR.

## 5. Erläuterungen zur künftigen Entwicklung des Landesbetriebes Verkehr

### 5.1 Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung

Durch die Richtungsentscheidung des Senats zur Übertragung der Technischen Prüfstelle auf einen beliebigen Unternehmer wird sich der LBV ab 2004 auf die Optimierung seiner Kernaufgaben in den Bereichen Fahrerlaubnisse und Führungszeugnisse, Erlaubnisse und Ausnahmegenehmigungen, Kfz-Zulassungen sowie auf die Reparatur und Wartung von Behörden- und Sonderfahrzeugen konzentrieren. Da eine entsprechende Senatsentscheidung zur Umsetzung dieser Maßnahme erst im September 2003 erwartet wird und in seinen wirtschaftlichen Auswirkungen auf den LBV in starkem Maße von den vertraglichen Konditionen des Übergangs abhängt, berücksichtigt der vorliegende Entwurf des Wirtschaftsplanes diese Veränderungen noch nicht. Deshalb sind auch alle weiteren Ausführungen zur Entwicklung des Bestandes, des Eigenkapitals und der Umsatzerlöse des LBV unter Vorbehalt zu sehen, da sie abhängig von den Ergebnissen der Umsetzung dieser Maßnahme sind.

Hinzu kommt, dass sich die konjunkturellen Rahmenbedingungen des Jahres 2001 auch im Jahre 2002 nicht entspannt, sondern noch verstärkt ausgewirkt haben. Für die weitere Entwicklung des LBV gibt es nur geringe Anzeichen für eine

Verbesserung des wirtschaftlichen Ergebnisses. Der LBV hat deshalb ab 2002 zahlreiche Maßnahmen zur Kundengewinnung und -bindung sowie zur Kostenminimierung durchgeführt.

- Der LBV unterstützt seit 30.09.02 das **Projekt der Behörde für Inneres „Übertragung der Technischen Prüfstelle auf einen beliebigen Unternehmer bzw. die Kooperation mit einem beliebigen Unternehmer“** mit eigenem Personal, um die Übertragung und die Auswirkung auf den verbleibenden LBV wirtschaftlich mit zu gestalten.
- Zur Erhöhung der Handlungsmöglichkeiten und im Interesse einer erhöhten Kunden- und Dienstleistungsorientierung wurde der LBV durch Beschluss der Deputation der Bfl v. 02.07.02 **eigene Dienststelle der Behörde für Inneres und hat seit dem 18.09.2002 einen eigenen Personalrat.**
- **Das Zertifizierungsverfahren nach DIN EN ISO 9002 für den TP-Bereich Technik durch das KBA sowie die Akkreditierung nach DIN EN 45013 für den Bereich Fahrerlaubnisprüfungen durch die BASt** wurden im Jahre 2002 erfolgreich abgeschlossen.
- **Die Leistungsfähigkeit und Verfügbarkeit der EDV-Verfahren wurde weiter optimiert.** Das neue Kfz-Zulassungsverfahren ComZu wurde am 25.02.2002 in Betrieb genommen. Die Anpassung an den Standard der FHH im IT-Bereich wurde fortgesetzt.
- Durch die **Inbetriebnahme von weiteren Kassenautomaten** konnten die Wartezeiten der Kunden verkürzt und die Verwaltungsabläufe optimiert werden. Die **Einführung von bargeldlosen Zahlungen für die gewerblichen Kfz-Zulassungsdienste und Händler** wurde ebenfalls vorbereitet.
- **Einzelne Dienstleistungen** aus den Bereichen Führerschein (EU-Führerscheintausch, Karteikartenabschrift, Ausnahme genehmigungen etc) und Zulassung (Wunschkennzeichen etc.) wurden als **Vorphase für eine Internet-Anwendung** zum mobilen Einsatz außerhalb der LBV-Standorte realisiert. Im Verlauf des Jahres wurden die E-Mail-Anschlüsse um ca. 130 Stück auf ca. 150 Accounts erweitert. Zusätzlich wurde mehreren Leitungskräften (über 20) der Internetzugang ermöglicht.
- Die **Zusammenarbeit des LBV mit den Kundenzentren der Bezirks- und Ortsämter** auf dem Gebiet des freiwilligen Führerumtausches wurde weiter ausgebaut und auf fast alle Kundenzentren in Hamburg ausgedehnt.

## 5.2 Steuerpflichten

Seit 1.7.1999 besteht für den Landesbetrieb Verkehr im Tätigkeitsbereich der Technischen Prüfstelle für die Begutachtung und Prüfung von Fahrzeugen eine Umsatz- und Körperschaftsteuerpflicht. Die in 2002 angefallenen Umsatzsteuerbeträge betragen insgesamt 747.666,27 EUR. abzüglich 101.153,10 EUR für die Vorsteuer = 646.513,17 EUR. Wegen der aus den Vorjahren übertragbaren negativen Ergebnisse des umsatzsteuerpflichtigen Betriebsbereiches der Technischen Prüfstelle werden wie in 2002 auch in 2003 keine Körperschafts- und Kapitalertragssteuern anfallen.

## 5.3 Stand der laufenden und geplanten Bauvorhaben

Für 2003 sind keine größeren Vorhaben geplant. Für 2004 wurden 149 Tsd. EUR für die Instandsetzung der Hofffläche des Standortes HH-Mitte veranschlagt.

## 5.4 Änderungen im Bestand der zum Betrieb gehörenden Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte sowie der wichtigsten Anlagen

Im Jahre 2002 gab es keine Veränderungen. Künftig können sich Änderungen in Abhängigkeit von den Ergebnissen der Umsetzung des Projektes Technische Prüfstelle ergeben.

## 5.5 Entwicklung des Eigenkapitals

Hier sind ebenfalls die Ergebnisse der Umsetzung des Projektes Technische Prüfstelle abzuwarten. Generell bleibt es aber das Ziel des LBV, die Ablieferungsbeträge an den Haushalt der FHH vollständig aus den Überschüssen der GuV zu finanzieren, damit die vorhandenen Rücklagen möglichst erhalten bleiben.

## 5.6 Entwicklung der Umsatzerlöse

Aus den Ansätzen für die Umsatzerlöse in 2004 ergibt sich insgesamt ein Rückgang gegenüber dem Ansatz für 2003 in Höhe von 150 Tsd. EUR = 0,53 %. Gegenüber dem Ergebnis 2002 ergibt sich eine Umsatzsteigerung von 5,10 %. Die Ansätze erfolgten mit der gebotenen kaufmännischen Vorsicht unter Berücksichtigung der tatsächlichen Ergebnisse des Jahres 2002 und der ab 01.09.2002 im Bereich Technik der Technischen Prüfstelle sowie ab 01.10.2002 im Bereich Erlaubnisse und Ausnahme genehmigungen eingetretenen Gebührenerhöhungen. Auch hier werden sich in Abhängigkeit von der Umsetzung des Projektes Technische Prüfstelle Änderungen ergeben.

## Anlage 2.1

### 6. Entwicklung und Strukturfragen

Die bereits in 2002 eingeleiteten Maßnahmen einer strukturellen Neuorganisation der LBV und zur Einführung moderner Planungs- und Controlling-, Qualitätssicherungs-, Risikomanagement- und Frühwarnsysteme werden kontinuierlich fortgesetzt.

### 7. Finanzbedarf

#### 7.1 Investitionen

In den vergangenen Jahren mit Ausnahme des Jahres 2002 entsprach der durchschnittliche Finanzbedarf des LBV für Investitionen (Konten 027 – 659) und Instandhaltungen (Konten 679 – 689) in etwa der Höhe der aus Abschreibungen zur Verfügung stehenden Deckungsmittel (s. Konten 650 – 659).

Der Investitionsaufwand im Jahre 2004 in Höhe von insgesamt 1.103 Tsd. EUR beinhaltet insbesondere Aufwendungen für IuK- Software und - Hardware in Höhe von insgesamt 678 Tsd. EUR (Konten 027 und 081) und ist zur Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit des LBV unbedingt erforderlich. Hierin enthalten sind außer den Ersatzbeschaffungen für abgängige Hardware insbesondere Aufwendungen für die Einführung eines neuen EDV-Verfahrens zur fehlerfreien digitalen Übermittlung der Führerscheinanträge an die Bundesdruckerei sowie Kosten für die Weiterentwicklung des EDV-Programms für die Fahrzeugprüfungen und – untersuchungen, auch für den mobilen Einsatz.

Im Konto 058 wurden 149 Tsd. EUR für die Instandsetzung der Hoffläche des LBV-Standortes HH- Mitte zur Beseitigung der besonders verkehrsgefährdenden Versetzungen veranschlagt. Für die Gesamtmaßnahme sind Aufwendungen in Höhe von ca. 600 Tsd. EUR erforderlich, die auf mehrere Jahre verteilt werden sollen.

Ebenfalls bestehender Investitionsaufwand für andere größere Projekte, z.B. für die Verlagerung des Standortes Bergedorf, die Einrichtung eines neuen Standortes im Hamburger Westen (wird von den Gremien der Bezirksverwaltung gefordert) wurde aus Kostengründen und mit Rücksicht auf die Ablieferung an den Haushalt nicht berücksichtigt. Das bedeutet auch, dass nur kleine bis mittlere Konzepte (für Internet/ e-Government) umgesetzt werden können.

#### 7.2 Ablieferung an den Haushalt 2004

Die Ablieferung an den Haushalt wird im Jahre 2004 insgesamt 969 Tsd. EUR betragen. Das entspricht, bezogen auf das gesamte Eigenkapital in Höhe von 10.210.569,08 EUR (Stand 31.12.2002), einer Verzinsung von 9,49 %.

### 8. Verfügbare Deckungsmittel \*

Die verfügbaren Deckungsmittel des Landesbetriebes Verkehr am 31.12.2001	- 1.411 Tsd. EUR
Differenz Finanzbedarf lt. Ergebnis 2002 zum Ansatz in 2002 **	+ 1.010 Tsd. EUR
Differenz der Deckungsmittel lt. Ergebnis 2002 zum Ansatz 2002***	- 1.377 Tsd. EUR
Stand verfügbarer Deckungsmittel am 31.12.2002	- 367 Tsd. EUR

*\*Bei den verfügbaren Deckungsmitteln (früher zweckgebundene Rücklagen) handelt es sich nicht um liquide Mittel, sondern um die Summe der gemäß früheren Finanzierungsplanabrechnungen nicht verbrauchten Ausgabeermächtigungen. Die nicht verfügbaren bzw. noch verfügbaren Deckungsmittel werden jeweils im Folgejahr in der Finanzierungsplanabrechnung als nicht gedeckter Finanzbedarf bzw. als im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel berücksichtigt.*

*\*\*Es handelt sich um die Differenz des Wirtschaftsplan-Ansatzes für Investitionen und sonstigen Finanzbedarf 2002 in Höhe von insg. 3.951 Tsd. EUR abzüglich des tatsächlichen Finanzbedarfes in Höhe von 2.941 Tsd. EUR. = insgesamt 1.010 Tsd. EUR.*

*\*\*\* Differenz der Deckungsmittel lt. Wirtschaftsplan-Ansatz 2002 = 3.951 Tsd. EUR zu den lt. Ergebnis 2002 tatsächlich vorhandenen Deckungsmitteln in Höhe von 2.574 Tsd. EUR. = insgesamt 1.377 Tsd. EUR.*



**Einzelplan LAN**  
**Kapitel 8510**

**Landesbetriebe**  
**Landesbetrieb Verkehr**

### I. Stellenbestand

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>						
<b>Planstellen</b>						
A 16	2,00			2,00		
A 15	1,00			1,00		
A 14	4,00			4,00		
A 13	1,00			1,00		
A 12	6,00			7,00		
A 11	5,50			5,50		
A 10	9,00			8,00		
A 9	2,00			2,00		
A 9	11,00			11,00		
A 8	19,00			19,00		
A 7	40,00			40,00		
Summe:	100,50			100,50		

A 16	Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15	Baudirektorin/ Baudirektor (1,00)
A 14	Oberbaurätin/ Oberbaurat (3,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
A 13	Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)
A 12	Amtsrätin/ Amtsrat (6,00)
A 11	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (5,50)
A 10	Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (9,00)
A 9	Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (11,00)
A 8	Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (19,00)
A 7	Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (40,00)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Angestellte</b>						
I a	1,00			1,00		
I b	1,00			1,00		
II a hD	7,00			7,00		
II a gD	3,00			3,00		
III	9,00			9,00		
IV a	77,00			77,00		
IV b	9,00			9,00		
V b mD	4,00			4,00		
V c	29,00			27,00		
VI b	22,50			22,50		
VII	123,50			123,50		
IX b/VII	3,50			3,50		
VIII	5,00			5,00		
VIII	3,00			3,00		
Summe:	297,50			295,50		

<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>						
6	26,00			26,00		
4	1,00			1,00		
3	3,00			3,00		
2	1,00			1,00		
1 (R)	3,58			3,58		
Summe:	34,58			34,58		
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>432,58</b>			<b>430,58</b>		

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 12 A 10			-1,00	1,00					-1,00 1,00	Abgang aus technischen Gründen Verlagerung von Kapitel 8000; Stellenverlagerung vom Kapitel 8000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>		0,00	0,00	-1,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Vc		2,00							2,00	Übertragung der eigenständigen Personalverwaltung und Personalaktenführung
<i>Summe Angestellte</i>		0,00	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>		0,00	2,00	-1,00	1,00	0,00	0,00	0,00	2,00	





# Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

## für das Haushaltsjahr 2004

### Wirtschaftsplan der Landesfeuerwehrschule

(§ 15 Abs. 2 LHO)

als Erläuterung zu den Titeln

8000.261.03	Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten aus dem Wirtschaftsplan der Landesfeuerwehrschule
8550.632.01	Anteilige Zuweisung für Versorgungszuschläge an den Wirtschaftsplan der Landesfeuerwehrschule
8550.685.01	Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Landesfeuerwehrschule

#### Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Die Ansätze für Ausgaben (Personal- und Sachausgaben) sind je für sich gegenseitig deckungsfähig.
2. Die aus dem Seminarbetrieb für Dritte erzielten Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben verwandt bzw. den noch verfügbaren Deckungsmitteln zugeführt werden, sofern sie nicht zum Ausgleich von Verlusten aus Vorjahren bzw. des laufenden Jahres benötigt werden.
4. Minderausgaben dürfen den noch verfügbaren Deckungsmitteln zugeführt werden, sofern sie nicht zum Ausgleich von Verlusten aus Vorjahren bzw. des laufenden Jahres benötigt werden.
5. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Fehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
6. Minderausgaben bei Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben im Erfolgsplan verwandt werden.
7. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 50.000 EUR steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
8. Neue Maßnahmen im Finanzierungsplan bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme 50.000 EUR übersteigen.
9. Die Verwendung nicht veranschlagter Einnahmen aus der Abgabe von Grundstücken bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft.

# Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für das Haushaltsjahr 2004

## Wirtschaftsplan

der Landesfeuerwehrschule

(§ 15 Abs. 2 LHO)

### Erfolgs- und Finanzierungsplan der

„Landesfeuerwehrschule und

Akademie für Rettungsdienst und Gefahrenabwehr“

nach § 15 Abs. 2 LHO

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002*	Erläute- rungen
	- in Tsd. EUR -			
1	2	3	4	5
<b>A. Erfolgsplan</b>				
<b><u>Einnahmen</u></b>				
<b>1. Betriebliche Einnahmen</b>				
110 Kostenbeiträge externer Seminarteilnehmer	705	625		1
<b>Summe 1.</b>	<b>705</b>	<b>625</b>		
<b>2. Einnahmen aus Drittmitteln und sonstige zweckgebundene Einnahmen</b>				
	0	0		
<b>Summe 2.</b>	0	0		
<b><u>Gesamteinnahmen</u></b>	<b>705</b>	<b>625</b>		

\* Für die Vorjahre liegen keine Vergleichszahlen vor, da bisher keine Netto-Veranschlagung erfolgt ist.

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002*	Erläute- rungen
	- in Tsd. EUR -			
1	2	3	4	5
<b>A. ERFOLGSPLAN</b>				
<b><u>Ausgaben</u></b>				
<b>1. Personalausgaben</b>				
411 Beamtenbezüge	3.035	2.851		1
412 Angestelltenvergütungen	218	204		1
413 Arbeiterlöhne	84	88		1
414 Beschäftigungsentgelte	50	20		2
421 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	46	43		3
422 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeiter	18	19		3
431 Versorgungszuschläge	944	887		3
432 Beihilfen, Fürsorgeleistungen	123	114		3
<b>Summe 1.</b>	<b>4.518</b>	<b>4.226</b>		
<b>2. Sachausgaben</b>				
510 Mieten und Pachten	660	628		4
520 Bewirtschaftungskosten (z.B. Energie, Strom, Gas, Wasser) und Bauunterhaltung	326	248		5
530 Fernmeldeanlagen	5	5		6
540 Geschäftsbedarf, Büromaterial, Löschgeräte etc.	92	97		7
550 Kfz-Unterhaltung, Kilometerentschädigung, Lösch- material etc.	80	80		8
560 Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	100	100		9
570 Erstattung Ausbildungskosten an LBK, UKE, UK Boberg	232	227		10
580 Dienstreisen	2	2		11
590 Seminarspezifische Ausgaben und Prüfungskosten	40	40		12
600 Erstattung Verwaltungsgemeinkosten (Titel 8000.261.03)	53	53		13
610 Steuern	50	0		14
<b>Summe 2.</b>	<b>1.640</b>	<b>1.480</b>		
<b><u>Gesamtausgaben</u></b>	<b>6.158</b>	<b>5.706</b>		
<b><u>Jahresfehlbetrag</u></b>	<b>5.453</b>	<b>5.081</b>		<b>15</b>

\* Für die Vorjahre liegen keine Vergleichszahlen vor, da bisher keine Netto-Veranschlagung erfolgt ist.

Anlage 2.2

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	VE 2004	Ansatz* 2003	VE* 2003	Ergebnis* 2002
	- in Tsd. EUR -				
1	2	3	4	5	6
<b>B. Finanzierungsplan</b>					
<b>I. Finanzbedarf</b>					
<b>1. Investitionen</b>					
Gründerwerb					
Baumaßnahmen					
Maschinen und Anlagen					
Fahrzeuge					
Betriebs- und Geschäftsausstattung			0	0	
<b>Summe 1.</b>			0	0	
<b>2. Sonstiger Finanzbedarf</b>					
Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs					
Ablieferung an den Haushalt					
Jahresfehlbetrag	<b>5.453</b>		5.081		
Noch verfügbare Deckungsmittel					
<b>Summe 2.</b>	<b>5.453</b>	0	5.081	0	
<b><u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u></b>	<b>5.453</b>	0	5.081	0	
<b>II. Deckungsmittel</b>					
Jahresüberschuss					
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel					
Investitionszuschuss aus dem Haushalt					
Zuweisung an den Wirtschaftsplan der Landes- feuerweherschule (Titel 8550.685.01)	4.583		4.212		
Anteilige Zuweisung für Versorgungszuschläge an den Wirtschaftsplan der Landesfeuerwehr- schule (Titel 8550.632.01)	870		869		
Nicht gedeckter Finanzbedarf (Vortrag auf das Folgejahr / Deckung aus zusätzl. Einnahmen)					
<b><u>Gesamtsumme Deckungsmittel</u></b>	<b>5.453</b>	0	<b>5.081</b>	0	

\* Für die Vorjahre liegen keine Vergleichszahlen vor, da bisher keine Nettoveranschlagung erfolgt ist.

## Erläuterungen

### Erläuterung zu den Konten des Wirtschaftsplanes

#### Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan des Wirtschaftsbetriebes Landesfeuerwehrschule und Akademie für Rettungsdienst und Gefahrenabwehr

#### Allgemein:

Die im Wirtschaftsplan genannten Beträge entsprechen den tatsächlichen Ansätzen der Produktgruppe 4. Sie sind nicht identisch mit den hierfür in den Produktinformationen genannten Zahlen, da dort die Umlage der bisherigen Produktgruppe 4 „Zentrale Dienste“ zusätzlich berücksichtigt wird.

Das Gesamtergebnis der Landesfeuerwehrschule wird geprägt durch den überwiegenden Anteil interner Ausbildung für die Feuerwehr Hamburg, Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehren. Der Anteil „Seminarbetrieb“ ist in die Veranschlagung mit einer 100-prozentigen Kostendeckung eingeflossen.

#### **A. Erfolgsplan**

##### Einnahmen

Erl. 1 110 Kostenbeiträge externer Seminarteilnehmer

Veranschlagt sind die den externen Seminarteilnehmern in Rechnung zu stellenden Seminarkosten nach Schätzung des zu erwartenden Betriebsverlaufs. Die Landesfeuerwehrschule (LFS) verstärkt ihre Bemühungen, im Rahmen des Feuerwehrgesetzes weitere Kunden zu gewinnen und erwartet ein entsprechendes Wachstumspotenzial.

Die Einnahmen dienen in voller Höhe der Deckung der Ausgaben für das Seminarprogramm der LFS und vermindern damit den benötigten Betriebszuschuss aus dem Haushalt.

Nachstehende Ausgaben werden aus den Einnahmen finanziert:

1. Personalausgaben		385 Tsd. EUR
2. Sachausgaben		
Konto 520		48 Tsd. EUR
Konto 540		45 Tsd. EUR
Konto 510		84 Tsd. EUR
Konto 590		40 Tsd. EUR
Konto 600		53 Tsd. EUR
Konto 610		50 Tsd. EUR
Gesamt:	-----	<b><u>705 Tsd. EUR</u></b>

Siehe hierzu im Einzelnen auch die Erläuterungen zu den Ausgaben.

## Anlage 2.2

### Ausgaben

#### 1. Personalausgaben

Hier sind die Aktivbezüge und Zuschläge zu Versorgung und Beihilfe des Personals der Landesfeuerwehrschule veranschlagt (Veranschlagung für 2004 nach Personalkostentabelle 2002). Die Kosten der Stellen für die Organisation und Verwaltung des Seminarprogramms (1 OAR A13, 1 BrAR A12, 1 BrA A11 und 1 BA VI b) sowie für 2 Stellen Fachlehrer gehobener Dienst der LFS (BrAR 12), werden - wie folgt - aus den Einnahmen gedeckt:

Konto 411	236 Tsd. EUR
Konto 414	30 Tsd. EUR
Konto 412	30 Tsd. EUR
Konto 421	6 Tsd. EUR
Konto 431	74 Tsd. EUR
Konto 432	9 Tsd. EUR
<b>Gesamt:</b>	<b><u>385 Tsd. EUR</u></b>

Differenzen zur Gesamtsumme der Budgetwerte ergeben sich bei der Aufteilung auf die Konten durch die in der Personalkostentabelle 2002 enthaltenen Rundungen.

Die Mehrbedarfe ergeben sich aus der Zuweisung einer Stelle A 15, 0,5 Stellen IVa BAT und einer Stelle A7 / A9 gem. Art. 12/2. Die Stellen werden dem Wirtschaftsplan aus Kapitel 8550 zugewiesen, es ergibt sich keine zusätzliche Belastung für den Gesamthaushalt.

#### Erl. 1 411-413 Gehälter und Löhne

Veranschlagt sind Personalausgaben gemäß Personalkostentabelle 2002 entsprechend dem Stellenplan.

#### Erl. 2 414 Beschäftigungsentgelte für nebenamtlich Tätige

Hier ist ein Kontingent von Unterrichtsstunden der „Vereinbarung Unterrichtsvergütung“ veranschlagt worden, der für die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Feuerwehr Hamburg benötigt wird.

Die ausgewiesenen Mehrbedarfe in Höhe von 30 Tsd. EUR und ggf. zusätzliche Mehrbedarfe werden, ohne zusätzliche Belastung des Gesamthaushalts, aus den Einnahmen gedeckt. Mehrbedarfe entstehen insbesondere durch die gesetzlich vorgeschriebene Aus- und Fortbildung in der Frühdefibrillation, die durch einen im Nebenamt beschäftigten Arzt begleitet werden muss.

#### Erl. 3 421-432 Sozialabgaben und Ausgaben für Altersversorgung und Fürsorgeleistungen

Hier sind die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung der Angestellten und Arbeiter sowie die rechnerischen Zuschläge zu den unter 411-413 veranschlagten Aktivbezügen veranschlagt.

#### 2. Sonstige Betriebliche Ausgaben

#### Erl. 4 510 Mieten und Pachten (siehe auch Einnahmen, Erl.1)

Aufgrund der Umsetzung des Gebäudemanagements sind die Gebäude der LFS in der Bredowstraße zum 01.01.2001 an die Hamburger Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung mbH - HGVB veräußert worden. Seit dem Verkauf leistet die Feuerwehr für die übertragenen Gebäude Mietzahlungen.

Der Mehrbedarf gegenüber dem Ansatz 2003 begründet sich wie folgt:

- Auf dem Trainingsgelände der Landesfeuerwehrschule wird neben dem Ausbildungsgerät und -material unter anderem auch Einsatzgerät für den Großschadens- beziehungsweise Katastrophenschutzfall eingelagert. Hierbei handelt es sich um Gerät von erheblichem Wert und einsatztaktischer Bedeutung.
- Um eine durchgehende Bewachung des Geländes auch außerhalb der Dienstzeiten sicherstellen zu können, und dem gestiegenen Schutzbedürfnis für dieses Material und Gerät gerecht zu werden, wurde im Oktober 2002 eine Videoüberwachungsanlage installiert. Die jährliche Kaufmiete hierfür beträgt 32.000 EUR. Die Mittel werden in entsprechender Höhe aus dem Kapitel 8550 - Feuerwehr in den Wirtschaftsplan umgeschichtet.

Erl. 5 520 Bewirtschaftungskosten und Bauunterhaltung (siehe auch Einnahmen, Erl.1)

Infolge des Verkaufs ist die Zuständigkeit für die Bauunterhaltung neu geregelt worden, weil die Betriebsgesellschaft „Hamburgische Immobilien Management Gesellschaft für Polizei und Feuerwehr mbH“ (IMPF) künftig für die Substanzerhaltung der gepachteten Gebäude zuständig ist. Da die Aufgaben der laufenden Gebäudebauunterhaltung und der Grundinstandsetzung grundsätzlich auf die Betriebsgesellschaft übergegangen sind, werden für die Mehrzahl der Feuerwehrgebäude nur noch Mittel für die dekorative / innere Bauunterhaltung, die Unterhaltung gebäudegebundener als auch feuerwehrspezifischer maschineller und technischer Anlagen sowie zur Pflege der Außenanlagen zur Verfügung gestellt.

Der Mehrbedarf gegenüber dem Ansatz 2003 begründet sich wie folgt:

- Aufgrund des Mietvertrages mit der IMPF ist die Bereitstellung eines Hausmeisters an der Landesfeuerwehrschule mit mtl. 5.000 EUR (60.000 EUR jährlich) zu vergüten. Die Mittel werden in entsprechender Höhe aus dem Kapitel 8550 – Feuerwehr – in den Wirtschaftsplan umgeschichtet.
- Ausgewiesen werden die Betriebsmittel für die Büro- und Informationstechnik an der Landesfeuerwehrschule in Höhe von 18 Tsd. EUR. Die Mittel werden in entsprechender Höhe aus dem Kapitel 8550 – Feuerwehr – in den Wirtschaftsplan umgeschichtet.

Erl. 6 530 Fernmeldeanlagen

Veranschlagt sind die Wartungskosten für fernmeldetechnische Anlagen.

Erl. 7 540 Geschäftsbedarf, Büromaterial, Löschgeräte u. a. (siehe auch Einnahmen, Erl.1)

Hier sind die Aufwendungen für Schreib- und Zeichenbedarf, Büro- und Verbrauchsmaterial, Post- und Fernmeldegebühren, Kopien, Bücher, Veranstalter-Haftpflicht-Versicherung gegen Schäden und Unfälle Dritte, Zeitschriften und sonstiger Geschäftsbedarf sowie die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit (Werbematerialien, Einladungen, Seminarunterlagen u. a.) veranschlagt. Darüber hinaus sind zu berücksichtigen die Kosten für die Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen sowie die Aufwendungen für ihre Wartung, Reparatur, Miete und dergleichen.

Erl. 8 550 Kfz-Unterhaltung, Kilometerentschädigung, Löschmaterial u. a.

Hier sind die Kosten für die Haltung von Dienstfahrzeugen, Ausgaben für den Erwerb von Dienst- und Schutzkleidung, Lösch- und sonstige Verbrauchsmaterialien, Kilometergeldentschädigungen, die Durchführung von Sportmeisterschaften etc. berücksichtigt.

Erl. 9 560 Aus- und Fortbildung

Veranschlagt sind hier die Kosten für die Aus- und Fortbildung, die Kosten für die Teilnahme an Kongressen, Symposien etc. des Stammpersonals sowie die Kosten für die Beschaffung von Ausbildungsgerät und material.

Erl. 10 570 Erstattung Ausbildungskosten an LBK, UKE und Unfallkrankenhaus Boberg

Veranschlagt sind die an die Krankenhäuser zu erstattenden Kosten für die Rettungsdienstausbildung der Laufbahnlehrgänge für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst sowie die Ausgaben für die Rettungsassistentenausbildung (Krankenhauspraktika 1. und 2. Stufe). Die Mehrbedarfe werden durch Einsparungen bei Konto 540 gedeckt.

Erl. 11 580 Dienstreisen

Veranschlagt sind Reisekosten im Rahmen der Akquisition

Erl. 12 590 Seminarspezifische Ausgaben und Prüfungskosten (siehe auch Einnahmen, Erl.1)

Hier sind die zeitnah aus den Einnahmen zu finanzierenden Aufwendungen für den Seminarbetrieb und die Kosten für die Prüfung des Wirtschaftsplans der LFS veranschlagt. Die Ausgaben werden in voller Höhe aus den Einnahmen gedeckt.

## Anlage 2.2

Erl. 13 600 Erstattung Verwaltungsgemeinkosten u. dgl.

Veranschlagt sind 15 % der Personalkosten für die aus den Einnahmen des Seminarbetriebes zu finanzierenden Stellen (Budgetwert von rd. 355 Tsd. EUR) in Höhe von rd. 53 Tsd. EUR (siehe zu 1. Personalausgaben). Die Erstattung erfolgt an den Titel 8000.261.03. Die Ausgaben werden in voller Höhe aus den Einnahmen gedeckt.

Erl. 14 610 Steuern

Die Einnahmen des Seminarbetriebes unterliegen grundsätzlich der

- Gewerbesteuer
- Körperschaftssteuer zzgl. Solidaritätszuschlag und der
- Kapitalertragssteuer

Die Leistungen der LFS sind nach § 4 Nummer 22 UStG in Verbindung mit Nummer 22 a von der Umsatzsteuer befreit.

Es werden vorsorglich 50 Tsd. EUR in Ansatz gebracht, die vollständig aus den Einnahmen zu finanzieren sind.

Erl. 15 Jahresfehlbetrag

Der Jahresfehlbetrag weist mit 5.453 Tsd. EUR einen rechnerisch höheren Ansatz von 372 Tsd. EUR aus. Der höhere Ansatz resultiert aus haushaltsneutralen Mittelumrichtungen aus dem Kapitel 8550 – Feuerwehr in den Wirtschaftsplan der LFS. Ferner dient er der Ausfinanzierung eines zusätzlichen Ausbildungslehrganges im Zusammenhang mit der Elbtunnelfeuerwehr.

Die mit 705 Tsd. EUR um 80 Tsd. EUR gestiegene Einnahmeerwartung ist hierin bereits berücksichtigt, die höhere Einnahmeerwartung wird zur Deckung der gestiegenen Gesamtausgaben verwendet.



**Produktinformation:**

Die Landesfeuerwehrschule ist als Produktgruppe 4 ein Teil des Produktbereiches 06, Brandschutz, Rettungsdienst, Bevölkerungsschutz, Kapitel 8550

**Produktgruppe 4 Aus-, Fort- und Weiterbildung Kapitel 8550**

<p><i>Ziele der Produktgruppe</i></p> <p>Die Vermittlung von fachtechnischem Wissen als Voraussetzung für die Rettung, die Bewahrung und den Schutz des Lebens, der Lebensgrundlagen sowie den Erhalt von Sachwerten bei Bränden, Not- und Unglücksfällen, Natur- und Großschadensereignissen unter Berücksichtigung ökologischer und ökonomischer Gesichtspunkte.</p>
<p><i>Erläuterungen zur Entwicklung</i></p> <p>Die Landesfeuerwehr- und Rettungsassistentenschule führt die Laufbahnlehrgänge für den mittleren und den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst für Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehren der FHH sowie ergänzende Lehrgänge durch. Daneben veranstaltet sie im Zuge eines erweiterten Angebotes Schulungen, Seminare, Symposien, Kolloquien und Sonderlehrgänge für nicht zur Feuerwehr Hamburg gehörende Teilnehmer. Dabei wird eng mit anderen Institutionen und qualifizierten Gastdozenten zusammen gearbeitet. In der zukünftigen Arbeit stellt der überregionale Informations- und Erfahrungsaustausch einen besonderen Schwerpunkt dar.</p>
<p><b>Produkte</b></p> <p>P 1 Feuerwehrtechnische Aus-, Fort- und Weiterbildung inkl. Grundlagenausbildung  P 2 Rettungsdienstliche Aus-, Fort- und Weiterbildung  P 3 Aus-, Fort- und Weiterbildung für den Bevölkerungsschutz  Inhalt dieses Produktes sind alle Lehrgänge im Rahmen der Katastrophenschutz Ausbildung.  P 4 Brandschutzerziehung und -aufklärung  P 5 Rettungsdienstliche Erziehung und Aufklärung</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	705	625	-
– Betriebseinnahmen	705	625	-
– Investitionseinnahmen	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.158	5.706	-
– Personalausgaben	4.518	4.226	-
– Sach- und Fachausgaben gesamt	1.640	1.480	-
– Zuwendungen	-	-	-
– Gesetzliche Leistungen	-	-	-
– Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-

<p><i>Einnahmen- und Ausgabenschwerpunkte</i></p> <p>Die Einnahmen dieser Produktgruppe dienen zur teilweisen Deckung ihrer Ausgaben. Die Sach- und Fachausgaben begründen sich im Wesentlichen durch Erstattung von Ausbildungskosten an den LBK, das UKE und das Unfallkrankenhaus Boberg (232 Tsd. EUR) und aus der Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden, Mieten und Pachten sowie Bewirtschaftung (986 Tsd. EUR).</p>
---

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Ergebnis 2002
Stellen gemäß Stellenplan	82,00	79,50	79,50
Anzahl der Lehrgangsteilnehmerinnen u. Lehrgangsteilnehmer	12.000	12.000	12.676
Anzahl der Lehrgänge	1.000	1.000	990
Bestehensquote der Laufbahnausbildung	> 95 %	> 95 %	92,9 %
Auslastung aller Lehrgänge	> 90 %	> 90 %	93,0 %
Lehrgangsausfall	< 2,5 %	< 2,5 %	1,5 %

<b>Einzelplan WI</b>	<b>Wirtschaftspläne</b>
<b>Kapitel 8552</b>	<b>Landesfeuerweherschule</b>

**I. Stellenbestand**

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
					Anzahl der kw-Stellen 1,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>						
<b>Planstellen</b>						
A 16	1,00			1,00		
A 14	2,00			2,00		
A 13	1,00			1,00		
A 13	8,00			8,00		
A 12	13,00			13,00		
A 11	3,00			0,00		
A 10	12,00			15,00		
A 9	4,00			4,00		
A 7/A 8/A 9	24,00	1,00	1)	24,00	kw: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Freiwerden der Stelle gemäß Art. 12.1 HB ku: 1,00 BesGr. A 7/A 8/A 9 Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister nach Lohngr. 5 nach Freiwerden der Stelle	
		1,00	2)			
A 7	1,00			1,00		
Summe:	69,00			69,00		

A 16	Leitende Branddirektorin/ Leitender Branddirektor (1,00)
A 14	Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (2,00)
A 13	Brandrätin/ Brandrat (1,00)
A 13	Brandoberamtsrätin/ Brandoberamtsrat (8,00)
A 12	Amtsärztin/ Amtsrat (1,00), Brandamtsärztin/ Brandamtsrat (12,00)
A 11	Brandamtfrau/ Brandamtman (3,00)
A 10	Brandoberinspektorin/ Brandoberinspektor (12,00)
A 9	Brandinspektorin/ Brandinspektor (3,00), Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
A 7/A 8/A 9	Brandmeisterin/ Brandmeister/ Hauptbrandmeisterin/ Hauptbrandmeister (24,00)
A 7	Regierungsoberssekretärin/ Regierungsoberssekretär (1,00)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Angestellte</b>						
II a/ I a	0,50			0,50		
IV a	0,50			0,00		
VI b	3,00			3,00		
VII	2,00			2,00		
Summe:	6,00			5,50		
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>						
6	0,00			1,00		
5	3,00			2,00		
Summe:	3,00			3,00		
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>78,00</b>			<b>77,50</b>		



Liste der Zuwendungsempfänger, die Zuwendungen (bis zu 100.000 EUR im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

Kapitel/Titel	Zuwendungsempfänger	Art der Zuwendung	Höhe der Zuwendung 2004	Höhe der Zuwendung 2003
			Tsd. EUR	
-	-	-	-	-

## Übersicht über die in den Deckungskreisen 01 bis 08 veranschlagten Mittel

Im Einzelplan 8.1 wurden erstmals zum Haushalt 2000 vor dem Hintergrund der Budgetierung / Globalisierung die bisherigen, kapitelübergreifenden Deckungskreise 03 "Hochbauinvestitionen", 06 "Beschaffungen, Investitionen" und 07 "Tiefbauinvestitionen" durch kapitelweise eingerichtete Deckungskreise ersetzt.

### Deckungskreis 01 im Kapitel 8000 - Investitionen – (Hauptgruppen 7 und 8 –ohne Grunderwerb-)

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8000.812.16	Beschaffung eines bundesweit einheitl. dig. Sprech-u. Datenf.systems(BOS)	6.285	22.015	3.000	28.300	0	7.000	7.000	31.300	7.000
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 01</b>	<b>6.285</b>	<b>22.015</b>	<b>3.000</b>	<b>28.300</b>	<b>0</b>	<b>7.000</b>	<b>7.000</b>	<b>31.300</b>	<b>7.000</b>

### Deckungskreis 02 im Kapitel 8010 - Investitionen – (Hauptgruppen 7 und 8 –ohne Grunderwerb-)

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8010.811.01	Erwerb von Fahrzeugen	36	-	96	-	-	-	-	-	-
8010.812.03	Erstausstattung des SOD	48	-	110	-	-	-	-	-	-
8010.821.02	Grunderwerb für das Grundstück Amsinckstraße 34	-	-	-	-	3.016	-	213	-	- 2.803
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 02</b>	<b>84</b>	<b>-</b>	<b>206</b>	<b>-</b>	<b>3.016</b>	<b>-</b>	<b>213</b>	<b>-</b>	<b>- 2.803</b>

**Deckungskreis 03 im Kapitel 8020 - Investitionen - (Hauptgruppen 7 und 8 –ohne Grunderwerb-)**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8020.710.01	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Modernisierungen und dgl. (Hochbau)	80	7	67	10	25	59	77	-	52
8020.710.56	Baumaßnahmen für IuK - Vorhaben	-	-	57	-	-	57	57	-	57
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 03</b>	<b>80</b>	<b>7</b>	<b>124</b>	<b>10</b>	<b>25</b>	<b>116</b>	<b>134</b>	<b>-</b>	<b>109</b>

**Deckungskreis 05 im Kapitel 8500 - Investitionen - (Hauptgruppen 7 und 8 –ohne Grunderwerb-)**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8500.710.01	Sanierung, Modernisierung u. Erweiterung der Baulichen Infrastruktur der Polizei (Hochbau)	-	-	-	-	136	2	-	-	- 136
8500.710.02	Neubau des Polizeipräsidiums einschl. Folgemaßnahmen - Teilbetrag -	6.596	26.384	6.596	26.384	7.217	3.413	6.596	13.191	- 621
8500.710.03	Verbesserung der baulichen Infrastruktur von Polizeiunterkünften in Alsterdorf	256	-	1.935	256	957	703	2.102	2.191	1.145
8500.710.04	Gemeinsame räumliche Unterbringung von Polizeirevieren und Kriminal-Kommissariaten	371	1.800	10.058	2.171	4.899	4.228	6.799	12.229	1.900
8500.710.56	Baumaßnahmen für luK-Vorhaben	345	-	345	58	257	428	255	153	-2
8500.811.01	Beschaffung von Dienstfahrzeugen	3.446	4.521	3.327	3.300	1.677	1.050	2.638	1.483	961
8500.811.02	Ersatz von Hubschraubern	7.235	-	1.738	6.135	82	629	511	7.873	429
8500.811.04	Ersatz von Wasserfahrzeugen	753	1.442	0	753	483	572	-	-	-483
8500.812.02	Beschaffung von Fernmelde- u. Fernseh-anlagen	971	965	885	320	414	724	807	-	393
8500.812.05	Beschaffung von Geräten und Aus-stattungsgegenständen	60	10	60	50	9	191	155	102	146
8550.812.06	Beschaffung eines automatischen Fin-gerabdruckidentifizierungssystems	-	-	-	-	162	68	26	-	-136
8500.812.13	Beschaffung von Einrichtungs-gegenständen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen u.dgl.	462	154	195	462	3	182	-	195	-3

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8500.812.23	Technische Ausstattung für den Neubau der Polizeieinsatzzentrale	-	-	-	-	33	209	-	-	- 33
8500.812.30	Beschaffungen i.R. des Konzepts Innere Sicherheit und Strukturanpassungen	-	-	-	-	26	11	-	-	- 26
8500.812.31	Beschaffungen/Aufwendungen im Rahmen der Umorganisation	-	-	-	-	-	-	-	-	-
8500.812.61	Erwerb von Spezialgeräten	2.049	510	700	1.589	410	865	1.038	-	629
8500.821.02	Grunderwerb für das Grundstück Wentzelplatz (PR/KK 35)	-	-	-	-	490	-	-	-	- 490
8500.821.04	Grunderwerb für das Grundstück Georg-Wilhelm-Straße 77 (PRW 44)	-	-	-	-	412	1	108	-	- 304
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 05</b>	<b>22.544</b>	<b>35.786</b>	<b>25.839</b>	<b>41.478</b>	<b>17.667</b>	<b>13.276</b>	<b>21.035</b>	<b>37.417</b>	<b>3.369</b>

**Deckungskreis 06 im Kapitel 8520 - Investitionen - (Hauptgruppen 7 und 8 –ohne Grunderwerb–)**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8520.710.01	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Modernisierungen und dgl. (Hochbau)	100	-	359	-	201	76	202	398	1
8520.812.01	Erwerb von Geräten und Ausstattungsgegenständen	204	100	64	123	110	122	147	153	31
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 06</b>	<b>304</b>	<b>100</b>	<b>423</b>	<b>123</b>	<b>311</b>	<b>198</b>	<b>349</b>	<b>551</b>	<b>32</b>



**Deckungskreis 07 im Kapitel 8550 - Investitionen - (Hauptgruppen 7 und 8 –ohne Grunderwerb–)**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abwei- chung
8550.710.01	Hochbaumaßnahmen für die Berufsfeuerwehr und die Freiwilligen Feuerwehren	-	-	201	-	37	91	-	201	-37
8550.710.03	Hochbaumaßnahmen für die Berufsfeuerwehr und die Freiwilligen Feuerwehren LFS und zentraler Betriebsdienst	-	-	-	-	91	387	-	-	- 91
8550.710.56	Baumaßnahmen für luK-Vorhaben	-	-	-	-	-	3	-	-	-
8550.811.01	Beschaffung von Feuerlöschfahrzeugen (einschl. Wasserfahrzeugen)	5.469	8.344	4.686	7.936	2.086	6.690	5.240	5.386	3.154
8550.811.02	Beschaffung von Rettungsdienst-Fahrzeugen	1.534	1.534	1.534	1.534	1.192	438	1.534	1.534	342
8550.812.10	Beschaffung von Geräten für den Kampfmittelräumdienst	51	51	51	51	10	99	51	51	41
8550.812.14	Fernmelde-, Alarmierungstechnik und Lichtsignalanlagen	450	450	400	300	458	145	537	256	79
8550.812.17	Beschaffung von Feuerwehrhelmen	-	-	223	-	21	202	223	223	202
8550.812.22	Alarmierungstechnik an Feuer- und Rettungswachen	-	-	-	-	165	2	-	-	- 165
8550.812.23	Ersatzbeschaffung und Umrüstung von Atemschutzgeräten	-	-	-	-	434	953	207	-	- 227

5

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abwei- chung
8550.812.29	Ersatzbeschaffung unterschiedlicher Einsatzgeräte	476	420	467	467	170	135	305	511	341
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 07</b>	<b>7.980</b>	<b>10.799</b>	<b>7.562</b>	<b>10.288</b>	<b>4.664</b>	<b>9.145</b>	<b>8.097</b>	<b>8.162</b>	<b>3.639</b>

**Deckungskreis 08 im Kapitel 8580 - Investitionen - (Hauptgruppen 7 und 8 –ohne Grunderwerb-)**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abwei- chung
8580.812.02	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen für den Katastrophenschutz	120	-	85	17	220	42	102	-	-118
8580.812.03	Beschaffung von Sirenenanlagen für die Warnung der Bevölkerung im Tidegebiet der Elbe	133	133	133	133	0	0	133	-	133
<b>Summe</b>	<b>Deckungskreis 08</b>	<b>253</b>	<b>133</b>	<b>218</b>	<b>150</b>	<b>220</b>	<b>42</b>	<b>235</b>	<b>-</b>	<b>15</b>

**Übersicht über Gutachten und Untersuchungen**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004		2003	
		Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR
<b>In folgenden Titeln sind Mittel für Gutachten und Untersuchungen anteilig enthalten:</b>					
8000.526.66	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	7	-	7	-
8500.526.70	Gutachten und Untersuchungen	664	-	754	-